Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

11. Dezember 1978
Jg. 6 Nr. 50

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Erfolgreicher Hafenarbeiterstreik in Indien

z.hef. Die 60000 Mitglieder der ,,All India Port and Dockworkers Federation'', mehr als die Hälfte aller Hafenarbeiter, streikten vom 16. bis zum 27. November. Die Gewerkschaft forderte höhere Prämien, verbesserte Arbeitsbedingungen und Ausgleichszahlungen für die Lohnsenkungen, die den Arbeitern während des Ausnahmezustands unter der Gandhi-Regierung aufgezwungen worden waren. Zum Beispiel waren die Überstundenzuschläge für die meisten Arbeiter halbiert, für viele ganz gestrichen worden. Die Regierung hatte den meisten der Forderungen im letzten Jahr bereits zugestimmt, aber die Zahlungen, die rückwirkend ab 1974 erfolgen müssen, bis jetzt hinausgezögert. Am 24.11. demonstrierten 30000 Hafenarbeiter in Bombay. Am 27.11. beendete die Gewerkschaft den Streik. Sie gab bekannt, daß die Regierung alle Forderungen der Arbeiter erfüllt hat.

Senegalesische Opposition fordert Abzug der französischen Truppen

z.jon.Paris. Mehrere politische Organisationen im Senegal haben sich zur ,,Koordination der vereinten senegalesischen Opposition'' (COSU) zusammengeschlossen. Sie fordern die Wiederherstellung der demokratischen Rechte der Volksmassen und die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dann vor allem: Abzug der französischen Truppen, Austritt aus allen neokolonialen Militärbündnissen und Kündigung der Währungs-, Militär- und Kulturabkommen mit Frankreich. Über Senegals Mitgliedschaft in der ,,Franc-Zone'' kontrollieren die französischen Imperialisten die senegalesische Währung. Rund 1400 französische ,,Berater'' beherrschen vor allem das Schulwesen. Die französische Garnison im Senegal umfaßt 1300 Mann. Stützpunkte im Senegal waren bzw. sind die Ausgangsbasis für die bewaffneten französischen Aggressionen gegen die Völker Zaires, der Sahara und des Tschad.

Imperialistenkumpanei gegen die Unabhängigkeit Rumäniens

z.pek. Die entschlossene Haltung Rumäniens gegen die Aggression und die Kriegsvorbereitungen der beiden imperialistischen Militärblöcke NATO und

rung alle Forderungen der Arbeiter erfüllt hat.

Senegalesische Opposition fordert Abzug der französischen Truppen

z.jon.Paris. Mehrere politische Organisationen im Senegal haben sich zur ,,Koordination der vereinten senegalesischen Opposition'' (COSU) zusammengeschlossen. Sie fordern die Wiederherstellung der demokratischen Rechte der Volksmassen und die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen. Dann vor allem: Abzug der französischen Truppen, Austritt aus allen neokolonialen Militärbündnissen und Kündigung der Währungs-, Militär- und Kulturabkommen mit Frankreich. Über Senegals Mitgliedschaft in der ,,Franc-Zone'' kontrollieren die französischen Imperialisten die senegalesische Währung. Rund 1400 französische ,,Berater'' beherrschen vor allem das Schulwesen. Die französische Garnison im Senegal umfaßt 1300 Mann. Stützpunkte im Senegal waren bzw. sind die Ausgangsbasis für die bewaffneten französischen Aggressionen gegen die Völker Zaires, der Sahara und des Tschad.

Imperialistenkumpanei gegen die Unabhängigkeit Rumäniens

z.pek. Die entschlossene Haltung Rumäniens gegen die Aggression und die Kriegsvorbereitungen der beiden imperialistischen Militärblöcke NATO und
Warschauer Pakt trifft die BRD-Imperialisten als treue Verbündete der Supermacht USA ebenso schmerzlich wie die Sozialimperialisten. In ihren Kommentaren finden sich die imperialistischen Rivalen zur Kumpanei gegen die nationale Unabhängigkeit Rumäniens zusammen. ZDF-Nachrichten, 1.12.: ,,Der Staats- und Parteichef hat einmal mehr der Weltmacht Sowjetunion die Stirn geboten. Darüber vergessen viele Rumänen vorübergehend ihre Klagen und Beschwernisse.'' – Leonid Breschnew, Radio Moskau, 6.12.: ,,Wir werden nicht einseitig eine Abschwächung unserer Verteidigung eingehen, mit welchen demagogischen Argumenten die Aufrufe dazu auch getarnt sein mögen.''

Anschlag auf das ZANU-Büro in Mosambik

z.hku. Radio Maputo, Rundfunksender der VR Mosambik, berichtete am 29.11. über einen imperialistischen Anschlag auf das Büro der ZANU in Maputo. ,,Im Büro der ZANU in Maputo explodierte gestern eine Paketbombe, die vier Personen schwer verletzte, von denen eine später starb. Die Explosion ereignete sich gestern um 14.00 Uhr im Büro der Befreiungsbewegung. ... Viele Menschen liefen zum Ort der Explosion und gaben den Verletzten Erste Hilfe. Sofortige Hilfe kam auch von der Feuerwehr und den Verteidigungs- und Sicherheitskräften. Dieser verbrecherische Akt ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Feinde des Volkes von Zimbabwe durch die Niederlagen, die sie auf dem Schlachtfeld erlitten haben, zur Verzweiflung gebracht wurden.'' Radio Maputo hebt hervor, daß das Volk Mosambiks seine Wachsamkeit erhöhen werde.

Schmidts DM-Reich – ,,schwierige Geburt''

Konkurrenten wollen sich nicht unterbuttern lassen / SPD eröffnet Europawahlkampf

z.scc. Der europäische Gipfel kreißte und gebar – ? Eine Maus, höhnen die britischen Imperialisten. Das auf der EG-Ministerratstagung kreierte neue ,,Europäische Währungssystem'' sei kaum mehr, als daß sich Frankreich erneut und zum dritten Mal der ,,Währungsschlange'' angeschlossen hätte, die nach dem Kommando der D-Mark tanze. Einen Bastard?, fragen sich die französischen Imperialisten, noch unentschieden, ob sie die Vaterschaft oder ihre Unschuld betonen sollen.

Des bundesdeutschen Kanzlers kühnste Träume sind in der Tat nicht wie erwartet in Erfüllung gegangen: Anstatt sich als Schöpfer des ,,Europäischen Währungssystems'', als Vater der ,,Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion'' feiern lassen zu können, den Triumph der D-Mark zu erleben, mußte er sich schmerzhafte Tritte der Konkurrenz gefallen lassen.

Die italienischen Imperialisten, die mit jedem Kredit ihre Unterwerfungsbereitschaft lauter hatten beteuern müssen, legten sich unerwartet quer. Wohl sind sie bereit, und nur allzu gern, mit der ,,angebotenen Hilfe'' die ,,italienische Krankheit'' zu kurieren, die Ausbeutungsrate zu steigern und so die Profitwirtschaft zu ,,stabilisieren''. Aber sie wären nicht die Bourgeois, die sie sind, würden sie die so abgepreßten Extraprofite gerne in Form von Zins- und Tilgungszahlungen in fremde Taschen fließen sehen. Sie verlangen, entrüstet sich die Frankfurter Allgemeine, *nicht rückzahlbare* Zahlungen in Milliarden Dollar Höhe, vor allem aus den verschiedenen EG-Fonds, und knüpfen daran ihren Beitritt zum Europäischen Währungssystem.

Den britannischen Beitritt verhinderte vorläufig ein derber Krach innerhalb der dortigen Finanzbourgeoisie. ,,Ist es nicht eine traurige Widerspiegelung der Leistung dieser Regierung, daß der Premierminister nach viereinhalb Jahren einverstanden damit ist, daß Britannien öffentlich den ärmeren und am wenigsten einflußreichen Ländern der Gemeinschaft zugeordnet

ischen Währungssystems'', als Vater der ,,Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion'' feiern lassen zu können, den Triumph der D-Mark zu erleben, mußte er sich schmerzhafte Tritte der Konkurrenz gefallen lassen.

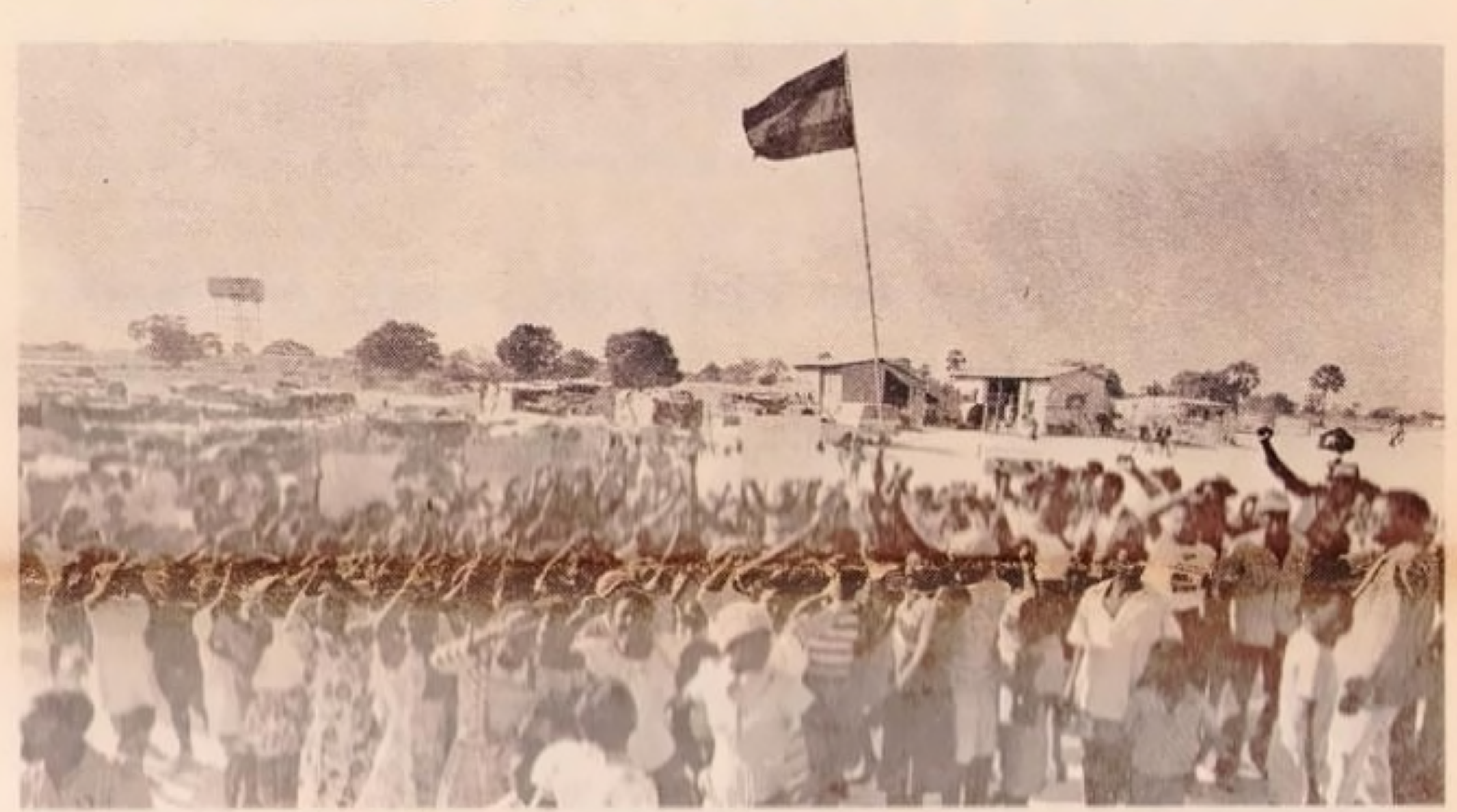
Die italienischen Imperialisten, die mit jedem Kredit ihre Unterwerfungsbereitschaft lauter hatten beteuern müssen, legten sich unerwartet quer. Wohl sind sie bereit, und nur allzu gern, mit der ,,angebotenen Hilfe'' die ,,italienische Krankheit'' zu kurieren, die Ausbeutungsrate zu steigern und so die Profitwirtschaft zu ,,stabilisieren''. Aber sie wären nicht die Bourgeois, die sie sind, würden sie die so abgepreßten Extraprofite gerne in Form von Zins- und Tilgungszahlungen in fremde Taschen fließen sehen. Sie verlangen, entrüstet sich die Frankfurter Allgemeine, *nicht rückzahlbare* Zahlungen in Milliarden Dollar Höhe, vor allem aus den verschiedenen EG-Fonds, und knüpfen daran ihren Beitritt zum Europäischen Währungssystem.

Den britannischen Beitritt verhinderte vorläufig ein derber Krach innerhalb der dortigen Finanzbourgeoisie. ,,Ist es nicht eine traurige Widerspiegelung der Leistung dieser Regierung, daß der Premierminister nach viereinhalb Jahren einverstanden damit ist, daß Britannien öffentlich den ärmeren und am wenigsten einflußreichen Ländern der Gemeinschaft zugeordnet
wird?'', ereifert sich im Unterhaus Mrs. Thatcher über die Ergebnisse der Brüsseler Konferenz. Sie steht für die Abteilung der britischen Finanzbourgeoisie, die sich wohl zutraut, auf der Grundlage einer gnadenlosen Ausbeutung der englischen, walisischen, schottischen und nordirischen Arbeiter der Konkurrenz die Stirn zu bieten, ihre Expansion auf die Märkte des Kontinents voranzutreiben, das ,,Europäische Währungssystem'' dazu auszunutzen, selbst auf die Gefahr, Anteile des nationalen Marktes an die Konkurrenz zu verlieren. Callaghan dagegen will, sagt er, sich erst nach den nächsten Unterhauswahlen im Frühjahr entscheiden. Auf jeden Fall will er die ,,nationalen Interessen'' gegen die anstehenden Lohnkämpfe der britischen Arbeiter ins Feld führen, um die 5%-Leitlinie doch noch zu retten. Solchermaßen frisch gestärkt, wolle man sehen.

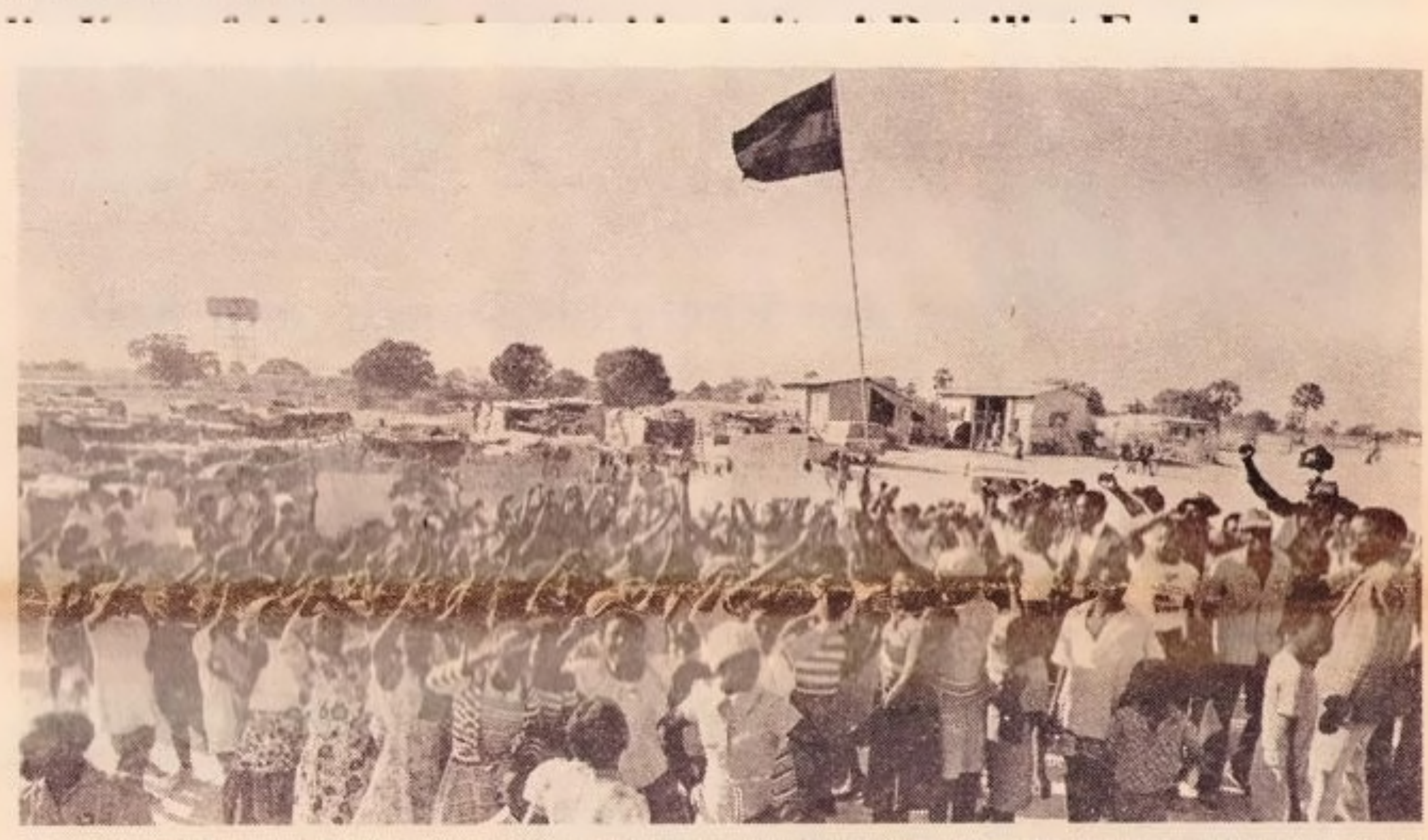
Wenn jemand dieses Zögern bedauert, dann sind es die französischen Imperialisten. Wohl ging Giscard mit Schmidt zusammen, unter dem Firmenschild: ,,deutsch-französische Freundschaft'', um in beiderseitigem Interesse den Herrschaftsbereich auf Kosten der Konkurrenz zu erweitern. Was ihn keineswegs abhält, für die entscheidende Schlacht um die Vorherrschaft in Europa, die gegen die west-

Fortsetzung Seite 2

Illegale Wahlen in Namibia – UNO: SWAPO ist die einzig legitime Vertreterin Namibias



Gegen den UN-Beschluß, Wahlen unter UNO-Aufsicht in Namibia durchzuführen, um die Macht an die SWAPO zu übergeben, führt das südafrikanische Siedlerregime auf Anweisung der westlichen Imperialisten jetzt illegale Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung durch, mit denen einer der Flügel der ,,Turnhallen-Allianz'' als imperialistische Marionette an die Macht gebracht werden soll. Die SWAPO bekämpft diese Wahlen. – Am 1.12. verurteilte die UNO-Generalversammlung erneut die Unterstützung des südafrikanischen Regimes durch die westlichen Imperialisten und fordert sie auf, die von der UNO beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika einzuhalten sowie den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. (Bild: Begrüßung des UNO-Vertreters im August in Namibia, der die Wahlen unter UNO-Aufsicht vorbereitet)



Gegen den UN-Beschluß, Wahlen unter UNO-Aufsicht in Namibia durchzuführen, um die Macht an die SWAPO zu übergeben, führt das südafrikanische Siedlerregime auf Anweisung der westlichen Imperialisten jetzt illegale Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung durch, mit denen einer der Flügel der ,,Turnhallen-Allianz'' als imperialistische Marionette an die Macht gebracht werden soll. Die SWAPO bekämpft diese Wahlen. – Am 1.12. verurteilte die UNO-Generalversammlung erneut die Unterstützung des südafrikanischen Regimes durch die westlichen Imperialisten und fordert sie auf, die von der UNO beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika einzuhalten sowie den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. (Bild: Begrüßung des UNO-Vertreters im August in Namibia, der die Wahlen unter UNO-Aufsicht vorbereitet)

Unterstützt die Kampfaktionen der Stahlarbeiter! Beteiligt Euch an den Kundgebungen der IG Metall! Bekämpft die Spaltungsversuche der Kapitalistenpresse und der Bourgeoispolitiker!

z.jük. Die IG Metall ruft im Tarifgebiet von Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück am Dienstag zu insgesamt 33 Kundgebungen und Demonstrationen auf. In einem Flugblatt der IG Metall heißt es: ,,Die Zentrale Streikleitung wird in den nächsten Tagen alle Streikenden und Ausgesperrten, alle Arbeitenden in der Eisen- und Stahlindustrie, aber auch alle Beschäftigten in der Metallverarbeitenden Industrie in diesem Gebiet auffordern, an dieser Protestaktion gegen die Aussperrung teilzunehmen, auch wenn dies während der Arbeitszeit geschieht.'' Dieser Termin ist spät. Und er ist auch der denkbar letzte, wo es einfach gelingen kann, den Kapitalisten die Zähne zu zeigen.

Deren Absichten, den Streik zu zerbrechen, um danach die dauernden Lohnsenkungen fortzusetzen und die Knüppelei bei Nacht- und Schichtarbeit zu intensivieren, zu durchkreuzen, kann gelingen, wenn die ganze Stahlproduktion still liegt. Sicher, man kann mit einer Schwerpunkttaktik im Streik anfangen, aber nicht damit fortfahren, wenn das nichts nutzt. Wenn die Taktik beibehalten wird, hier streiken, dort sich aussperren zu lassen und da aber zu arbeiten, werden die Kapitalisten versuchen, die Stahlarbeiter mit *nichts* und drei Versprechungen an die Walzstraßen zu treiben und sie womöglich noch mehr zu schinden als vorher. Eine völlig dichte Streikfront, die kein Gramm Stahl durchläßt und die Solidarität wird stärker und zwar, weil die Streikaktionen für die ganze Arbeiterbewegung *unmittelbare* Wirkung bekommen.

Schon jetzt schreibt die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung'': ,,Wenn der Arbeitskampf nicht in der kommenden Woche beendet werden kann, wollen zum Beispiel die Mannesmann-Röhrenwerke in Düsseldorf ihre Produktion einstellen, weil sie das Röhrenmaterial aus den bestreikten Mannesmann-Hüttenwerken nicht mehr erhalten.'' Was heißt hier wollen. Die verschiedenen Industriebereiche, die für die Stahlindustrie arbeiten, wie Kohle und Energieproduktion, bekommen Absatzschwierigkeiten – also Profitschwierigkeiten. Und diejenigen, die Metall verarbeiten, können schwer ihre Autos ohne Gehäuse verkaufen. Das sind die Probleme, vor denen die Kapitalisten stehen, und das riecht auch der Schlichter Farthmann, dem die Süddeutsche Zeitung schon voraussagt, daß ,,er nun entweder zum Starschlichter aufsteigen (könne) oder aber sich ein blaues Auge holen wird''. Farthmann wird also alles dransetzen, eine Schlichtung hinzulegen, die den Streik beenden soll.

Die Streikfront ist in der Lage, ihm mehr als nur ein blaues Auge zu verpassen. Die Front steht, Streik und Organisierung laufen im wesentlichen reibungslos. Überall wurden im Streikgebiet in der letzten Woche verschiedene nützliche Aktionen durchgeführt, die die Einheit und Geschlossenheit der Arbeiter, die im Streik stehen, stärken und die Maßnahmen der Kapitalisten und ihre Versuche zur Spaltung und Isolierung der Stahlarbeiter wirksam angreifen. Verschiedene Kundgebungen der IG Metall sind durchgeführt worden, darunter eine Demonstration am 6.12. von 3000 Mannesmann-Arbeitern in Duisburg, an der Delegationen von Krupp, welche noch nicht im Streik stehen, sowie der HBV und viele Lehrlinge teilnahmen. Ebenso Demonstrationen und Kundgebungen in Siegen und Oberhausen. Mannesmann-Arbeiter führten letzte Woche einen Autokorso zur großen Tarifkommission nach Mühlheim durch, ,,um nochmal nachdrücklich unsere Position in diesem Arbeitskampf zur Kenntnis zu bringen'' (Flugblatt des Vertrauensleutekörpers). ,,Wir führen seit Dienstag vergangener Woche einen Arbeitskampf für die Einführung der 35-Stunden--Woche und die volle Durchsetzung der 5% und wir sind nicht der Ansicht, daß es in der Großen Tarifkommission zu einer Beratung über ein Angebot kommen darf, das diese Forderungen nicht berücksichtigt.'' Gleichzeitig wird vom Vertrauensleutekörper der ,,Streik im ganzen Tarifgebiet'' gefordert. Zur ,,Verhandlung'' kam in der Tarifkommission kein ,,Angebot'', aber dem stimmt. Eine Streikversammlung von Mannesmann hatte letzte Woche gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse zur Entrechtung im öffentlichen Dienst die ,,sofortige ersatzlose Streichung des sogenannten Radikalenerlasses'' gefordert.

Bedeutend ist die Ausdehnung der Solidaritätsaktionen zum Streik. Sie schreiten voran von Erklärungen und Resolutionen aus den Abteilungen oder Werken zu Aktionen, die direkte Wirkung haben gegenüber den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat. Zu einem Solidaritätsstreik von einer Stunde hatte am Freitag, dem 8.12., die Gewerkschaft ÖTV in Duisburg aufgerufen, während einer gleichzeitig laufenden Kundgebung der IG Metall, an der ca. 15000 Arbeiter, vornehmlich des Thyssenkonzerns, teilnahmen. Diese Kundgebung wurde weiterhin unterstützt durch Delegationen von Mannesmann und von Studenten der Gesamthochschule Essen. Die Müllarbeiter sind mit einer Kolonne von 22 Fahrzeugen auf den Kundgebungsplatz gefahren. Die Beschäftigten der Duisburger Nahverkehrsgesellschaft haben während dieser Zeit den gesamten öffentlichen Nahverkehr lahmgelegt. Die Fahrer verteilten Flugblätter der ÖTV (vgl. auch Spezialnachrichtendienst Stahl Nr. 50).

Die Solidaritätsaktionen, die zu dem Streik der Stahlarbeiter durchgeführt werden, werden genau in dem Maße steigen, wie es gelingt, die Taktik der Stahlbarone und der Farthmänner zu durchkreuzen. Ebenso wird die internationale Solidarität wachsen.

Interviews mit Stahlarbeitern aus Großbritannien, Belgien, Frankreich, Italien und den USA auf Seite 14 und 15.

Schmidts DM-Reich – „schwierige Geburt"

Fortsetzung von Seite 1

deutsche Finanzbourgeoisie ausgefochten werden muß, bereits andere Bündnispartner zu sammeln, die alte „Entente cordiale" neu zu schmieden.

Der Ausgang des „historischen Augenblicks", zu dem erhitzte Bourgeoisköpfe die Gründung des „Europäischen Währungssystems" voreilig schon ernannt hatten, ist mithin noch offen. Treibt die schroffe, unüberbrückbare Konkurrenz die EG-Imperialisten ständig aus- und gegeneinander, daß die Fetzen fliegen, schweißen andere, nicht weniger zwingende Kräfte sie zusammen: ihr Interesse, sich gemeinsame und gemeinsam günstige Konkurrenzbedingungen gegen die beiden Supermächte zu schaffen; das heißt vor allem, in der Ausbeutung der Arbeiter eine unschlagbare Spitzenstellung zu erringen, die Arbeiterbewegung eisern niederzuhalten. Keiner von ihnen will dem „Europäischen Währungssystem" definitiv den Rücken kehren – besteht nicht die Gefahr, die tödliche Gefahr, um günstige Expansionsbedingungen auf den „Gemeinsamen Markt" gebracht zu werden? Keiner, außer dem „Europäer" Schmidt, auch der blaublütige Baron Giscard nicht, will es vollen Herzens vorantreiben – um womöglich zu fördern, daß sich die westdeutschen Imperialisten zum größten Gläubiger Europas, zum alles diktierenden, sich in alles einmischenden, überall mitprofitierenden Hegemon Europas aufschwangen.

Auf die europäische Arbeiterklasse hagelt es, je nach Lage und Interesse unterschiedliche, chauvinistische und sozialchauvinistische Parolen, umso heftiger, je mehr die „Einigung Europas" Gestalt annimmt. „Wir müssen ein starkes Frankreich aufbauen, das bereit ist, sich dem Wettbewerb des Jahrhunderts zu stellen", ruft Giscard die Arbeiter Frankreichs in die Schweißpressen und Schützengräben.

„Ich glaube, der Abg. Andreotti hat richtig gehandelt", bietet sich der revisionistische Gewerkschaftssekretär Lama den italienischen Bourgeois als Einpeitscher an, aber „nicht beizutreten ist ein Beweis für die Schwäche unserer Wirtschaft ... Der Kampf gegen die Inflation und für die Entwicklung der Beschäftigung, um nämlich die Übel unseres Landes zu heilen, muß weitergehen, härter, stärker, als es bisher getan worden ist."

In seiner weltmännischen Überlegenheit kaum gedämpft, erhaben über die engen nationalen Grenzen, tritt Schmidt nach dem Gipfel vor den Bundestag: „Ermöglicht worden sind die Beschlüsse ... durch ein zunehmendes geldpolitisches Stabilitätsbewußtsein in den Mitgliedsländern ... Hier ist eine Umkehr eingetreten, dazu hat sicherlich auch die Politik unseres Landes beigetragen, und nur auf der Basis der Umkehr der Tendenz ... kann man es wagen, eine solche Währungsgemeinschaft ins Werk zu setzen, wie es hier jetzt geschehen soll." Was erdreistet sich der Kerl, sich so als Oberantreiber der Arbeiterausbeutung in Europa zu brüsten? Die Wahrheit ist, daß ihm die fast beispiellose Ausbeutung der westdeutschen Arbeiter, seit Jahren gesteigert durch die dauernden Lohnsenkungen und großen Fortschritte in der Produktivität, erlaubt, so aufzutreten.

Wenn es ihm gelingt, Westdeutschland vollständig in ein Militärzuchthaus zu verwandeln – arbeiten und gehorchen! – was kann ihn halten, die „Europäische Gemeinschaft" vollständig in ein Völkergefängnis zu verwandeln, in dem die Oberleitung fest in den Händen der westdeutschen Finanzbourgeoisie liegt? Schon verlangt Schmidt für das noch nicht gewählte europäische Parlament „erweiterte Kompetenzen". Ist die „italienische" oder „englische Krankheit" nicht eine „europäische" und damit zutiefst westdeutsche Angelegenheit? Kann man die „Kur" jemandem überlassen, der jahrelang bei der „Heilung" versagt hat? Müssen da nicht „Europa", die GSG 9, bei Revolution auch Truppen und Kriegsschiffe zu „Hilfe" eilen?

Während die westdeutschen Stahlarbeiter seit nunmehr zwei Wochen im Streik stehen, um der Ausbeutung und den dauernden Lohnsenkungen Schranken zu setzen, während große Abteilungen der Arbeiterklasse, die Metallarbeiter, die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, sich auf ihre Kämpfe vorbereiten, laufen die Vorbereitungen gerade der Kanzlerpartei auf die Europawahlen auf Hochtouren. Seit langem schwant den Bourgeois, daß für des eisernen Kanzlers Europa kein Lohnabhängiger zu gewinnen ist.

Woher denn auch? Aber Wilhelm Schmidt ist schließlich nicht die einzige SPD. Da gibt's doch noch Willy Brandt – es wäre doch gelacht, wenn die „Sozialdemokratische Partei Deutschlands" die Werktätigen nicht ins „Europa der Arbeitnehmer" führen könnte – und den Streik der Stahlarbeiter zugunsten reger Wahlbeteiligungen an den Wahlen zum EG-Parlament liquidieren. Keine Geringeren als den DGB-Vorsitzenden Vetter, den IG Metall-Vorsitzenden Loderer und den IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild haben sie zum Fahnenträger auserkoren. Es ist beileibe nicht deren Sache, ob sie sich dermaßen als Gallionsfiguren für die europäischen Vorherrschaftsgelüste der westdeutschen Imperialisten vorführen lassen. Ein Erfolg im Streik der Stahlarbeiter wird das hämische Vergnügen der Bourgeois, der sozialdemokratischen, empfindlich dämpfen. Die europäische Arbeiterklasse verfolgt *auch deshalb* den Kampf der westdeutschen Stahlarbeiter mit Aufmerksamkeit und Solidarität.

Die Dritte Welt schafft sich eigene Kreditorganisationen

z.rua. Pünktlich zum 14. Jahrestag ihrer Gründung hat die Afrikanische Entwicklungsbank (ADB) im November ihr neues, mit moderner Gerätschaft ausgerüstetes 24stöckiges Hauptquartier in Abidjan, der Hauptstadt von Elfenbeinküste, in Betrieb genommen. Die ADB ist eine Unterorganisation der Organisation für Afrikanische Einheit. Sie wurde direkt gegen die Einmischung und Erpressung durch die Imperialisten und ihre Kreditorganisationen gegründet. Sie dient dem Zweck, die nationale Wirtschaft der afrikanischen Staaten zu fördern und zu schützen. Die ADB, deren Mitglieder ihre Anteile entsprechend ihrem Bruttosozialprodukt einzahlen, finanziert Entwicklungsvorhaben zu einem durchschnittlichen Zinssatz von 6% bei 25jähriger Laufzeit. Schwerpunktmäßig wird der Aufbau des Transportwesens, der Landwirtschaft, der Be- und Entwässerung, der Kleinindustrie, der Energieversorgung und des Nachrichtenwesens finanziert. Die ADB hat ihre Kreditvergabe seit ihrer Arbeitsaufnahme 1968 (2,98 Mio. Dollar) auf 400 Mio. Dollar 1978 beträchtlich steigern können. 1978 wurden u.a. folgende Kredite vergeben:

Land	in Mio. $	Projekt
Sao Tome und Prinzipe	9	Kakaoanpflanzung
Aquatorial Guinea	9	Kakaoanpflanzung
Komoren	5	Straßenbau
Benin	8	Viehzucht/Hafenausbau
Sudan	13	Gesundheitswesen/Viehzucht
Obervolta	7	Straßenbau
Tschad	6	Straßenbau
Sambia	12	Glas- und Kohleindustrie
Guinea Bissau	6	Kraftwerksbau
Kapverde	4	Landwirtschaft
Mauretanien	4	Trinkwasserversorgung
Mozambique	6	Teeanpflanzung
Tunesien	6	Bewässerungsanlage
Algerien	6	Kraftwerksbau
Marokko	12	Staudammbau
Mauretanien, Mali u. Senegal	11	Staudammbau

Die in der Arabischen Liga zusammengeschlossenen Staaten haben 1971 den Arabischen Fonds für ökonomische und soziale Entwicklung gegründet. Über ihn und die 1974 gegründete Islamische Entwicklungsbank werden Projekte zur Entwicklung der Wirtschaft der arabischen Staaten finanziert. Die arabischen Staaten haben zur Unterstützung der anderen Länder der Dritten Welt neben dem OPEC-Sonderfonds 1973 die Arabische Bank für

Über den Rhein bis Danzig und weiter ...

Verkehrsabkommen BRD – DDR / Ausbau der Wasserwege gen Osten

z.krk. Am 16. November unterschrieben die Vertreter der BRD und der DDR den neuen „innerdeutschen Verkehrsvertrag". Neben dem Bau der Nordtrasse zwischen Hamburg und Westberlin beinhaltet der Vertrag mehrere Vereinbarungen, die Wasserstrassen betreffend.

Die von der BRD zum Transitverkehr benutzten Wasserstraßen, der Mittelland- und der Elbe-Havel-Kanal werden ausgebessert. 1980 soll der Berliner Teltow-Kanal wiedereröffnet werden, und zwar als Transitstraße, d.h. die Souveränität der DDR über den Kanal wird ausdrücklich eingeschränkt. Die von der sozialimperialistischen Supermacht unterdrückte

jede D-Mark. Insgesamt zahlt die BRD dafür 190 Mio. DM, und sie weiß, wofür. Da der westliche Teil des Kanals teils in der DDR, teils in Westberlin liegt, war die Zufahrt zum Westberliner Teil seit der Spaltung der Stadt durch den US-Imperialismus gesperrt.

25% der im Verkehr zwischen Westberlin und der BRD eingesetzten Schiffe laufen jedoch diesen Teil des Teltowkanals wegen der dort angesiedelten Industrie an. Durch die Neueröffnung und Verbreiterung des Kanals wird die Verbindung mit den übrigen Transitwasserstraßen verbessert, die Fahrtzeit für die Hin- und Rückfahrt wird um zwei bis drei Tage verkürzt. Das bedeutet die Verkürzung der Um-

Waren und die erhebliche Verbilligung des Transports.

Die Geschichte der Berliner Wasserstraßen war schon immer die Geschichte der Expansion nach Osten. Von Anfang an war es die Bestrebung der deutschen Bourgeoisie, die natürlichen Wasserstraßen in west-östlicher Richtung miteinander zu verbinden, um die Expansion nach Osten und die Plünderung dieser Gebiete erfolgreich zu vollziehen.

Im 18. Jahrhundert waren die Elbe, die Havel, die Oder und die Wista (Weichsel) bereits mit Kanälen miteinander verbunden, was einen zusammenhängenden Wasserweg zwischen Hamburg, Berlin, Szczecin (Stettin),

wege Berlins: „... Aus dem bedeutenden Knotenpunkt aller Verkehrsträger wurde eine Endstation. Es fehlt zudem die Freizügigkeit." Man ist aber guten Mutes: „Die städtischen Häfen wurden im Hinblick auf die Wiedervereinigung so ausgerüstet, daß sie dann auch dem verstärkten Umschlag vorerst gewachsen sein werden." Heute, 1978, ist es der westdeutschen Bourgeoisie immerhin gelungen, einige der oben erwähnten Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Über die Straßen müssen aber Waren rollen, und deren Quantität befriedigt die westdeutsche Bourgeoisie keineswegs. Der Handel zwischen Westberlin und den RGW-Ländern stieg zwar zwischen 1970 und 1976 von 25

sich die westdeutschen Imperialisten zum größten Gläubiger Europas, zum alles diktierenden, sich in alles einmischenden, überall mitprofitierenden Hegemon Europas aufschwangen.

Umkehr eingetreten, dazu hat sicherlich auch die Politik unseres Landes beigetragen, und nur auf der Basis der Umkehr der Tendenz ... kann man es wagen, eine solche Währungsgemein-

Während die westdeutschen Stahlarbeiter seit nunmehr zwei Wochen im Streik stehen, um der Ausbeutung und den dauernden Lohnsenkungen Schranken zu setzen, während große

sozialdemokratischen, empfindlich dämpfen. Die europäische Arbeiterklasse verfolgt *auch deshalb* den Kampf der westdeutschen Stahlarbeiter mit Aufmerksamkeit und Solidarität.

Land	in Mio. $	Projekt
Sao Tome und Prinzipe	9	Kakaoanpflanzung
Aquatorial Guinea	9	Kakaoanpflanzung
Komoren	5	Straßenbau
Benin	8	Viehzucht/Hafenausbau
Sudan	13	Gesundheitswesen/Viehzucht
Obervolta	7	Straßenbau
Tschad	6	Straßenbau
Sambia	12	Glas- und Kohleindustrie
Guinea Bissau	6	Kraftwerksbau
Kapverde	4	Landwirtschaft
Mauretanien	4	Trinkwasserversorgung
Mozambique	6	Teeanpflanzung
Tunesien	6	Bewässerungsanlage
Algerien	6	Kraftwerksbau
Marokko	12	Staudammbau
Mauretanien, Mali u. Senegal	11	Staudammbau

Über den Rhein bis Danzig und weiter ...

Verkehrsabkommen BRD – DDR / Ausbau der Wasserwege gen Osten

z.krk. Am 16. November unterschrieben die Vertreter der BRD und der DDR den neuen „innerdeutschen Verkehrsvertrag". Neben dem Bau der Nordtrasse zwischen Hamburg und Westberlin beinhaltet der Vertrag mehrere Vereinbarungen, die Wasserstrassen betreffend.

Die von der BRD zum Transitverkehr benutzten Wasserstraßen, der Mittelland- und der Elbe-Havel-Kanal werden ausgebessert. 1980 soll der Berliner Teltow-Kanal wiedereröffnet werden, und zwar als Transitstraße, d.h. die Souveränität der DDR über den Kanal wird ausdrücklich eingeschränkt. Die von der sozialimperialistischen Supermacht unterdrückte
DDR nimmt es hin, denn sie braucht

jede D-Mark. Insgesamt zahlt die BRD dafür 190 Mio. DM, und sie weiß, wofür. Da der westliche Teil des Kanals teils in der DDR, teils in Westberlin liegt, war die Zufahrt zum Westberliner Teil seit der Spaltung der Stadt durch den US-Imperialismus gesperrt.

25% der im Verkehr zwischen Westberlin und der BRD eingesetzten Schiffe laufen jedoch diesen Teil des Teltowkanals wegen der dort angesiedelten Industrie an. Durch die Neueröffnung und Verbreiterung des Kanals wird die Verbindung mit den übrigen Transitwasserstraßen verbessert, die Fahrtzeit für die Hin- und Rückfahrt wird um zwei bis drei Tage verkürzt. Das bedeutet die Verkürzung der Um-
schlagszeit der nach Osten rollenden



Die wichtigsten Wasserstraßen für Berlin im Jahr 1938

Waren und die erhebliche Verbilligung des Transports.

Die Geschichte der Berliner Wasserstraßen war schon immer die Geschichte der Expansion nach Osten. Von Anfang an war es die Bestrebung der deutschen Bourgeoisie, die natürlichen Wasserstraßen in west-östlicher Richtung miteinander zu verbinden, um die Expansion nach Osten und die Plünderung dieser Gebiete erfolgreich zu vollziehen.

Im 18. Jahrhundert waren die Elbe, die Havel, die Oder und die Wista (Weichsel) bereits mit Kanälen miteinander verbunden, was einen zusammenhängenden Wasserweg zwischen Hamburg, Berlin, Szczecin (Stettin),
Wroclaw(Breslau) und Gdánsk (Danzig) ergab, mit Berlin im Zentrum.

Um die Jahrhundertwende betrug der Berliner Schiffsumschlag 5,5 Mio. t, 1912 waren es schon 8 Mio. t. Nach dem 1. Weltkrieg wurde u.a. der Teltow-Kanal sowie andere Berliner Wasserstraßen für die Schiffahrt in beiden Richtungen für Schiffe bis zu 1 000 t ausgebaut. Nachdem 1938 die Verlängerung des Mittellandkanals eingeweiht wurde, war Berlin mit allen großen Flüssen des damaligen Deutschlands, mit Ausnahme der Donau, verbunden.

1968 jammerte der Westberliner Senat in einer Broschüre über die Wasser-

wege Berlins: „... Aus dem bedeutenden Knotenpunkt aller Verkehrsträger wurde eine Endstation. Es fehlt zudem die Freizügigkeit." Man ist aber guten Mutes: „Die städtischen Häfen wurden im Hinblick auf die Wiedervereinigung so ausgerüstet, daß sie dann auch dem verstärkten Umschlag vorerst gewachsen sein werden." Heute, 1978, ist es der westdeutschen Bourgeoisie immerhin gelungen, einige der oben erwähnten Hindernisse aus dem Weg zu räumen.

Über die Straßen müssen aber Waren rollen, und deren Quantität befriedigt die westdeutsche Bourgeoisie keineswegs. Der Handel zwischen Westberlin und den RGW-Ländern stieg zwar zwischen 1970 und 1976 von 25
Mio. Rubel auf ca. 135 Mio. Rubel.

Aber die *Lieferungen* Westberlins in die Länder des RGW machten nicht einmal 5% der Gesamtlieferungen der Stadt aus.

Mehr Warenexport, mehr westdeutscher Transport, mehr Straßen in Richtung Osten, bis der Zustand von 1938 endlich wieder hergestellt ist. Mindestens. Die alten, bekannten Wasserstraßen locken. Und auch die nächste Verhandlungsrunde über Verkehrsfragen mit der DDR steht fest: 1980 soll's weitergehen. Kostenpunkt: 500 Mio. DM. Es wird sich auszahlen, meint die westdeutsche Bourgeoisie.

Die in der Arabischen Liga zusammengeschlossenen Staaten haben 1971 den Arabischen Fonds für ökonomische und soziale Entwicklung gegründet. Über ihn und die 1974 gegründete Islamische Entwicklungsbank werden Projekte zur Entwicklung der Wirtschaft der arabischen Staaten finanziert. Die arabischen Staaten haben zur Unterstützung der anderen Länder der Dritten Welt neben dem OPEC-Sonderfonds 1973 die Arabische Bank für
ökonomische Entwicklung in Afrika (ABEDA) geschaffen. Seit 1975 hat die ABEDA Kredite für 209,89 Mio. Dollar an 23 afrikanische Staaten vergeben. Sie sind entweder zinsfrei oder haben einen Zinssatz von höchstens 6% bei bis zu 25jähriger Laufzeit. Ende Oktober vergab die ABEDA einen Kredit von 4,4 Mio. Dollar an Zaire zur Rekonstruktion der Palmölindustrie. Anfang Dezember erhielt Uganda einen Kredit von 4,7 Mio. Dollar bei 15jähriger Laufzeit zu 4% Zinsen für den Ausbau der Textilindustrie. – Am 2.Oktober wurde die Arabisch-Lateinamerikanische Bank gegründet. Über sie soll die Kooperation zwischen den lateinamerikanischen und arabischen Staaten vertieft werden.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretar: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730238 / Redakteur: Martin Fochler

Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 49: 32 000

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Willi Geike

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Matthias Staab

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'informations et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 49/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road · GB-London, WC1X 80F

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Rienößlgasse 12 · A-1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Liste der Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung · Bezugsadressen



Bezirksausgaben: Flensburg (01), Flensburg-Westküste · Kiel (02), Holstein · Hamburg (03), Hamburg-Unterelbe

Bezirksausgaben: Bremen (04), Bremen-Unterweser · Oldenburg (05), Weser-Ems · Münster (06), Münsterland-Emsland

Bezirksausgabe: Westberlin (07)

Bezirksausgaben: Hannover (08), Hannover · Braunschweig (09), Südostniedersachsen · Bielefeld (10), Ostwestfalen

Bezirksausgaben: Dortmund (11), Dortmund/Westliches Westfalen · Essen (12), Essen-Ruhr · Duisburg (13), Duisburg/Niederrhein · Düsseldorf (14), Düsseldorf/Rhein · Wuppertal (15), Wuppertal/Bergisches Land

Bezirksausgaben: Kassel (16), Kassel/Nordhessen · Gießen (17), Gießen/Sieg-Lahn · Frankfurt (18), Frankfurt/Südhessen · Mainz (19), Mainz/Rheinhessen-Taunus

Bezirksausgaben: Köln (20), Köln/Rhein-Sieg · Aachen (21), Aachen/Grenzland · Koblenz (22), Koblenz/Mittelrhein · Trier (23), Trier/Eifel-Hunsrück · Saarbrücken (24)

Bezirksausgaben: Mannheim (25), Rhein-Neckar-Pfalz · Heilbronn (26), Franken · Würzburg (27), Unterfranken · Nürnberg (28), Mittelfranken · Bayreuth (29), Oberfranken

Bezirksausgaben: Karlsruhe (30), Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald · Stuttgart (31), Mittlerer Neckar · Freiburg, Südbaden · Konstanz (32), Konstanz-Südschwarzwald · Ulm (33), Ulm-Bodensee

Bezirksausgaben: Regensburg (35), Mittlere Donau · Landshut (36), Niederbayern · München (37), München-Oberbayern · Augsburg (38), Schwaben

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstr. 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Telefon 0201/252353

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730241

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klocke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten

„Soldaten! Desertiert, und nehmt die Gewehre mit!"

Neue Massendemonstrationen im Iran / Die Imperialisten manövrieren

z.ulg. Am Freitag hat die iranische Militärregierung die für diesen Sonntag, zum Höhepunkt des schiitischen Trauermonats Moharran, angekündigten Prozessionen genehmigen müssen. Anfang November hatte das Militärregime die traditionellen religiösen Prozessionen während des Moharran ebenso verboten wie schon vorher Demonstrationen und Streiks. Der Ayatollah Taleghani, einer der wichtigsten religiösen Führer im Iran, hatte am letzten Mittwoch angekündigt, er werde die Prozession am Sonntag selbst anführen. Noch am gleichen Tag hat das Regime Taleghani verhaften lassen wollen; er war aber rechtzeitig gewarnt worden und „unauffindbar".

Ebenfalls am Mittwoch hat die Regierung den Anfang November verhafteten Führer der Nationalen Front, Sandjabi, freigelassen. Während seiner Haft und erst recht bei seiner Freilassung hatten die Imperialisten das Gerücht ausgestreut, Sandjabi, ein politischer Vertreter der nationalen Bourgeoisie, sei bereit, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Er war verhaftet worden, als er nach seiner Rückkehr von einem Treffen mit dem Ayatollah Kohmeyni die mit dem Schiitenführer getroffenen Vereinbarungen zur Errichtung einer islamischen Republik der Presse erläutern wollte. Gleich nach der Freilassung hat er bekräftigt, daß die Nationale Front zu einer Koalitionsregierung unter dem Schah weiterhin nicht bereit ist. Am Sonntag wird er gemeinsam mit Taleghani die Demonstration anführen.

Die Imperialisten hoffen, durch Abspaltung der nationalen Bourgeoisie von der antiimperialistischen Massenbewegung ihre Herrschaft über den Iran – vielleicht mit ein paar kosmetischen Korrekturen – aufrechterhalten zu können. Die „Financial Times", das Organ derselben britischen Monopolherren, die den Schah 1953 an die Macht gebracht hatten, bemerkte in der letzten Woche, zur Not könne man auch ohne Schah auskommen: „Die Interessen des Westens sind an die Stabilität des Iran gebunden und nicht an das Überleben irgendeines Monarchen. Wenn man Stabilität weiter mit dem Schah gleichsetzt, läuft man mehr und mehr Gefahr, dieses Ziel zu torpedieren." Das amerikanische Außenministerium hat in der letzten Woche angekündigt, es werde die Familienangehörigen der US-„Berater" im Iran auf Regierungskosten außer Landes bringen lassen. Schon werden in der imperialistischen Presse Berichte breit gewalzt, es sei – angesichts des Streiks bei der iranischen Fluggesellschaft – kein Fortkommen mehr von Teheran. „Evakuierung von Landsleuten" ist allemal der liebste Vorwand für bewaffnete Intervention, zumal wenn sie sich, wie im Iran, gleich als Gemeinschaftsunternehmen der verschiedenen imperialistischen Blutsauger veranstalten ließe.

Zu Beginn der Trauerperiode haben sich am letzten Freitag abend in Teheran an, wie der Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen" berichtet, „mindestens" fünf Punkten ungezählte Massen zu Demonstrationen versammelt. Ähnlich in den anderen Städten des Landes. Die Armee ging mit Maschinenpistolen und Handgranaten, in den Armenvierteln im Süden Teherans teilweise sogar mit Artillerie, gegen die Demonstranten vor. Die Schätzungen über die Zahl der Toten gehen allein für das letzte Wochenende in die hunderte. Doch die ungeheure, in Jahrzehnten imperialistischer Unterdrückung angesammelte Kraft der Massenbewegung ist nicht aufzuhalten. Allabendlich versammeln sich tausende um 21 Uhr, zu Beginn des Ausgehverbots, auf den Straßen. Andere unterstützen die Sprechchöre von den Dächern. „Nieder mit dem Schah!" „Soldaten, desertiert!" Und dazwischen: „Allah ist groß!" Um das Vorgehen der Armee gegen die Demonstrationen zu erschweren, stellen die Arbeiter der Elektrizitätswerke – eine der wenigen Belegschaften, die nicht im Streik ist – das Licht ab.

Der schiitische Islam ist für die Volksmassen des Iran zum Symbol der nationalen Selbstbehauptung gegen die mit Missionar, Kanonenboot und Ölprospekteur über das Land hergefallenen Imperialisten geworden, die Moschee zum politischen Versammlungsort, die Prozession zur politischen Demonstration. Als die britischen und russischen Imperialisten Anfang des Jahrhunderts daran gingen, den Iran in Einflußsphären unter sich aufzuteilen, setzten die Bauern im Verein mit der städtischen Kleinbourgeoisie und den religiösen Führern 1906 eine bürgerlich-demokratische Verfassung durch.

Darin sind – nie realisiert – Einspruchsrechte der religiösen Führer gegen Gesetze, die dem Koran widersprechen, vorgesehen. Zwar religiös verkleidet, richtet sich das ganze gegen die Ausplünderung des Landes durch die Imperialisten. So hat der Ayatollah Khomeyni in der letzten Woche erklärt: „Besonders der Streik in der Ölindustrie, der die Plünderung des nationalen Reichtums verhindert, ist ein Akt des Gehorsams gegenüber Gott." 1963 erhoben sich die Volksmassen erneut gegen die „weiße Revolution" des Schahs, mit der das Land in eine Baumwollplantage für die Imperialisten verwandelt und die Bauern zu ihren Lohnsklaven gemacht wurden. Als einer der Führer der Bewegung wurde Khomeyni damals zum Tode verurteilt und zur Flucht ins Ausland gezwungen.

Über die gegenwärtigen Bewegungen unter den Bauern berichtet der Korrespondent der französischen Zeitung „Le Monde": „Die Bauern haben die Parole des Ayatollah Khomeyni, in der er sie aufgefordert hat, keine Steuern mehr zu zahlen und sich der Einziehung zum Wehrdienst zu widersetzen, sehr günstig aufgenommen. Viele Dörfer in den abgelegenen Regionen haben sich der örtlichen Behörden entledigt oder befinden sich halb in Rebellion. Das in der Nähe stationierte Militär soll es nicht mehr wagen, in die Dörfer einzudringen."

Wird es den Volksmassen gelingen, den Schah zu stürzen und zu verhindern, daß die Imperialisten unter anderem Aushängeschild ihre neokoloniale Plünderung des Landes fortsetzen? Entscheiden wird sich das letztlich daran, ob es gelingt, der bewaffneten Unterdrückung auch bewaffnet entgegenzutreten, d.h. vor allem, die Armee zu spalten, die Masse der wehrpflichtigen Soldaten, aber auch einen Teil der Offiziere, auf die Seite der antiimperialistischen Massenbewegung zu ziehen. Die Armee, heißt es jetzt oft, sei die letzte Stütze des Schahregimes. Vor allem ist sie eine entscheidende Stütze, mit der die US-Imperialisten ihre Oberherrschaft über das Land aufrechtzuerhalten versuchen. Die iranische Armee ist fast vollständig mit amerikanischen Waffen ausgerüstet, über das Heer von US-Beratern und die Ausbildung zahlreicher Offiziere an US-Militärakademien haben die Imperialisten der USA es bisher verstanden, die Armee mit tausend Fäden an sich zu binden.

Bereits Mitte November hatte Khomeyni erklärt: „Die Offiziere und Soldaten, die auf das Volk schießen, müssen wissen, daß sich der Sieg des Volkes nähert, und daß das Volk sich an den Verrätern rächen wird. Die revolutionäre Gewalt des Volkes wird groß sein." Am vorletzten Sonntag hat er die Soldaten aufgerufen zu desertieren und die Waffen mitzunehmen. Auf die Soldaten bleibt die immer anschwellende Massenbewegung, deren Interessen die ihren sind, nicht ohne Wirkung. Immer häufiger wird von Befehlsverweigerungen berichtet. Am letzten Wochenende haben sich in Mashhad, der viertgrößten Stadt des Landes, Soldaten geweigert, auf die Demonstranten zu schießen. Ein Soldat hat auf den kommandierenden Major angelegt. Nur durch Erschießung des Soldaten und vier seiner Kameraden hat der Offizier die „Disziplin" noch einmal blutig herstellen können.

BRD-Imperialisten wollen freie Profitbahn im Iran: Beteiligt euch an den Solidaritätsaktionen!





Ein Hüttenwerk in Bandare Abbas, gemeinsamer Besitz eines Konsortiums von Krupp, Klöckner, Salzgitter und Korff. Zwei Zementfabriken, eine Zuckerfabrik und Hafenanlagen im Besitz von Krupp. Zwei Raffinerien im Besitz von Thyssen. Eine Stahldirektreaktionsanlage im Besitz von Korff. – Die westdeutschen Monopolkapitalisten sind im Iran – nach den US-Imperialisten – die zweitgrößten imperialistischen Blutsauger. Da der Schah ihr Eigentum schützt und durch brutale Unterdrückung die Ausbeutung Persiens leicht macht, ist er ihr Mann. – Die Volksmassen Persiens sind dabei, den Schah zu stürzen, der die Brutalitäten durchführt, die durch die imperialistischen Profitinteressen diktiert werden. Sie haben nicht nur den Schah und seine Bande zum Feind, damit wären sie bald fertig. Vielmehr wollen die imperialistischen Blutsauger die natürlichen Reichtümer Persiens als Beute und die Volksmassen Persiens als ihre superbilligen Lohnsklaven. – Polizeilich verboten ist deswegen hierzulande die Demonstration für die gerechten Ziele der persischen Volksmassen. Die Finanzbourgeois haben „auswärtige Interessen", wollen erpressen, nötigen, sich einmischen und „zum Schutze des Eigentums" gegebenenfalls intervenieren. Dabei wollen sie so tun, als ob sie die Arbeiterklasse und die Volksmassen z.B. in Westdeutschland „hinter sich" hätten. Deswegen wird alles verboten und deswegen finden die Solidaritätsaktionen *dennoch* statt.



Die Kämpfe der iranischen Volksmassen gefährden imperialistische Expansionspläne – Siemens und British Petroleum im Iran

aus: Kommunistische Volkszeitung, Eilnachricht vom 8.12.1978, Verbreitung: Stahlindustrie



und seine Bande zum Feind, damit wären sie bald fertig. Vielmehr wollen die imperialistischen Blutsauger die natürlichen Reichtümer Persiens als Beute und die Volksmassen Persiens als ihre superbilligen Lohnsklaven. – Polizeilich verboten ist deswegen hierzulande die Demonstration für die gerechten Ziele der persischen Volksmassen. Die Finanzbourgeois haben „auswärtige Interessen", wollen erpressen, nötigen, sich einmischen und „zum Schutze des Eigentums" gegebenenfalls intervenieren. Dabei wollen sie so tun, als ob sie die Arbeiterklasse und die Volksmassen z.B. in Westdeutschland „hinter sich" hätten. Deswegen wird alles verboten und deswegen finden die Solidaritätsaktionen *dennoch* statt.



Die Kämpfe der iranischen Volksmassen gefährden imperialistische Expansionspläne – Siemens und British Petroleum im Iran

aus: Kommunistische Volkszeitung, Eilnachricht vom 8.12.1978, Verbreitung: Stahlindustrie



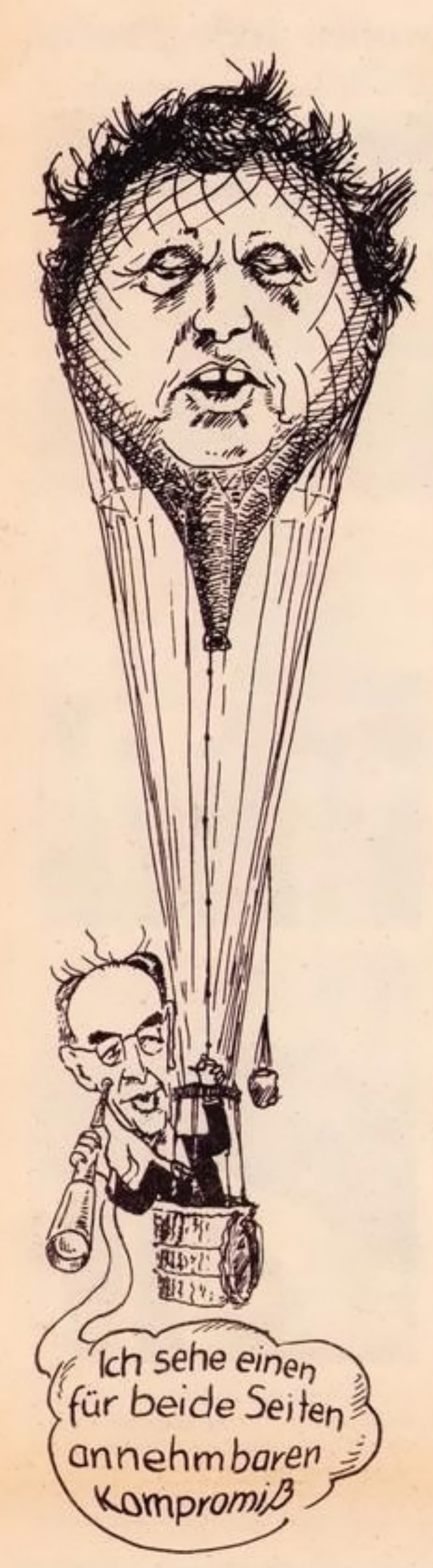
Schah Reza Pahlevi wird von Studenten durch Teheran geschleift







Frankfurt. Hamburg. Westberlin. Die Staatsmacht kann die Aktionen gegen die imperialistische Ausplünderung des Iran und für die gerechten Ziele der iranischen Volksmassen nicht verhindern. Die Demonstrationsverbote werden durchbrochen. Zehntausende Flugblätter verteilt. – Der Versuch der Bourgeoisie, ihre gegen den Kampf der Arbeiter und Bauern im Iran gerichteten Zielsetzungen durch Polizeigewalt vor Aufklärung zu bewahren, ist brutal, aber auch etwas albern. Die Propaganda des Befreiungskampfes der Dritten Welt wird fortgesetzt und stößt auf wachsendes Interesse. Das Demonstrationsverbot wird fallen.



Nordmende: fester Platz in der Spitzengruppe der Ausbeuter

z.jok. Die Arbeiter in der Gerber-Produktion haben eine Stückzahlerhöhung verhindert, und haben, nachdem sie zwei Wochen lang die erhöhte Stückzahl gefertigt hatten, wieder weniger gemacht. In der Modulproduktion gelingt es der Betriebsführung seit Wochen nicht, die Stückzahlen zu erhöhen. Als ein Band schneller gestellt wurde, flogen die Teile aufs Band und



Nordmende: fester Platz in der Spitzengruppe der Ausbeuter

z.jok. Die Arbeiter in der Gerber-Produktion haben eine Stückzahlerhöhung verhindert, und haben, nachdem sie zwei Wochen lang die erhöhte Stückzahl gefertigt hatten, wieder weniger gemacht. In der Modulproduktion gelingt es der Betriebsführung seit Wochen nicht, die Stückzahlen zu erhöhen. Als ein Band schneller gestellt wurde, flogen die Teile aufs Band und es mußte gestoppt werden. Diese Kämpfe zeigen, daß der Plan des Thomson-Brandt-Konzerns zur Sanierung der Nordmende-Profitrate, auf tönernen Füßen steht. Auf der Betriebsversammlung am 5.12. hetzte Karl Mende: Die Ostasiaten und Japaner würden zwar auch Lohnerhöhung bekommen, aber doch längst nicht soviel wie hier. - Mit 23% Umsatzsteigerung in der Farbfernsehproduktion gegenüber 14% bei der Konkurrenz 1978, hat der Thomson-Brandt-Konzern das nötige Kapital aus der Nordmende-Belegschaft gepreßt, um ganze Werksteile, wie jetzt die Schwarz-Weiß-Produktion nach Singapur zu verlagern und damit weiteren Druck in Richtung Niedriglohnniveau auszuüben. Der Kampf gegen die Stückzahlerhöhungen und die Vorbereitung des Lohnkampfs durchkreuzt diese Pläne.

AEG will Werke Bruchsal und Uffenheim schließen

z.zik. Am 29. November hat AEG mitgeteilt, im Zug der „Neuordnung der Hausgeräteproduktion" (Handelsblatt, 1./2.12.) die Werke in Bruchsal / Baden (300 Beschäftigte) und Uffenheim / Franken (330 Beschäftigte) bis Mitte 1980 zu schließen. Die Produktion soll nach Gelsenkirchen und Nürnberg verlegt werden. Prompt sind die AEG-Aktienkurse gestiegen. In Bruchsal führten die Beschäftigten am 30.11. nach Bekanntwerden des Vorhabens einen zweistündigen Warnstreik durch, der den Oberbürgermeister von Bruchsal, Bieringer, auf den Plan rief. In Uffenheim führten die AEG-Arbeiter eine Demonstration mit 500 Teilnehmern durch, was dem bayerischen Innenminister Hillermeier sein CSU-Wahlmandat in Erinnerung brachte. „Empörung" und „Überraschung" äußerten sie, und das bayerische Wirtschaftsministerium hat AEG sogleich 20% Investitionszulage angeboten. – So plötzlich kam die Nachricht allerdings nicht. 1976 sollte das Neff-Werk in Bruchsal schon einmal geschlossen werden. Durch den Kampf der Belegschaft und die große Unterstützung des Kampfes durch die Arbeiterklasse aus der ganzen Region wurde AEG, damals noch unter Ponto (selig), zur Rücknahme der Schließungsabsicht gezwungen. Seither haben die AEG-Kapitalisten unter dem ständigen Druck der Schließungsdrohung die

AEG-Telefunken Bereich Hausgeräte

Beschäftigte 1978: 12 700 Umsatz 1978: 1,8 Milliarden
Freisetzung durch die Umorganisierung bis 1980: 630 Beschäftigte

Alno-Werke Pfullendorf – Küchen – 51%
Aku-Werke Wangen/Allg. – Hausgeräte – 51%
BBC Hausgeräte GmbH Mannheim – 75%
[illegible] GmbH Nürnberg/Rothenburg, Neustadt/A., Uffenheim – Heizgeräte, Herde – 75%
Küppersbusch AG Gelsenkirchen – Großküchen – 96,7%
Linde GmbH Wiesbaden – Kühlschränke – 50,1%
Neff-Werke Bretten/Baden (Bruchsal) – Küchen – 75%
[illegible] GmbH Sulzbach/Saar – Dunsthauben – 100%
Zanker GmbH Tübingen – Tiefkühlschränke – 100%

Ausbeutung im Werk Bruchsal verschärfen können. Sie haben die Anzahl der Beschäftigten von 400 in 1975 auf 370 in 1976 auf 300 in 1978 gedrückt. – Die Arbeiter wissen, worum es geht, und führen den Kampf gegen die Kapitalisten. Am Samstag, 9.12., meldete die „Süddeutsche Zeitung": „... mußten die noch am Vortag bevorzugten AEG (Kurse)... zurückgenommen werden, nachdem das Ausscheiden von drei Vorstandsmitgliedern bekanntgegeben wurde. Darunter ist auch Freiherr von der Osten-Sacken, Vorstandsmitglied im Bereich Konsumgüter. Grund: „Die Reorganisation der AEG zieht sich schon lange, zu lange hin." (Süddeutsche Zeitung) Diesmal soll es wohl klappen. Man wird sehen.

Kapitalisten im Kfz-Handwerk bereiten Lohnkampf vor

z.smm. In allen Kfz-Betrieben Nordrhein-Westfalens hängt zur Zeit in der Größe DIN A 1 „Kfz-aktuell" aus. Herausgeber ist der Zentralverband des Kfz-Handwerks. In ihm beklagen sich die Kfz-Kapitalisten über die hohen Lohnnebenkosten. Klagt ein Kfz-Meister: „Um meinem Mitarbeiter brutto eine Mark mehr Verdienst zu geben, muß ich dem Kunden 1,66 Mark mehr berechnen, wenn ich keinen Verlust machen will!" Eine Lohnerhöhung sitzt nicht drin, die Kunden werden sie nicht zahlen. – Die Kfz-Kapitalisten zahlen dem 1. Gesellenjahr 7,72 DM die Stunde, dem 4. Gesellenjahr 8,56 DM. In allen größeren
[illegible]
– Die Arbeiter wissen, worum es geht, und führen den Kampf gegen die Kapitalisten. Am Samstag, 9.12., meldete die „Süddeutsche Zeitung": „... mußten die noch am Vortag bevorzugten AEG (Kurse)... zurückgenommen werden, nachdem das Ausscheiden von drei Vorstandsmitgliedern bekanntgegeben wurde. Darunter ist auch Freiherr von der Osten-Sacken, Vorstandsmitglied im Bereich Konsumgüter. Grund: „Die Reorganisation der AEG zieht sich schon lange, zu lange hin." (Süddeutsche Zeitung) Diesmal soll es wohl klappen. Man wird sehen.

Kapitalisten im Kfz-Handwerk bereiten Lohnkampf vor

z.smm. In allen Kfz-Betrieben Nordrhein-Westfalens hängt zur Zeit in der Größe DIN A 1 „Kfz-aktuell" aus. Herausgeber ist der Zentralverband des Kfz-Handwerks. In ihm beklagen sich die Kfz-Kapitalisten über die hohen Lohnnebenkosten. Klagt ein Kfz-Meister: „Um meinem Mitarbeiter brutto eine Mark mehr Verdienst zu geben, muß ich dem Kunden 1,66 Mark mehr berechnen, wenn ich keinen Verlust machen will!" Eine Lohnerhöhung sitzt nicht drin, die Kunden werden sie nicht zahlen. – Die Kfz-Kapitalisten zahlen dem 1. Gesellenjahr 7,72 DM die Stunde, dem 4. Gesellenjahr 8,56 DM. In allen größeren Betrieben wird Akkord gearbeitet. Gleichzeitig gehen die Kfz-Kapitalisten in immer größerem Umfang dazu über,



„Bitte wählen Sie, wer von unseren Spezialisten soll den Ölwechsel durchführen?" So machen sich die Kapitalisten über die Arbeiter in ihrem Propagandablatt lustig.

die jugendliche Arbeitskraft auszubeuten. 1977 waren in NRW 28% aller Beschäftigten im Kfz-Handwerk Lehrlinge. In keinem Handwerk ist der Anteil der Lehrlinge so hoch. In der Reparatur ist mindestens jeder dritte ein Lehrling. Sie kriegen im 3.Lehrjahr 315 DM netto und arbeiten im Akkord. Ein Großteil der Lehrlingslöhne bekommen die Kfz-Kapitalisten von den Arbeitsämtern über die „Einstellungsprämie" zurückgezahlt. Jedem dritten im Betrieb bei Akkordarbeit kaum Lohn zahlen zu müssen, das sind gedeihliche Bedingungen für die Profite der Kfz-Kapitalisten. Ihr Gejammer über die hohen Lohnkosten ist nichts weiter als der Versuch, den Lohn aller Beschäftigten in Richtung der Lehrlingslöhne zu drücken, und dabei ungeschoren davon zu kommen.

Forderungen gegen Überstundenschinderei, Akkord und Lohnsenkungen

r.wof. Am Montag wolle die Betriebsführung noch einmal mit dem Betriebsrat über die Überstunden sprechen. Das kündigte G. Miele, Angehöriger der Kapitalistensippe, die die Miele-Werke besitzt, auf der Betriebsversammlung im Werk Bielefeld am letzten Freitag an. Ursprünglich sollten bereits seit dem 27. November fast im ganzen Werk bis zum 15. Dezember täglich 9 Stunden gefahren werden. Weil die Betriebsführung jedoch wegen des Stahlarbeiterstreiks Materialschwierigkeiten befürchtete, wurden sie zunächst abgesetzt. Jetzt habe sich herausgestellt, daß das Material doch bis Januar reicht. Wahrscheinlich setzt er auf den Schlichter. Noch nicht einmal für nötig hielt er es, den Betriebsrat vor der Versammlung über seine neuen Überstundenpläne zu informieren.

5,7% haben die Miele-Kapitalisten im letzten Geschäftsjahr ihren Umsatz auf 1,2 Milliarden DM gesteigert. Die Belegschaft sank im gleichen Zeitraum um 1% auf 1080 Arbeiter und Angestellte in allen Werken. 1970/71 betrug der Umsatz noch 620 Millionen DM, etwa die Hälfte des heutigen Umsatzes, die Belegschaft 900. Diese Zahlen geben eine ungefähre Vorstellung davon, in welchem Umfang die Miele-Kapitalisten in den letzten Jahren die Ausbeutung steigern konnten. Als ausgesprochen günstig bezeichneten sie selbst ihre Geschäftslage fast die ganze Zeit. Akkordneufestsetzungen bei jeder Veränderung in den Modellen und bei jeder Umstellung in der Produktion, um die Stückzahlen hochzuschrauben; Überstundenschinderei – im Werksteil Bielefeld-Schildesche, wo Staubsauger hergestellt werden, müssen seit Jahren täglich 9 Stunden gemacht werden – und Lohnsenkung waren verbunden mit größeren Rationalisierungsinvestitionen, die Mittel den Profit in die Höhe zu treiben und die Konkurrenz in der Plusmacherei zu überrunden.

Einige Erfolge konnten die Arbeiter dagegen in den letzten Jahren erringen. 1976 konnte durch einen Streik in Bielefeld und im Hauptwerk Gütersloh die von den Kapitalisten versuchte Anrechnung der Tariferhöhung auf die außertariflichen Zulagen im wesentlichen zurückgeschlagen werden. In Schildesche wurde durchgesetzt, daß wenigstens freitags keine 9 Stunden gefahren werden. Der Zusammenschluß auf Forderungen, die den Kampf gegen die Kapitalisten ermöglichen, nimmt zu.

An den vier Bändern der Hauptmontage-Geschirrspülautomaten und an den Prüfbändern unterschrieb vor vier Wochen die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter eine Resolution für Springer, da man bei den Stückzahlen, die verlangt werden, zwischen den Bandpausen nicht einmal auf Toilette gehen kann. Gegen die Überstunden forderte eine Pausenversammlung in der Hauptmontage den Betriebsrat auf, seine Zustimmung zu den Überstunden zurückzuziehen. Der Betriebsrat ist über diese Entwicklung gespalten. Die Forderung nach Springern verwies er an den Lohn- und Akkordausschuß, die Zustimmung zu den Überstunden wurde mit zehn Stimmen bei vier Enthaltungen gefaßt. Mehrere Betriebsräte erklärten nach dem Beschluß der Pausenversammlung, daß sie den Überstunden nicht erneut zustimmen würden, während die sozialdemokratischen Mitglieder des Betriebsratsausschusses sich gegen die Forderung stellen.

Auf der Betriebsversammlung kam diese Spaltung zum Ausdruck in Angriffen einzelner Betriebsräte auf einen Betriebsrat aus der Hauptmontage, der die Forderungen der Arbeiter unterstützte. Das ist eine offene Flanke gegen die Kapitalisten. Sie kann allerdings überwunden werden, wenn die Einigung auf Forderungen gegen den Akkord, die Überstundenschinderei und ihre Grundlage, den niedrigen Lohn, vorangetrieben wird. Großen Beifall fand die Rede eines Arbeiters, der sich für die Aufstellung von wenigstens einer Mindestforderung von 100 Mark in Nordrhein-Westfalen aussprach und gegen die Steuerausplünderung einen Steuerfreibetrag von monatlich 1500 DM forderte. Wie der Vorsitzende des Vertrauenskörpers rief er zur Teilnahme an der Kundgebung der IG Metall zur Unterstützung der Stahlarbeiter und gegen die Aussperrung auf, die am Dienstag wie im ganzen Stahltarifgebiet NRW während der Arbeitszeit stattfindet.

Die Forderung nach Freizeitausgleich für Überstunden öffnet der Verschärfung der Ausbeutung Tür und Tor

r.dem. Für den Nordverbund will Otto vom Steeg in dem jetzigen Lohnkampf die Forderung nach „Freizeitausgleich bei Überstunden" durchsetzen. Diese Regelung öffnet der Verschärfung der Ausbeutung Tür und Tor. Entsprechende Erfahrungen haben die Arbeiter der Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven. Mit dem Druck, daß sie keine betriebsbedingten Entlassungen auf der Werft vornehmen würden, hatten die Kapitalisten zum 1.August 78 eine Betriebsvereinbarung für den Freizeitausgleich für Mehrarbeit durchgesetzt. Die Betriebsvereinbarung unterscheidet sich von der vom Steegschen Forderung dahingehend, daß nur „45% der Überstunden später in auslastungsschwachen Zeiten zu einem unbezahlten Freizeitausgleich herangezogen werden." (Betriebsvereinbarung) Gezwungen aufgrund des niedrigen Lohnes, Überstunden zu machen, hat ein Arbeiter nach dieser Regelung bei 10 Überstunden 23,45 DM und bei 50 Kapitalisten in den letzten Jahren die Ausbeutung steigern konnten. Als ausgesprochen günstig bezeichneten sie selbst ihre Geschäftslage fast die ganze Zeit. Akkordneufestsetzungen bei jeder Veränderung in den Modellen und

Überstd. pro Monat	45% Freizeitausgl.	Normal-Stunden	Brutto Gesamt	Netto Gesamt	Bruttolohn + Überstd.*	Netto DM	Differenz in DM
0 Std.	0,0 Std.	173,0 Std.	1851,10	1267,62	1851,10	1267,62	-
10 Std.	4,5 Std.	168,5 Std.	1936,70	1312,35	1984,85	1336,30	– 23,95
20 Std.	9,0 Std.	164,0 Std.	2022,30	1354,94	21118,60	1404,42	– 49,48
30 Std.	13,5 Std.	159,5 Std.	2107,90	1398,15	2252,35	1468,67	– 70,52
36 Std.	16,2 Std.	156,8 Std.	2159,26	1424,45	2332,60	1504,43	– 79,98
40 Std.	18,0 Std.	155,0 Std.	2193,50	1440,60	2386,10	1528,47	– 87,87
50 Std.	22,5 Std.	150,5 Std.	2263,05	1473,87	2503,80	1579,08	– 105,21

* ohne Freizeitausgleich

beiter so aufzulösen, daß „auslastungsschwache Zeiten" entfallen und die Arbeitszeit der Arbeiter nur noch aus „auslastungsstarker Zeit" besteht.

Mit der Senkung des Lohnes haben die Lloyd-Kapitalisten den Normalarbeitstag soweit beseitigt, daß im August 78 den Bandpausen nicht einmal auf Toilette gehen kann. Gegen die Überstunden forderte eine Pausenversammlung in der Hauptmontage den Betriebsrat auf, seine Zustimmung zu den Überstunden zurückzuziehen. Der Betriebs-

„Freizeit", wann sie wollen und nicht wie die Kapitalisten wollen. Der Köder in der Betriebsvereinbarung, daß Nachtarbeit von Sonnabend auf Sonntag und von Sonntag auf Montag nicht ausgeglichen wird, hat auch nicht gezogen.

In der vom Steegschen Forderung er zur Teilnahme an der Kundgebung der IG Metall zur Unterstützung der Stahlarbeiter und gegen die Aussperrung auf, die am Dienstag wie im ganzen Stahltarifgebiet NRW während der Arbeitszeit stattfindet.

Die Forderung nach Freizeitausgleich für Überstunden öffnet der Verschärfung der Ausbeutung Tür und Tor

r.dem. Für den Nordverbund will Otto vom Steeg in dem jetzigen Lohnkampf die Forderung nach „Freizeitausgleich bei Überstunden" durchsetzen. Diese Regelung öffnet der Verschärfung der Ausbeutung Tür und Tor. Entsprechende Erfahrungen haben die Arbeiter der Hapag-Lloyd-Werft in Bremerhaven. Mit dem Druck, daß sie keine betriebsbedingten Entlassungen auf der Werft vornehmen würden, hatten die Kapitalisten zum 1.August 78 eine Betriebsvereinbarung für den Freizeitausgleich für Mehrarbeit durchgesetzt. Die Betriebsvereinbarung unterscheidet sich von der vom Steegschen Forderung dahingehend, daß nur „45% der Überstunden später in auslastungsschwachen Zeiten zu einem unbezahlten Freizeitausgleich herangezogen werden." (Betriebsvereinbarung) Gezwungen aufgrund des niedrigen Lohnes, Überstunden zu machen, hat ein Arbeiter nach dieser Regelung bei 10 Überstunden 23,45 DM und bei 50 Überstunden 105,21 DM netto weniger im Monat. Allein schon damit machen die Kapitalisten einen großen Schnitt.

Im Maschinenbau und in der Werftindustrie sind die Kapitalisten bei Auftragsannahme an Lieferzeiten und Termine gebunden. Kurze Lieferzeiten entscheiden mit über einen Auftrag. Durch Intensivierung der Arbeit und durch Überarbeit sollen die kurzen Lieferzeiten durchgesetzt werden. Das Kalkül der Lloyd-Kapitalisten ist es, Stockungen in der Produktion der Arbeiter so aufzulösen, daß „auslastungsschwache Zeiten" entfallen und die Arbeitszeit der Arbeiter nur noch aus „auslastungsstarker Zeit" besteht.

Überstd. pro Monat	45% Freizeitausgl.	Normal-Stunden	Brutto Gesamt	Netto Gesamt	Bruttolohn + Überstd.*	Netto DM	Differenz in DM
0 Std.	0,0 Std.	173,0 Std.	1851,10	1267,62	1851,10	1267,62	-
10 Std.	4,5 Std.	168,5 Std.	1936,70	1312,35	1984,85	1336,30	– 23,95
20 Std.	9,0 Std.	164,0 Std.	2022,30	1354,94	21118,60	1404,42	– 49,48
30 Std.	13,5 Std.	159,5 Std.	2107,90	1398,15	2252,35	1468,67	– 70,52
36 Std.	16,2 Std.	156,8 Std.	2159,26	1424,45	2332,60	1504,43	– 79,98
40 Std.	18,0 Std.	155,0 Std.	2193,50	1440,60	2386,10	1528,47	– 87,87
50 Std.	22,5 Std.	150,5 Std.	2263,05	1473,87	2503,80	1579,08	– 105,21

* ohne Freizeitausgleich

Mit der Senkung des Lohnes haben die Lloyd-Kapitalisten den Normalarbeitstag soweit beseitigt, daß im August 78 durchschnittlich 36 Überstunden gemacht wurden. Die Betriebsvereinbarung ermöglicht jetzt den Kapitalisten den „Freizeitausgleich" so zu legen, wie er am besten der Produktion von Höchstprofit entspricht. Z.B. an einem Tag von 7 bis 11 Uhr oder von 13 bis 16 Uhr, beliebig, wie es gerade in den Produktionsablauf paßt. Durchsetzen konnten sich die Kapitalisten mit dieser Regelung nicht. Zum einen verweigert der größte Teil der Arbeiter seitdem Überstunden zu machen, zum anderen nehmen die Arbeiter ihre „Freizeit", wann sie wollen und nicht wie die Kapitalisten wollen. Der Köder in der Betriebsvereinbarung, daß Nachtarbeit von Sonnabend auf Sonntag und von Sonntag auf Montag nicht ausgeglichen wird, hat auch nicht gezogen.

In der vom Steegschen Forderung heißt es, daß Überstunden nur *auf Wunsch* der Arbeiter durch Freizeit ausgeglichen werden sollen. Diese Formulierung ändert nichts daran, daß mit dem „Freizeitausgleich" für Überstunden der Verschärfung der Ausbeutung Tür und Tor geöffnet sind. Zum anderen ist diese Regelung ein direkter Schlag in den Rücken der Stahlarbeiter, die im Kampf stehen für einen ausreichenden Lohn für den Normalarbeitstag, gegen Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit und für die 35-Stunden-Woche.

Papierverarbeitende Industrie: 6,5% Tarifforderung

z.bub. Die Tabelle zeigt die tarifliche Lohngruppierung der 85 000 Arbeiter in der Papierverarbeitung. Auf die gesamte Tariflohn- und -gehaltssumme macht die von der IG Druck und Papier aufgestellte nackte 6,5-%-Forderung 85 DM durchschnittlich im Monat. Die vier unteren Lohngruppen – in den untersten drei sind fast ausschließlich Frauen eingestuft – bleiben unter diesem Betrag, während die Lohngruppen der Facharbeiter I und Ia und fast alle Angestellten bei Prozent mehr bekommen würden. Gezahlt auf den Tarif macht die 6,5-%-Forderung in Wirklichkeit nur ca. 5% auf den Effektivlohn aus. In den letzen beiden Jahren waren die Abschlüsse bei ca. 3% effektiv, das bedeutet absolute Senkung des Lohnstandards bei Löhnen, die schon auf Elendsniveau liegen. Die Forderung nach 1 DM pro Stunde Festgeld / 173 DM monatlich, die die IG-Druck-Versammlung Rhein-Neckar gefordert hatte, bedeutet gegenüber den 6,5% für alle Arbeiter,

Tariflöhne in der papierverarbeitenden Industrie

Lohngruppe	Monatslohn 173 Std.	Anteil der Arbeiter	6,5 % Monat
VI	1 052	4,36 %	69,20
V	1 093	20,72 %	70,93
IV	1 112	14,95 %	72,66
III	1 192	17,21 %	77,85
II	1 291	21,21 %	83,04
I	1 529	16,45 %	98,61
Ia	1 836	5,20 %	119,37

Angestellte

K1 Eintritt ..	1 040	T1	1.114
K2	1 125	T2	1.203
K3	1 591	T3	1.871
K4	2 462	T4	2.679
K5	2 955	T5	3.213

Meister und Angestellten bis auf die Gehaltstarife K5 und T5 eine Forderung für den einheitlichen Kampf und gegen das Herabdrücken auf Elendsniveau.

Arbeitsdienst-Iven hat eine Idee

z.mif. In einem Interview mit dem „Süddeutschen Rundfunk" bezeichnet der Bundesbeauftragte für den Zivildienst Iven (SPD) es als „gute Idee", freie Zivildienstplätze in der Bundesrepublik Deutschland vorübergehend mit Arbeitslosen zu besetzen. Jedoch koste ein Zivildienstleistender den Staat nur ein Drittel dessen, was für eine ungelernte Arbeitskraft aufzubringen sei. – Ja, und jetzt? Freie Stellen – Arbeitslose – Staat arm ... Im Arbeitsförderungsgesetz ist seit jeher ausdrücklich aufgenommen, ein Arbeitsloser stehe der Arbeitsvermittlung zur Verfügung auch während der Einziehung zu „Diensten zur Verhinderung

Weg mit dem Ausländergesetz!

Giftige Erbitterung der westdeutschen Bourgeois über Unterstützung des iranischen Volkes

z.hku. Die westdeutsche Bourgeoisie überschlug sich in giftiger Erbitterung über die Aktionen zur Unterstützung des iranischen Volkes, die gemeinsam von westdeutschen und ausländischen Revolutionären organisiert worden sind: ,,Verbot der CISNU! Ausweisung aller CISNU-Funktionäre! Endgültig Schluß mit den Demonstrationen!" Jetzt hat die ,,Frankfurter Allgemeine Zeitung" in nüchterner Betrachtung zusammengestellt, was für die Bourgeoisie not täte.



Am 8.10.1972 demonstrierten 10000 in Dortmund gegen das Verbot der Organisationen der Palästinenser in der BRD. Dezember 1973 verbot die Bundesregierung Demonstrationen, zu denen auch die CISNU aufrief. ,,Die politische Betätigung einer iranischen Studentenvereinigung ist geeignet, die Beziehungen zwischen der BRD und dem Iran zu belasten. Eine Belastung der Beziehungen ... wäre angesichts der drohenden Energiekrise ... nicht zu vertreten." Der KBW führte am darauf folgenden Wochenende Demonstrationen gegen die Krisen- und Notstandsmaßnahmen der Bundesregierung durch.

,,Der Oberbürgermeister (von Frankfurt, Red.) muß mit einem rechtlichen Instrumentarium arbeiten, das teils im Reformüberschwang vom feinen grünen Tisch in Bonn gemacht worden ist – wie etwa das 1970 stark abgeschwächte Demonstrationsstrafrecht – oder das, wie das Versammlungs- und zumal das Ausländerrecht – aus einer friedlicheren Zeit stammt." Das Verbot der Demonstration afghanischer Studenten habe er ja durchsetzen können, und die Ausweisung eines Iraners habe er eingeleitet – aber wird das auf die Dauer gehen können? ,,Die Ausweisung ist nach dem Ausländergesetz an Bedingungen geknüpft, die teils zu weit, teils zu unbestimmt sind, teils altväterlich wirken gegenüber der Wirklichkeit, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hat. ... Zu denken wäre an eine zeitgerechtere Fassung der Ausweisungsgründe" (6.11.78).

Derzeit sind die Regeln für die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter und Studenten in Westdeutschland durch das Ausländergesetz von 1965 festgelegt. Um 1960 begannen die westdeutschen Kapitalisten in großem Umfang, Arbeitskraft für die weitere Ausdehnung der Profitproduktion billig in den südeuropäischen Ländern einzukaufen. Waren 1959 noch keine 200000 ausländische Arbeiter in Westdeutschland, hatten die Kapitalisten 1965 schon über 1 Million eingesaugt. Aber schon 1963, beim Metallarbeiterstreik, haben die Kapitalisten erleben müssen, daß ihre Rechnung mit dem Preis- und Streikbrecher ausländischer Arbeiter nicht aufging. Die Kapitalisten forderten ,,schärfere Maßnahmen gegen kommunistische Arbeiter aus dem Ausland". Im Ausländergesetz wurden Einreise und Dauer des Aufenthalts, Ausmaß und Zielrichtung der politischen Tätigkeit ausländischer Arbeiter abhängig gemacht von den ,,Belangen der Bundesrepublik Deutschland".

Im Grundgesetz hat die Bourgeoisie versucht, die Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse und des Volkes wohlklingend zu verhüllen. In den Ausführungsverordnungen zum Ausländergesetz kann man den ,,Freiheits"-Fanatismus der Finanzbourgeoisie unverhüllt studieren: ,,Ausländer genießen alle Grundrechte, mit Ausnahme der Grundrechte der Versammlungsfreiheit, der Vereinsfreiheit, der Freizügigkeit, der freien Wahl von Beruf ..." usw. Bilden Ausländer Vereine, sollen sie vollständige Mitgliederlisten abliefern, den Inhalt ihrer Versammlungen vorher der Polizei mitteilen.

Mitte der 60er Jahre endet die ,,friedliche" Periode der Restauration des Kapitalismus in der BRD; unter den Fanfarenstößen ,,freier und friedlicher Welthandel" leitet die westdeutsche Bourgeoisie die verschärfte imperialistische Expansion ein, eine Exportoffensive zunächst von Waren, dann von Kapital. Von 1966 bis 1972 wird der Kapitalexport verdreifacht. 1972 legt Innenminister Genscher ein Bündel zur Änderung der Ausländer-, Versammlungs- und Vereinsgesetze vor. ,,Belange der Bundesrepublik" ist jetzt nicht mehr ausreichend. Eingefügt wird in die Gesetzentwürfe ,,insbesondere auch auswärtige Belange" und ,,Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker". Im Kommentar erklärt Genscher:

,,Im einzelnen wird die Feststellung getroffen, daß die Beeinträchtigung der auswärtigen Belange der BRD oder die Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker – die Einschränkung oder Untersagung der politischen Betätigung zur Folge haben kann oder zur Ausweisung führen kann. Dieser Änderung kommt im wesentlichen verdeutlichende Funktion zu." Der Drang nach Klarstellung erwächst aus der neuen Stufe imperialistischer Expansion. Aufdeckung ihrer imperialistischen Verbrechen gegenüber den Völkern der Welt, Verlust der Agenten, die sie sich zur Unterdrückung dieser Länder heranzüchten wollen, Herstellung einer festen Verbindung zwischen der demokratischen und revolutionären Bewegung in Westdeutschland und dem Kampf der unterdrückten Völker um Unabhängigkeit und Revolution: das ist es, was die Bourgeoisie fürchtet und sie so fieberhaft nach ,,zeitgerechteren" Lösungen für die Unterdrückung der Ausländer suchen läßt.

1972 ist Genscher auf seinem Vorschlag sitzengeblieben. Gehandelt hat die Bourgeoisie gleichwohl auf dieser Linie und die Organisationen der ausländischen Arbeiter und Studenten verfolgt und unterdrückt, so gut sie eben konnte. Den Raub der ZANU-Spendengelder, die Sammlungsverbote und die Einreiseverbote für die Delegationen der ZANU hat die Bundesregierung mit nichts anderem begründet als mit den ,,auswärtigen Belangen" der Bundesrepublik und mit ihrer heiligen Pflicht zum Eintreten für eine ,,friedliche Lösung" – zur Rettung ihres Ausbeuterparadieses durch ein Marionettenregime in Zimbabwe.

,,... aus der Tatsache, daß der Gesetzgeber im Ausländergesetz die ,sonstigen erheblichen Belange' nur vor Beeinträchtigung vor Ausländern zu schützen versucht hat, kann nicht schon der Schluß gezogen werden, daß diese Belange eines Schutzes vor Beeinträchtigung durch die eigenen Staatsangehörigen nicht bedürften", erläutert ein Kommentar zum Ausländergesetz. Unnötige Erinnerung. Die erwähnte Erörterung der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung" beginnt mit der Ausweisung von Iranern und endet mit der allgemeinen Beseitigung der Demonstrations- und Organisationsfreiheit.

Ausländische Arbeiter – gefesselt durch Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis

Obligatorische Einbürgerung der Ausländer nach dreimonatigem Aufenthalt in der BRD!

z.bil. Yildrim ist Türke, er arbeitet seit 11 Jahren in Westdeutschland. Vor 11 Jahren wurden noch die ,,Gastarbeiterabkommen" angewandt. Die ,,Vertragsstaaten stellen dem Partnerstaat junge Leute bis zu 30 Jahren für ein bis eineinhalb Jahre zur Beschäftigung zur Verfügung. Mit den Vertragsstaaten werden jährliche Kontingente vereinbart" – wie ein Großmarktbericht liest sich das in den üblichen Kommentaren zum Ausländerrecht.

Bescheinigung des Vermieters vorlegen, daß sie in ausreichend großem Wohnraum wohnt. Yildrim mußte mit seiner Frau und 2 Kindern in einer 52 qm großen Wohnung leben. Als der Wohnungseigentümer Nachzahlungen und erhöhte Miete verlangt und Yildrim das verweigert, steht in der Bescheinigung an die Ausländerbehörde, daß das Mietverhältnis schon gekündigt ist. Grund, die Aufenthaltserlaubnis zu versagen.

beitserlaubnis ,,kann nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes erteilt werden, für eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb..." (§ 1 VO über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer) Yildrims Frau war dieses Jahr im Urlaub daheim. Dabei ist der Paß abgelaufen und mußte verlängert werden. Als die alte Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist, kann die neue nicht sofort beantragt werden, weil der Paß noch nicht da ist. Jetzt wird ihr die Arbeitserlaubnis versagt, weil sie nicht ununterbrochen *ordnungsgemäß* während der letzten fünf Jahre in der BRD war.

schen der BRD und dem Iran zu belasten. Eine Belastung der Beziehungen ... wäre angesichts der drohenden Energiekrise ... nicht zu vertreten." Der KBW führte am darauf folgenden Wochenende Demonstrationen gegen die Krisen- und Notstandsmaßnahmen der Bundesregierung durch.

,,Der Oberbürgermeister (von Frankfurt, Red.) muß mit einem rechtlichen Instrumentarium arbeiten, das teils im Reformüberschwang vom feinen grünen Tisch in Bonn gemacht worden ist – wie etwa das 1970 stark abgeschwächte Demonstrationsstrafrecht – oder das, wie das Versammlungs- und zumal das Ausländerrecht – aus einer friedlicheren Zeit stammt." Das Verbot der Demonstration afghanischer Studenten habe er ja durchsetzen können, und die Ausweisung eines Iraners habe er eingeleitet – aber wird das auf die Dauer gehen kön- durch das Ausländergesetz von 1965 festgelegt. Um 1960 begannen die westdeutschen Kapitalisten in großem Umfang, Arbeitskraft für die weitere Ausdehnung der Profitproduktion billig in den südeuropäischen Ländern einzukaufen. Waren 1959 noch keine 200000 ausländische Arbeiter in Westdeutschland, hatten die Kapitalisten 1965 schon über 1 Million eingesaugt. Aber schon 1963, beim Metallarbeiterstreik, haben die Kapitalisten erleben müssen, daß ihre Rechnung mit dem Preis- und Streikbrecher ausländischer Arbeiter nicht aufging. Die Kapitali-

von Kapital. Von 1966 bis 1972 wird der Kapitalexport verdreifacht. 1972 legt Innenminister Genscher ein Bündel zur Änderung der Ausländer-, Versammlungs- und Vereinsgesetze vor. ,,Belange der Bundesrepublik" ist jetzt nicht mehr ausreichend. Eingefügt wird in die Gesetzentwürfe ,,insbesondere auch auswärtige Belange" und ,,Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker". Im Kommentar erklärt Genscher:

,,Im einzelnen wird die Feststellung getroffen, daß die Beeinträchtigung der auswärtigen Belange der BRD oder die Störung des friedlichen Zusammenlebens der Völker – die Einschränkung oder Untersagung der politischen Betätigung zur Folge haben kann oder

Ausbeuterparadieses durch ein Marionettenregime in Zimbabwe.

,,... aus der Tatsache, daß der Gesetzgeber im Ausländergesetz die ,sonstigen erheblichen Belange' nur vor Beeinträchtigung vor Ausländern zu schützen versucht hat, kann nicht schon der Schluß gezogen werden, daß diese Belange eines Schutzes vor Beeinträchtigung durch die eigenen Staatsangehörigen nicht bedürften", erläutert ein Kommentar zum Ausländergesetz. Unnötige Erinnerung. Die erwähnte Erörterung der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung" beginnt mit der Ausweisung von Iranern und endet mit der allgemeinen Beseitigung der Demonstrations- und Organisationsfreiheit.

Ausländische Arbeiter – gefesselt durch Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis

Obligatorische Einbürgerung der Ausländer nach dreimonatigem Aufenthalt in der BRD!

z.bil. Yildrim ist Türke, er arbeitet seit 11 Jahren in Westdeutschland. Vor 11 Jahren wurden noch die ,,Gastarbeiterabkommen" angewandt. Die ,,Vertragsstaaten stellen dem Partnerstaat junge Leute bis zu 30 Jahren für ein bis eineinhalb Jahre zur Beschäftigung zur Verfügung. Mit den Vertragsstaaten werden jährliche Kontingente vereinbart" – wie ein Großmarktbericht liest sich das in den üblichen Kommentaren zum Ausländerrecht.

Bescheinigung des Vermieters vorlegen, daß sie in ausreichend großem Wohnraum wohnt. Yildrim mußte mit seiner Frau und 2 Kindern in einer 52 qm großen Wohnung leben. Als der Wohnungseigentümer Nachzahlungen und erhöhte Miete verlangt und Yildrim das verweigert, steht in der Bescheinigung an die Ausländerbehörde, daß das Mietverhältnis schon gekündigt ist. Grund, die Aufenthaltserlaubnis zu versagen.

beitserlaubnis ,,kann nach Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes erteilt werden, für eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb..." (§ 1 VO über die Arbeitserlaubnis für nichtdeutsche Arbeitnehmer) Yildrims Frau war dieses Jahr im Urlaub daheim. Dabei ist der Paß abgelaufen und mußte verlängert werden. Als die alte Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist, kann die neue nicht sofort beantragt werden, weil der Paß noch nicht da ist. Jetzt wird ihr die Arbeitserlaubnis versagt, weil sie nicht ununterbrochen *ordnungsgemäß* während der letzten fünf Jahre in der BRD war.

Seitdem der BRD-Imperialismus in der Krise ist, hat er einen ,,Anwerbestopp" für Ausländer aus Nicht-EG-Staaten verhängt. Yildrims Frau und Kinder sind nach einigen Jahren auch in die BRD gekommen. Arbeiten darf die Frau nicht. Dies ,,Recht", einen Ausbeuter zu finden, erwirbt sie erst nach fünf Jahren ununterbrochenen Aufenthalts in der BRD. Die Aufenthaltsgenehmigung wird ihr immer nur für ein Jahr erteilt. Die Ausländerbehörde führt jedesmal folgende Überprüfungen durch: die Familie muß eine

Weiter muß bei jeder Verlängerung eine Bescheinigung der Schule vorgelegt werden, daß die Kinder *regelmäßig* die Schule besuchen. Gründe, der Schulunterdrückung zu entweichen, gibt's genug. Schließlich ist die Verlängerung von der Vorlage der Verdienstbescheinigung des Kapitalisten abhängig. Diese ,,Zertifikate" waren auch Voraussetzung dafür, daß Yildrim seine Familie überhaupt in die BRD holen konnte.

Nach 5 Jahren Aufenthalt beantragt die Frau die Arbeitserlaubnis. Die Ar-



Bei Dynamit Nobel Nürnberg streikten im Mai 1975 ausländische Arbeiter gegen Entlassungen. Mit Polizei ließen die Kapitalisten das Werk besetzen und 26 Arbeiter ausweisen. 2 türkische Arbeiter, die in Haft gehalten wurden, konnten durch den Kampf einer Aktionseinheit herausgeholt werden.

Ostexpansion mit westdeutschem Stahl

z.mih. Gar schmerzlich ist für die Mannesmann-K..pitalisten, daß die UdSSR wegen d.. Streiks der westdeutschen Stahlarbeiter ihnen einen Großauftrag entzogen und anderweitig vergeben hat, machen doch die Geschäfte mit den Sozialimperialisten einen bedeutenden Teil ihres Exports, 4,3 Mrd. DM 1978 (1977: 3,28 Mrd. DM) aus. Einiges steht auf dem Spiel. Eisen und Stahl und der Maschinenbau haben in der Expansion nach Osten ein Plus von 10% in diesem Jahr gegenüber dem Sinken des gesamten Osthandels um 4,2% auf 16,7 Mrd. DM gemacht.

Die Sowjetunion, weltgrößter Stahlproduzent und gleichzeitig größter ,,Handelspartner" der BRD im Handel mit dem RGW, ist weiterhin gezwungen, hochwertigen Stahl (z.B. für den Pipelinebau) und ,,westliche Technologie" zu importieren, um ihre strategische Basis für den Griff nach der Weltherrschaft zu verbessern. Sie lockt die rohstoffgierigen imperialistischen Konkurrenten mit Teilhabe an den Profiten bei der Erschließung Sibiriens und der Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse. Die meisten ihrer Geschäfte laufen auf Kompensationsbasis. 90% der gesamten Tauschgeschäfte zwischen der BRD und dem RGW fallen auf die UdSSR und Polen. Schwerpunkt der Lieferungen durch die westlichen Imperialisten sind Stahlrohre (60%) und Chemieanlagen (40%). 86% der Tilgung durch die RGW-Staaten für die aufgenommenen Kredite und Zinsen erfolgt in Lieferungen von Energie, chemischen Zwischenprodukten, Holz und Baumwolle. Der Rest sind Halbfertigwaren und Lebensmittel. Für solche Rückzahlungslieferungen haben die Stahlkonzerne eigene Handelsunternehmen, die alles mit Aufpreis weitervertreiben, oder sie vernutzen sie selbst.

Mannesmann und Thyssen liefern z.Z. 390000 t Großrohre an die UdSSR. Die Deutsche Bank, die Commerzbank und die Westdeutsche Landesbank geben der UdSSR dafür einen 600-Mio-DM-Kredit. Bereits 1970 bzw. 1972 hat Thyssen mit der UdSSR in zwei Erdgas-Röhren-Tausch-Abkommen 2,8 Mio. t. Großrohre geliefert und bezieht dafür bis zum Jahr 2000 200 Mrd. m³ Erdgas. Ab Januar 1979 beginnt die weitere Lieferung von 2,5 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr bis zur Jahrtausendwende im Austausch für die Lieferung von 950000 t Großrohre durch Thyssen.

Salzgitter, Krupp, Korf, Siemens und Demag beteiligen sich am Bau des Elektrohüttenkombinats in Oskol (Kapazitäten: 2,7 Mio. t Blech und Formstahl und 5 Mio. t metallisierte Rollkugeln pro Jahr). Salzgitter liefert weiter ein Werk für Äthylenoxyd (Jahresleistung: 200000 t und 120000 t Monoäthylen-Glykol). Teil der hier produ-

die westlichen Imperialisten sind Stahlrohre (60%) und Chemieanlagen (40%). 86% der Tilgung durch die RGW-Staaten für die aufgenommenen Kredite und Zinsen erfolgt in Lieferungen von Energie, chemischen Zwischenprodukten, Holz und Baumwolle. Der Rest sind Halbfertigwaren und Lebensmittel. Für solche Rückzahlungslieferungen haben die Stahlkonzerne eigene Handelsunternehmen, die alles mit Aufpreis weitervertreiben, oder sie vernutzen sie selbst.

Mannesmann und Thyssen liefern z.Z. 390000 t Großrohre an die UdSSR. Die Deutsche Bank, die Commerzbank und die Westdeutsche Landesbank geben der UdSSR dafür einen 600-Mio-DM-Kredit. Bereits 1970 bzw. 1972 hat Thyssen mit der UdSSR in zwei Erdgas-Röhren-Tausch-Abkommen 2,8 Mio. t. Großrohre geliefert und bezieht dafür bis zum Jahr 2000 200 Mrd. m³ Erdgas. Ab Januar 1979 beginnt die weitere Lieferung von 2,5 Mrd. m³ Erdgas pro Jahr bis zur Jahrtausendwende im Austausch für die Lieferung von 950000 t Großrohre durch Thyssen.

Salzgitter, Krupp, Korf, Siemens und Demag beteiligen sich am Bau des Elektrohüttenkombinats in Oskol (Kapazitäten: 2,7 Mio. t Blech und Formstahl und 5 Mio. t metallisierte Rollkugeln pro Jahr). Salzgitter liefert weiter ein Werk für Äthylenoxyd (Jahresleistung: 200000 t und 120000 t Monoäthylen-Glykol). Teil der hier produ-
zierten Waren werden als Rückzahlung in die BRD geliefert.

Salzgitter, das 1971 einen Stahlwerksauftrag in Hennigsdorf (DDR) durchführte, baut jetzt in Sewerodonzek (Ukraine) im Gesamtwert von 375 Mio. DM. Ein Stahlwerksauftrag in Neubrandenburg in Höhe von 600 Mio. DM wurde im letzten Moment von der italienischen Konkurrenz weggeschnappt.

Krupp-Koppers, Uhde und Hoechst liefern einen Chemiekomplex in die UdSSR. Die Kosten werden mit Chemieerzeugnissen zurückgezahlt.

Krupp baut ein weiteres Chemiekombinat in Tomsk (UdSSR). Zehn Jahre lang wird die Hälfte der hier produzierten Waren in die BRD geliefert.

Auf der Leipziger Messe hat Klöckner am 9.9.78 einen Vertrag über den Bau eines Kaligranulierungswerks für Zielitz Magdeburg in Höhe von 120 Mio. DM erhalten. Westdeutsche Firmen errichten außerdem in der DDR eine Gießerei in Ückermünde und einen Elektrostahlofen in Hennigsdorf. Die Demag liefert Sauerstoffkonverter nach Diosgyoer (Ungarn).

Die Kredite an die RGW-Länder für diese Bauvorhaben vergeben die westdeutschen Banken. Die Risikoübernahme für diese Anleihen in den Exportgeschäften übernimmt die Bundesregierung auf Versicherungsbasis. Gegenwärtig bestehen rund 500 Kooperationsabkommen zwischen RGW-Betrieben und westdeutschen Firmen, die von langfristigen Lizenzbeziehungen bis zu gemischten Gesellschaften mit gemeinsamem Kapital (Kooperation in Drittländern) reichen.

oder Beseitigung öffentlicher Notstände, die nicht auf einem Arbeitsverhältnis beruhen" (§103,Abs.4). 27000 Zivildienststellen sind besetzt, 9000 sind offen... Der Bundesbeauftragte zeigte sich überzeugt, daß es zu einer gesetzlichen Neuregelung des Zivildienstes kommen werde. – Will sagen, ihm schwant, er kriegt das nicht durch.

Fernsehstation für britische Besatzer

z.eve. Seit dem 12. Dezember haben die britischen Besatzer ein eigenes Fernsehnetz in der BRD. Das Netz umfaßt die Achse Braunschweig-Ruhrgebiet: nämlich Wolfenbüttel, Hildesheim, Hameln, Lippstadt, Gütersloh, Soest und Werl. Für die Besatzer sind die Industriezentren der BRD natürlich besonders wichtig. Interessant ist, daß die ,,Hannoversche Allgemeine" so tut, als haben ,,die britischen Familien ihr eigenes und viele das 6. Fernsehprogramm". Andererseits aber darauf hinweisen muß, daß die britischen Techniker besonders darauf achten sollen, ,,daß das Fernsehprogramm ihres Senders nur von den Familien ihrer Garnison empfangen werden kann." Dieser Widerspruch klärt sich schnell auf, wenn man hört, daß Blaupunkt 700 Zusatzteile auf Lager hat, die dazu benötigt werden, den britischen Sender auf westdeutschen Fernsehern zu empfangen. Ganz offensichtlich handelt es sich um militärisches Nachrichtenwesen, und 700 westdeutschen Bourgeois wird erlaubt, mitzusehen. Also kein 6. Programm, sondern militärische Einflußnahme des britischen Imperialismus, Vorbereitung gegen den bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse. Daß dabei die britischen Soldaten und ihre Familien besser über Fernsehen ausgerichtet werden können, ist klar. Daß sie mehr Zeit vor dem Fernseher verbringen sollen, ist auch erwünscht. Die Hildesheimer Polizei hat angekündigt, daß sie jetzt gemeinsam mit der britischen Militärpolizei abends Streife geht. Offensichtlich bekommen die Besatzer zu oft Prügel auf offener Straße.

Klingende Namen für Zuckerwasser mit Chemikalienzusatz

z.lod. ,,Korrekturzuckerung" mit bis zu 15 g Zucker/l ist nach der neuen Fruchtsaftordnung selbst bei als ,,Fruchtsaft" deklarierten Getränken erlaubt, die zu 100% aus Früchten gewonnen sein sollen – allerdings auch aus Fruchtsaftkonzentraten oder -pulvern. In ,,Fruchtnektar/Süßmost-/Fruchttrunk" sind noch 50% Fruchtsaftbestandteile, aber bis zu 200 g/l Zucker enthalten, in ,,Fruchtsaftgetränk" zwischen 30% (Apfel, Birnen, Traubensaft) und 6% (Zitrusfrüchte). Schweflige Säure ist erlaubt unter der Bezeichnung z.B. ,,Fruchtsaftgetränk mit Orangensaft" statt ,,Orangensaftgetränk". Unter diesem Namen zahlen die Volksmassen für 60 ml Orangensaft, 140 g Zucker, Wasser und einige ml Konservierungsstoffe im Sonderangebot 98 Pfennig.

Ehrenbergs ,,einnahmenorientierte Ausgabenpolitik"

z.chk. In verschiedenen Krankenhäusern werden derzeit Medikamentenrazzien zwecks ,,Überprüfung der Lagerung von Medikamenten" durchgeführt. Auf den Stationen werden alle Arzneien, die über eine Tagesration gehen, einkassiert; in den Apotheken gibt es u.a. fortan keine Vitamine und Stärkungsmittel mehr sowie verschiedene Antibiotika und Humanalbumin. Oft gibt es Blutkonserven überhaupt nur noch auf besonderen Antrag. Der jüngste AOK-Bericht drückt die Ergebnisse der Ehrenbergschen ,,einnahmenorientierten Ausgabenpolitik" wie folgt aus: Mit 3,2 % Ausgabenanstieg im 1. Halbjahr 1978 für Medikamente blieb die AOK um 0,3 % hinter dem offiziellen ,,Kostensteigerungsrahmen" zurück.

Rücktritt ungeeigneter Päpste nur ,,freiwillig''

z.ulg.Rom. Bis Ende Februar müssen die nationalen Bischofskonferenzen zu dem jetzt veröffentlichten Entwurf eines ,,Grundgesetzes'' der Katholischen Kirche Stellung nehmen. Das allen anderen Kirchengesetzen vorgehende ,,Grundgesetz'' soll den neuen kanonischen Gesetzen vorangestellt werden, über dessen Revision seit 1963 eine 40-köpfige Kardinalskommission brütet. Neues steht wenig drin, eher handelt es sich um ein handliches Statut, mit dem die Kirchenoberen dem ,,Gottesvolk'' die nach ihrer Meinung wichtigsten Vorschriften auf dringlichste ans Herz legen wollen. Dringlich scheint den Oberhirten vor allem, das unbedingte Kommando des Papstes über die Bischöfe und der Bischöfe über die ,,Gläubigen'' zu unterstreichen. Die Päpste – und mit ihnen, aber ja nicht gegen sie, das Bischofskorps in seiner Gesamtheit – sind unfehlbar, ruft das ,,Grundgesetz'' in Erinnerung. Im Zweifel soll sich der Christ an seinen Bischof halten, denn Kanon 61 schreibt vor: ,,Die Gläubigen sind verpflichtet, mit frommem Gehorsam der authentischen Lehre ihrer Bischöfe beizutreten''. Damit auch zur Propagierung von Lehren, denen die Päpste selber nicht den Anstrich der Unfehlbarkeit zu geben wagen, der nötige Kaderstamm bereit steht, müssen die Ordensleute ,,auch ohne daran zu glauben, trotzdem gegenüber der Lehre, die der Papst und das Bischofskollegium in Glaubensdingen verkünden, frommen Gehorsam zeigen'' (Kanon 60). Große Sorge scheint der römischen Kurie die Gefahr eines Bischofsputsches gegen den amtierenden Papst zu machen. Mit zahlreichen Vorschriften wird in dem Grundgesetz versucht, solche Ungeheuerlichkeit von vorneherein auszuschließen. Was aber tun, wenn sich ein Papst als ungeeignet herausstellt? Wie schon bisher, ist weiter die Möglichkeit des Rücktritts vorgesehen. Zum letzten Mal ist das zwar 1294 vorgekommen, doch sahen sich die Grundgesetzverfasser veranlaßt, neu hinzuzufügen, daß der Rücktritt, wenn schon, ,,freiwillig'' sein muß. (Kanon 30, §2)

Widerwärtiges Geheuchel über ,,Kinderprostitution''

z.diz. ,,Die Zerstörung des Familienlebens ist verheerend vorangeschritten. In Berlin schickt man bereits sogenannte Familienhelfer in die Wohnungen'', schreibt Berndt-Georg Thamm, Leiter der Drogenberatungsstelle der Caritas in Westberlin, im ,,Stern''.

,,Dort registrieren sie ein unvorstellbares Elend an sprachlosem Gegen- und Nebeneinander, ewigem Fernsehmißbrauch, Alkoholkonsum und pharma-

densleute ,,auch ohne daran zu glauben, trotzdem gegenüber der Lehre, die der Papst und das Bischofskollegium in Glaubensdingen verkünden, frommen Gehorsam zeigen'' (Kanon 60). Große Sorge scheint der römischen Kurie die Gefahr eines Bischofsputsches gegen den amtierenden Papst zu machen. Mit zahlreichen Vorschriften wird in dem Grundgesetz versucht, solche Ungeheuerlichkeit von vorneherein auszuschließen. Was aber tun, wenn sich ein Papst als ungeeignet herausstellt? Wie schon bisher, ist weiter die Möglichkeit des Rücktritts vorgesehen. Zum letzten Mal ist das zwar 1294 vorgekommen, doch sahen sich die Grundgesetzverfasser veranlaßt, neu hinzuzufügen, daß der Rücktritt, wenn schon, ,,freiwillig'' sein muß. (Kanon 30, §2)

Widerwärtiges Geheuchel über ,,Kinderprostitution''

z.diz. ,,Die Zerstörung des Familienlebens ist verheerend vorangeschritten. In Berlin schickt man bereits sogenannte Familienhelfer in die Wohnungen'', schreibt Berndt-Georg Thamm, Leiter der Drogenberatungsstelle der Caritas in Westberlin, im ,,Stern''.

,,Dort registrieren sie ein unvorstellbares Elend an sprachlosem Gegen- und Nebeneinander, ewigem Fernsehmißbrauch, Alkoholkonsum und pharma-
zeutischen ,Lebenshilfen'.'' Kein Wunder, daß Arbeiterkinder wie die 14jährige Christiane F., deren Lebensgeschichte der ,,Stern'' als Sex-and-Crime-Story ,,knallhart'' aufgemacht seit 11 Wochen bringt, heroinsüchtig werden und auf den Strich gehen. Man darf die Arbeiterfamilien nicht sich selbst überlassen, soweit will es die Bourgeoisie bringen. – Serien wie ,,Wir Kinder vom Bahnhof Zoo'' sind ideologische Geschosse der Bourgeoisie vor allem auf Lehrer und Sozialarbeiter, um sie für das Geschäft der verstärkten Bespitzelung und Unterdrückung zu gewinnen. Man darf sich nicht täuschen lassen: Prostitution und Rauschgifthandel sind fest in der Hand des Finanzkapitals, solange es besteht. Dem Kapitalisten geht es um den Profit, ob er mit Honig oder Heroin handelt, das ist ihm egal. Und ob er den Profit aus der fabrikmäßigen Ausbeutung der Arbeiterinnen preßt, oder er sie auf den Strich schickt, das ist ihm auch egal. Krepieren welche, in der Fabrik oder am Rauschgift, dann ist ihm das auch egal, es steht ihm ja die gesamte Arbeiterklasse zur Verfügung.

Es ist genau andersherum: Überläßt man die Arbeiterjugend der Bourgeoisie, geht sie zugrunde, ob so oder so. Lenin hat 1913 über den ,,5.Internationalen Kongreß für den Kampf gegen die Prostitution'' geschrieben: ,,Welches aber waren die Kampfmittel, die von den vornehmen bürgerlichen Kongreßdelegierten gefordert wurden? In der Hauptsache waren es zwei Mittel: Religion und Polizei. Das sei das Sicherste und Verläßlichste gegen die Prostitution.'' Darin ist sich die Bourgeoisie bis heute einig.

Ein Tag Weihnachtsgeschäft im Kaufhaus

Die Kapitalisten nutzen alle Möglichkeiten zur Intensivierung der Arbeit

r.kug. Es ist 9 Uhr, Arbeitsbeginn im Huma-Großmarkt Hannover. Weihnachtszeit. Die Stempeluhr zeigt genau 2 Minuten vor 9 Uhr. Eigentlich hätte man nach dem Willen des Abteilungsleiters schon 10 Minuten früher da sein müssen, bevor die ,,Kunden kommen'', aber da hält sich kaum einer dran. Gleich den Kittel anziehen und ins Lager. Ausladen der Ware und in die einzelnen Fächer sortieren. 9 Arbeiter arbeiten in der Abteilung. Es wird in zwei sich überschneidenden Schichten gearbeitet: Ein Teil kommt von 7.00 Uhr bis 16.30 Uhr, der andere von 9.00 Uhr bis 18.30. Gerade vor kurzem haben zwei gekündigt, 2 Teilzeitarbeiterinnen sind dafür eingestellt worden. Sie arbeiten in der Zeit von 7.00 bis 13.00 Uhr, wenn viel Ware kommt. Die Huma-Kapitalisten versuchen, wie die Kapitalisten im Einzelhandel überhaupt, die Arbeitszeiten auf die arbeitsintensiven Perioden des Tages zu legen, und stellen deshalb immer mehr Teilzeitkräfte ein. Ein gutes Drittel der 300 Beschäftigten bei Huma arbeiten in Teilzeitvertägen. 2 Milliarden Umsatz soll das Geschäftsjahr 1978 den Huma-Kapitalisten bringen.

Um 11 Uhr ist eine viertel Stunde Pause. Frühstück. Endlich kann man sich mal wieder hinsetzen, im Lager und Verkaufsraum gibt es sonst nichts, wo man sich ausruhen kann. An die 8 Kilometer ist man mit der Schlepperei und Einsortiererei am ganzen Tag unterwegs.

Bis zum Mittag ausräumen. Jetzt zur Weihnachtszeit kommen die Lkws Schlag auf Schlag. Zum Glück braucht im Augenblick noch nicht mit verkauft zu werden, aber das geht auch bald wieder los. Lose Ware, die abgewogen werden muß, wird von den Lagerarbeitern mitverkauft. Im Dezember ist es mit den Tomaten und Weintrauben ja vorbei, dafür kommen die Weihnachtsnüsse. Was an Weihnachtsgeld ausgezahlt wird, ist völlig unklar. Im Einzelhandel ist das noch nicht tarifvertraglich festgelegt. Zwischen 150 bis 500 Mark sollen es diesmal sein, womit die Kapitalisten wildeste Spaltung betreiben. Die individuelle Höhe des Weihnachtsgeldes wird von der Beurteilung der Abteilungsleiter abhängig gemacht, die vor kurzem über jeden Arbeiter und Angestellten einen Beurteilungsbogen ausfülen mußten. In der Lagerarbeiterabteilung bekommen die Arbeiter für gleiche Arbeiten zwischen 1250 und 1500 DM Brutto. Das statistische Jahrbuch 1978 weist für den Angestellten im Einzelhandel einen Durchschnittsarbeitslohn von 1747 Mark aus, bei weitem der niedrigste Durchschnittlohn aller Arbeiter und Angestellten zusammen. Möglichst keiner soll wissen, was der andere verdient. In manchen Abteilungen wird Prämie gezahlt. Bei den Frischwaren z.B. gibt es ,,Anwesenheitsprämie'', die jeweils bei Krankheit oder Urlaub gekürzt wird. Andere Kaufhauskapitalisten zahlen direkte Umsatzprovisionen, mit der die Verkäufer zu intensiverer Arbeit angetrieben werden sollen. Bei Karstadt wird in den Betten-, Möbel-, Rundfunk-, Konfektions- und Autozubehörabteilungen auf 800 bis 1100 Mark Grundlohn je nach Ware eine Provision von 1 bis 3% gezahlt. Bei Möma-Möbelmarkt in Braunschweig muß ein Verkäufer 70000 Mark Umsatz bringen, um auf 2000 Mark zu kommen.

Ab 12 Uhr fangen im Huma-Markt die Mittagspausen an. 1 ¼ Stunde muß man sich dann herumschlagen, die Pausen dürfen nicht später genommen werden. So wird man gezwungen, 9,5 Stunden am Tag im Kaufhaus zu bleiben, um für die Kapitalisten zu schaffen. Das Mittagsessen für 1,50 DM ist schlecht und wird häufig nicht gegessen.

Am Nachmittag, ab 15 Uhr, geht es wieder richtig los. An den Kassen bilden sich die Schlangen. Die Kassiererinnen sind pausenlos am Eintippen. Wenn hinterher was in der Abrechnung nicht stimmt, müssen sie das selber zahlen. Die Luft in dem Laden wird immer schlechter. Ab 18.20 Uhr werden die Frischwaren weggeräumt, auch wenn es mit der Geschäftsleitung darüber ständigen Ärger gibt, weil sie bis Geschäftsschluß auf das Geld der Käufer aus ist. ,,Der Kunde ist König'' heißt das dann. Rolläden runterlassen, 18.30 Uhr, nach Hause, Arbeitsschluß. Für die Kassiererinnen noch lange nicht. Bis kurz vor 19 Uhr sitzen sie manchmal, Überstunden, die die Kapitalisten nicht bezahlen. Im Kaufhof haben einige Abteilungen durchgesetzt, daß dafür am nächsten Tag später angefangen wird. Als in diesem Tagen herauskam, daß auch am 24. Dezember, dem Sonntag gearbeitet werden sollte, war in den meisten Belegschaften klar – ohne uns. In Braunschweig hat die DGB-Kreisdelegiertenkonferenz beschlossen, daß am 24. nicht gearbeitet wird. So ist das in zahlreichen Städten geschehen. Letzten Freitag wurden die neuesten Umsatzzahlen des Einzelhandels veröffentlicht. 345 Milliarden für 1978, eine Steigerung von 6,5%. Der Zwang zur Rationalisierung würde noch mehr zunehmen, beschreibt das ,,Handelsblatt'' am Wochenende den Kapitalistenstandpunkt. Von 1970 bis 1977 haben die Kapitalisten schon 11,2% der Belegschaften wegrationalisiert, im gleichen Zeitraum sind die Umsätze um 62% gestiegen (Statistische Jahrbücher). Für den Profit will sich keiner im Einzelhandel die Beine ausreißen, gerade zu Weihnachten nicht, wenn ein Drittel des Umsatzes gemacht werden soll. In puncto ,,Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung'' sind von Huma die schlechtesten Beurteilungen abgegeben worden.

Minusreformertrag

z.brp. Die Warenhauskapitalisten haben den ,,umsatzstärksten Tag des Jahres'', den ersten verkaufsoffenen Samstag hinter sich. ,,Bild'' hat offenbar Strichlisten geführt: ,,Renner waren ...teure Delikatessen wie Hummer, Kaviar, Lachs und Langusten'' – auch ,,echte Perserbrücken und Diamanten (7000 bis 10000 DM) waren besonders gefragt'' (Bild, Welt, 3.12.78). Und wer kauft solche Luxusdinger? ,,Schlangen von Menschen'', die sich an den Schmucktresen drängeln! Die ,,exklusiven Fachgeschäfte'' hatten Umsatzrückgänge bis zu 50% gegenüber dem Vorjahr. In Kreisen der ,,Schlangen'', gewöhnlich Blutsauger genannt, läßt man sich Zeit: ,,Deren Stunde (schlägt) arst kurz vor dem Fest'' (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.1978). – ,,Sagt ja zum

und Verkaufsraum gibt es sonst nichts, wo man sich ausruhen kann. An die 8 Kilometer ist man mit der Schlepperei und Einsortiererei am ganzen Tag unterwegs.

Bis zum Mittag ausräumen. Jetzt zur Weihnachtszeit kommen die Lkws Schlag auf Schlag. Zum Glück braucht im Augenblick noch nicht mit verkauft zu werden, aber das geht auch bald wieder los. Lose Ware, die abgewogen werden muß, wird von den Lagerarbeitern mitverkauft. Im Dezember ist es mit den Tomaten und Weintrauben ja

1100 Mark Grundlohn je nach Ware eine Provision von 1 bis 3% gezahlt. Bei Möma-Möbelmarkt in Braunschweig muß ein Verkäufer 70000 Mark Umsatz bringen, um auf 2000 Mark zu kommen.

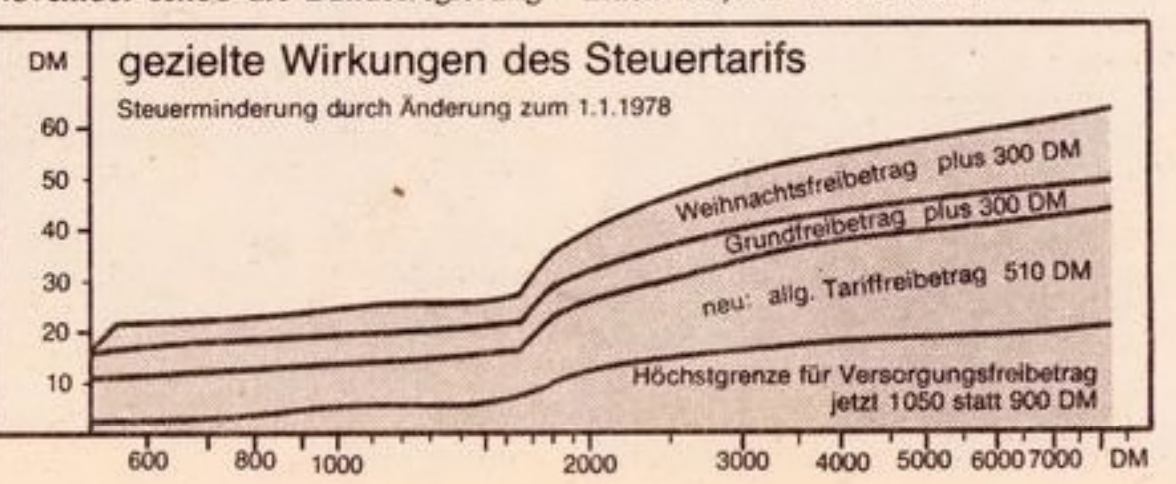
Ab 12 Uhr fangen im Huma-Markt die Mittagspausen an. 1 ¼ Stunde muß man sich dann herumschlagen, die Pausen dürfen nicht später genommen werden. So wird man gezwungen, 9,5 Stunden am Tag im Kaufhaus zu bleiben, um für die Kapitalisten zu schaffen. Das Mittagsessen für 1,50

Minusreformertrag

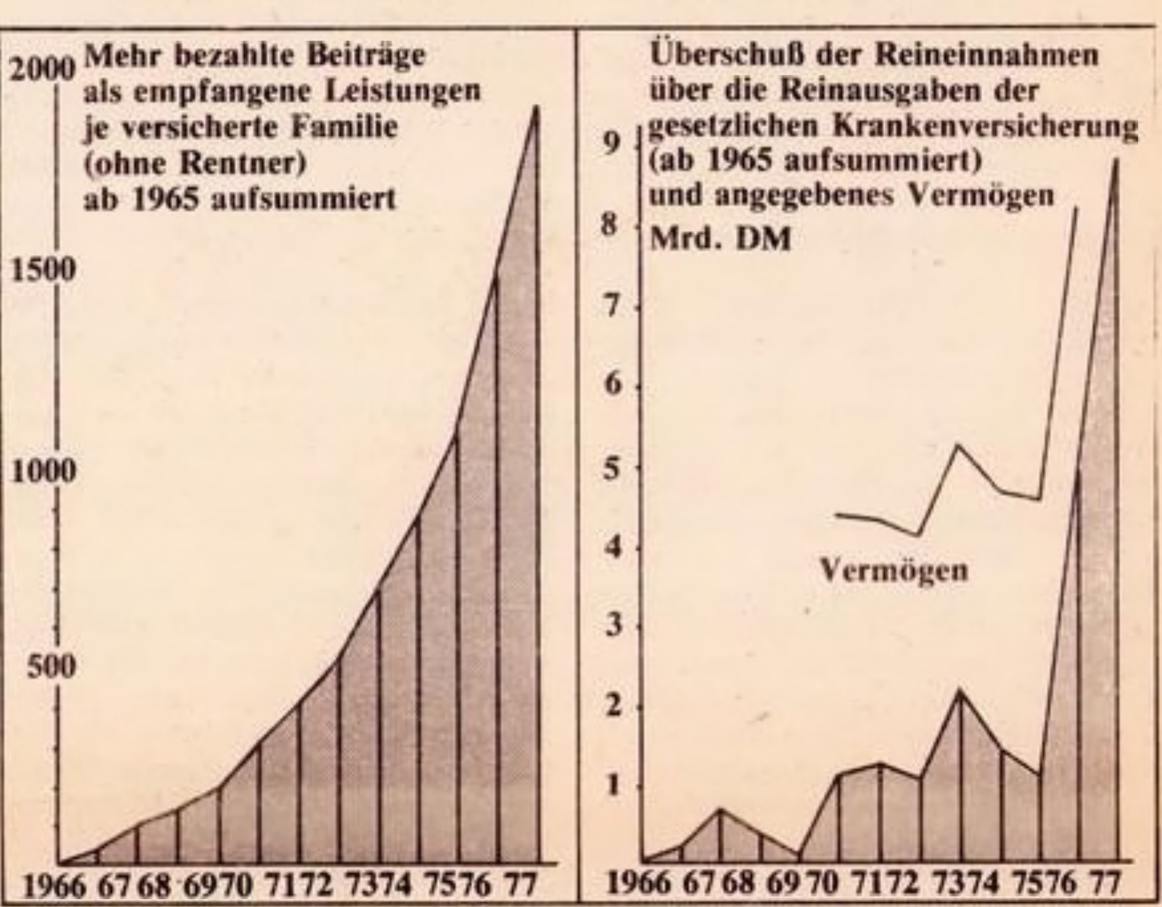
z.brp. Die Warenhauskapitalisten haben den ,,umsatzstärksten Tag des Jahres'', den ersten verkaufsoffenen Samstag hinter sich. ,,Bild'' hat offenbar Strichlisten geführt: ,,Renner waren ...teure Delikatessen wie Hummer, Kaviar, Lachs und Langusten'' – auch ,,echte Perserbrücken und Diamanten (7000 bis 10000 DM) waren besonders gefragt'' (Bild, Welt, 3.12.78). Und wer kauft solche Luxusdinger? ,,Schlangen von Menschen'', die sich an den Schmucktresen drängeln! Die ,,exklusiven Fachgeschäfte'' hatten Umsatzrückgänge bis zu 50% gegenüber dem Vorjahr. In Kreisen der ,,Schlangen'', gewöhnlich Blutsauger genannt, läßt man sich Zeit: ,,Deren Stunde (schlägt) arst kurz vor dem Fest'' (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.12.1978). – ,,Sagt ja zum
Fest'', fordert der Kommentator der Seite 2, rechts oben, ,,Bild''-Zeitung: Lasset euch nicht einreden, man könne auf notwendige Dinge verzichten, lasset euch nicht eiereden, der Kauf sei Konsumterror. Nein, ein Liebesakt ist er. Für die vollgefressenen, dickwanstigen, ewig braungebrannten Bourgeois, die alles zur Ware machen, ist er es. – Weihnachtsgeld ist ein Lohnbestandteil, tariflich kaum abgesichert, weswegen die Kapitalisten versuchen, ihn jetzt zu kürzen oder die Erhöhung des Weihnachtsgeldes einsetzen gegen die Forderung nach Lohnerhöhung auf den Normalarbeitstag. Dabei ist klar: Weder im Dezember noch im Januar ändert das Weihnachtsgeld irgendetwas an dem niedrigen, zu Überstunden und Schichtarbeit zwingenden Tariflohn.

Das Steuerrechtsänderungsgesetz vom Juli 1977 brachte: Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind um 10 DM auf 80 DM, für das dritte und jedes weitere Kind um 30 DM auf 150 DM, Freibeträge für die Vorsorgeaufwendungen, dazu die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 6 bzw. 12%. Im November schob die Bundesregierung die Erhöhung des Weihnachtsgeldfreibetrages um 300 DM auf 400 DM nach und die Einführung eines allgemeinen Tariffreibetrages von 510 bzw. 1020 DM für Verheiratete und die Erhöhung des Grundfreibetrages um 300 DM bzw. 600 DM. Der vormalige Finanzminister Apel herrschte: ,,Natürlich haben die Arbeitnehmer durch die Steuererleichterungen erheblich mehr in der Kasse'' – nämlich plus 66 DM bis 168 DM minus Mehrausgaben für die erhöhte Mehrwertsteuer von 49 DM, also immerhin ein Plus. Eugen Loderer erklärte: ,,Was dem Arbeitnehmer durch Steuersenkungen gegeben wird, darf man ihm doch später bei Lohnverhandlungen nicht wieder wegnehmen'' (Bild 29.10.77) und gegen die Lohnsenkungspläne der Kapitalisten und Regierung: ,,Der Wirtschaftsminister soll sich einmal etwas Neues einfallen lassen, als immer wieder auf den Löhnen und Gehältern herumzuklopfen''.

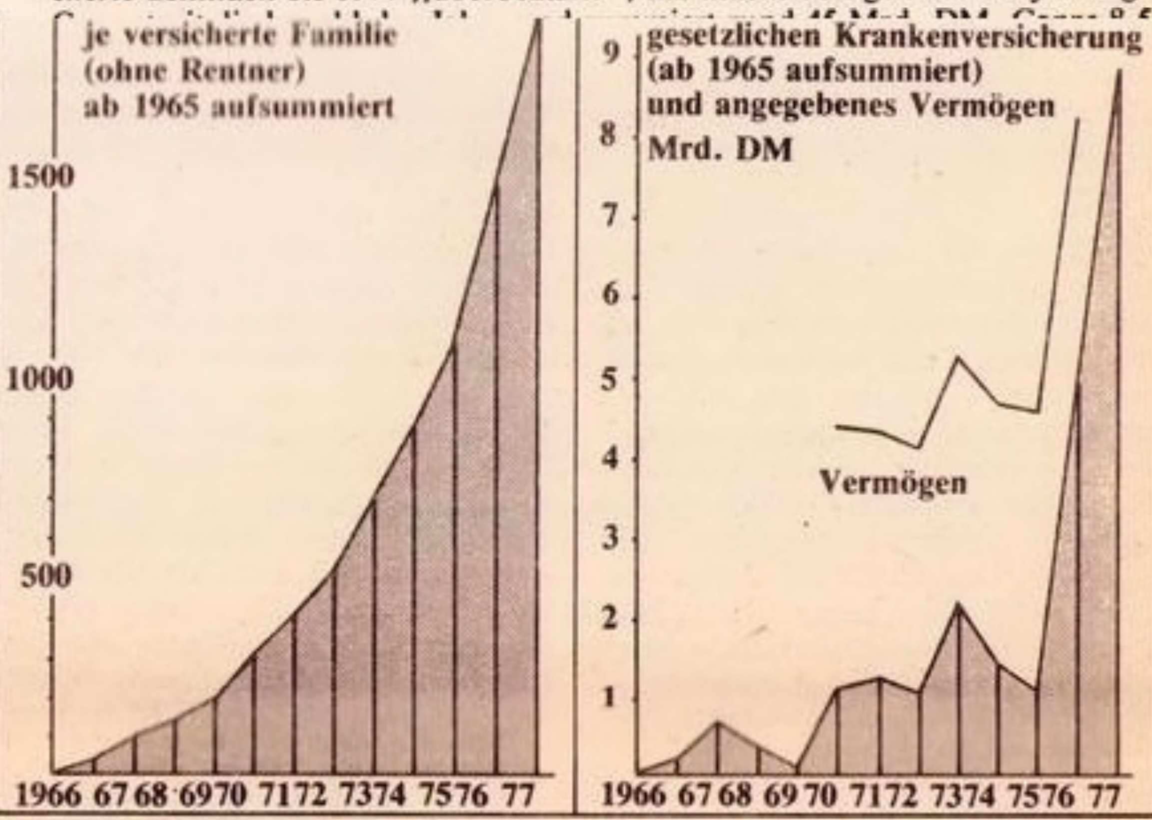
Dieses Jahr hat die Regierung ein Zwillingssteuerpaket gleicher Machart plaziert. Was nützt kläffen, wenn nichts dagegen gemacht wird? Die Lohnsteuerschraube soll dieses Jahr um weitere 8,2 Mrd. DM angezogen werden, Ziel Matthöfers ist ein Raubertrag von 98,7 Mrd. DM, plus 9,7% gegenüber 1977 – die ,,Mindereinnahmen'' von 9,3 Mrd. DM bereits abgezogen. Die Lohnsteuer von Januar bis September 1978 beträgt 63,16 Mrd. DM und liegt 0,5% höher als im Vorjahr. ,,In der niedrigen Wachstumsrate von 0,5% spiegelt sich der Entlastungseffekt der zu Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen wider'' (Bundesanzeiger, 10.11.78). Die Falle konnte nicht wie geplant zuschnappen, die Arbeiter haben sich in den von den Sozialdemokraten hintertriebenen Lohnbewegungen nicht niederbügeln lassen. Die Mehrwertsteuer ist in den ersten neun Monaten um 20,9 Prozent gestiegen, der Ertrag macht 34,85 Mrd. DM aus.



Gesetzliche Krankenversicherung: 45 Beitrags-Milliarden in Kapital verwandelt



z.alb. Eine erneute ,,alarmierende Trendwende'' 1978 zwinge die Krankenkassen im nächsten Jahr zu Beitragserhöhungen, haben die bayrischen Ortskrankenkassen errechnet. Den '76/'77er-,,Trend'', den sie sich damit erhalten wollen, zeigt das rechte Schaubild eindrücklich. Aufsummiert sind dort die Überschüsse bzw. Defizite der gesetzlichen Krankenversicherung anhand ihrer Jahresbilanzen. Man sieht: Schon bisher ist *jeder* Abfall der ,,Ertragslage'' der Krankenkassen nur Sprungbrett zu einer höheren Ebene gewesen. Ehrenbergs Meisterwerk sticht dennoch besonders ins Auge. – Die offizielle Vermögenskurve (Angaben erst seit 1970) läuft der so errechneten Kurve weitgehend parallel. Für 1977 ergibt sich daraus ein Vermögen von über 11 Mrd. DM, bei 3,5 Mrd. für 1966. – Im linken Schaubild haben wir den gleichen Vorgang aufgazeichnet, nur daß dort die Zahlenangaben ,,Beitragsüberschuß jedes Mitglieds über die von ihm und seiner Familie erhaltenen Kassenleistungen'' zugrundegelegt sind. Kurvenverlauf und Rechenergebnis unterscheiden sich dennoch erheblich. Durchschnittlich 1907 DM hat jeder seit 1966 Versicherte demnach bis 1977 ,,überbezahlt''; das macht bezogen auf die jeweilige


je versicherte Familie (ohne Rentner) ab 1965 aufsummiert
1500
1000
500
1966 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77
gesetzlichen Krankenversicherung (ab 1965 aufsummiert) und angegebenes Vermögen Mrd. DM
Vermögen
1966 67 68 69 70 71 72 73 74 75 76 77

z.alb. Eine erneute ,,alarmierende Trendwende'' 1978 zwinge die Krankenkassen im nächsten Jahr zu Beitragserhöhungen, haben die bayrischen Ortskrankenkassen errechnet. Den '76/'77er-,,Trend'', den sie sich damit erhalten wollen, zeigt das rechte Schaubild eindrücklich. Aufsummiert sind dort die Überschüsse bzw. Defizite der gesetzlichen Krankenversicherung anhand ihrer Jahresbilanzen. Man sieht: Schon bisher ist jeder Abfall der ,,Ertragslage'' der Krankenkassen nur Sprungbrett zu einer höheren Ebene gewesen. Ehrenbergs Meisterwerk sticht dennoch besonders ins Auge. – Die offizielle Vermögenskurve (Angaben erst seit 1970) läuft der so errechneten Kurve weitgehend parallel. Für 1977 ergibt sich daraus ein Vermögen von über 11 Mrd. DM, bei 3,5 Mrd. für 1966. – Im linken Schaubild haben wir den gleichen Vorgang aufgazeichnet, nur daß dort die Zahlenangaben ,,Beitragsüberschuß jedes Mitglieds über die von ihm und seiner Familie erhaltenen Kassenleistungen'' zugrundegelegt sind. Kurvenverlauf und Rechenergebnis unterscheiden sich dennoch erheblich. Durchschnittlich 1907 DM hat jeder seit 1966 Versicherte demnach bis 1977 ,,überbezahlt''; das macht bezogen auf die jeweilige
Gesamtmitgliederzahl der Jahre und summiert rund 45 Mrd. DM. Ganze 8,5 Mrd. davon weist die Vermögenssteigerung der Krankenkassen in diesem Zeitraum tatsächlich aus. 28 Mrd. sind im Vermögen der Rentenversicherung (über zu wenig bezahlte Krankenversicherungsbeiträge für die Rentner) verschwunden. 8,5 Mrd. sind sonstwie hinausbilanziert. Die Deformierungen der rechten Kurve stellen diesen Teil der Verwandlung von Versicherungsbeiträgen in Kapital anschaulich dar.

,,Caritas Krankenhilfe'': Ausbeutung billiger Arbeitskraft und Kostendämpfung

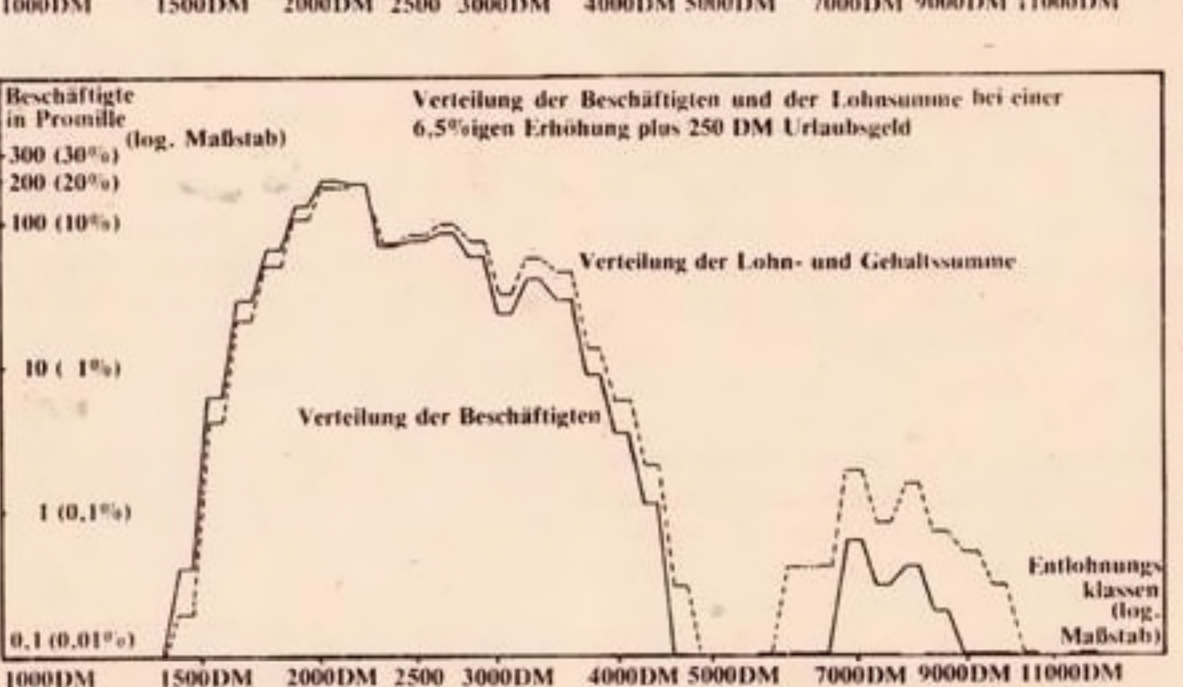
z.mkr. 20% der Krankenhauspflege entfallen nach Angaben des Deutschen Caritasverbands (DCV) ,,auf Krankenhäuser in katholischer Trägerschaft''. Finanziert werden sie im wesentlichen aus den Steuer- und Versicherungsgeldern der Lohnabhängigen. Der Finanzsekretär des DCV gibt den Neuinvestitionswert der Caritaseinrichtungen mit 36,4 Milliarden DM an. Ferner könne ,,schon allein der Marktwert der Arbeitsleistung der Mitarbeiter auf eine Jahressumme von über 2 Milliarden DM geschätzt werden''. Die gewerkschaftliche Betätigung der Beschäftigten ist verboten, sie sollen Vorreiter der Lohnsenkungen sein, denn ,,in der Kirche und ihrer Caritas (gibt) es keine Spannung zwischen Kapital und Arbeit ..., sondern nur Dienstleistende, die in einem gemeinsamen Auftrag verbunden sind''. Gegenwärtig ist die Caritas bestrebt, die Ehrenbergsche Kostendämpfung im Gesundheitswesen durchzusetzen. ,,Die Hauskrankenpflege wird immer wichtiger. Weil die überlasteten Krankenhäuser ihre Patienten so früh wie möglich entlassen'', heißt es in der Caritas-Broschüre ,,Krankenhilfe''. Die Caritas übernimmt die ,,Nachpflege'', arbeitet zu diesem Zweck ,,eng mit den Sozialstationen zusammen'' und führt ,,Kurse für Hauskrankenpflege'' durch. ,,Der wachsende Bedarf an häuslicher Kranken- und Altenpflege sowie an Familienpflege macht heute oft eine Umstellung der bisherigen Organisationsform erforderlich'' und führt zu ,,Zentralen für ambulante Pflegedienste'' oder ,,Sozialstationen'', so die Caritas. Zu diesen ,,Arbeitshilfen'' gehört auch die ,,Sterbehilfe''. Die Broschüre ,,Hauskranke im Bistum Mainz'' beginnt mit dem ,,Beispiel'': ,,(Er) ist 40 Jahre alt ... Er weiß, daß er nicht älter wird. Sie sprechen über Krankheit und das Sterben, damit er besser leben kann''. Wer nicht mehr für die Profitproduktion taugt, soll sich auf das ,,Jenseits vorbereiten'', für den gibt es auch ein Minimum an ärztlicher Versorgung nicht mehr, denn ,,die Krankenkassen beteiligen sich nur an Aufwendungen für Behandlungspflege (z.B. ärztlich verordnete Injektionen, Verbände usw.) und häuslicher Krankenpflege, wenn dadurch Krankenhauspflege verkürzt oder vermieden wird. Auf Grund der geltenden gesetzlichen Regelungen können die Krankenkassen die Langzeitpflege, die bei den Dienstleistungen der Sozialstationen eine große Bedeutung hat, nicht vergüten''.

Forderungsvorschlag der DGB-Gewerkschaften im öffentlichen Dienst

250 DM mehr Urlaubsgeld sind gut, Festgeld und Urlaubsgeld sind richtig

z.anl. Der ÖTV-Vorsitzende Kluncker sagte am 4.12., er könne sich nicht vorstellen, daß es Kritik an der Forderung gebe, die die Vorstände aller DGB-Gewerkschaften, die im öffentlichen Dienst Mitglieder organisieren, für die Lohnbewegung vorschlagen: Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie der Zuschläge um 6,5%, für Auszubildende im 1. und 2. Lehrjahr 50 DM mehr, im 3. und 4. Jahr 40 DM mehr, 250 DM mehr Urlaubsgeld für alle.

Die Kapitalisten waren sofort dagegen. Schon am gleichen Tag hatte das ,,Handelsblatt" eine Rechnung parat, daß jedes durchgesetzte Prozent bei 4,4 Millionen Beschäftigten zwischen 1,7 und 1,8 Milliarden kosten würde, dazu 1,1 Milliarde für Urlaubsgeld. Und die taktische Anweisung für die staatlichen Dienstherren folgte auf dem Fuß: ,,Allerdings könnte der öffentliche Dienst sich ohne weiteres mit einer deutlich geringeren Forderung als in der Metallindustrie bescheiden. Nicht allein wegen der Arbeitsplatzsicherheit oder der weit besseren Altersversorgung als in der gewerblichen Wirtschaft. Nein, weniger Prozente bringen in Geld im öffentlichen Dienst leicht mehr als ein höherer Prozentsatz bei Metall." Diese Kenner haben das zur Verständigung mit den Spitzenbeamten im öffentlichen Dienst geschrieben. Natürlich bringen 5% für Baums Riege erheblich mehr als 6,5% für die meisten AT-Angestellten in der Metallindustrie.



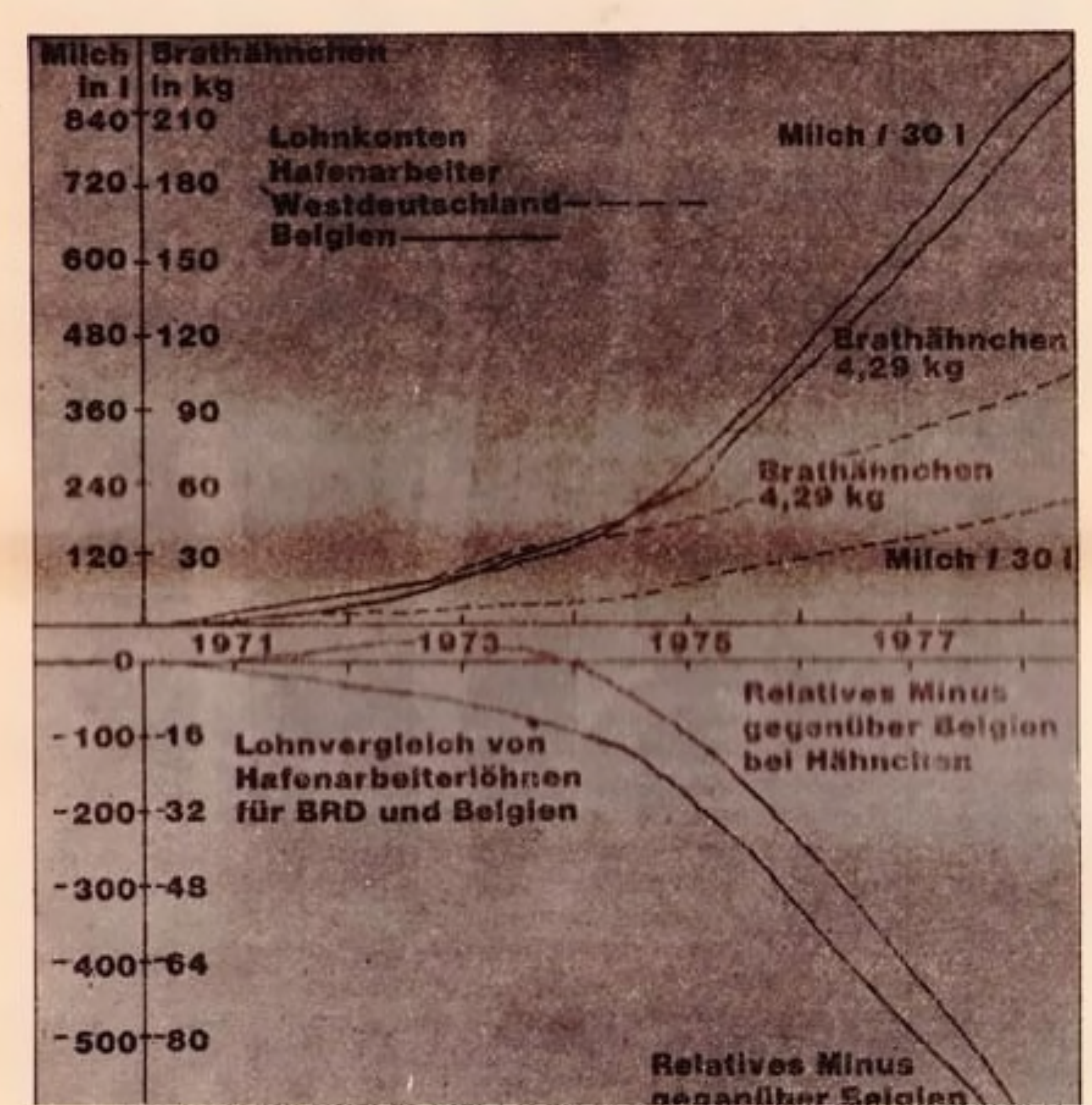
Beschäftigte in Promille (log. Maßstab)
Verteilung der Beschäftigten und der Lohnsumme bei einer 6,5%igen Erhöhung plus 250 DM Urlaubsgeld
300 (30‰) 200 (20‰) 100 (10‰) 10 (1‰) 1 (0,1‰) 0,1 (0,01‰)
Verteilung der Lohn- und Gehaltssumme
Verteilung der Beschäftigten
Entlohnungsklassen (log. Maßstab)
1000DM 1500DM 2000DM 2500 3000DM 4000DM 5000DM 7000DM 9000DM 11000DM

Ein Volumen von 6,5%, ausgezahlt auf die bestehende Lohnsumme im öffentlichen Dienst, würde bedeuten, daß den Dienstherrn rund 291 Millionen abgenommen werden müßten. Ausgezahlt in Prozenten, ist diese Forderung nicht durchsetzbar, denn nötig wäre, daß die Masse der Lohnabhängigen für eine kräftige Schmierung der Antreiber kämpfen sollte. Das widerspricht ihren Interessen und ihrer Erfahrung und ist unmöglich. Berechnen wir, was 1% auf die Gesamtlohnsumme ausmacht bei einem Durchschnittslohn von 2235 DM, erhalten wir einen Betrag von 22,35 DM. Gehen wir aus von der wirklichen Verteilung der Gesamtlohnsumme entsprechend der zuletzt am 2. Oktober 1968 vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Personalstrukturerhebung, so erhalten wir, daß beim Volumen einer Forderung von 6,5% rund 140 DM in Festgeld für jeden durchgesetzt werden müßten. Dabei haben wir das Urlaubsgeld, das einfach umgelegt auf 12 Monate einen zusätzlichen Betrag von knapp 21 DM brächte, nicht eingerechnet, denn es wird nicht monatlich, sondern auf einen Schlag ausgezahlt und durch die Wirkung der Steuerprogression zu einem erheblichen Teil weggesteuert.

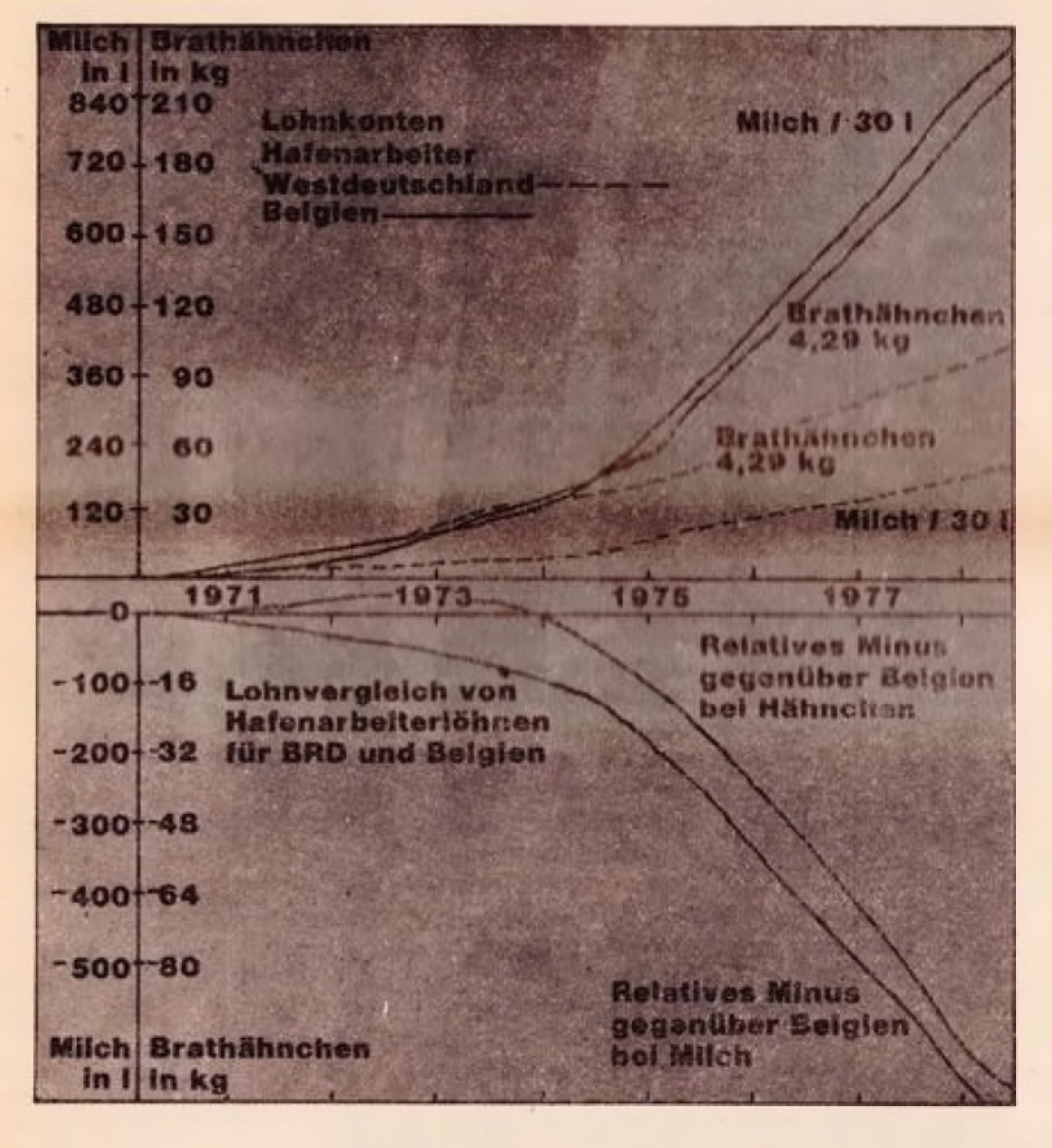
Die Kapitalisten und die Dienstherren müssen unbedingt für eine Senkung der Lohnprozente seien. Abgesehen von der Spaltung, die sie allemal durch Prozentabschlüsse erreichen, würde ihnen ein halbes Prozent weniger schon über 12 Millionen einsparen. Mit der Marke von 5,2 bis 5,6%, von der sie behaupten, sie entspräche Steinkühlers 6,5% für die Metallarbeiter in Baden-Württemberg, propagieren sie nichts anderes als die Senkung des Lohnniveaus im öffentlichen Dienst, um die Lohnabhängigen dort ebenso in Nacht- und Schichtarbeit zu treiben wie in der Industrie, Ausweichmöglichkeiten für die Industriearbeiter zu beseitigen und den Zwang, seine Arbeitskraft in der Industrie zu jeder Bedingung zu verkaufen, unausweichlich zu machen. Die Solidaritätsaktionen mit dem Streik der Stahlarbeiter sind im Interesse aller Arbeiter.

Hafenarbeiterlohnvergleich Belgien/Westdeutschland

z.obj. Wir gehen davon aus, daß ein Hafenarbeiter täglich 1 Liter Milch trinkt, und wöchentlich 1 Kilogramm Brathähnchen verzehrt. Das ergibt einen Monatsverbrauch von 30 l Milch und 4,29 kg Brathähnchen. Wir haben die Lohnkonten in kg Hähnchen und in l Milch geführt. Dadurch kann man die wahren Reproduktionsverhältnisse erfassen. Im Schaubild sieht man die Konten der belgischen Hafenarbeiter schneller steigen, als die der deutschen Hafenarbeiter. Seit 1970 bis Mitte 1978 haben die westdeutschen Kapitalisten die Hafenarbeiter um 745 l Milch und um 113 kg Hähnchen relativ gegenüber den belgischen Hafenarbeitern drücken können. In Belgien sind die Hafenarbeiterlöhne zwar an den Index der Preissteigerungen angeschlossen, aber dort werden die Teuerungsraten genauso gefälscht wie hier. Man kann am Schaubild sehen, daß die Differenz der Lohnkonten erst erheblich steigt ab Mai 74, als es den belgischen Hafenarbeitern gelungen ist, eine hohe tarifliche Lohnerhöhung durchzusetzen.



lungen ist, eine hohe tarifliche Lohnerhöhung durchzusetzen.



versorgung als in der gewerblichen Wirtschaft. Nein, weniger Prozente bringen in Geld im öffentlichen Dienst leicht mehr als ein höherer Prozentsatz bei Metall." Diese Kenner haben das zur Verständigung mit den Spitzenbeamten im öffentlichen Dienst geschrieben. Natürlich bringen 5% für Baums Riege erheblich mehr als 6,5% für die meisten AT-Angestellten in der Metallindustrie.

Ein Volumen von 6,5%, ausgezahlt auf die bestehende Lohnsumme im öffentlichen Dienst, würde bedeuten, daß den Dienstherrn rund 291 Millionen abgenommen werden müßten. Ausgezahlt in Prozenten, ist diese Forderung nicht durchsetzbar, denn nötig wäre, daß die Masse der Lohnabhängigen für eine kräftige Schmierung der Antreiber kämpfen sollte. Das widerspricht ihren Interessen und ihrer Erfahrung und ist unmöglich. Berechnen wir, was 1% auf die Gesamtlohnsumme ausmacht bei einem Durchschnittslohn von 2235 DM, erhalten wir einen Betrag von 22,35 DM. Gehen wir aus von der wirklichen Verteilung der Gesamtlohnsumme entsprechend der zuletzt am 2. Oktober 1968 vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Personalstrukturerhebung, so erhalten wir, daß beim Volumen einer Forderung von 6,5% rund 140 DM in Festgeld für jeden durchgesetzt werden müßten. Dabei haben wir das Urlaubsgeld, das einfach umgelegt auf 12 Monate einen zusätzlichen Betrag von knapp 21 DM brächte, nicht eingerechnet, denn es wird nicht monatlich, sondern auf einen Schlag ausgezahlt und durch die Wirkung der Steuerprogression zu einem erheblichen Teil weggesteuert.

Die Kapitalisten und die Dienstherren müssen unbedingt für eine Senkung der Lohnprozente seien. Abgesehen von der Spaltung, die sie allemal durch Prozentabschlüsse erreichen, würde ihnen ein halbes Prozent weniger schon über 12 Millionen einsparen. Mit der Marke von 5,2 bis 5,6%, von der sie behaupten, sie entspräche Steinkühlers 6,5% für die Metallarbeiter in Baden-Württemberg, propagieren sie nichts anderes als die Senkung des Lohnniveaus im öffentlichen Dienst, um die Lohnabhängigen dort ebenso in Nacht- und Schichtarbeit zu treiben wie in der Industrie, Ausweichmöglichkeiten für die Industriearbeiter zu beseitigen und den Zwang, seine Arbeitskraft in der Industrie zu jeder Bedingung zu verkaufen, unausweichlich zu machen. Die Solidaritätsaktionen mit dem Streik der Stahlarbeiter sind im Interesse aller Arbeiter.

Zeitsoldaten und Gefangene in Gleisbau und Güterabfertigung

z.jol. Um ,,Engpässe" zu überbrücken, setzt die Bundesbahndirektion Stuttgart in der Expreßgutabfertigung Zeitsoldaten und die Bahndirektion Nürnberg Strafgefangene im Gleisbau ein. Die Zeitsoldaten sind über einen Verbindungsmann bei der Bundeswehr abrufbereit, um nach Dienstende für zehn Mark in der Stunde zu arbeiten. Die Bahndirektion spart Versicherung und vermeidet Personaleinstellungen. Die Gefangenen in Nürnberg werden aufgrund des Strafvollzuggesetzes abkommandiert. Offenbar sind Bundesbahn und Gefängnisdirektion der Meinung, daß sich der Gleisbau besonders für die ,,Vermittlung der normativen Zielvorstellungen des Lernfelds Arbeit" (Kommentar Strafvollzuggesetz) eignet. Der Zwangsarbeitsdienst wird mit 4,99 DM am *Tag* ,,entgolten". – Auf Abruf bereite Soldaten und per Zwang einsetzbare Strafbataillone, eingesetzt gegen den Kampf der Bahnarbeiter gegen Lohnsenkung und Rationalisierung. Es sind Proben für den Kriegsfall und den bewaffneten Aufstand der Arbeiterklasse. Kein Wunder, daß es Minister Gscheidle im Moment ,,wenig hilfreich" erachtet, seine Pläne für die von der Bourgeoisie geforderte Verschärfung der Lohnsenkung und Antreiberei durch Militarisierung öffentlich darzustellen. Im Zusammenhang mit dem *ganzen* öffentlichen Dienst wolle er das anpacken.

Vollautomatisches Containerumsetzgerät der DB

z.gab. Innerhalb von 4 Jahren soll das vollautomatische Containerumsetzgerät ULS der Bundesbahn entwickelt werden. Um 15% sollen die Frachtraten pro Container gesenkt und gleichzeitig Umschlagzeiten wie bei D-Zügen erreicht werden. ,,Das Zusammenwirken neuer Produktionsmethoden und die Konzentration der Rangieraufgaben auf leistungsfähige Rangierbahnhöfe führte zur Minderung der Kosten" (DB-Geschäftsbericht '77). ,,Konzentration der Rangieraufgaben" – gemeint ist die Schließung von 44 Rangierbahnhöfen und die gesteigerte Schweißauspressung der verbliebenen Rangierarbeiter. Wurden 1972 260220 Großcontainer von den Bahnarbeitern beladen, rangiert und befördert, so waren es 1977 insgesamt 347524. ,,Verminderung der Kosten" – vor allem der Lohn der Bahnarbeiter soll gesenkt werden in den neuen Containerumschlagstellen. ,,Um 30 bis 40% wird der Eisenbahner höher besoldet als in der Privatwirtschaft", bläst Hans-Günther Sohl vom BDI zum Angriff. Ausdehnung der Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit bei gesenktem Lohn ist das Ziel. ,,Über das Wochenende waren 81% der freitags ausgelieferten Wagen und 46% der samstags ausgelieferten Wagen am Montag morgen am Ziel. Die DB ist z.Z. bemüht, diese Werte noch wesentlich zu verbessern", kündigt der DB-Vorstand den geplanten Angriff auf die Bahnarbeiter an.

Vollautomatisches Containerumsetzgerät der DB

z.gab. Innerhalb von 4 Jahren soll das vollautomatische Containerumsetzgerät ULS der Bundesbahn entwickelt werden. Um 15% sollen die Frachtraten pro Container gesenkt und gleichzeitig Umschlagzeiten wie bei D-Zügen erreicht werden. ,,Das Zusammenwirken neuer Produktionsmethoden und die Konzentration der Rangieraufgaben auf leistungsfähige Rangierbahnhöfe führte zur Minderung der Kosten" (DB-Geschäftsbericht '77). ,,Konzentration der Rangieraufgaben" – gemeint ist die Schließung von 44 Rangierbahnhöfen und die gesteigerte Schweißauspressung der verbliebenen Rangierarbeiter. Wurden 1972 260220 Großcontainer von den Bahnarbeitern beladen, rangiert und befördert, so waren es 1977 insgesamt 347524. ,,Verminderung der Kosten" – vor allem der Lohn der Bahnarbeiter soll gesenkt werden in den neuen Containerumschlagstellen. ,,Um 30 bis 40% wird der Eisenbahner höher besoldet als in der Privatwirtschaft", bläst Hans-Günther Sohl vom BDI zum Angriff. Ausdehnung der Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeit bei gesenktem Lohn ist das Ziel. ,,Über das Wochenende waren 81% der frei-

Warnstreiks im öffentlichen Personennahverkehr

Kampfmaßnahmen gegen Kommunalen Arbeitgeberverband Baden-Württemberg

z.haj. Am 28. November haben die Beschäftigten im öffentlichen Personennahverkehr in Baden-Württemberg die Entschlossenheit, für die Durchsetzung ihrer Zusatztarifforderungen zu kämpfen, durch einen Warnstreik demonstriert. Straßenbahn- und Busfahrer in Stuttgart, Baden-Baden, Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Ulm und Pforzheim hielten am Morgen die Bahnen und Busse eine halbe Stunde auf.

Die Presse versucht diese einheitliche Aktion gegen den Kommunalen Arbeitgeberverband herunterzuspielen. Die ,,Stuttgarter Zeitung" schrieb am folgenden Tag: ,,Schnee stiehlt ÖTV die Schau". Der Konstanzer ,,Südkurier" versuchte es mit Spaltung und Hetze: Die Streikaktion habe im wesentlichen die Beschäftigten in der Industrie getroffen. Die Erfahrungen der Streikenden waren anders.

Die Forderungen der Beschäftigten im Fahrdienst sind: 1. Einbau des Einmannzuschlags als festen Lohnbestandteil in den Monatstabellenlohn; 2. Sicherung des Lohnstandes bei Fahrdienstuntauglichkeit nach 10jähriger Dienstzeit; 3. Eingruppierung der Straßenbahnfahrer (Lohngruppe F 106) in die Lohngruppe F 108; 4. Einführung eines Bewährungsaufstiegs nach 5jähriger Tätigkeit mit einer Zulage von 5% wie im Bezirkslohntarifvertrag 3 G und 5. Erhöhung des Lehrfahrer- und Lehrschaffnerzuschlags.

Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, der Ulmer Bürgermeister Lorenser, lehnte die Forderungen auf die bereits 1974 gekündigten Zusatztarifverträge als ,,unberechtigt" ab. Das Angebot des Kommunalen Arbeitgeberverbandes vom November 1976, über das hinauszugehen sich der Kommunale Arbeitgeberverband nach wie vor weigert, lautet: ,,1. in der Frage der Lohnstandssicherung den noch nicht 50 Jahre alten Arbeitern, die mindestens 25 Jahre bei demselben Arbeitgeber im Fahrdienst tätig waren, den Fahrdienstzuschlag in voller Höhe im Falle der Fahrdienstuntauglichkeit zu gewähren und 2. den Lehrfahrer- und Lehrschaffnerzuschlag von DM 4,– auf DM 6,– sowie von 8,– auf 10,– DM anzuheben". Die Gewerkschaft ÖTV hat dieses Angebot als völlig unzureichend abgelehnt.

Zur ,,Sicherung des Lohnstandes bei Fahrdienstuntauglichkeit" war in dem gekündigten Tarifvertrag bereits festgelegt: ,,Hat der Arbeiter bei Eintritt der Fahrdienstuntauglichkeit das 50. Lebensjahr vollendet, wird neben dem Monatstabellenlohn der Fahrdienstzuschlag in voller Höhe weitergezahlt." Das Angebot der Kommunalen Arbeitgeberverbände ist reine Augenwischerei. Jeder kann sich ausrechnen, daß es praktisch an der bisherigen Regelung nichts ändert. Zu dem lange überfälligen Einbau des Einmannzuschlages in den Monatstabellenlohn, zur Eingruppierung der Straßenbahnfahrer in gleicher Lohnhöhe wie die Omnibusfahrer und zur Einführung des Bewährungsaufstiegs liegen Angebote noch nicht einmal vor.

In den zurückliegenden Jahren waren die Lohnabhängigen im Fahrdienst ständig gezwungen, gegen Rationalisierungsmaßnahmen und neue Pläne anzukämpfen. Ergebnis dieser Kämpfe sind die bisherigen Tarifvereinbarungen über Fahrdienstzuschlag, Großraumwagenzulage, Abfertigungszulage, Fehlgeldentschädigung, Einmannzuschlag, Lehrfahrer- und Lehrschaffnerzuschlag und schließlich Sicherung des Lohnstandes im Falle der Fahrdienstuntauglichkeit.

Entsprechend der unterschiedlichen Durchsetzung der Rationalisierungsmaßnahmen sind diese Zusatzvereinbarungen noch dazu höchst verschieden. Für Straßenbahnfahrer z.B. sind Bezahlung und Zulagen niedriger als für die Omnibusfahrer. Von den einzelnen Verkehrsverbänden, die im Kommunalen Arbeitgeberverband zusammengeschlossen sind, werden bisher Zulagen in verschiedener Höhe gezahlt. In Mannheim z.B. bekommen Straßenbahnfahrer den gleichen Prozentsatz im Zuschlag wie Omnibusfahrer (13%) usw. Die Bedeutung dieser erkämpften Zulagen zeigt das Beispiel eines Straßenbahnfahrers der Stuttgarter Verkehrsbetriebe: Ohne Zulagen berechnet beträgt sein Bruttolohn 1 450 DM im Monat. Mit Zulagen eingerechnet erhält er 1 650 DM netto.

Die Richtung der Forderungen der ÖTV auf Vereinheitlichung der Tariflage und Absicherung gegen die Wirkungen der kapitalistischen Rationalisierung im öffentlichen Personennahverkehr ist eindeutig. Deshalb werden diese Forderungen unterstützt. Aus dem gleichen Grunde versuchen die Kommunalen Arbeitgeberverbände einen Abschluß zu verhindern: In Mannheim zum Beispiel läuft bereits der erste computergesteuerte Einmann-Straßenbahnwagen im Versuch. Der Großraumverkehrsverbund ist in Vorbereitung. ,,Größere Wirtschaftlichkeit" ist der einhellige Ruf der Kapitalisten. Kürzung der Fahrdienstzulage, Abgruppierung der Straßenbahnfahrer und Entlassungen beim Fahrdienstpersonal haben sie im Auge. Gegen diese Maßnahme der kapitalistischen Rationalisierung und im Lohnkampf hat dieser Warnstreik im öffentlichen Personennahverkehr in Baden-Württemberg die Beschäftigten im öffentlichen Dienst gestärkt.

Telefax – neue Dienstleistung für die Kapitalisten

z.fum. Zum 1.1.1979 nimmt die Deutsche Bundespost einen Telekopierdienst (Telefax) auf. Er umfasst die Überlassung, Aufstellung, Entstörung und Wartung von Fernkopiergeräten, mit denen Schrift und Bild über das Fernsprechnetz übertragen werden können. Dieses Übertragungssystem ist zwar in Qualität und Geschwindigkeit begrenzt, bei einem Kaufpreis zwischen 4 bis 8 000 DM für die Kapitalisten aber eine profitable Angelegenheit. Die Übernahme der Kopiersysteme von der Zulassung bis zur Wartung gewährleistet der Kapitalistenklasse gleiche Bedingungen, das Monopol des Telekopierherstellers Siemens wird gebrochen. – Für die zuständigen Dienststellen der Bundespost bedeutet der Telefax-Dienst Mehrarbeit, da keine neuen Stellen besetzt werden, sondern nur entsprechende Dienststellen umorganisiert werden. Damit der Datenverkehr auch des Nachts zum billigeren Tarif reibungslos ausgeführt werden kann, soll es für die Fernmeldehandwerker, die in diesem Spezialbereich arbeiten, Ausdehnung der Schichtarbeit geben. In Dortmund ist geplant, die Störungsstelle, die für Datenanlagen zuständig ist, über 18.00 Uhr hinaus Nachtschicht arbeiten zu lassen.

Albrecht. Regierung will mit Bohrungen in Gorleben beginnen

z.mög. Die Bundesregierung ist entschlossen, den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben durchzusetzen. Das ganze Jahr hindurch sind die Bauern und Bürgeriniativen in Gorleben und Umgebung bespitzelt worden, um die Bewegung gegen das Energieprogramm zu zermürben. Bund und Land haben die Vorbereitungen für die Probebohrungen getroffen. 570 Mann Bundesgrenzschutz sowie einige Hundertschaften Polizei sollen im Landkreis ständig stationiert werden. Die Niedersächsische Landesregierung, die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen (DWK), Bergamt Celle, Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld, Regierungspräsidium Lüneburg und die Polizei haben einen gemeinsamen Stab gebildet, um die Sicherung der Bohrstellen vorzubereiten. Abgeholzt werden sollen 40000 qm Wald, um Platz für die Bohrungen zu schaffen. Das Holz soll für einen Wall verwendet werden, der mit Erde überschüttet den technischen Anlagen und den Wachmannschaften der DWK Schutz bieten soll. Am Fuß des Walles sollen ein 3 m hoher Maschendrahtzaun, mit doppelter Abweisung errichtet werden. Im Abstand von 5 bis 8 m soll ein zweireihiger S-Draht bis zu 3 m Höhe errichtet werden, der mit Alarmvorrichtungen und Mikrofonen versehen ist. Das ganze soll dann mit einer Flutlichtanlage versehen werden, um das Gebiet auch nachts kontrollieren zu können. Der Eingang zum Bohrplatz soll als Schleuse ausgebaut werden, die von Fernsehkameras überwacht wird. Am Bohrloch sollen DWK-Wachmannschaften die Sicherung übernehmen. Die Polizei soll außerhalb stationiert werden, „damit etwaige Kampfhandlungen weit vom Bohrloch entfernt ausgetragen werden."

„Das Sicherungskonzept der DWK geht davon aus, daß von hoher, kompetenter politischer Seite eindeutig klargestellt werden müsse, daß die vorgesehenen Bohrungen in jedem Fall durchgesetzt werden, unabhängig davon, welche Maßnahmen von Seiten der Umweltschützer oder Gegner des Entsorgungsprojekts ergriffen würden. Diese Aussage betrachtet die DWK als notwendig, um allen Mitläufern die Vorstellung zu nehmen, sie könnten allein oder zusammen mit extrem linken Gruppen die Bohrungen verhindern." („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 24.11.78)

Den Interessen der Kapitalisten und ihres Staates stehen die Interessen der Bauern und der Volksmassen unversöhnlich gegenüber. Den Bauern wird durch die Verseuchung des Bodens die Grundlage ihrer Existenz entzogen. Die Herabsenkung des Grundwasserspiegels würde das ganze Gebiet veröden. Für viele Arbeiter und Angestellte, die an den Wochenenden aus Hamburg oder West-Berlin kommen, würde ein Erholungsgebiet zerstört. Die Folge der Verseuchung wäre eine Ent-

zu können. Der Eingang zum Bohrplatz soll als Schleuse ausgebaut werden, die von Fernsehkameras überwacht wird. Am Bohrloch sollen DWK-Wachmannschaften die Sicherung übernehmen. Die Polizei soll außerhalb stationiert werden, „damit etwaige Kampfhandlungen weit vom Bohrloch entfernt ausgetragen werden."

„Das Sicherungskonzept der DWK geht davon aus, daß von hoher, kompetenter politischer Seite eindeutig klargestellt werden müsse, daß die vorgesehenen Bohrungen in jedem Fall durchgesetzt werden, unabhängig davon, welche Maßnahmen von Seiten der Umweltschützer oder Gegner des Entsorgungsprojekts ergriffen würden. Diese Aussage betrachtet die DWK als notwendig, um allen Mitläufern die Vorstellung zu nehmen, sie könnten allein oder zusammen mit extrem linken Gruppen die Bohrungen verhindern." („Elbe-Jeetzel-Zeitung", 24.11.78)

Den Interessen der Kapitalisten und ihres Staates stehen die Interessen der Bauern und der Volksmassen unversöhnlich gegenüber. Den Bauern wird durch die Verseuchung des Bodens die Grundlage ihrer Existenz entzogen. Die Herabsenkung des Grundwasserspiegels würde das ganze Gebiet veröden. Für viele Arbeiter und Angestellte, die an den Wochenenden aus Hamburg oder West-Berlin kommen, würde ein Erholungsgebiet zerstört. Die Folge der Verseuchung wäre eine Ent-
völkerung des Kreises. Die Bauern lassen sich durch die Drohungen mit dem bürgerlichen Gewaltapparat nicht kopfscheu machen: „Die meisten von uns sind gegen die Wiederaufbereitungsanlage. Auf der Landvolksitzung haben wir über die Auswirkungen gesprochen und ein Gutachten von der Landesregierung gefordert. Ob im Januar gebohrt wird, ist noch nicht raus, da Bund und Land sich über die Kosten streiten. Man müßte die Bohrungen aber verhindern. Das ist nur möglich, wenn wir uns einigen." So ein Bauer in einem Gespräch.

Die Opportunisten in den meisten Bürgeriniativen im Landkreis arbeiten auf der Linie des „gewaltfreien Widerstandes": „Wir wollen in Frieden leben – Aber wir wollen nicht in Frieden untergehen! Wir wollen keine Gewalt – Aber wir wollen der Gewalt auch nicht freiwillig weichen! ...unsere Stärke besteht darin, in unseren Handlungen unseren Zielen gerecht zu werden und unsere Sehnsucht nach einer Gesellschaft ohne Gewalt nicht zu verraten ..." (BI-Lüchow-Dannenberg). Mit dieser Pfaffenideologie wird die Bewegung gegenüber der Bourgeoisie entwaffnet und ihr unterworfen.

Daß sich Arbeiter und Bauern schnell einigen können, zeigt das Beispiel in Schweskau. Die Häuser in diesem Dorf sollten zwangsweise an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden. Die Kosten von einigen Tausend DM/Anschluß sollten den Volksmassen aufgebürdet werden. Die Arbeiter und Bauern waren nicht gewillt, ihrer Ausplünderung tatenlos zuzusehen. Kurzerhand blockierten sie die Baumaschine und forderten die sofortige Einstellung der Baumaßnahmen.

„Ohne Geld zum Eigenheim" und andere Lohnraubtricks

„Mannheimer Modell" / Sozialwohnungsverkauf / Minister Haack gegen Spekulation mit Unwissenheit

z.mif. Wenn ein Bankier der Deutschen Bank einen Vorschlag macht, hat er Hand und Zinsfuß, dachte sich die Stadt Mannheim und realisierte jetzt das „Mannheimer Modell". Es gründet auf dem „Vorschlag", daß der Arbeiter statt der Miete einen Bankkredit zahlt, an dessen spätem Ende der Arbeiter das Eigenheim hat und die Deutsche Bank ein dickeres Zinspolster. Der Staat als erfahrener Geldeintreiber und bewaffneter Arm bürgt für ein Viertel der Summe; etwa ein Drittel des Familieneinkommens will sich so Monat für Monat die Deutsche Bank direkt aneignen.

Auch die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohungsbau mbH schafft Eigentum: sie bietet ihren Mietern in Gröpelingen die 48 Jahre alten, ziemlich verrotteten Häuser zum Kauf an. Sie plant, damit erstens die Sanierungskosten zu sparen und zweitens die Schwelle, die sie durch Mietsteigerung nicht überschreiten kann in der Plünderung der Löhne, nun in Form von Zinsen zu überspringen.

Das Finanzkapital unternimmt neue Vorstöße zur Ausplünderung auf dem Wohnungsmarkt. Der einfachen Erhöhung der Mieten und Sozialmieten haben die Arbeiter und Volksmassen in harten Kämpfen in den letzten Jahren bestimmte Schranken gezogen. Die Bundesregierung mußte zugestehen, daß Mieterhöhungen bestimmter sachlicher Grundlagen bedürfen und die Kündigung aus einer Wohnung schwieriger ist als die Entlassung aus einem Betrieb. Durch Verwandlung des mietenden in den eigentumbewohnenden Arbeiter will die Bourgeoisie diese Schranken jetzt niederreißen. Gleichzeitig hofft sie so die Zerfledderung des Mietzinses auf viele kleine hausbesitzende Kapitalisten aufzuheben in das direkte Verhältnis Arbeiter-Bankkapital. Schafft es der Arbeiter in einer Generation, den Kredit abzubezahlen, so ist in dieser Generation die Eigentumswohnung auch ziemlich abgewohnt, umfassende Renovierung oder Abriß und Neubau erforderlich. Dann ergibt sich das gleiche wie bei einerseits kapitalistischer, andererseits privater Vernutzung von Maschinen: Der Arbeiter hat seine Waschmaschine oder Wohnung einfach abgenutzt, er muß eine neue kaufen. Der Kapitalist hat sie produktiv konsumieren lassen im Ausbeutungsprozeß, hat sich vom miete- oder ratenzahlenden Arbeiter das Kapital jung erhalten lassen. Erneut muß der Arbeiter einen Kredit aufnehmen.

Auf diese Weise verspricht sich die Bourgeoisie, ihren Nachholbedarf befriedigen zu können. In Westdeutschland leben erst 39% der Familien im Eigenheim, in Großbritannien 53% und in Belgien 61%. Ein Widerspruch zur vom Bourgeois gewünschten „Mobilität" ist die Eigentumswohnung des Arbeiters nicht: er wird verpflichtet, sie zu verkaufen oder zu vermieten.

Der Anteil der „Sozialwohnungen" an den gesamten fertiggestellten Wohnungen betrug 1950 69%. „Sozialwohnungen" bedeutet zinsgünstige Kredite vom Staat für den Baukapitalisten und dafür gewisse Beschränkungen in der Mietsteigerung. Wegen dieser Beschränkungen wurde der Anteil der Sozialwohnungen auf 1972 23% der fertiggestellten Wohnungen gedrückt. 1977 betrug er wieder 37%, aber die durchschnittliche Quadratmetermiete im Sozialwohnungsbau konnte von 1975 4,67 DM nur auf 1977 4,82 DM hochgepreßt werden.

Die Bundesregierung hat sich eine Lösung des Problems einfallen lassen, wie mit der Mietsteigerung voranzukommen sei, dazu ist sie ja da. Mit der Reform des § 7b des Einkommensteuergesetzes seit Anfang 1977 ist nicht nur die Altbausanierung profitabel geworden. Es ist auch, wie das „Handelsblatt" schreibt, „in den Gebrauchwohnungsmarkt mehr Bewegung" gekommen (29.11.78). Minister Haack, Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, schreibt in der gleichen Ausgabe des Blattes von einer „bisher nie gekannten Belebung des Altbaumarktes". Beseelt kommt den Bourgeois ein Ding vor, wenn sich mit seiner Hilfe aus den Arbeitern Geld ziehen läßt. Und Geld läßt sich ziehen aus der mit der § 7b-Reform in Gang gekommenen Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen. Sei es, daß der bisherige Sozialmieter zum Kauf genötigt wird, sei es, daß ein Spekulant die Wohnung aufkauft, ein Geschäft für die Bourgeoisie ist es jedenfalls. Was die Spekulation betrifft, findet es der Herr Minister erforderlich, seine Hände in Unschuld zu waschen. Er verwendet dazu die ersten Seiten des Bulletins der Bundesregierung vom 8. November. „Von ... 4,8 Millionen Sozialmietwohnungen sind seit 1977 – also seit der Staat den Erwerb von Altbauwohnungen besonders fördert – rund 4500 Wohnungen als umgewandelte Eigentumswohnungen an die Mieter oder an Dritte verkauft worden. Eine gleich große Zahl von Wohnungen dürfte gegenwärtig in der Umwandlungsphase sein. Worüber man nichts weiß, ist die Zahl der Sozialwohnungen, die an andere als die dort wohnenden Mieter verkauft wurden." Bemerkenswerte Grammatik! Wie groß ist die Zahl der an Spekulanten verkauften Sozialwohnungen? „Worüber man nichts weiß." Als Schlußsatz schreibt Haack: „Spekulasicherung und Täuschung haben in unserem Wirtschafts-und Gesellschaftssystem keinen Platz." Warum auch mit *Unwissenheit* spekulieren, mit *Grundeigentum* ist's rentierlicher.


Bau von Eigentumswohnungen in Frankfurt 1974.


Bremer Wohnung, den Mietern zum Kauf angeboten

Wohnungs- und Siedlungsunternehmen der Region

Ort	Bilanz 76 in Tsd. DM	Wohnungsbestand	verkaufte Wohnungen	verwaltete Wohnungen
Westberlin:				
Dt. Ges. zur Förd. des Wohnungsbaus, Gemeinnützige AG	1654185	20187	430	1726
Gemeinnützige Siedlungs-und Wohnungsbau GmbH	1230422	47132	590	2686
GEWOBAG	783136	24161	1000	335
Ges. für soz. Wohnungsbau, Gemeinnützige AG	1045033	21746	492	
Neue Heimat Bremen GmbH	1733525	39656	4793	3747
Hamburg:				
Gemeinnützige Siedlungs-AG (SAGA)	2666460	81481	4248	3450
Neue Heimat Wohnungs- und Siedlungsges.mbH	1781752	9237	9499	14776
Neue Heimat Nord Gemeinnützige Wohnungsbauges.mbH	961322	15259	3855	2461
Neue Heimat Niedersachsen	1395704	28587	3715	3652
Neue Heimat Schleswig-Holstein	923028	23641	4059	1011

r.kea. Über 400 Wohnungs- und Siedlungsunternehmen gibt es in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen sowie auf Westberliner Gebiet. Die größten davon sind die verschiedenen gewerkschaftseigenen Unternehmungen Neue Heimat und verschiedene andere als gemeinnützig anerkannte Gesellschaften. Von den „Gemeinnützigen" gibt es in der ganzen BRD über 1900 Unternehmungen. Hand in Hand mit kreditgebenden Banken und mit staatlichen Behörden kontrollieren die Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften alles, was mit Wohnen und Bauen zusammenhängt. Wer den ständig steigenden Mieten entrinnen will und es schafft, ein Eigenheim zu bauen, gerät in die Zinsmühle der Kreditgeber. Im Aufsichtsrat der Westberliner „Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus, Gemeinnützige AG" sitzen Vorstandsmitglieder der Deutschen Kredit- und Handelsbank AG, der Berliner Bank AG sowie der Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft.

Von vornherein wurden die Wohnungs- und Siedlungsunternehmungen, insbesondere die „Gemeinnützigen", per Gesetz gemästet und ihre Raub- und Plünderungsmaßnahmen unterstützt:

– Das *Reichssiedlungsgesetz* von 1919 in der Fassung des *Grundstücksverkehrsgesetzes* von 1961 ermöglicht die Enteignung von Bauern und kleinen Grundeigentümern zwecks Landbeschaffung für Siedlungsunternehmen (§3). Das Vorkaufsrecht der „Gemeinnützigen" und anderer Gesellschaften wird gewährt (§4). Gebühren- und Steuerfreiheit gilt (§29).

– Das *Bundesbaugesetz* von 1977 erweitert diese Bestimmungen. Gemeinden können das Vorkaufsrecht „für andere" wahrnehmen (§24). Enteignung „aus städtebaulichen Gründen" wird möglich (§88). Die Entschädigung bemißt sich nach dem „Verkehrswert" und nicht nach erzielbaren Preisen.

Das Geschäftsguthaben der Wohnungsbauunternehmen in der BRD ist von ca. 1,2 Mrd. DM (1960) auf ca. 4,2 Mrd. DM (1976) angewachsen. Die Zahl der jährlich erstellten Neubauwohnungen sank im selben Zeitraum von knapp 600000 auf unter 400000. Ebenfalls in diesem Zeitraum stieg der durchschnittliche Mietsatz pro Quadratmeter von 1,50 DM auf 5 DM.

Hypothekenerhöhung –

bestimmte Schranken gezogen. Die Bundesregierung mußte zugestehen, daß Mieterhöhungen bestimmter sachlicher Grundlagen bedürfen und die Kündigung aus einer Wohnung schwieriger ist als die Entlassung aus einem Betrieb. Durch Verwandlung des mietenden in den eigentumbewohnenden Arbeiter will die Bourgeoisie diese Schranken jetzt niederreißen. Gleichzeitig hofft sie so die Zerfledderung des Mietzinses auf viele kleine hausbesitzende Kapitalisten aufzuheben in das direkte Verhältnis Arbeiter-Bankkapital. Schafft es der Arbeiter in einer Generation, den Kredit abzubezahlen, so ist in dieser Generation die Eigentumswohnung auch ziemlich abgewohnt, umfassende Renovierung oder Abriß und Neubau erforderlich. Dann ergibt sich das gleiche wie bei einerseits kapitalistischer, andererseits privater Vernutzung von Maschinen: Der Arbeiter hat seine Waschmaschine oder Wohnung einfach abgenutzt, er muß eine neue kaufen. Der Kapitalist hat sie produktiv konsumieren lassen im Ausbeutungsprozeß, hat sich vom miete- oder ratenzahlenden Arbeiter das Kapital jung erhalten lassen. Erneut muß der Arbeiter einen Kredit aufnehmen.

Auf diese Weise verspricht sich die Bourgeoisie, ihren Nachholbedarf befriedigen zu können. In Westdeutschland leben erst 39% der Familien im

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, schreibt in der gleichen Ausgabe des Blattes von einer „bisher nie gekannten Belebung des Altbaumarktes". Beseelt kommt den Bourgeois ein Ding vor, wenn sich mit seiner Hilfe aus den Arbeitern Geld ziehen läßt. Und Geld läßt sich ziehen aus der mit der § 7b-Reform in Gang gekommenen Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen. Sei es, daß der bisherige Sozialmieter zum Kauf genötigt wird, sei es, daß ein Spekulant die Wohnung aufkauft, ein Geschäft für die Bourgeoisie ist es jedenfalls. Was die Spekulation betrifft, findet es der Herr Minister erforderlich, seine Hände in Unschuld zu waschen. Er verwendet dazu die ersten Seiten des Bulletins der Bundesregierung vom 8. November. „Von ... 4,8 Millionen Sozialmietwohnungen sind seit 1977 – also seit der Staat den Erwerb von Altbauwohnungen besonders fördert – rund 4500 Wohnungen als umgewandelte Eigentumswohnungen an die Mieter oder an Dritte verkauft worden. Eine gleich große Zahl von Wohnungen dürfte gegenwärtig in der Umwandlungsphase sein. Worüber man nichts weiß, ist die Zahl der Sozialwohnungen, die an andere als die dort wohnenden Mieter verkauft wurden." Bemerkenswerte Grammatik! Wie groß ist die Zahl der an Spekulanten verkauften Sozialwohnungen?

ges.mbH 1781752 9237 9499 14776
Neue Heimat Nord Gemeinnützige Wohnungsbauges.mbH 961322 15259 3855 2461
Neue Heimat Niedersachsen 1395704 28587 3715 3652
Neue Heimat Schleswig-Holstein 923028 23641 4059 1011

r.kea. Über 400 Wohnungs- und Siedlungsunternehmen gibt es in den Bundesländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hamburg und Bremen sowie auf Westberliner Gebiet. Die größten davon sind die verschiedenen gewerkschaftseigenen Unternehmungen Neue Heimat und verschiedene andere als gemeinnützig anerkannte Gesellschaften. Von den „Gemeinnützigen" gibt es in der ganzen BRD über 1900 Unternehmungen. Hand in Hand mit kreditgebenden Banken und mit staatlichen Behörden kontrollieren die Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften alles, was mit Wohnen und Bauen zusammenhängt. Wer den ständig steigenden Mieten entrinnen will und es schafft, ein Eigenheim zu bauen, gerät in die Zinsmühle der Kreditgeber. Im Aufsichtsrat der Westberliner „Deutschen Gesellschaft zur Förderung des Wohnungsbaus, Gemeinnützige AG" sitzen Vorstandsmitglieder der Deutschen Kredit- und Handelsbank AG, der Berliner Bank AG sowie der Direktor der Bank für Gemeinwirtschaft.

Von vornherein wurden die Wohnungs- und Siedlungsunternehmungen, insbesondere die „Gemeinnützigen", per Gesetz gemästet und ihre Raub- und Plünderungsmaßnahmen unterstützt:

– Das Reichssiedlungsgesetz von 1919 in der Fassung des Grundstücksverkehrsgesetzes von 1961 ermöglicht die Enteignung von Bauern und kleinen Grundeigentümern zwecks Landbeschaffung für Siedlungsunternehmen (§3). Das Vorkaufsrecht der „Gemeinnützigen" und anderer Gesellschaften wird gewährt (§4). Gebühren- und Steuerfreiheit gilt (§29).

– Das Bundesbaugesetz von 1977 erweitert diese Bestimmungen. Gemeinden können das Vorkaufsrecht „für andere" wahrnehmen (§24). Enteignung „aus städtebaulichen Gründen" wird möglich (§88). Die Entschädigung bemißt sich nach dem „Verkehrswert" und nicht nach erzielbaren Preisen.

Das Geschäftsguthaben der Wohnungsbauunternehmen in der BRD ist von ca. 1,2 Mrd. DM (1960) auf ca. 4,2 Mrd. DM (1976) angewachsen. Die Zahl der jährlich erstellten Neubauwohnungen sank im selben Zeitraum von knapp 600000 auf unter 400000. Ebenfalls in diesem Zeitraum stieg der durchschnittliche Mietsatz pro Quadratmeter von 1,50 DM auf 5 DM.

Hypothekenerhöhung – Angriff auf den Lohnkampf der britischen Arbeiter

z.hef.London. Zum 1. Dezember erhöhten die britischen Bausparkassen ihre Zinsrate für Hypotheken von 9,75% auf 11,50%. Für einen Ford-Arbeiter, der eine Hypothek von 12000 Pfund (das sind 48000 DM) für ein Vierzimmerhaus zurückzuzahlen hat, bedeutet das: statt 75,96 Pfund zahlt er 86,64 Pfund, 10,68 Pfund mehr. Hätten die Fordarbeiter sich mit einem 5%-Abschluß innerhalb der Lohnleitlinie zufriedengegeben, hätte die gesamte monatliche Erhöhung gerade 16,90 Pfund betragen. Zwei Drittel von der Erhöhung wären also schon für die erhöhten Zinsen draufgegangen. Bei dem jetzt durchgesetzten Abschluß von 9,75% plus einer Anwesenheitsprämie zahlt ein Ford-Arbeiter immer noch ein Drittel an die Bausparkasse weg, angenommen, er erhält die Anwesenheitsprämie nicht.

Die Zinserhöhung der Bausparkasse folgte der Erhöhung der Minimum-Zinsrate durch die Regierung auf 12,5%. Ausdrücklich gab die Regierung einer Delegation des Verbandes der Bausparkassen zu verstehen, daß sie mit *jeder* Erhöhung einverstanden sei. Kanzler Healey sagte zwei Tage vorher: „Ich würde bei einer unkontrollierten Lohnexplosion ... die Steuern erhöhen müssen oder die öffentlichen Ausgaben kürzen, oder beides." Die Hypothekenerhöhung ist ein gezielter Tritt der Kapitalisten gegen die Arbeiterbewegung, der signalisieren soll: Ihr könnt streiken wie ihr wollt, wir holen uns über Steuern und Zinsen doch alles wieder. Aber schon beim Ford-Streik hat die Hypotheken-Erhöhung dafür gesorgt, daß die Empörung und Entschlossenheit wuchs.


Tausende von Wohnungen stehen „aus Mangel an anlagewilligem Kapital" leer. Das Bild zeigt einen Teil der Polizeitruppe von 500 Mann, die am 16. August 160 „Squatter", also illegale Bewohner solcher Häuser, aus einem Block in Zentral-London vertrieb.

Die Bausparkassen sind die größten Einrichtungen zur Verwandlung von Arbeiterlohn in Kapital. 47% des „Sparaufkommens" wird den Bausparkassen gezahlt. Vor allem aber sind die Bausparkassen der größte Gläubiger der britischen Arbeiter. 26,6 Mrd. Pfund an ausstehenden Hypotheken konnten sie 1977 verbuchen. 44% aller Familien in Großbritannien lebten 1974 im eigenen Haus, 22% in einer staatlichen Wohnung und 14% in anderen Mietwohnungen. Oft ist das eigene Haus die einzige Möglichkeit, eine Wohnung zu bekommen. Für die staatlichen Wohnungen gibt es jahrelange Wartelisten. Auf diese Weise fördert die britische Bourgeoisie das „Hauseigentum".

Das Durchschnittseinkommen eines Industriearbeiters beträgt 4000 Pfund im Jahr (1977). 32% aller derjenigen, die Hypotheken aufgenommen haben, verdienen *unter* 4000 Pfund; weitere 24% bis 5000 Pfund; weitere 18% bis 6000 Pfund. Die Mehrzahl der Hauskäufe wird also von Arbeitern und Angestellten gemacht. Zunächst muß der Wohnungssuchende, ist er Arbeiter oder Angestellter, sparen, um eine bestimmte Summe als Eigenanteil für den Hausverkauf verwenden zu können. Hat er ein Haus gefunden, das er kaufen will, ist nicht sicher, daß er überhaupt eine Hypothek bekommt. Oft bescheidet ihn die Kasse, es mangele zur Zeit an anlagewilligem Kapital, Hypotheken seien nicht zu erhalten.

Bekommt er schließlich eine Hypothek und kauft er das Haus, hat er pünktlich zu zahlen. Als im Ford-Streik zum Beispiel viele Arbeiter nicht zahlen konnten, kamen die Beauftragten der Bausparkasse vorbei und drohten unmißverständlich mit dem Verkauf des Hauses, dem Hinauswurf des Arbeiters. Verliert ein Arbeiter die Arbeit, muß er die Wohnung oder den Wohnort wechseln und ein anderes Haus kaufen, dann meist zu weitaus höherem Preis, nämlich zu höherer monatlicher Versicherungszahlung. Und fast die Hälfte der so gekauften Häuser stammt von vor 1939, 24% von vor 1919, was entsprechend an Reparaturen kostet.

Die Bausparkassen sind gesetzlich verpflichtet, einen Teil ihres Kapitals in Staatsanleihen anzulegen. Über diese billigen Staatskredite zieht die Kapitalistenklasse *einen* großen Nutzen aus der Hypothek. Der *zweite* Nutzen ist der Zins, den die Bausparkassen an Banken und „private Anleger zahlen, um Kapital für die Hauskäufer aufzubringen." Der *dritte* ist die Erpressung der Arbeiter und der Druck auf die Arbeiterbewegung.

„Die haben die Schlösser gehabt und wir die Armut“

Kleinwanzlebener Saatzuchtkapitalisten auf weltweitem Expansionskurs

z.ilp. „Nicht unzufrieden“ mit dem Ergebnis des Geschäftsjahres 1977/78 ist das Vorstandsmitglied der KWS, der Kleinwanzlebener Saatzucht AG, „einem führenden Unternehmen der landwirtschaftlichen Pflanzenzüchtung in Europa“: 7,3 Mio. DM Profit haben die Saatzuchtkapitalisten aus den ca. 1600 Arbeitern und Angestellten herausgepresst; weiterhin ist es den KWS Kapitalisten gelungen, neben ihren „Tochter- und Beteiligungsgesellschaften“ in der Schweiz, den Niederlanden, Kanada, Türkei, im letzten Geschäftsjahr ihr Anlagevermögen um 2,5 Mio. DM zu erhöhen, „im wesentlichen durch die Übernahme von Geschäftsanteilen an der spanischen Produktionsgesellschaft SSR, die Kapitalerhöhung der KWS do Brasil und der KWS France sowie die Gründung der KWS Seeds in San Francisco“. (Göttinger Tageblatt, 29.11.78) Die KWS Kapitalisten sind gegenwärtig dabei, ihre US-amerikanischen Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen: bislang sind sie beteiligt an der Northrup King, die 18% des US-amerikanischen Zuckerrübensamenmarktes beherrscht. Jetzt wollen sie ein Saatzuchtunternehmen in Süd Carolina schlucken, was bislang den Maissaatmarkt in den Südstaaten beherrschte. Neue Gebiete für die KWS Kapitalisten eröffnen sich: Baumwolle, Tabak, Sojasamen, mit dem „es möglich sein wird, eine ‚Brücke‘ zur brasilianischen Beteiligung zu schlagen.“ (GT, 29.11.78)

Trotz alledem: „In dem weit über 100-jährigen Bestehen hat sich KWS den Charakter eines Familienunternehmens stets bewahrt“, lassen sie in einer Hochglanzbroschüre verbreiten.

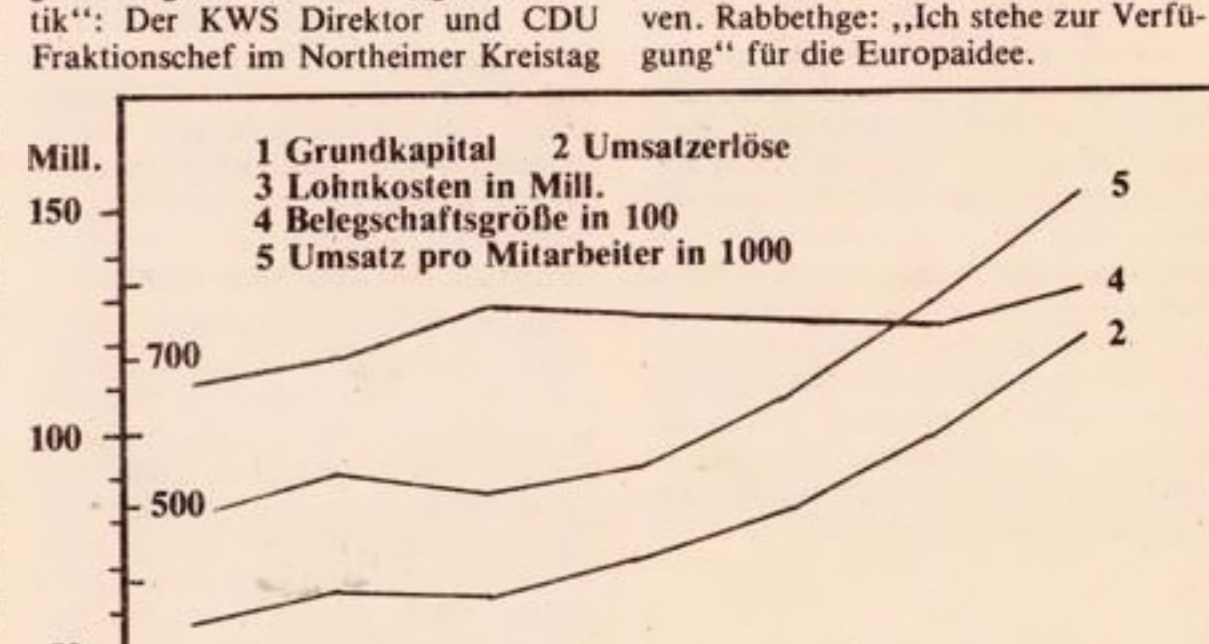
Den „Charakter“ des Familienbetriebes des Clans Rabbethge hat eine Landarbeiterin aus Einbeck erfahren:

Sie berichtet: Rabbethges sind Besitzer von drei Gütern von je etwa 1000 Morgen Land, mindestens drei großen Jagden, ehemals zwei Molkereien, dem Hotel „Domäne Altendorf“ und Besitzer eines Einkaufszentrums. Über 15 Jahre hat die Arbeiterin auf dem Rabbethge-Gut bei Einbeck geschuftet, bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 65 Stunden. 22 Pfennig Stundenlohn bekam sie seit 1951; 1965 kriegte sie einen Wochenlohn von 35 DM. „Die haben die Schlösser gehabt und wir die Armut“, sind die Erfahrungen der alten und inzwischen verschlissenen Arbeiterin.

Das ist das Geheimnis, um ihre Konkurrenten auszustechen: durch die ungeheure Ausbeutung der rund 380 Landarbeiter, (ein Landarbeiter krhegt heute durchschnittlich einen Monatslohn von 1300 DM), das Drücken der Lohnsumme (sie stieg von 1975/76 bis 1976/77 um 0,5% = 0,14 Mio. DM, wobei es den KWS Kapitalisten gelang, 1,68 Mio. DM bei der betrieblichen Altersversorgung zu streichen) gelingt es ihnen, vor allen Dingen ihre Saaten bei Getreide, Zuckerrüben und Mais wohlfeiler anzubieten.

Um die Gier des Rabbethge Clans und ihrer Freunde aus der KWS AG nach immer mehr Profit zu sättigen, haben sie sich Berechtigungsscheine auf die Ausbeutung weiterer Arbeiter erkauft: Dr. Büchting, Vorstandsvorsitzender der KWS, sitzt im Aufsichtsrat der Einbecker Brauhaus AG und im Aufsichtsrat der Süddeutschen Zucker AG Mannheim, Direktor Dr. Matthias Rabbethge beteiligt sich an der Ausplünderung der Bauern über die Magdeburger Rückversicherungs-Actien-Gesellschaft und sein Bruder treibt sich in den Aufsichtsräten der Union-Zucker und der Magdeburger Hagelversicherungsgesellschaft herum.

Führende Politiker im Einbecker Stadtrat waren Rabbethges schon immer. Jetzt haben sie ein Familienmitglied vorgeschickt in die „große Politik“: Der KWS Direktor und CDU Fraktionschef im Northeimer Kreistag Dr. Matthias Rabbethge bewirbt sich für einen Sitz im Europaparlament. Seine Frau hat flugs im Landkreis ein „Europakomitee“ gegründet, um den Gatten ins Europaparlament zu hieven. Rabbethge: „Ich stehe zur Verfügung“ für die Europaidee.



Kapitalisten eröffnen sich: Baumwolle, Tabak, Sojasamen, mit dem „es möglich sein wird, eine ‚Brücke‘ zur brasilianischen Beteiligung zu schlagen.“ (GT, 29.11.78)

Trotz alledem: „In dem weit über 100-jährigen Bestehen hat sich KWS den Charakter eines Familienunternehmens stets bewahrt“, lassen sie in einer Hochglanzbroschüre verbreiten.

Den „Charakter“ des Familienbetriebes des Clans Rabbethge hat eine Landarbeiterin aus Einbeck erfahren:

und ihrer Freunde aus der KWS AG nach immer mehr Profit zu sättigen, haben sie sich Berechtigungsscheine auf die Ausbeutung weiterer Arbeiter erkauft: Dr. Büchting, Vorstandsvorsitzender der KWS, sitzt im Aufsichtsrat der Einbecker Brauhaus AG und im Aufsichtsrat der Süddeutschen Zucker AG Mannheim, Direktor Dr. Matthias Rabbethge beteiligt sich an der Ausplünderung der Bauern über die Magdeburger Rückversicherungs-Actien-Gesellschaft und sein Bruder treibt sich in den Aufsichtsräten der Union-Zucker und der Magdeburger



Propagandamarsch der Bauern des Larzac



Nach einem Fußmarsch von 710 km durch ganz Frankreich traf am 2. Dezember eine Delegation der Bauern aus dem Larzac in Paris ein. Die Delegation wurde von einer Demonstration von 40000 begrüßt. Die Bauern des Larzac, vor allem Schafzüchter, kämpfen seit acht Jahren gegen ihre Vertreibung. Ihr Kampf hat große Bedeutung im Kampf aller französischen Bauern gegen die Politik der Landvertreibung und des Bauernlegens der Regierung. Weil sie sich genossenschaftlich unterstützen, konnten die Bauern des Larzac alle Versuche abschlagen, ihre Höfe mittels Verweigerung von Krediten zu vernichten und das ganze Land durch die Armee aufzukaufen, die es unbedingt für die Ausdehnung eines Truppenübungsplatzes haben will. Kurz vor dem Abmarsch der Bauern nach Paris hatte die Regierung gerichtliche Räumungsbefehle gegen sie erwirkt, um die Be-

Propagandamarsch der Bauern des Larzac

MARCHE
LARZAC
710 Km
PARIS

Nach einem Fußmarsch von 710 km durch ganz Frankreich traf am 2. Dezember eine Delegation der Bauern aus dem Larzac in Paris ein. Die Delegation wurde von einer Demonstration von 40000 begrüßt. Die Bauern des Larzac, vor allem Schafzüchter, kämpfen seit acht Jahren gegen ihre Vertreibung. Ihr Kampf hat große Bedeutung im Kampf aller französischen Bauern gegen die Politik der Landvertreibung und des Bauernlegens der Regierung. Weil sie sich genossenschaftlich unterstützen, konnten die Bauern des Larzac alle Versuche abschlagen, ihre Höfe mittels Verweigerung von Krediten zu vernichten und das ganze Land durch die Armee aufzukaufen, die es unbedingt für die Ausdehnung eines Truppenübungsplatzes haben will. Kurz vor dem Abmarsch der Bauern nach Paris hatte die Regierung gerichtliche Räumungsbefehle gegen sie erwirkt, um die Be-
wegung gewaltsam zu zerschlagen. Nach dem Erfolg des Marsches mußte die Regierung die Delegation empfangen und ihre Bereitschaft zu Verhandlungen ankündigen.

Schweizer Milchgesetz: Ruinierung der kleinen Bauern

z.pek. Nachdem den schweizerischen Imperialisten die Ruinierung der kleinen Bauern nicht schnell genug voranging, halten sie jetzt „staatliche Eingriffe in den Agrarmarkt für unumgänglich“. Durch den neuen Milchwirtschaftsbeschluß erteilen sie den Bauern die Auflage, daß die Milchkühe mit Futter vom eigenen Hof versorgt werden müssen. Für die Großbauern mit ausgedehnten Weideflächen ist das kein Problem. Den überwiegend von der Milchwirtschaft abhängigen kleinen Bergbauern wird dagegen mit diesem Gesetz die Möglichkeit genommen, sinkende Einnahmen durch eine Erhöhung des Viehbestandes und den Ankauf von Futtermitteln entgegenzuwirken. Sie werden so zur Aufgabe ihrer Höfe gezwungen. Gegen das Gesetz haben sich insbesondere die Bauern aus der französischsprachigen Westschweiz zusammengeschlossen, um es zu Fall zu bringen. Durchsetzen konnten es die schweizerischen Imperialisten nur indem es ihnen gelungen war, durch demagogische Propaganda über „untragbare Milchüberschüsse, die die Konsumenten zahlen müssen“ die Bauern von den Arbeitern und den anderen Teilen der Volksmassen abzuspalten und damit eine Mehrheit für dieses Gesetz in einem Referendum zustandezubringen.

CMA – Mit dem Geld der Bauern Werbung für die Kapitalisten

z.hei. 1969 wurde auf Grund des Absatzfondgesetzes die Central-Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft zur „Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte“ gegründet. Es ist eine GmbH, die von den Nahrungsmittelkonzernen und Bauern bezahlt wird. Welchen Anteil die Konzerne bezahlen, ist nicht bekannt. Die Bauern müssen für jedes Rind, das sie zum Schlachten verkaufen, 2,50 DM an die CMA bezahlen, für jedes Schwein 1,10 DM. Allein durch diese Abgaben haben die Bauern vom 1.7.76 bis 30.6.77 44,8 Mio. DM an die CMA bezahlt. Schüler der Landwirtschaftsschule Flensburg haben am Beispiel des Schweinefleisches nachgewiesen, daß die CMA nur den Kapitalisten im nahrungsmittelverarbeitenden Bereich nützt. Der Bestand an Mastschweinen betrug 1970 19,6 Mio. Stück, 1976 19 Mio. Er ist also fast gleich geblieben. Die Einfuhr an Schweinen stieg aber von 471 Tsd. 1970/71 auf 719 Tsd. 1976/77. Der Preis, den die Bauern für ihre Schweine (Lebendgewicht) bekamen, stieg von 1970 bis 76 von 229 auf 302 DM, also um 32%. Die Preise, die die Nahrungsmittelkapitalisten für Schweinefleischwaren nahmen, sind im selben

CMA – Mit dem Geld der Bauern Werbung für die Kapitalisten

z.hei. 1969 wurde auf Grund des Absatzfondgesetzes die Central-Marketing Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft zur „Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Produkte“ gegründet. Es ist eine GmbH, die von den Nahrungsmittelkonzernen und Bauern bezahlt wird. Welchen Anteil die Konzerne bezahlen, ist nicht bekannt. Die Bauern müssen für jedes Rind, das sie zum Schlachten verkaufen, 2,50 DM an die CMA bezahlen, für jedes Schwein 1,10 DM. Allein durch diese Abgaben haben die Bauern vom 1.7.76 bis 30.6.77 44,8 Mio. DM an die CMA bezahlt. Schüler der Landwirtschaftsschule Flensburg haben am Beispiel des Schweinefleisches nachgewiesen, daß die CMA nur den Kapitalisten im nahrungsmittelverarbeitenden Bereich nützt. Der Bestand an Mastschweinen betrug 1970 19,6 Mio. Stück, 1976 19 Mio. Er ist also fast gleich geblieben. Die Einfuhr an Schweinen stieg aber von 471 Tsd. 1970/71 auf 719 Tsd. 1976/77. Der Preis, den die Bauern für ihre Schweine (Lebendgewicht) bekamen, stieg von 1970 bis 76 von 229 auf 302 DM, also um 32%. Die Preise, die die Nahrungsmittelkapitalisten für Schweinefleischwaren nahmen, sind im selben
Zeitraum durchschnittlich von 9,38 DM auf 13,07 DM gestiegen, das heißt um 39%. Die Bauern haben seit dem Bestehen der CMA nur bezahlt, genützt hat sie ihnen nichts.

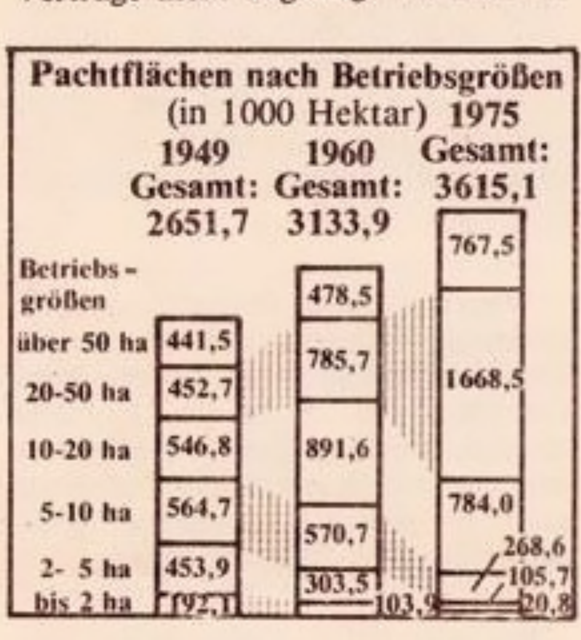
Finanzkapital fordert mehr „Bodenmobilität“

Gesetz zur Anzeige und Beanstandung von Landpachtverträgen von 1952 neu aufgetischt

z.ham. Das „Gesetz über Anzeige und Beanstandung von Landpachtverträgen“, das die Bourgeoisie 1952 bereits in der Schublade hatte, aber nicht durchsetzen konnte, wird erneut aufgetischt. Mit diesem Gesetz hofft sie, die Konzentration des Bodens in Hand weniger Großbauern rasant zu beschleunigen, nachdem die Grundlage zur Enteignung der kleinen und mittleren Bauern durch deren Verschuldung beim Finanzkapital gelegt ist.

§ 3 legt die Anzeigepflicht des Verpächters bei der Landwirtschaftsbehörde fest. In § 5 des Gesetzentwurfes heißt es: „(1) Die Landwirtschaftsbehörde kann einen anzeigepflichtigen Landpachtvertrag oder die Änderung eines solchen Vertrages binnen vier Wochen nach Eingang der Anzeige beanstanden. Die Beanstandung ist nur zulässig, wenn a) durch die Verpachtung die ordnungsmäßige Bewirtschaftung eines Grundstücks gefährdet erscheint, b) die Verpachtung eine volkswirtschaftlich oder betriebswirtschaftlich schädliche Aufteilung eines Betriebes oder Grundstücks oder sonst erhebliche Nachteile für die Landeskultur zur Folge haben oder c) die Verpachtung zu einer ungesunden Verteilung der Bodennutzung führen würde. (3) ... Das Gericht kann entweder den Vertrag aufheben oder feststellen, daß er nicht zu beanstanden ist.“

Bisher wurde die große Masse der Verträge nicht angezeigt und die An-



zeigepflicht nicht durchgesetzt, mit Ausnahme der Betriebe, die einen sog. Betriebsentwicklungsplan machen müssen als Vorbedingung für einen Kredit. Mit dem Gesetz können die Herren Landwirtschaftsrichter jederzeit erklären, daß z.B. „die ordnungsgemäße Bewirtschaftung“ gefährdet erscheint, wenn ein Bauer mit 20 oder 30 ha Fläche dazupachten will, er jedoch mehr Arbeitszeit für die Bearbeitung des Bodens aufbringen muß wegen fehlender Maschinen. Was anderes ist der Fall des Freiherrn von Heeremann mit bereits 3000 ha Land.

Es ist die „Bodenmobilität in der falschen Richtung“ (Roeloffs von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein) – das Land ist noch zu sehr zersplittert, wenn die vielen kleinen Bauern, mit 0 bis 2 ha und 2 bis 5 ha, die sich von ihrer Arbeit nicht mehr ernähren können, schon jetzt keinen Boden mehr dazupachten können (siehe Schaubild). Zuviel können sich noch die mittleren Bauern dazupachten, die ohne Ausbeutung von Landarbeitern die Landwirtschaft betreiben. Die Tausende von Hektar, die die Großagrarier bisher dazupachten konnten, reichen ihnen bei weitem nicht. Über die Pacht als Vorstufe zum alleinigen Besitz wollen sie das Monopol an Grund und Boden durchsetzen, damit die bäuerliche Arbeit zu von ihnen ausbeutbarer Lohnarbeit wird und sie endlich eine Monopolrente, einen Preisaufschlag auf die landwirtschaftlichen Produkte *zusätzlich* zur Differentialrente einsacken können – und wenn die Rente nicht fließen will, sie den Boden brachliegen lassen können, bis sie fließt.

Über die Gesetze zur Flurbereinigung hat die Bourgeoisie dieses Ergebnis nicht erreichen können. In Emmlichheim z.B. haben sich die Bauern des Dorfes gegen die Flurbereinigung zusammengeschlossen und auf einer Zwangsversteigerung ebenso wie drei anwesende Händler kein Gebot abgegeben – die Flur ist so nicht um die Bauern bereinigt worden.

„In den letzten Jahren ist es mehr fach erforderlich gewesen, mit Hilfe des gehördlichen Kontrollinstrumentariums des Landpachtgesetzes agrarstrukturell ungesunde Entwicklungen (Pacht landwirtschaftlicher Einzelgrundstücke oder ganzer Betriebe durch Nicht- oder Nebenerwerbslandwirte oder die nicht gerechtfertigte Anhäufung von Landbesitz in einer Hand) zu unterbinden“, äußerte sich besagter Roeloffs im Juni 1977 bei einem Ausrichterseminar des Betriebsberater der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holsteins (Bauernblatt, 4.6.1977). Was „ungesund“ ist, hat bereits entschieden: „Der Bundesgerichtshof hat in einem nicht veröffentlichen Beschluß aus dem Jahre 1969 die Auffassung vertreten, der Tatbestand einer ungesunden Anhäufung von Grundbesitz in einer Hand liege bei einer Betriebsgröße von 200 ha noch nicht vor.“

Costa Rica beseitigt Steuerfreiheit für Bananenmonopol

z.pek. Am 17. November hat die Regierung Costa Ricas die Steuerbefreiung für den US-imperialistischen Bananenkonzern „United Brands“ aufgehoben. Die „Freiheit“, keine Steuern zu zahlen, hatte die Gesellschaft durch ihre Monopolstellung erpreßt. Über die Hälfte der Plantagen und fast den gesamten Handel hatte sie unter ihre Kontrolle gebracht. Gleichzeitig hatten die Imperialisten die Einnahmen Costa Ricas aus seiner eigenen Bananenproduktion ständig gedrückt. 1975 erbrachte der Bananenexport, der ein Sechstel der gesamten Außenhandelseinnahmen des Landes ausmacht, noch 144 Mio. Dollar, 1977 waren es trotz einer Steigerung der exportierten Menge nur noch 135 Mio. Dollar. Diese Einnahmen werden fast vollständig durch Zins- und Schuldendrückzahlungen, die in diesem Jahr 117 Mio. Dollar betragen, aufgezehrt. Gegen die Ausplünderung des Landes durch den Bananenkonzern hat die Regierung Costa Ricas im August die Verstaatlichung der Plantagen und Transporteinrichtungen der „United Brands“ durchgeführt. Von ihren Profiten aus der Reifung, dem Schiffstransport und dem Handel muß der Konzern jetzt 45% sowie eine Gebühr von 45 Cents pro Kiste Bananen an Costa Rica zahlen.

8 Monate Gefängnis wegen Führung des Mensaboykotts

z.gam. Acht Monate Gefängnis ohne Bewährung für den ehemaligen studentischen Vertreter im Braunschweiger Studentenwerksvorstand, Peter Rosenbaum, insgesamt 6300 DM Geldsrafe gegen vier weitere Angeklagte – das soll die Quittung der Landesregierung für den elfwöchigen Mensaboykott im Wintersemester 1976/77 und die Warnung gegen die Vorbereitungen des Boykotts der Studentenwerksgebühren an den niedersächsischen Hochschulen



Die Staatsvertreter im Studentenwerksvorstand werden durch Besetzung des Sitzungssaals gehindert, Mensapreiserhöhungen zu beschließen (1976).

sein. Gefängnis für den Genossen Rosenbaum sei angebracht, so der Richter, wegen des „Eindrucks des nicht vorhandenen Willens auf Besserung“. Die Hauptbelastungszeugen: Geschäftsführer des Studentenwerks (Loschke), Professor Simons und der Direktor der Norddeutschen Landesbank (Mitglieder des Studentenwerksvorstands). Eine ganze Reihe ihrer räuberischen Geschäfte bis hin zum Betrug sind durch die Tätigkeit des Genossen Rosenbaum (u.a. seine Examensarbeit) aufgeflogen.

Allein die Norddeutsche Landesbank kassiert im laufenden Jahr 30000 DM Zinsen vom Studentenwerk. Zum 31.12.78 sind es 4,81 Mio. DM Gesamtschulden, auf die 1979 rund 50000 DM Zinsen zu zahlen sind. Loschke und Co. haben selbst das miese Mensaessen zu einem einträglichen Geschäft entwickelt: 1967 waren es noch zwei Pfennig Verlust bei der Fertigung eines Essens, 1974 schon betrug der Profit 16 Pfennig pro Essen (193133,46 DM), der 1977 auf 33 Pfennig wuchs (360916,04 DM).

Just zum Zeitpunkt des Prozesses bereiteten die Professoren im Studentenwerksvorstand mit dem „Wirtschaftsplan 1979“ einen erneuten Coup vor. Durch Kürzung und – ab 1982 – Streichung von Sonderzuschüssen für die Wohnheime „An der Schunter“ (24600 DM) und „Langer Kamp“ (29500 DM) sind Erhöhungen von monatlich ca. 12 DM im „Langen Kamp“ und 5 – 7 DM in der „Schunter“ eingeplant. Die Wohnheime „Jakobstraße“ und „Zimmerstraße“ seien nicht kostendeckend und sollen dies werden durch Erhöhung der Mieten um 8,50 bis 20 DM, bzw. 10 DM.
In dieser Woche beschließt die Universitätsvollversammlung über Boykott der Erhöhung der Studentenwerksbeiträge.

Beamtenstreik an der Bremer Universität beschlossen

z.heb. Am 4. und 5.12. führte die GEW an der Universität Bremen eine Urabstimmung über einen Warnstreik durch: 89,6% der stimmberechtigten GEW-Mitglieder (vor allem Hochschullehrer) stimmten mit ‚ja‘. Im Streik soll durchgesetzt werden, daß 62 Assistenzprofessoren, deren Zeitverträge jetzt auslaufen, auf Dauerstellen überführt werden. Der Senat will nur 10 als Hochschullehrer übernehmen. Die Streikforderungen: – Aufhebung der willkürlichen Quotierung von nur 10 Stellen zur Überleitung. – Unbefristete Weiterbeschäftigung aller betroffenen Kollegen.

Seit Gründung der „Reformuniversität“ gab es an Stelle der Unterordnung des Assistenten unter den Ordinarius nur noch Hochschullehrer, auf Zeit (Assistenzprofessoren mit 6-Jahres-Verträgen, weniger Lehrverpflich-

baus (kann) nur im Rahmen der vom Gesetzgeber über den Haushalt zur Verfügung gestellten Stellen erfolgen... daß hierfür die jetzt in der neuen Personalstruktur nicht mehr vorgesehenen Stellen der Assistenzprofessoren vor allem genutzt werden müssen, ist bekannt.“ Das Haushaltsargument ist jedoch nur ein Vorwand, um eine willkommene politische Säuberung durchzuführen. Franke: „Die Forderung (der GEW) nach der Überleitung aller jetzigen Assistenzprofessoren kollidiert entschieden mit den Notwendigkeiten, den Wissenschaftsbetrieb der Universität Bremen weiter zu konsolidieren.“

Die Vorbereitung des Streiks durch die GEW ist die richtige Antwort. Hektisch hat Franke auf die Urabstimmung reagiert. Er hat Frister zu Verhandlungen geladen. Vorgeschlagen hat er dabei für 32 der betroffenen As-

Kampf gegen die Schulordnung unterstützt Kampf gegen schlechte Noten im Halbjahreszeugnis

z.enl. Düsseldorf. Seit Donnerstag Morgen ist auf der Mauer des Schulhofes des Düsseldorfer Lise-Meitner-Gymnasiums die Forderung „Weg mit der ASchO“, „Kampf den 5en und 6en auf den Halbjahreszeugnissen“ zu lesen. Am Freitag hängte der KJB in die Eingangshalle unter diesem Thema eine Wandzeitung aus. Sofort versammelten sich zahlreiche Schüler, um sie zu lesen, worauf gleich die Pausenaufsicht versuchte, sie unter Berufung auf die Hausordnung auf den Schulhof zu vertreiben, was aber nicht gelang.

Man konnte sich gut einigen, daß es richtig ist, das Notensystem zu beseitigen und als ersten Schritt im Sommer zu erkämpfen, daß keiner sitzenbleiben darf. Im Gegensatz zu früher sind die Stimmen unter den Schülern, die sagen, daß doch benotet werden müsse, weil zum Beispiel nicht jeder Abitur machen könne, seltener geworden. Das Bewußtsein der Schüler über den Zweck der Noten ist gestiegen. Ein Schüler sagte: „Ich bin jetzt in der 10. Klasse, da ist die Auslese am schlimmsten.“ Die Schüler haben ihre praktischen Erfahrungen. Aus der Stufe 10 sind am Lise-Meitner-Gymnasium letztes Jahr 20 Schüler mit dem Notenknüppel aus der Schule entfernt worden. Im Kampf der Schüler gegen die Allgemeine Schulordnung ist der Kampf gegen das Notensystem die Triebfeder. Das Notensystem ist das Hauptmittel für die Bourgeoisie, unter der Schuljugend Auslese, Unterdrückung und Spaltung zu betreiben. Die Allgemeine Schulordnung ist ein Teil der Flut von Gesetzen und Verordnungen, die die Landesregierung erlassen hat, um die Schulen als Zwangsanstalten für die Jugend auszubauen. Die ASchO regelt auch gerade das System der Noten, Versetzungen und Abschlüsse. „Es werden der Umfang sowie die richtige und selbständige Anwendung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Art der Darstellung bewertet.“ Die Unterwerfung unter die Schulunterdrückung und die bürgerlichen Lerninhalte kann dann den „Anforderungen“ der Kapitalisten „in besonderem Maße“, „voll“, „im Allgemeinen“, „im ganzen“, „nicht“, und „selbst in Grundkenntnissen lückenhaft“ entsprechen. Und wenn man die Jugendlichen absolut nicht zum „Arbeiten“ kriegt: „Verweigert ein Schüler die Leistung, so wird dies wie eine ungenügende Leistung bewertet.“ (ASchO § 21)

In Düsseldorf haben am 8.11. 1000 Schüler eine Demonstration zum Landtag durchgeführt, wo gerade über die ASchO beschlossen wurde. Dabei ging die Polizei mit Fußtritten und Schlägen gegen die Schüler vor, die sich der Demonstration anschließen wollten. Der Direktor der Realschule Lanker Str. hatte sie ins Schulgebäude einsperren lassen. Der Schülerrat des Lise-Meitner-Gymnasiums beschloß am gleichen Tag, eine Dokumentation zur ASchO herauszugeben. Es wurde vorgeschlagen, Kontakte zu anderen Schulen aufzunehmen, um sich über weitere Schritte zu beraten. In Neuß demonstrierten am 24.11. 500 Schüler gegen die Allgemeine Schulordnung. In vielen Städten von NRW haben allein in den letzten vier Wochen über zehntausend Schüler gegen die Allgemeine Schulordnung und gegen die Schulgesetze der Landesregierung gestreikt und demonstriert.

Am 20.11. hat die Landesschülervertretung NRW alle Schüler aufgerufen, sich an einem zentralen Aktionstag gegen die ASchO am 25.1.79 zu beteiligen. Die Revisionisten, die die Landesschülervertretung anführen, wollen diesen Aktionstag unter Losungen wie „endlich mehr Chancengleichheit“, „demokratische Bildung“ und „gegen bayrische Verhältnisse in NRW“ allerdings zur totalen Regierungshuldigung machen und hoffen, daß dann alle Schüler in NRW mit Särgen Marke „hier ruhen unsere Rechte“ rumlaufen. Anfang Februar werden in NRW die Halbjahreszeugnisse vergeben, womit die ersten Weichen für die Versetzung im Sommer gestellt werden sollen. Im vergangenen Schuljahr bekam in einer 10. Klasse des Lise-Meitner-Gymnasiums ein Drittel der Schüler zwei Fünfen auf dem Halbjahreszeugnis, am Ende des Schuljahres saßen 13 Mann weniger in der Klasse. In einer der jetzigen 10. Klassen sind wiederum 6 Fünfen in Englisch und 6 Fünfen in Mathe, 3 Fünfen in Deutsch und Französisch auf dem Halbjahreszeugnis zu erwarten. 20 Schüler, wie im letzten Jahr, das wird der Schulleitung nicht genügen an Auslese, denn die Jahrgangsstufe ist etwa 20 Mann größer, und das Ziel sind höchstens 50-60 Mann in der Oberstufe. Die Hälfte der Jahrgangsstufe müßten sie dann am Ende des Schuljahres sitzenbleiben lassen.

Der Kampf der Schüler gegen das Notensystem entwickelt sich dagegen. Gegen bestimmte Unterdrückungsmaßnahmen eines Lehrers wird gemeckert, Hausaufgaben werden nicht gemacht und es wird reihenweise blau gemacht, es werden Noten eines Lehrers erfolgreich zurückgekämpft. So konnte ein Mathekurs 11 erkämpfen, daß die Lehrerin bei den Quartalsnoten keine 5 im mündlichen Bereich gegeben hat. Insgesamt hat das Erstarken der Schülerbewegung bereits Einfluß auf die Notengebung. Ein Lehrer überlegt sich heute schon zweimal gründlich, wie er die Fünfen verteilt. In vielen Nebenfächern gibt es keine Fünfen, auch nicht auf dem Zeugnis. Das ist Ausdruck des Widerstands und der wachsenden Kampfkraft der Schüler. Die Tendenz, viele Vieren zu geben, ist auffällig. Teilweise werden in einer Klausur 60-80 % der Arbeiten mit 4 benotet.

Der Aktionstag der Landesschülervertretung muß der Schülerbewegung etwas nutzen. Dort muß der Kampf gegen die Allgemeine Schulordnung, die neue Rechtsverordnung zur Verschärfung des Notensystems in der Oberstufe, das Schulverwaltungs- und Schulmitwirkungsgesetz, kurz gegen das ganze Schul-Gesetz-Paket der Landesregierung und gegen das Notensystem zusammengefaßt werden. Die Vorbereitung dieses Aktionstages müssen die Schüler jetzt beraten. Die Schülerredaktion des Lise-Meitner-Gymnasiums diskutiert, eine Kundgebung gegen die Schulgesetze und das Notensystem auf dem Hof durchzuführen.

Grolle: „Um Ihre Ausbildungschancen zu verbessern ...müssen wir Sie in Sonder... äh – also – in – in kleinen Gruppen gezielt fördern“

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Kommunistischen Jugendbund (KJB) Hamburg-Unterelbe 4. Dezember 1978

Senator Grolle hat sich persönlich an die Berufsschulen bemüht, weil die Oberschulräte bei ihren Versuchen, das Kurssystem an den Gewerbeschulen zu verankern, auf zunehmenden Wider-

fen den Saal.

Fragt man die Oberschulräte und den Senator, warum das Kurssystem eingeführt wird, so haben sie eine be-

lassen wird mit der „Eingangsqualifikation“ Hauptschulabschluß, wird dem „Lernziel“ Schweißtechnik zugeordnet. Nach zwei Blöcken ist der „systematische Lehrgang“ oder Kurs abgeschlossen, der Jugendliche erhält ein Zertifikat und wird mit 15½ für die Ausbeutung freigegeben. Nach diesem Plan handelt auch der Hamburger Senat. Im Berufsbildungsbericht heißt es,

sein. Gefängnis für den Genossen Rosenbaum sei angebracht, so der Richter, wegen des „Eindrucks des nicht vorhandenen Willens auf Besserung“. Die Hauptbelastungszeugen: Geschäftsführer des Studentenwerks (Loschke), Professor Simons und der Direktor der Norddeutschen Landes-

kobstraße“ und „Zimmerstraße“ seien nicht kostendeckend und sollen dies werden durch Erhöhung der Mieten um 8,50 bis 20 DM, bzw. 10 DM.
In dieser Woche beschließt die Universitätsvollversammlung über Boykott der Erhöhung der Studentenwerksbeiträge.

Beamtenstreik an der Bremer Universität beschlossen

z.heb. Am 4. und 5.12. führte die GEW an der Universität Bremen eine Urabstimmung über einen Warnstreik durch: 89,6% der stimmberechtigten GEW-Mitglieder (vor allem Hochschullehrer) stimmten mit ‚ja‘. Im Streik soll durchgesetzt werden, daß 62 Assistenzprofessoren, deren Zeitverträge jetzt auslaufen, auf Dauerstellen überführt werden. Der Senat will nur 10 als Hochschullehrer übernehmen. Die Streikforderungen: – Aufhebung der willkürlichen Quotierung von nur 10 Stellen zur Überleitung. – Unbefristete Weiterbeschäftigung aller betroffenen Kollegen.

Seit Gründung der „Reformuniversität“ gab es an Stelle der Unterordnung des Assistenten unter den Ordinarius nur noch Hochschullehrer, auf Zeit (Assistenzprofessoren mit 6-Jahres-Verträgen, weniger Lehrverpflich-
tung, aber auch weniger Gehalt – z.B. 1 Kind, Dienstaltersstufe 8: Ass.-Prof. 3708,61 brutto 1978, Prof. 5216,43 brutto 1978) – und auf Lebenszeit. HRG und BHG sehen dagegen die traditionelle Lehrkörperstruktur wieder vor.

So argumentiert Senator Franke: „... die Schaffung des neuen Mittel-
baus (kann) nur im Rahmen der vom Gesetzgeber über den Haushalt zur Verfügung gestellten Stellen erfolgen... daß hierfür die jetzt in der neuen Personalstruktur nicht mehr vorgesehenen Stellen der Assistenzprofessoren vor allem genutzt werden müssen, ist bekannt.“ Das Haushaltsargument ist jedoch nur ein Vorwand, um eine willkommene politische Säuberung durchzuführen. Franke: „Die Forderung (der GEW) nach der Überleitung aller jetzigen Assistenzprofessoren kollidiert entschieden mit den Notwendigkeiten, den Wissenschaftsbetrieb der Universität Bremen weiter zu konsolidieren.“

Die Vorbereitung des Streiks durch die GEW ist die richtige Antwort. Hektisch hat Franke auf die Urabstimmung reagiert. Er hat Frister zu Verhandlungen geladen. Vorgeschlagen hat er dabei für 32 der betroffenen As-
sistenzprofessoren nochmals Zeitverträge. Frister hat die Verhandlungen abgebrochen. Montag abend wird der GEW-Hauptvorstand über die Durchführung des Streiks beschließen. Die Personalversammlung der Universität hat am 8.12. einstimmig alle Kollegen zur Unterstützung des Streiks aufgerufen.

Schulklasse sammelt Schulhefte für die ZANU

z.pep.Nienburg. Nachdem die Schüler der Klasse 8c der Grund- und Hauptschule Landesbergen im Unterricht über den Kampf des Volkes von Zimbabwe gesprochen hatten, beschlossen sie, den Jugendlichen in Zimbabwe zu schreiben. Unter Begeisterung der Schüler verlas die Lehrerin den Antwortbrief des ZANU Jugendsekretärs Rukzewa.

„Hallo, wir waren erfreut, als wir euren Brief erhielten und daß ihr wissen wollt, wie die Lage in Zimbabwe wirklich ist. Als die Siedler kamen, haben sie unser bestes Land geraubt und uns gezwungen, in Bereichen mit sandigem Boden zu leben. Die Rassisten leben in guten Häusern, weil wir ihnen unsere Arbeitskraft verkaufen, während wir zusammengepfercht sind in kleinen Hütten. Wegen der Unterdrückung durch das Siedlerregime hat das Volk von Zimbabwe sich entschieden, für seine Unabhängigkeit und Freiheit zu kämpfen. Wir Jugendliche wollen uns auch nicht mehr unterdrücken lassen, wir laufen weg, um für unsere Freiheit zu kämpfen. Jetzt lernen wir unter sehr guten Bedingungen, auch wenn wir noch Probleme mit Lebensmitteln, Kleidung, Büchern und anderem haben. Neben dem allgemeinen Unterricht lernen wir, auf die eigene Kraft zu vertrauen und haben politischen Unterricht, der uns hilft im Kampf gegen das rassistische Smith-Regime. Gibt es viele Leute in eurem Land, die uns unterstützen? Wenn das so ist, sind wir sehr froh, denn wir wissen, daß wir nicht allein sind. Grüße an alle Freunde und erzählt ihnen, was die Zimbabwer sagen. Pamberi ne Chimurenga! Vorwärts im Kampf! R. Rukzewa.“

Auf Vorschlag einer Schülerin wurde beschlossen, Hefte und Bleistifte zur Unterstützung des Kampfes zu sammeln.

Hauptmittel für die Bourgeoisie, unter der Schuljugend Auslese, Unterdrückung und Spaltung zu betreiben. Die Allgemeine Schulordnung ist ein Teil der Flut von Gesetzen und Verordnungen, die die Landesregierung erlassen hat, um die Schulen als Zwangsanstalten für die Jugend auszubauen. Die ASchO regelt auch gerade das System der Noten, Versetzungen und Abschlüsse. „Es werden der Umfang sowie die richtige und selbständige Anwendung der Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Art der Darstellung bewertet.“ Die Unterwerfung unter die Schulunterdrückung und die bürgerlichen Lerninhalte kann dann den „Anforderungen“ der Kapitalisten „in besonderem Maße“, „voll“,

gen. Die Revisionisten, die die Landesschülervertretung anführen, wollen diesen Aktionstag unter Losungen wie „endlich mehr Chancengleichheit“, „demokratische Bildung“ und „gegen bayrische Verhältnisse in NRW“ allerdings zur totalen Regierungshuldigung machen und hoffen, daß dann alle Schüler in NRW mit Särgen Marke „hier ruhen unsere Rechte“ rumlaufen. Anfang Februar werden in NRW die Halbjahreszeugnisse vergeben, womit die ersten Weichen für die Versetzung im Sommer gestellt werden sollen. Im vergangenen Schuljahr bekam in einer 10. Klasse des Lise-Meitner-Gymnasiums ein Drittel der Schüler zwei Fünfen auf dem Halbjahreszeugnis, am Ende des Schuljahres saßen 13

Klausur 60-80 % der Arbeiten mit 4 benotet.

Der Aktionstag der Landesschülervertretung muß der Schülerbewegung etwas nutzen. Dort muß der Kampf gegen die Allgemeine Schulordnung, die neue Rechtsverordnung zur Verschärfung des Notensystems in der Oberstufe, das Schulverwaltungs- und Schulmitwirkungsgesetz, kurz gegen das ganze Schul-Gesetz-Paket der Landesregierung und gegen das Notensystem zusammengefaßt werden. Die Vorbereitung dieses Aktionstages müssen die Schüler jetzt beraten. Die Schülerredaktion des Lise-Meitner-Gymnasiums diskutiert, eine Kundgebung gegen die Schulgesetze und das Notensystem auf dem Hof durchzuführen.

Grolle: „Um Ihre Ausbildungschancen zu verbessern ...müssen wir Sie in Sonder... äh – also – in – in kleinen Gruppen gezielt fördern“

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Kommunistischen Jugendbund (KJB) Hamburg-Unterelbe 4. Dezember 1978

Senator Grolle hat sich persönlich an die Berufsschulen bemüht, weil die Oberschulräte bei ihren Versuchen, das Kurssystem an den Gewerbeschulen zu verankern, auf zunehmenden Wider-
stand von Schülern und Lehrern stießen. Vorbereitet hat er seine Auftritte durch einen Brief an alle Schülerinnen und Schüler, in dem er eine „Modifizierung des Wahlpflichtunterrichts“ anbietet. Auf jeden Fall sollte an der Einführung des Wahlpflichtunterrichts festgehalten werden.

Mit diesem Manöver wollte er die einheitliche Front gegen die Schulbehörde aufweichen. Zwischen den Schülern sollte Streit darüber entfacht werden, welches der „Angebote“ die jeweilige Klasse auswählen oder welcher Gegenstand behandelt werden soll.

Darauf bauend trat Grolle am 30.11. auf der Vollversammlung der G16 auf. Er redete mit Engelszungen und versprach allen bessere Noten durch den Wahlpflichtunterricht. Die Schüler glaubten ihm nicht. Grolle wurde ärgerlich: „Ich weiß wirklich nicht, warum es so schwierig ist, zu verstehen, daß wir ein Interesse daran haben, den Schülern möglichst schnell günstige Abschlüsse zu geben ... Um Ihre Ausbildungschancen zu verbessern, wollen wir Ihnen bessere Zeugnisse geben können, und um das bewirken zu können, müssen wir Sie in Sonder ... äh – also – in – in kleinen Lerngruppen gezielt fördern“ (Tonbandprotokoll der Vollversammlung).

Die Schüler waren nicht bereit, sich in Sonder... fördern zu lassen, und verabschiedeten eine Resolution, in der sie das „Angebot“ Grolles ablehnten. Sie forderten die sofortige Streichung des Wahlpflichtbereiches. Weiterhin lehnten sie jede Aufteilung der Klassen strikt ab und beschlossen, alle Kurse zu boykottieren. Grolle verließ unter Pfif-
fen den Saal.

Fragt man die Oberschulräte und den Senator, warum das Kurssystem eingeführt wird, so haben sie eine be-
stimmte „Historie“ auf Lager. Die Schüler zeigten keine ausreichenden Leistungen mehr. 1976 sei man dann auf die Idee gekommen, Wahlpflichtkurse einzuführen, um diesen Schülern zu „helfen“.

Richtig ist, daß bereits 1970 der „Deutsche Bildungsrat“ – in dem vor allem Vertreter der Kapitalistenverbände, der Bundesregierung und der Landesregierungen vertreten waren – den Angriffsplan auf die Ausbildung der Arbeiterjugend veröffentlicht hat. Dort heißt es, daß „auch die Berufsschule ein differenziertes Kern- und Kursangebot haben sollte, das den unterschiedlichen Lernzielen und Eingangsqualifikationen der Lernenden Rechnung trägt.“

Weiterhin sollte überprüft werden, inwieweit im ersten Jahr der beruflichen Fachbildung „systematische Lehrgänge für bestimmte fachliche Teilbereiche abgehalten werden können, die jeweils mit einem Teilzertifikat abgeschlossen werden (z.B. Schweißtechnik, Drehen, Montage).“

Ein Beispiel: Ein Jugendlicher, der mit 15 Jahren aus der Hauptschule ent-
lassen wird mit der „Eingangsqualifikation“ Hauptschulabschluß, wird dem „Lernziel“ Schweißtechnik zugeordnet. Nach zwei Blöcken ist der „systematische Lehrgang“ oder Kurs abgeschlossen, der Jugendliche erhält ein Zertifikat und wird mit 15½ für die Ausbeutung freigegeben. Nach diesem Plan handelt auch der Hamburger Senat. Im Berufsbildungsbericht heißt es,
eine dreijährige Ausbildung „ist vom Ansatz her falsch ... sie kennt keine Teil- und Zwischenqualifikationen“. Teil- und Zwischenqualifikationen gäben den Jugendlichen die Möglichkeit, „auf der Basis der ersten beruflichen Qualifikation in das Arbeitsleben einzutreten“, wenn man „sich die nächste Stufe nicht mehr zutraut“. Für die Durchführung dieser Kurzausbildungsgänge sind der Blockunterricht und das Kurssystem Voraussetzungen. Deswegen hat Grolles Vorgänger Apel schon 1972 gefordert:

„Auch die Berufsschule von morgen muß den Unterricht in Kursen anbieten und in Pflicht- und Wahlkurse gliedern. Blockzeiten von ein bis drei Wochen würden dies nicht zulassen.“

Blockunterricht und Kurse eröffnen den Kapitalisten die Möglichkeit, die Ausbildung zu Kurzausbildungsgängen zusammenzudrängen. Die jugendliche Arbeitskraft soll so schnell und so preiswert wie möglich für die Ausbeutung in der Produktion freigegeben werden. Dem setzt die Forderung „Weg mit dem Blockunterricht – Für zwei arbeitsfreie Berufsschultage“ Schranken.

„1. Wir lehnen das Angebot des Schulsenators Grolle ab. Wir sehen darin den Versuch, den Wahlpflichtbereich in der Stundentafel zu verankern und dann Kurse einzurichten. 2. Wir fordern die sofortige Streichung des Wahlpflichtbereiches und die Eingliederung in die Stundentafel. 3. Jede Aufteilung der Klassen lehnen wir strikt ab und werden alle Kurse boykottieren. 4. Die Einstellung neuer Lehrer darf nicht an den Wahlunterricht geknüpft werden. Wir fordern die sofortige Einstellung aller arbeitslosen Lehrer und ihre Ausbildung zum Berufsschullehrer.“ Entschließung der Vollversammlung G 16, 30.11.78, angenommen bei 8 Gegenstimmen. Grolle verläßt unter Pfiffen den Saal.

Neuordnung in Spitzengliederung der Bundeswehr

z.ere. Nicht nur ein aktiver Politiker, sondern auch ein ,,Mann der Reflexion" sei H. Schmidt, schon vor Jahren hatte Willy Brandt dieses erkannt. In seinen ,,international sehr beachteten militärpolitischen Büchern" habe Schmidt ,,Theorie und Praxis der Politik im nuklearen Zeitalter beeinflußt". Derart prädestiniert bat Brandt ihn dann 1969, das Amt des Bundesverteidigungsministers zu übernehmen". Brandt muß sich offensichtlich an das Jahr 1956 erinnert haben. Als Mitglied des Verteidigungsausschusses hatte sich Schmidt als ,,Mann der Reflexion" in der Frage der Wehrüberwachung hervorgetan. Um das Netz der lückenlosen Überwachung der wehrfähigen Jugend eng zu spannen, schlugen die Reformisten vor, die Einwohnermeldeämter mit den Wehrersatzbehörden zu verbinden, auf dem einfachen Wege der Amtshilfe. ,,Postkarte genügt – denn Meldepflicht besteht ja."

Neben der Straffung der militärischen Organisation ging es Schmidt in seinem 1970 vorgelegten Weißbuch besonders um den Ausbau des Disziplinarrechts, um mit wirksamen Mitteln dem unvermeidlichen Neuaufschwung der Arbeiterbewegung und der Verschärfung des Klassenkampfes begegnen zu können. Entsprechend der ,,Schnez-Studie" wurden die Inspekteure der Teilstreitkräfte ,,truppendienstlich" Vorgesetzte ihrer Teilstreitkräfte, womit sie die ,,volle Disziplinargewalt" erhielten. Zwei Jahre nach Verabschiedung der Notstandsgesetze durch die Große Koalition gelang es der Bourgeoisie, die oberste Führungsspitze der Bundeswehr zu straffen und nach den Erfordernissen ihrer imperialistischen Expansionspolitik auszurichten. Forcierung der militärischen Rüstung und Handhabung der Notstandsgesetze als Mittel, legal den Ausnahmezustand verkünden zu können, darauf mußte erst noch der militärische Führungsapparat ausgerichtet werden. Der ,,Blankeneser Erlaß" legt insbesondere die *Position* des Generalinspekteurs, des ,,obersten Soldaten der Bundeswehr" fest, offiziell als obersten militärischen Berater des Ministers. Gleichzeitig wurde dem Generalinspekteur die Verantwortung für die Ausarbeitung und Durchführung der ,,militärischen Gesamtkonzeption" sowie die ,,Bundeswehrplanung" übertragen. Schließlich wurde der Inspekteur zum Vorsitzenden des neueingerichteten ,,Militärischen Führungsstabes", in dem die Inspekteure der Teilstreitkräfte zusammengefaßt sind. Die Führungsstäbe der Teilstreitkräfte, die bislang nach dem ministeriellen Prinzip organisiert waren, wurden in ,,militärische Kommandostellen" umgewandelt.

Mit dieser Reform waren nicht nur die Voraussetzungen für die Zentralisierung der politischen und strategischen Planung, sondern auch aller Belange aus den innen- und außenpolitischen Bereichen gewährleistet. Den Bedeutungen der Zeitschrift ,,Wehrkunde" zufolge sind durch diese Reform ,,die Einflußmöglichkeiten des Generalinspekteurs gestiegen". Dieser Posten verlangt einen Offizier mit ,,großem politischen Gespür". Wie Theo Sommer, 1969/70 Vorsitzender des von Schmidt einberufenen Planungsstabes zur Ausarbeitung einer ,,Bestandsaufnahme" aller strategischen, politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und personellen Probleme der Bundeswehr, in der ,,Zeit" feststellte, verlange dieser Posten einen Mann, der es versteht, den Widersprüchen in der Sicherheitspolitik, die durch separat nebeneinander operierende Experten entstehen, ein Ende zu bereiten. Nur so könne es zu einer Abstimmung aller konventionellen und nuklearen Rüstungsplanungen in der NATO kommen.

Bitter liegt der westdeutschen Bourgeoisie das Tornado-Beschaffungsprogramm im Magen. Nicht nur, daß Kanada und Australien ablehnten, technische Schwierigkeiten stellen sich heraus. ,,Datenverarbeitung sollte eben nicht mit Planung verwechselt werden", faßt Sommer die ,,Verbitterung" der Bourgeois zusammen. Und ein Truppenführer schließlich ohne Truppenerfahrung, obendrein Bündnisgeneral ohne vorangegangene NATO-Erfahrung, das ist wie ein Luftwaffenmann, der zwar Fernmeldetechniker, aber kein Flieger ist. Der Fußtritt blieb auch nicht aus.

Dem umfassenden Wandel in der Militärstrategie, der Änderung der Rüstung, die der Interessenlage der Bourgeoisie nach Expansion ihrer Ausbeuterordnung Rechnung trägt, entspricht die Neubesetzung der obersten Führungsstäbe der Bundeswehr. Der Luftwaffen-Inspekteur Limberg ist ,,vorzeitig gegangen" und der Heeres-Inspekteur Hildebrandt wird im nächsten Jahr ,,seinen Abschied nehmen". Mit dem neuen General-Inspekteur Jürgen Brandt hat sich die Bourgeoisie einen ,,Offizier der Panzerwaffe" geheuert, mit Weltkrieg-2-Erfahrungen. In dem 1970 neu eingerichteten ,,Führungsstab der Streitkräfte" wurde er Stellvertretender Leiter der Stabsabteilung Militärpolitik und Führung. ,,Ein Mann mit vielseitiger Verwendung", begeistert sich die ,,Hannoversche Allgemeine", ,,in Truppe, in Stäben, im Ministerium und auch in Brüssel".

Beschäftigte und Soldaten für 130 DM Festgeld

r.kiu. 60 Arbeiter, Angestellte und Soldaten, darunter Hauptfeldwebel, Unteroffiziere und Mannschaften haben am Bundeswehrkrankenhaus Detmold einen Brief an den ÖTV-Vorstand unterschrieben. Dort wird gefordert: ,,130 DM Festgeld – 300 DM Urlaubsgeld – Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Wochenstunden – gleicher Lohn und gleiche Arbeitszeit auch für Soldaten... Seit dem erfolgreichen Streik im Öffentlichen Dienst 1974 für 170 DM mindestens ist das Loch im Geldbeutel insbesondere im Geldbeutel der Kollegen in den unteren Lohngruppen immer größer geworden... Diese Entwicklung muß im kommenden Tarifkampf beendet werden und zwar mit einer ausreichend hohen Festgeldforderung... 5% haben die Stahlarbeiter gefordert. Das ist das mindeste, was in Festgeld umgerechnet im Öffentlichen Dienst ausgezahlt werden muß. 5% entsprechen 130 DM, darunter darf es nicht abgehen." Auf der Personalversammlung ging es dem Dienstherrn und der militärischen Führung an den Kragen. Der Personalratsvorsitzende hat zunächst einmal Oberstabsarzt Ahmling aufs Korn genommen und ihn wegen dessen Anmaßung, alle Anordnungen als ,,Krankenhausbefehle" herauszugeben, attackiert. Besonders die Arbeiter haben sich dagegen gewandt. ,,Wir haben mit dem Militär nichts zu tun und lassen uns auch nichts befehlen", faßte er die Meinung der Kollegen zusammen. Dann griff er den Major Rühl an, der einen Pförtner zusammengestaucht und ihm befohlen hatte, jedes Gespräch mit Kollegen, sowie Zeitungslesen und Radiohören am Arbeitsplatz zu unterlassen. Beim Tagesordnungspunkt ,,Tariffragen" wollte der anwesende ÖTV-Kreissekretär den Beschäftigten weismachen, daß eine Personalversammlung zu dem Tarifkampf und den Forderungen überhaupt keine Stellungnahme abgeben dürfe. Der Verwaltungsleiter hat vorne gesessen und geschmunzelt. Offensichtlich hat es ihm gefallen, daß ausgerechnet der Gewerkschaftsvertreter es ihm abgenommen hat, gegen das Personal aufzutreten. Damit kam der Kreissekretär nicht durch. Nach einigem hin und her wurde schließlich am Ende der Versammlung dieselbe in eine öffentliche ÖTV-Mitgliederversammlung umbenannt und die Beratung über Tarifforderungen mußte zugelassen werden. Fast alle Beschäftigten haben den Forderungen zugestimmt. Einmütig war die Versammlung der Ansicht, daß die Unterschriftensammlung auf alle Abteilungen des Hauses ausgedehnt und der Forderungskatalog der Kreisverwaltung übergeben werden solle.

Unterschriftensammlung, Personal- und Mitgliederversammlung haben den Zusammenschluß von Arbeitern, Angestellten und Soldaten gestärkt. Während der Unterschriftensammlung sind bis jetzt sechs Krankenschwestern und ein Unteroffizier in die ÖTV eingetreten, mehrere haben auch nach dem Vorschlag des ÖTV-Hauptvorstandes die Forderung nach 130 DM Festgeld unterstützt.

Major Rühl und sein Sicherheitshauptfeldwebel versuchen mit aller Macht, die Unterschriftenlisten in die Hand zu kriegen und haben versucht, die Arbeiter zu bespitzeln und von ihnen Antwort auf die Frage zu erhalten, welcher Soldat diese Resolution mit unterstützt hat. Damit sind die beiden abgeblitzt. Die Arbeiter haben dem Major erklärt: ,,Einen leeren Durchschlag der Resolution können Sie gerne haben und unterschreiben. Die unterschriebenen Listen kriegen Sie aber nicht." Auch unter den Verwaltungsangestellten wächst der Zusammenschluß: ihr Vertrauensmann will gemeinsam mit anderen Vertrauensleuten jetzt einen Brief schreiben.

,,Die Sache ist heiß und kocht ..."

Kampf gegen Pläne der US-Besatzer, Munitionsdepot zu erweitern

z.err/jüs. Erlangen. ,,Die Sache ist heiß und kocht, man soll sich keine Illusionen machen über die Stärke der Unruhen"; so äußert sich der Erlanger Oberbürgermeister Hahlweg gegenüber der Presse über die Bewegung der Volksmassen gegen die geplante Erweiterung der Munitionsdepots der 2. Panzerbrigade der amerikanischen Besatzertruppen.

Eigentlich hatten die US-Imperialisten vor, die geplante Erweiterung der Munitionsdepots still und heimlich über die Bühne zu ziehen. Zusammen mit dem Bundesfinanzministerium, das zuständig ist für das Gebiet des Munitionsdepots, das unter der Hoheit der US-Imperialisten steht, sollten die Bauarbeiten vergeben und begonnen werden. Die Ausschreibung ist bekannt geworden. Der US-Verbindungsoffizier, Oberst Francis Menning, hat erklärt, daß die deutschen kommunalen Behörden nicht informiert worden seien, da nach dem Vertrag über die Anwesenheit der US-Truppen in Deutschland diese Bauvorhaben eh nicht genehmigungspflichtig seien. Weiter : ,,Wir bauen aber nicht ohne deutsche Genehmigung." Diese Genehmigung haben sich die US-Imperialisten beim Bundesfinanzministerium in Bonn bereits geholt. Offensichtlich wurde dies anhand des von dem regionalen Planungsausschuß Mittelfranken durchgeführten Bannwaldverfahrens, das die Freigabe zur Benutzung des Reichswaldes und die Unterbindung von Baumaßnahmen im Reichswald vorsah. Gegen dieses Verfahren wurde nun im Bundesfinanzministerium Einspruch eingelegt, da ,,die vorrangig militärische Nutzung durch ausländische Streitkräfte gewährleistet sein muß."

Die bürgerlichen Politiker müssen in die Bresche springen. Sie führen Verhandlungen durch mit den zuständigen Stellen im Bundesfinanzministerium und mit der bayerischen Staatsregierung. Das ,,Erlanger Tageblatt" nimmt dazu nur kurz Stellung: Die Bedenken, die der Oberbürgermeister Hahlweg und der Landtagsabgeordnete Krug vortrugen, wurden von der Gegenseite nicht akzeptiert. Hahlweg, der vor kurzem bei einer Bürgerversammlung mit den Plänen des Siemens-Konzerns, ein Pilot-Projekt der Hängebahn in Erlangen zu bauen, abgeschifft ist, muß sich entschieden geben: ,,Unser Standpunkt ist klar. Die Erweiterung des US-Munitionsdepots im Reichswald bei Uttenreuth von 47 Bunkern wie konzipiert auf 152 muß verhindert werden."

Was er stattdessen vorhat, erkennt man an den Fragen, die er unbedingt von Bonn und München geklärt haben will, nämlich ob die Erweiterung a) wirklich unabdingbar sei und b) ob das Projekt nicht an einer anderen Stelle ohne Waldverlust verwirklicht werden könne. Als ob das die Alternative für die Volksmassen wäre. Sie haben einige Erfahrung im Kampf gegen die Anwesenheit der US-Besatzer. 1970 wurden gegen den Bau des Truppenübungsplatzes in Seucht im Reichswald über 80 000 Unterschriften gesammelt und der Platz war vollkommen von den Volksmassen umstellt worden, so daß die Bauarbeiten nicht begonnen werden konnten.

Die Bourgeoisie will deshalb jetzt vorbauen. Die Polizeidirektion hielt zusammen mit dem Forstdirektor Horneber eine Beratung ab, wie man sich bei einer geplanten Besetzung des Bauplatzes verhalten solle. Einen Rat wußte der Forstdirektor auch nicht.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Mittelfranken führt am Samstag gegen die Pläne der US-Besatzer eine Kundgebung durch unter den Losungen: Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland! BRD raus aus der NATO! Friedensvertrag, der die Souveränität beider deutscher Staaten garantiert!

siert waren, wurden in ,,militärische Kommandostellen" umgewandelt.

Mit dieser Reform waren nicht nur die Voraussetzungen für die Zentralisierung der politischen und strategischen Planung, sondern auch aller Belange aus den innen- und außenpolitischen Bereichen gewährleistet. Den Bedeutungen der Zeitschrift ,,Wehrkunde" zufolge sind durch diese Reform ,,die Einflußmöglichkeiten des Generalinspekteurs gestiegen". Dieser Posten verlangt einen Offizier mit ,,großem politischen Gespür". Wie Theo Sommer, 1969/70 Vorsitzender des von Schmidt einberufenen Planungsstabes zur Ausarbeitung einer ,,Bestandsaufnahme" aller strategischen, politischen, wirtschaftlichen, finanziellen und personellen Probleme der Bundeswehr, in der ,,Zeit" feststellte, verlange dieser Posten einen Mann, der es versteht, den Widersprüchen in der Sicherheitspolitik, die durch separat nebeneinander operierende Experten entstehen, ein Ende zu bereiten. Nur so könne es zu einer Abstimmung aller konventionellen und nuklearen Rüstungsplanungen in der NATO kommen.

Bitter liegt der westdeutschen Bourgeoisie das Tornado-Beschaffungsprogramm im Magen. Nicht nur, daß Kanada und Australien ablehnten, technische Schwierigkeiten stellen sich heraus. ,,Datenverarbeitung sollte eben nicht mit Planung verwechselt werden", faßt Sommer die ,,Verbitterung" der Bourgeois zusammen. Und ein Truppenführer schließlich ohne Truppenerfahrung, obendrein Bündnisgeneral ohne vorangegangene NATO-Erfahrung, das ist wie ein Luftwaffenmann, der zwar Fernmeldetechniker, aber kein Flieger ist. Der Fußtritt blieb auch nicht aus.

Dem umfassenden Wandel in der Militärstrategie, der Änderung der Rüstung, die der Interessenlage der Bourgeoisie nach Expansion ihrer Ausbeuterordnung Rechnung trägt, entspricht die Neubesetzung der obersten Führungsstäbe der Bundeswehr. Der Luftwaffen-Inspekteur Limberg ist ,,vorzeitig gegangen" und der Heeres-Inspekteur Hildebrandt wird im nächsten Jahr ,,seinen Abschied nehmen". Mit dem neuen General-Inspekteur Jürgen Brandt hat sich die Bourgeoisie einen ,,Offizier der Panzerwaffe" geheuert, mit Weltkrieg-2-Erfahrungen. In dem 1970 neu eingerichteten ,,Führungsstab der Streitkräfte" wurde er Stellvertretender Leiter der Stabsabteilung Militärpolitik und Führung. ,,Ein Mann mit vielseitiger Verwendung", begeistert sich die ,,Hannoversche Allgemeine", ,,in Truppe, in Stäben, im Ministerium und auch in Brüssel".

Kampf gegen Pläne der US-Besatzer, Munitionsdepot zu erweitern

z.err/jüs. Erlangen. ,,Die Sache ist heiß und kocht, man soll sich keine Illusionen machen über die Stärke der Unruhen"; so äußert sich der Erlanger Oberbürgermeister Hahlweg gegenüber der Presse über die Bewegung der Volksmassen gegen die geplante Erweiterung der Munitionsdepots der 2. Panzerbrigade der amerikanischen Besatzertruppen.

Eigentlich hatten die US-Imperialisten vor, die geplante Erweiterung der Munitionsdepots still und heimlich über die Bühne zu ziehen. Zusammen mit dem Bundesfinanzministerium, das zuständig ist für das Gebiet des Munitionsdepots, das unter der Hoheit der US-Imperialisten steht, sollten die Bauarbeiten vergeben und begonnen werden. Die Ausschreibung ist bekannt geworden. Der US-Verbindungsoffizier, Oberst Francis Menning, hat erklärt, daß die deutschen kommunalen Behörden nicht informiert worden seien, da nach dem Vertrag über die Anwesenheit der US-Truppen in Deutschland diese Bauvorhaben eh nicht genehmigungspflichtig seien. Weiter : ,,Wir bauen aber nicht ohne deutsche Genehmigung." Diese Genehmigung haben sich die US-Imperialisten beim Bundesfinanzministerium in Bonn bereits geholt. Offensichtlich wurde dies anhand des von dem regionalen Planungsausschuß Mittelfranken durchgeführten Bannwaldverfahrens, das die Freigabe zur Benutzung des Reichswaldes und die Unterbindung von Baumaßnahmen im Reichswald vorsah. Gegen dieses Verfahren wurde nun im Bundesfinanzministerium Einspruch eingelegt, da ,,die vorrangig militärische Nutzung durch ausländische Streitkräfte gewährleistet sein muß."

Die bürgerlichen Politiker müssen in die Bresche springen. Sie führen Verhandlungen durch mit den zuständigen Stellen im Bundesfinanzministerium und mit der bayerischen Staatsregierung. Das ,,Erlanger Tageblatt" nimmt dazu nur kurz Stellung: Die Bedenken, die der Oberbürgermeister Hahlweg und der Landtagsabgeordnete Krug vortrugen, wurden von der Gegenseite nicht akzeptiert. Hahlweg, der vor kurzem bei einer Bürgerversammlung mit den Plänen des Siemens-Konzerns, ein Pilot-Projekt der Hängebahn in Erlangen zu bauen, abgeschifft ist, muß sich entschieden geben: ,,Unser Standpunkt ist klar. Die Erweiterung des US-Munitionsdepots im Reichswald bei Uttenreuth von 47 Bunkern wie konzipiert auf 152 muß verhindert werden."

Was er stattdessen vorhat, erkennt man an den Fragen, die er unbedingt von Bonn und München geklärt haben will, nämlich ob die Erweiterung a) wirklich unabdingbar sei und b) ob das Projekt nicht an einer anderen Stelle ohne Waldverlust verwirklicht werden könne. Als ob das die Alternative für die Volksmassen wäre. Sie haben einige Erfahrung im Kampf gegen die Anwesenheit der US-Besatzer. 1970 wurden gegen den Bau des Truppenübungsplatzes in Seucht im Reichswald über 80 000 Unterschriften gesammelt und der Platz war vollkommen von den Volksmassen umstellt worden, so daß die Bauarbeiten nicht begonnen werden konnten.

Die Bourgeoisie will deshalb jetzt vorbauen. Die Polizeidirektion hielt zusammen mit dem Forstdirektor Horneber eine Beratung ab, wie man sich bei einer geplanten Besetzung des Bauplatzes verhalten solle. Einen Rat wußte der Forstdirektor auch nicht.

Das Soldaten- und Reservistenkomitee Mittelfranken führt am Samstag gegen die Pläne der US-Besatzer eine Kundgebung durch unter den Losungen: Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland! BRD raus aus der NATO! Friedensvertrag, der die Souveränität beider deutscher Staaten garantiert!

Die Volksmassen der Schweiz gegen ,,Bundessicherheitspolizei"

Killertruppe nach GSG-9-Vorbild / Verstärkung des Offizierskaders der ,,Milizen"

z.scc. Nicht nur die Schweizer, die gesamte internationale und gerade die westdeutsche Journaille heulte auf: Mit 56% der abgegebenen Stimmen wiesen am vorletzten Wochenende die Volksmassen in der Schweiz die Schaffung einer sogenannten ,,Anti-Terror-Polizei" eindeutig zurück. Im Kanton Jura, einer der ärmsten Regionen der Schweiz, in der eine breite Volksbewegung für Autonomierechte kämpft, lehnten bis zu 80% der Wahlberechtigten die vom Parlament in großer Einmütigkeit verabschiedete Gesetzesvorlage ab.

Danach sollte nach dem Vorbild der GSG 9 eine 300 Mann starke, auf das Geschäft der inneren Kriegsführung, des Bürgerkriegs, spezialisierte Killertruppe aufgebaut werden. Dazu ein 1000 Mann starker ,,Ordnungs- und Sozialdienst", dessen Aufgabe vom ,,Schutz großer internationaler Konferenzen", der Bewachung verkommener Bourgeoissprößlinge beim Skiurlaub in St. Moritz bis zum Einsatz gegen Streiks und Demonstrationen reicht. ,,Wo Konflikte nicht mehr auf dem Boden des Rechts und der Demokratie ausgetragen werden, muß der Bund ein anderes Instrument (als die Armee) einsetzen können", hatte Nationalrat Hunziker vor der Abstimmung das reaktionäre Programm zur Unterdrückung der Klassenkämpfe erläutert.

Ganz ohne Zweifel hatten die westdeutschen Bourgeois dabei Pate gestanden. Neben großen Kapitalanlagen, mittels derer sie sich an der Ausbeutung der Arbeiterklasse in der Schweiz beteiligen, haben sie nicht zuletzt einen gehörigen Batzen der 120 Mrd. sfr ,,Auslandsvermögen" (1976), die auf Schweizer Banken lagern, zu verteidigen. Maihofer selbst hatte sich seinerzeit mehrmals in die Schweiz begeben, um ,,internationale Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung" zu pflegen. Und als im Sommer dieses Jahres ein offensichtlich Geistesgestörter eine Schein-Flugzeugentführung inszenierte, eilte sich Nachfolger Baum, die Berner Polizeitruppe und ein rasch zusammengezogenes eidgenössisches Infanteriebataillon sozusagen übungsweise durch GSG 9-Kontingente zu verstärken. ,,Der Bundesrat wird sich weiterhin behelfen und, was die Terrorbekämpfung betrifft, insbesondere die Zusammenarbeit mit ausländischen Staaten sicherstellen", trösten sich dann auch die Schweizer Bourgeois nach ihrer Niederlage.

Neben den Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen hatten Opportunisten aller Schattierungen zur Ablehnung der ,,Anti-Terror-Truppe" aufgerufen. ‚Die bisherigen Mittel reichen zur Terrorbekämpfung allemal aus', versuchten sie auf ihre Weise die Volksmassen auf das Programm der Reaktion festzulegen. Die Bourgeois allerdings wissen's besser, Sorge bereitet ihnen vor allem, daß sie sich auf die Armee in scharfen Klassenkämpfen eben nicht verlassen können.

Nicht, daß die Schweizer ,,Miliz" nicht durch und durch eine bürgerliche Miliz, ein Instrument der Unterdrücker gegen die Unterdrückten, wäre. Wie in allen imperialistischen Armeen sind die Soldaten jeder demokratischen Rechte beraubt, unterliegen sie einer straffen Zuchthausordnung. 1918, als die Schweizer Arbeiterbewegung stürmisch die sozialistische Republik verlangte, als Hunderttausende Arbeiter im Generalstreik standen und für den Sturz der Bourgeoisie kämpften, gelang es dieser, die Kämpfe durch den Einsatz der ,,Milizen" blutig zu unterdrücken. ,,Die Armee trotzte den zersetzenden Einflüssen", kommt es noch Jahrzehnte später den bürgerlichen Geschichtsschreibern erleichtert hoch.

Dennoch: Der Kern der Berufssoldaten und Offiziere, die ein eigenes Interesse an der imperialistischen Ausbeuterordnung haben, ist äußerst schwach. In ,,Friedenszeiten" sind fast 90% der gut 20000 Mann starken ,,Milizen" Arbeiter und Bauern, die insgesamt ein Jahr lang im Waffenhandwerk ausgebildet werden: 17 Wochen in der Grundausbildung, dann, in regelmäßigen Reserveübungen und Wiederholungskursen bis zum 50. Lebensjahr, in der Landwehr und im Landsturm. Innerhalb weniger Tage, ja Stunden, können die ,,Milizen" 625000 Mann mobilisieren, Arbeiter und Bauern, die ihre Waffen – Sturmgewehr, Karabiner, Pistole – nach der Grundausbildung mit nach Hause nehmen und dort aufbewahren. Zwar nutzt die imperialistische Bourgeoisie diese Regelung zur ausgedehnten, militärzuchthausmäßigen Kontrolle und Überwachung der Volksmassen – einmal jährlich wird ,,vor Ort" inspiziert –, doch läßt sie niemals die tiefe Sorge los, daß sich diese Waffen gegen sie selbst richten können. Ihre strategische Lage, der Zwang zur ,,Neutralität", der sich aus ihrer relativen Schwäche und ihrer Rolle als ,,Profitempfänger von den Touristen der imperialistischen Bourgeoisien" ergibt, läßt ihr keine andere Wahl, als die Volksmassen zu bewaffnen – aber froh wird sie deshalb nicht.

Sie schreit geradezu nach einer Profikillertruppe, die so ausgebildet, so ausgerüstet, so stark und so prostituiert sein muß, daß sie mit ihr rechnen kann – als ständige Peitsche gegen die Klassenkämpfe, als ernstzunehmenden Faktor im bewaffneten Aufstand.

1970 haben die Schweizer Volksmassen zum ersten Mal den Aufbau einer solchen Killertruppe verhindert, indem sie mit großer Mehrheit gegen eine ,,Interkantonale Mobile Polizei" stimmten. 1978 haben sie ihn zum zweiten Mal verhindert. Aus eigenem Interesse und gedrängt von ,,ausländischen Staaten", wird die Schweizer Bourgeoisie mit Sicherheit keine acht Jahre bis zum nächsten Versuch warten.



Schweizer Bundesheer im Einsatz – Manöver einer imperialistischen Armee

Die Stahltransporter der USA im Tarifstreik

z.gek. 30000 Mitglieder der „Bruderschaft der Stahltransporter (FASH)" sind am 10. November in den unbefristeten Streik getreten. Durchweg mit CB-Sendern ausgerüstet, blockieren sie mit ihren schweren Lastwagen die Frachtabfertigung in einer Reihe grosser Stahlwerke und patrouillieren auf den Autobahnen. Die „Stahltransporter" sind kleine Eigentümer von LKW's, die sie selbst fahren, und die auf die Auslieferung von Walzstahl spezialisiert sind. In großen Zentren der Stahlproduktion wie z.B. Chicago-Gary werden bis 70% des Walzstahls per LKW verschickt. Die kleinen selbständigen „Stahltransporter" bekommen ihre Tarife von großen Frachtgesellschaften diktiert, an die sie sich mitsamt ihrem LKW vermieten. Die FASH-Fahrer fordern eine Erhöhung der Frachttarife sowie das Tarifrecht für ihre Vereinigung, die sie als Gewerkschaft betrachten. – Die Lage wird dadurch kompliziert, daß die Teamster-Gewerkschaft die ausschließliche Tarifhoheit über den gesamten Transportbereich beansprucht. Viele FASH-Mitglieder sind zugleich Teamster. Aber nicht einmal sie haben das Recht, auf die Frachttarif-Abkommen Einfluß zu nehmen, die von der Teamster-Führung für die selbständigen Fahrer unterzeichnet werden. Tatsächlich wollen die Teamster-Bosse die kleinen Selbständigen als unliebsame Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verschwinden lassen und haben schon bei deren großen Streiks 1967 und 1970 den Streikbruch organisiert. Dies gelingt immer weniger. Die lohnabhängigen LKW-Fahrer sehen genau, daß die Elendstarife für die selbständigen LKW-Fahrer auf *ihr* Lohnniveau drücken. Sie selbst stehen zu Beginn des kommenden Jahres vor einem wichtigen Lohnkampf.



„Die Sklaven wurden befreit – jetzt sind wir an der Reihe". FASH-Mitglieder auf Streikposten. (Photo: The Call)

„Frankreich fürchtet keine deutsche Hegemonie" – Sozialversicherungen werden reformiert

z.jon.Paris. Gleichzeitig mit der Debatte um das Europäische Währungssystem ist in der französischen Bourgeoisie die Diskussion darüber neu entbrannt, wie der westdeutsche Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse eingeholt werden kann. Frankreich fürchtet nicht die Hegemonie Westdeutschlands in Europa, erklärte Staatspräsident Giscard d'Estaing am 21. November. Sein Ziel sei, Frankreich „in die Spitzengruppe der industrialisierten Länder einzureihen" und „den Einfluß Frankreichs in Europa zu sichern". Nach dem Vorbild der sozialdemokratischen Sozialversicherungsreformen in der BRD wollen die französischen Imperialisten das Elend der Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, sich gegen Krankheit und Alter zu versichern, verstärkt ausnutzen, um die Löhne zu senken und die gezahlten Löhne zu plündern.

1. Die Regierung wird noch in diesem Jahr ein Rahmengesetz zur Reform der Arbeitslosenversicherung einbringen, das das Recht der Gewerkschaften, Bedingungen der Arbeitslosenversicherung frei auszuhandeln, abschafft. Bisher erhielten die Arbeitslosen, die aus „wirtschaftlichen Gründen" entlassen worden waren, 90% des Bruttolohns für ein Jahr. Diese Unterstützung soll jetzt nach jedem Vierteljahr „degressiv" bis zu einem Mindestsatz gekürzt werden, „um einen Arbeitsanreiz zu schaffen". (Arbeitsminister Boulin) Der Mindestsatz (bisher 35%) soll geringfügig angehoben werden.

2. Der Ministerrat will in dieser Woche folgende Maßnahmen beschließen: Anhebung der Beiträge für Kranken- und Rentenversicherungen um 1,75 bzw. 2% des Bruttolohns, Erhöhung des Beitragsanteils, der den Lohnabhängigen direkt vom Lohn abgezogen wird, Anhebung der beitragspflichtigen Höchstgrenze (bisher 4000 F), um ganz an die Löhne der Facharbeiter und mittleren Angestellten heranzukommen, Beitragspflicht zu den Krankenkassen für Rentner und Arbeitslose, Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuern zugunsten der Krankenkassen.

3. hat der Unternehmerverband CNPF durch eine Reihe von Vorschlägen erneut bewiesen, daß die Kapitalisten selbst nicht faul sind, wenn es um Methoden geht, sich kostenlos die Arbeitskraft von Jugendlichen und von denen anzueignen, die sie bereits zum alten Eisen geworfen hatten. Unter anderem fordert der CNPF, die Zeit, für die Jugendliche den Kapitalisten für „Ausbildungspraktika" auf Staats- oder Versicherungskosten zur Verfügung gestellt werden, auf zwei Jahre auszudehnen. Außerdem sollen solche „Praktika" für Arbeitslose über 50 eingerichtet werden. Allerdings nicht, um sie „auszubilden", sondern weil sie – was unbestraitbar ist – „Erfahrungen und Kdnntnisse besitzen, die den Gesellschaften nützlich sein können."

„Frankreich fürchtet keine deutsche Hegemonie" – Sozialversicherungen werden reformiert

z.jon.Paris. Gleichzeitig mit der Debatte um das Europäische Währungssystem ist in der französischen Bourgeoisie die Diskussion darüber neu entbrannt, wie der westdeutsche Vorsprung in der Ausbeutung der Arbeiterklasse eingeholt werden kann. Frankreich fürchtet nicht die Hegemonie Westdeutschlands in Europa, erklärte Staatspräsident Giscard d'Estaing am 21. November. Sein Ziel sei, Frankreich „in die Spitzengruppe der industrialisierten Länder einzureihen" und „den Einfluß Frankreichs in Europa zu sichern". Nach dem Vorbild der sozialdemokratischen Sozialversicherungsreformen in der BRD wollen die französischen Imperialisten das Elend der Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, sich gegen Krankheit und Alter zu versichern, verstärkt ausnutzen, um die Löhne zu senken und die gezahlten Löhne zu plündern.

1. Die Regierung wird noch in diesem Jahr ein Rahmengesetz zur Reform der Arbeitslosenversicherung einbringen, das das Recht der Gewerkschaften, Bedingungen der Arbeitslosenversicherung frei auszuhandeln, abschafft. Bisher erhielten die Arbeitslosen, die aus „wirtschaftlichen Gründen" entlassen worden waren, 90% des Bruttolohns für ein Jahr. Diese

beitsminister Boulin) Der Mindestsatz (bisher 35%) soll geringfügig angehoben werden.

2. Der Ministerrat will in dieser Woche folgende Maßnahmen beschließen: Anhebung der Beiträge für Kranken- und Rentenversicherungen um 1,75 bzw. 2% des Bruttolohns, Erhöhung des Beitragsanteils, der den Lohnabhängigen direkt vom Lohn abgezogen wird, Anhebung der beitragspflichtigen Höchstgrenze (bisher 4000 F), um ganz an die Löhne der Facharbeiter und mittleren Angestellten heranzukommen, Beitragspflicht zu den Krankenkassen für Rentner und Arbeitslose, Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuern zugunsten der Krankenkassen.

3. hat der Unternehmerverband CNPF durch eine Reihe von Vorschlägen erneut bewiesen, daß die Kapitalisten selbst nicht faul sind, wenn es um Methoden geht, sich kostenlos die Arbeitskraft von Jugendlichen und von denen anzueignen, die sie bereits zum alten Eisen geworfen hatten. Unter anderem fordert der CNPF, die Zeit, für die Jugendliche den Kapitalisten für „Ausbildungspraktika" auf Staats- oder Versicherungskosten zur Verfügung gestellt werden, auf zwei Jahre auszudehnen. Außerdem sollen solche „Praktika" für Arbeitslose über 50 eingerichtet werden. Allerdings nicht,

Niederlande: Streik im öffentlichen Dienst

z.orb. Die Verhandlungen der niederländischen Regierung mit Kapitalisten und Gewerkschaften über zentrale Leitlinien zu Löhnen und Arbeitsbedingungen sind geplatzt. Die Gewerkschaften haben abgelehnt, weiter an den Verhandlungen teilzunehmen, wenn die Sozialleistungen ab 1.Januar 79 gekürzt werden. Sie fordern, daß die Änderungen im Bau-CAO (Zentrale Arbeitsübereinkunft für Bauarbeiter) auch für die anderen Branchen


Hafenarbeiter in Rotterdam, Februar 1977, gegen Lohnsenkungspläne der Regierung

Anwendung finden. Die dort vorgesehene Anhebung des staatlich garantierten Mindestlohns (aufgrund der Einbeziehung von Zulagen in die Lohnberechnung) soll auch auf die Sozialleistungen und die Beamtenlöhne angerechnet werden. Das Ministerium will dies verhindern, indem per Gesetz die Anhebung des Mindestlohns im Bau bis 1.Juli 79 verzögert werden soll.

Gegen Lohnleitlinien und Sparprogramm der Regierung sind die Beamten in den Streik getreten. Am Dienstag, dem 5.Dezember wurden der Regierung „schöne Geschenke" beschert. In Utrecht, Amsterdam und Rotterdam machten die Postler ‚Dienst nach Vorschrift'. Angefangen hat es in Utrecht bei den Briefsortierern. Es folgten die Postboten, die z.B. die Auslieferung dadurch verzögerten, daß sie ihre Taschen wogen, ob sie auch das offiziell vorgeschriebene Gewicht hatten. Am Mittwochmorgen streikten die Verkehrsbetriebe in Rotterdam, am Donnerstagmorgen in Amsterdam.

Die Gewerkschaften hatten angekündigt, die Aktionen solange weiterzuführen, bis die Regierung bereit ist, zu verhandeln. Jetzt hat Innenminister Wiegel erklärt, daß er am Montag mit der Beamtengewerkschaft ABVA über den Vorschlag der „Arbeitsgruppe Klostermann" (die er selbst ins Leben gerufen hat) verhandeln will. Er enthält unter anderem: 450 Gulden im Jahr pro Prozent Inflationsrate und höhere Pensionsbeiträge für die oberen Beamten.

Japans Arbeiter und Bauern sind die entscheidenden Gegner der Expansion

z.anb. Ohira, ein „farbloser Mann", urteilt die „Süddeutsche Zeitung" über den designierten japanischen Premierminister, der Fukuda ablösen soll, nachdem dieser in einer heißen Abstimmungsschlacht den Vorsitz der Liberal-Demokratischen Regierungspartei (LDP) abtreten mußte. Farbe braucht Ohira auch nicht zu haben für die reaktionäre japanische Finanzbourgeoisie, und daß er am liebsten Süßkartoffeln ißt, wird sicher noch in der Propaganda gegen die übertriebenen Gaumenfreuden der Massen verwendet werden. Seine Verbindung zum Korruptionspremier Tanaka, der über die Enthüllung des Lockheed-Geschäftes seinen Hut nehmen mußte, sind, wie Ohira sagt, „sachlicher Natur" –

sie haben ihm ein Grundstück auf Hawaii eingebracht – seine Vorliebe für die US-Marionette Park Chung Hee in Südkorea ist hingegen rein „familiär". Alles in allem also „für die einschlägigen Verhältnisse der LDP-Spitze ... ziemlich zahm". (Die Presse, 2./3.12.78)

Immerhin hat er bereits zwei wichtige Äußerungen getan: Priorität habe „der Ausbau der japanischen Verteidigungsstreitkräfte und die Aufrechterhaltung des japanisch-amerikanischen



Die Fischer von Nagasaki haben jahrelang gegen den atomgetriebenen Frachter „Mutsu" gekämpft, der in ihren Fanggründen patroullieren sollte. Mit hunderten von Booten haben sie sowohl die Jungfernfahrt als auch die Reparatur des Schiffes verhindert.

Sicherheitssystems ... Ich beabsichtige, dieses System aufrechtzuerhalten. Deshalb sollte nicht das geringste Mißtrauen in die Beziehungen zwischen den USA und Japan zugelassen werden." (Hsinhua, 2.12.78)

Am 11. November hatte der US-amerikanische Verteidigungsminister Brown der japanischen Delegation, die im Rahmen des US-Besatzungsstatuts zu den regelmäßig vorgesehenen Konsultationen nach Washington gekommen war, zu verstehen gegeben, er erwarte, „daß Japan seine Verteidigungsstreitkräfte in bestimmten militärischen Bereichen ausbaut." Das bezog sich unter anderem auf die Anschaffung des AWACS-Systems. Die USA würden dafür auch ihre Pazifik-Flotte verstärken, sowie die Einrichtungen für ihre Besatzertruppen in Japan ausbauen. Japan allerdings müsse die Finanzierung übernehmen und immer die drei großen „Nein" beachten: „keine Nuklearwaffen herstellen, besitzen oder lagern". (Neue Zürcher Zeitung, 2./3.12.78) In der letzten Woche unterzeichnete man dann „Ausführungsbestimmungen" zum Sicherheitsvertrag von 1961. Der Einmischung enthält dieses Dokument derart Handgreifliches, daß sich über Zustimmung oder Ablehnung desselben die bürgerliche Reaktion gespalten hat. Aus den Reihen der Oppositionsparteien der Sozialdemokraten und Revisionisten gab es empörte Begleitmusik, denn niemand dieser Herren weiß, wie das den japanischen Volksmassen verkauft werden soll. Seit Beginn der US-Besatzung nach der Niederlage der japanischen Imperialisten im Zweiten Weltkrieg sind die Kämpfe gegen die Supermacht nicht abgerissen, im Gegenteil. Sie ergreifen alle Teile der Volksmassen. Und die Fischer, deren Boote von Kriegsschiffen der Sozialimperialisten aufgebracht werden, deren Netze zerstört werden, verteidigen ihre Fanggründe nicht nur gegen die eigene Bourgeoisie, die sie in Lohnarbeiter auf schwimmenden Fischfabriken verwandeln will, sondern auch die Souveränität der japanischen Küstengewässer gegen die Aggression der Supermächte. Die japanische Finanzbourgeoisie dagegen erinnert sich an die Fittiche der USA.

Nicht nur in dieser Frage richtet sie sich auf offene Klassenschlachten ein. Im letzten Frühjahr hat sie in den großen Streikkämpfen der Arbeiter einen Vorgeschmack auf Kommendes erhalten. Auf dem Weltwirtschaftsgipfel vor wenigen Monaten haben die japanischen Imperialisten ihre Expansionsmarke auf 7% Wirtschaftswachstum für 1978 angesetzt, als ihren „Beitrag zur Belebung der Weltwirtschaft". Gedacht haben sie daran, mit einem massiven Expansionsschub die imperialistischen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen, wobei sie auf ein ansehnliches Nutznießergeschäft an der Dollarbetrügerei der US-Imperialisten rechneten. Tatsächlich haben sie 1977 einen Exportüberschuß von legendären 20,6 Mrd. Dollar verbucht. Die Importe, nahezu nur aus Rohstoffen und Nahrungsmitteln bestehend, haben sie sich für ein Spottgeld – indem sie mit Dollars bezahlten – angeeignet. Die Länder der dritten Welt haben draufzahlen müssen, bzw. ein Fünftel ihrer Waren umsonst abgegeben (um 21% ist der Dollar gegenüber dem Yen in diesem Zeitraum gefallen). Den „Konkurrenznachteil" ihrer Exporte haben die japanischen Imperialisten durch massive Exportkredite an die Kapitalisten auszugleichen versucht. Ihr Einbruch auf den Binnenmärkten der imperialistischen Konkurrenten war teilweise so duchschlagend, daß z.B. die USA eine drastische Importbeschränkung für Farbfernseher erließen; bis 1980 werden Japan auf dem US-Markt 1,75 Mio. Stück zugestanden, 1976 hatten diese 2,96 Mio. Stück angelandet. Im Chor tönten die Rivalen, der Exportüberschuß Japans sei „beschämend" hoch, unbedingt müsse Japan seine Importe erhöhen. Inzwischen fällt der Yen gegenüber dem vorübergehend gebremsten Dollarkurs, und nicht nur der Yen fällt, der Exportüberschuß vom Anfang des Jahres ist mittlerweile auf 1 Mrd. Dollar geschrumpft, lächerlich wenig, wenn man bedenkt ... Draufgegangen ist er für immer umfangreichere Exportsubventionen, Bürgschaften an die japanischen Finanzbourgeois für deren über 5 Mrd. Dollar an Krediten und Investitionen im Ausland und nicht zuletzt für von der Konkurrenz aufgezwungene Importvorauszahlungen. Diese hat kathegorisch erklärt, entweder ihr kauft, oder wir machen dicht. Jedenfalls ist die Marke von 7% geplatzt.

Nicht als ob es an Kapital fehlte. 29,3 Mrd. Dollar an Währungsreserven sind aufgehäuft, aber die Kapitalisten investieren nicht in die Produktion in Japan. Allenfalls ergattert die japanische Finanzbourgeoisie über dieses Geldkapital Anteilsscheine auf die Reichtümer der dritten Welt und die Ausbeutung der internationalen Arbeiterklasse. Doch wie man es dreht und wendet, das aufgehäufte Geldkapital ist zugleich Signal für die sinkenden Profiterwartungen der japanischen Kapitalisten. Zudem ist inzwischen die Rechnung der US-Supermacht aufgegangen: die Exporte Japans sind im 3. Quartal 1978 gegenüber dem 2. um 9,7% gesunken. Im Exportgeschäft, notiert die „Süddeutsche Zeitung" sei aufgrund der Wechselkursänderungen 2,9% Verlust die Regel. Das heißt, um soviel weniger *Profit*. Mehr als 18000 Betriebe in Japan haben 1977 Konkurs angemeldet, und nicht etwa kleine. Allein 26 davon hatten ein Geschäftskapital von mehr als 10 Mrd. Yen in Anwendung. Profitliche Verwertung dieser Kapitalmassen hängt einzig und allein davon ab, daß die lebendige Arbeitskraft schärfer ausgebeutet, intensiver vernutzt, der Lohnkostenanteil

Immerhin hat er bereits zwei wichtige Äußerungen getan: Priorität habe „der Ausbau der japanischen Verteidigungsstreitkräfte und die Aufrechterhaltung des japanisch-amerikanischen



Die Fischer von Nagasaki haben jahrelang gegen den atomgetriebenen Frachter „Mutsu" gekämpft, der in ihren Fanggründen patroullieren sollte. Mit hunderten von Booten haben sie sowohl die Jungfernfahrt als auch die Reparatur des Schiffes verhindert.

Sicherheitssystems ... Ich beabsichtige, dieses System aufrechtzuerhalten. Deshalb sollte nicht das geringste Mißtrauen in die Beziehungen zwischen den USA und Japan zugelassen werden." (Hsinhua, 2.12.78)

ser gegen die Aggression der Supermächte. Die japanische Finanzbourgeoisie dagegen erinnert sich an die Fittiche der USA.

Nicht nur in dieser Frage richtet sie sich auf offene Klassenschlachten ein. Im letzten Frühjahr hat sie in den gro-

Yen gegenüber dem vorübergehend gebremsten Dollarkurs, und nicht nur der Yen fällt, der Exportüberschuß vom Anfang des Jahres ist mittlerweile auf 1 Mrd. Dollar geschrumpft, lächerlich wenig, wenn man bedenkt ... Draufgegangen ist er für immer umfangreichere Exportsubventionen, Bürgschaften an die japanischen Finanzbourgeois für deren über 5 Mrd. Dollar an Krediten und Investitionen im Ausland und nicht zuletzt für von der Konkurrenz aufgezwungene Importvorauszahlungen. Diese hat kathegorisch erklärt, entweder ihr kauft, oder wir machen dicht. Jedenfalls ist die Marke von 7% geplatzt.

Nicht als ob es an Kapital fehlte. 29,3 Mrd. Dollar an Währungsreserven sind aufgehäuft, aber die Kapitalisten investieren nicht in die Produktion in Japan. Allenfalls ergattert die japanische Finanzbourgeoisie über dieses Geldkapital Anteilsscheine auf die Reichtümer der dritten Welt und die Ausbeutung der internationalen Arbeiterklasse. Doch wie man es dreht und wendet, das aufgehäufte Geldkapital ist zugleich Signal für die sinkenden Profiterwartungen der japanischen Kapitalisten. Zudem ist inzwischen die Rechnung der US-Supermacht aufgegangen: die Exporte Japans sind im 3. Quartal 1978 gegenüber dem 2. um 9,7% gesunken. Im Exportgeschäft, notiert die „Süddeutsche Zeitung" sei aufgrund der Wechselkursänderungen

„Wohlfahrt durch Arbeit" in 14 Städten der USA

z.gek. „Versuchsweise" hat die US-Regierung in 14 städtischen Gebieten eine Neuregelung für die Vergabe von Lebensmittelmarken durch die Sozialämter in Kraft gesetzt, mit dem unübersetzbaren Namen „Workfare", was etwa bedeutet: „Wohlfahrt durch Arbeit". Arbeitslose, deren Arbeitslosengeld oder restliches Familieneinkommen so niedrig ist, daß sie nur mit Marken für verbilligte Lebensmittel vom Sozialamt ihre Ernährung sichern können, sollen in Zukunft „gehalten sein", sich die Marken, für die sie kein Geld haben, durch *kostenlose* Arbeit für den Staat bzw. unter der Fuchtel des Staates zu „verdienen". – Nahezu 17 Millionen Arbeiter in den USA mußten sich 1977 solche Lebensmittelmarken auf dem Sozialamt kaufen oder erbetteln. Über das Lebensmittelmarkenprogramm setzen sowohl die großen Nahrungsmittelkonzerne wie auch die Regierung selbst ihre Vorräte, die sich dem Verfallsdatum und der Ungenießbarkeit nähern, zu einem verhältnismäßig stolzen Preis noch ab. „Workfare" liegt auf der Linie von Carters Wohlfahrtsreform, die alle Empfänger von staatlicher Sozialhilfe verpflichten soll, sich für staatlichen Arbeitsdienst oder Arbeit zum Mindestlohn beim Kapitalisten bereit zu halten. Die Reform liegt im Kongreß fest, weil sie den Volksvertretern noch nicht durchgreifend genug ist. Deswegen eben der Versuch mit „Workfare".

Uranlieferabkommen zwischen Belgien und Südafrika

z.elb.Brüssel. Unter Bruch der UNO-Beschlüsse schloß die belgische Finanzbourgeoisie einen Vertrag mit Südafrika über die Lieferung von 2000 t Uran in der Zeit von 1980 bis 1991 im Wert von etwa 312 Mio. DM. Das entspricht einem Fünftel des Bedarfs, um das belgische Kernenergieprogramm durchzuführen. Bis 1985 ist der Bedarf gedeckt durch Lieferungen aus den USA, Frankreich und Kanada. Mit der Sowjetunion besteht ein Vertrag über die Aufbereitung des Uran. – Die USA toben: Belgien sei in der Lage, Atombomben zu bauen. In Wirklichkeit wollen sie die Kontrolle über das Urangeschäft, das ihnen viele Möglichkeiten zu Erpressungen und Einmischungen gibt, behalten. Die belgische Bourgeoisie verbittet sich die „direkte Einmischung in belgische Angelegenheiten" zu recht. Sich aber an der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt, hier Azanias, zu beteiligen – wobei ein Vertrag mit dem Kolonialregime bis 1991 recht kühn ist – ist eine andere Sache.

Dänemark: Arbeiter weisen „Mitbesitz"betrug zurück

z.bag. Der dänische Gewerkschaftsverband (LO) ist in den diesjährigen Tarifkampf mit der Forderung nach „ökonomischer Demokratie" eingestiegen. Nach der Mitbestimmung nun „Mitbesitz". Die Lohnabhängigen sollen monatlich einen Teil ihres Lohns in einen Fonds zahlen, der von der Gewerkschaftsführung und Kapitalistenvertretern verwaltet wird. „Dieses Arbeitnehmerkapital wird wieder in die Wirtschaft investiert in Form von selbständigem Kapital oder Krediten für die einzelnen Betriebe. Damit wird dem Wirtschaftsleben risikobilliges

am gesamten Kapital deutlich weiter gesenkt werden kann. Das ist der Hintergrund für den geplanten neuen Expansionsschub der japanischen Imperialisten. Und sie haben die Schlacht gegen die japanische Arbeiterklasse noch nicht geschlagen. Im Gegenteil, diese setzt ihr hartnäckigen Widerstand entgegen.

Trotz 1,34 Mio. Arbeitslosen lasse die ,,Mobilität'' der japanischen Arbeiterklasse zu wünschen übrig, hat der Professor Katsumi Yakabe von der Universität Tokio festgestellt. Das ,,lebenslange Beschäftigungssystem'' sei schuld und überholt, weil die Grenze zwischen beschäftigten und unbeschäftigten Arbeitern zu starr sei. Die ,,unbeschäftigten'', das sind die Teile der Lohnabhängigen, die sich aus ruinierten Bauern und Fischern rekrutieren, das sind Frauen, die von den Kapitalisten keinen ,,lebenslangen'' Ausbeutungsvertrag bekommen, weil sie nicht als ,,Ernährer'' einer Familie gelten. Solange also nicht *jeder* Arbeiter jederzeit auf die Straße geworfen werden kann, kommt der Druck auf den Lohn nicht zur vollen Entfaltung. Deshalb plädiert der Herr Professor für das ,,amerikanische System''. In diesem abgründig reaktionären Programm der japanischen Finanzbourgeosie bildet die Landwirtschaft einen entscheidenden Eckpfeiler.

Von 1960 bis 1973 wurden 10 Mio. Bauern von ihrem Land vertrieben und als Lohnarbeiter in die Fabriken gepreßt. 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind auf diese Art und Weise für Bauland der Kapitalisten freigeräumt worden. Mit 1,1 Hektar im Durchschnitt ist die Betriebsgröße der verbliebenen kleinen Bauernhöfe so gering, daß 86% der Bauern ihre Arbeitskraft im ,,Nebenerwerb'', d.h. außerhalb des ,,lebenslangen Beschäftigungssystems'', an die Kapitalisten verkaufen müssen.

Die Landwirtschaftliche Produktion stagniert. Mit 3,2 Mio. t erreichte die Kartoffelernte 1972 gerade den Stand von 1960. Die Produktion von Sojabohnen ist in der Zeit von 418000 t auf 127000 t gesunken. Die japanischen Imperialisten ziehen es vor, sich die landwirtschaftlichen Produkte der asiatischen Länder billig anzueignen und importieren deshalb 97% des gesamten Bedarfs an Sojabohnen. Bei Weizen beträgt der Importanteil sogar 99%.

Durch die ständigen Lohnsenkungen der letzten Jahre hat die japanische Finanzbourgeoisie den Verbrauch der Volksmassen bei den wichtigsten Nahrungsmitteln drastisch gedrückt. Der Pro-Kopf-Verbrauch bei Reis lag 1960 noch bei 118 kg jährlich, 1972 waren es nur noch 92 kg. Demagogisch wird daraus eine ,,Überproduktion '' an Reis gemacht als Vorwand zur weiteren

Bauern von ihrem Land vertrieben und als Lohnarbeiter in die Fabriken gepreßt. 7% der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind auf diese Art und Weise für Bauland der Kapitalisten freigeräumt worden. Mit 1,1 Hektar im Durchschnitt ist die Betriebsgröße der verbliebenen kleinen Bauernhöfe so gering, daß 86% der Bauern ihre Arbeitskraft im ,,Nebenerwerb'', d.h. außerhalb des ,,lebenslangen Beschäftigungssystems'', an die Kapitalisten verkaufen müssen.

Die Landwirtschaftliche Produktion stagniert. Mit 3,2 Mio. t erreichte die Kartoffelernte 1972 gerade den Stand von 1960. Die Produktion von Sojabohnen ist in der Zeit von 418000 t auf 127000 t gesunken. Die japanischen Imperialisten ziehen es vor, sich die landwirtschaftlichen Produkte der asiatischen Länder billig anzueignen und importieren deshalb 97% des gesamten Bedarfs an Sojabohnen. Bei Weizen beträgt der Importanteil sogar 99%.

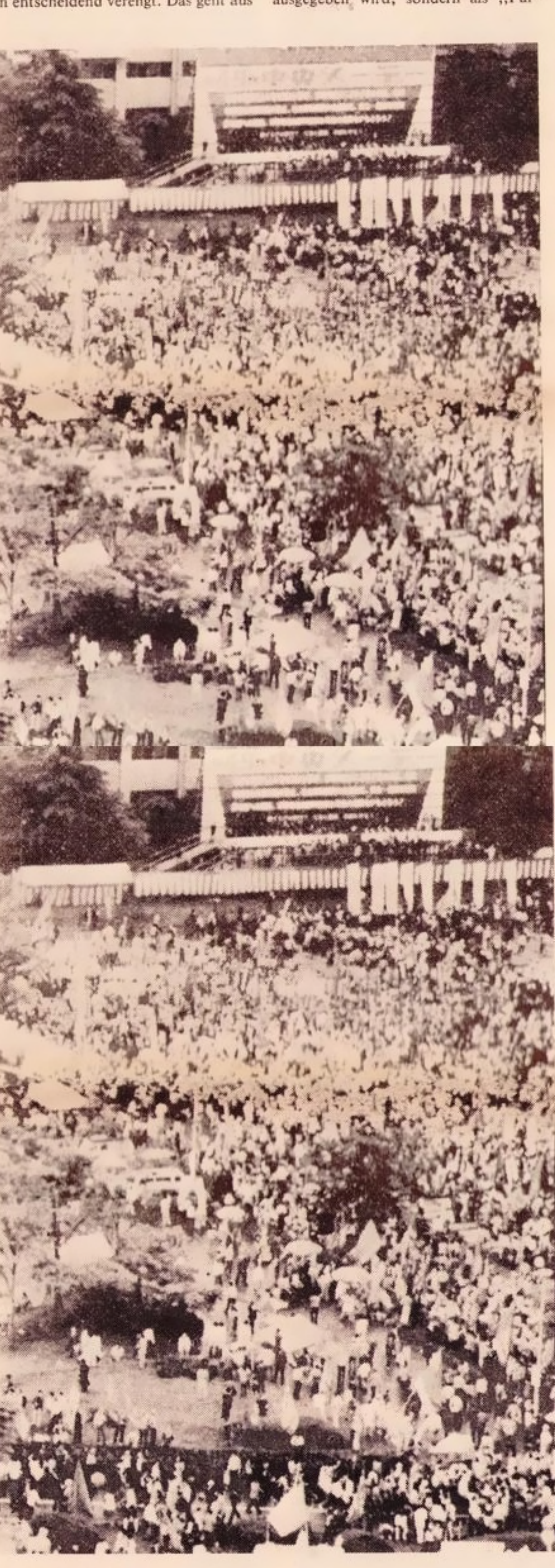
Durch die ständigen Lohnsenkungen der letzten Jahre hat die japanische Finanzbourgeoisie den Verbrauch der Volksmassen bei den wichtigsten Nahrungsmitteln drastisch gedrückt. Der Pro-Kopf-Verbrauch bei Reis lag 1960 noch bei 118 kg jährlich, 1972 waren es nur noch 92 kg. Demagogisch wird daraus eine ,,Überproduktion '' an Reis gemacht als Vorwand zur weiteren
Ruinierung der Reisbauern. Fleisch ist aus dem Konsum der Massen bereits weitgehend verschwunden. Der statistische Durchschnittsverbrauch von 42 Gramm pro Tag (ein Fünftel des Durchschnittsverbrauchs in der BRD) setzt sich nur noch aus den Steaks der Bourgeois zusammen. Nur sie können den Preis von 100 DM für ein Kilo Rindfleisch bezahlen. Durchgesetzt wird dieser Preis von einem staatlichen Fleischhandelsmonopol, der ,,Livestock Industry Promotion Corporation'', die den Einkauf des Schlachtviehs von den Bauern, den Import und den gesamten Großhandel kontrolliert. Außerdem verfügt sie über ein Netz von 2300 Verkaufsstellen. Sie legt die Einkaufspreise jährlich durch Verordnung fest; gegenwärtig sind es 1061 bis 1408 Yen (10,60 bis 14,00 DM) pro Kilo Rindfleisch. Zu einem Vielfachen dieses Preises wird das Fleisch durch Versteigerung an die Händler losgeschlagen. Importfleisch, das die japanischen Imperialisten billig in Argentinien oder Neuseeland einkaufen, wird mit einer Importsteuer von 25% und einem weiteren Steuerzuschlag von 750 Yen (3,50 DM) belegt. Während die Ausplünderung und Preistreiberei durch das staatliche Monopol das Fleisch für die Massen unerschwinglich macht, reicht der Preis, den die Bauern für das Schlachtvieh erhalten, genausowenig zu Leben. Von den 450000 Viehbauern haben 81% weniger als vier Rinder und sind auf Nebenerwerb angewiesen.

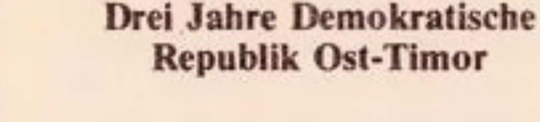
Mit solchen Maßnahmen haben die japanischen Imperialisten in den vergangenen Jahren die Reproduktionsbasis der Arbeiterklasse und der Bauern entscheidend verengt. Das geht aus ihren eigenen Statistiken hervor. Die Inflationsrate für Nahrungsmittel lag in den letzten Jahren beständig über der allgemeinen Preissteigerungsrate. 1975 um ganze 5%, im letzten Jahr um 1,3%. Die Statistik der Entwicklung des ,,persönlichen Konsums'' weist für Arbeiterhaushalte ab 1976 Minuswerte auf, für ,,Bauernhaushalte'' ,,Steigerungen'' von 1 bis 2%, die schon bei Anrechnung des Bevölkerungswachstums als reale Senkung des Konsums sichtbar werden.

Von den ,,privaten Haushalten'' sei keine Belebung der Nachfrage zu erwarten, so die ,,Süddeutsche Zeitung''. Zuvor genannter Professor Yakabe allerdings hält es mit der Psychologie: der Japaner habe seine traditionelle Sparmentalität aufgegeben, er sei egoistischer geworden. Letzteres mache sich auch an der Einstellung gegenüber den Kapitalisten bemerkbar, das ,,lebenslange Beschäftigungssystem'' laufe Gefahr, darüber zu Bruch zu gehen. *Daß* es zu Bruch geht, ist der Entwicklung des Klassenkampfs geschuldet. Solange der ideologische Nebel der ,,Fürsorge'' des Kapitalisten für den Arbeiter seine Wirkung zeigt in der Fesselung der Arbeiterbewegung, hat dieses System den Kapitalisten genützt. Da der Lohn gar nicht erst als ,,Bezahlung der geleisteten Arbeit'' ausgegeben wird, sondern als ,,Fürsorge'' des Kapitalisten für den Unterhalt des Arbeiters, besteht dieser ,,Unterhalt'' in einem Grundlohn, von dem niemand leben kann. Und *weil* niemand davon leben kann, sind die übrigen Bestandteile des Lohns in zahlreiche verschiedene Zulagen und Prämien des ,,fürsorgenden'' Kapitalisten aufgespalten, die seiner willkürlichen Verfügung unterstehen: Familienzuschlag, weil nur die einfache Arbeitskraft zählt und nicht etwa die Reproduktion der Klasse, Mietzuschlag, Fahrtkostenzuschlag, Bonus zweimal im Jahr, sofern es die ,,Ertragslage'', sprich der Profit erlaubt. Über Kürzungen und Streichungen bei den genannten Bonuszahlungen haben die Kapitalisten 1977 die in den Tarifkämpfen durchgesetzten Lohnerhöhungen auf 50% heruntergedrückt. Das wirkt sich deshalb so brutal aus, weil diese Prämien über 26% des Lohns ausmachen.



Der Kampf gegen den Flugplatz Narita ist für die Arbeiter und Bauern Japans eine wichtige Erfahrung ihres Zusammenschlusses gegen die imperialistische Bourgeoisie. Im Oktober meldete die bürgerliche Presse, daß der Flughafen bankrott ist.





1. Mai 1978 in Tokio

Ohne Überstunden, Schicht-, Nacht- und Akkordarbeit soll kein Arbeiter mehr ein Auskommen haben, schwebt den Bourgeois vor. 1977 nahm die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 1,7% im Gesamtdurchschnitt ab, die Überstunden stiegen um 6,7%. In einer Studie der wachsamen imperialistischen Konkurrenz der OECD wird das als ,,Verlangsamung'' notiert; immerhin hatte der Zuwachs der Überstunden ein Jahr zuvor über 31% betragen. Für die meisten Arbeiter gibt es die 5-Tage-Woche nicht, allenfalls ein oder zwei freie Samstage im Monat. Der Urlaubsanspruch beträgt im Durchschnitt 14 Tage, wovon im letzten Jahr die Arbeiter 9 Tage effektiv Urlaub genommen haben. Es gibt Arbeitsverträge, in denen die Klausel enthalten ist:,,Keine Arbeit, kein Lohn''. Das heißt, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Kranke Arbeiter verbringen dann z.B. ihren Urlaub mit fiebriger Erkrankung im Bett.

weil nur die einfache Arbeitskraft zählt und nicht etwa die Reproduktion der Klasse, Mietzuschlag, Fahrtkostenzuschlag, Bonus zweimal im Jahr, sofern es die ,,Ertragslage'', sprich der Profit erlaubt. Über Kürzungen und Streichungen bei den genannten Bonuszahlungen haben die Kapitalisten 1977 die in den Tarifkämpfen durchgesetzten Lohnerhöhungen auf 50% heruntergedrückt. Das wirkt sich deshalb so brutal aus, weil diese Prämien über 26% des Lohns ausmachen.

Ohne Überstunden, Schicht-, Nacht- und Akkordarbeit soll kein Arbeiter mehr ein Auskommen haben, schwebt den Bourgeois vor. 1977 nahm die Zahl der Beschäftigten in der Industrie um 1,7% im Gesamtdurchschnitt ab, die Überstunden stiegen um 6,7%. In einer Studie der wachsamen imperialistischen Konkurrenz der OECD wird das als ,,Verlangsamung'' notiert; immerhin hatte der Zuwachs der Überstunden ein Jahr zuvor über 31% betragen. Für die meisten Arbeiter gibt es die 5-Tage-Woche nicht, allenfalls ein oder zwei freie Samstage im Monat. Der Urlaubsanspruch beträgt im Durchschnitt 14 Tage, wovon im letzten Jahr die Arbeiter 9 Tage effektiv Urlaub genommen haben. Es gibt Arbeitsverträge, in denen die Klausel enthalten ist:,,Keine Arbeit, kein Lohn''. Das heißt, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Kranke Arbeiter verbringen dann z.B. ihren Urlaub mit fiebriger Erkrankung im Bett.

Das Rentenalter von 55 Jahren war bislang für die Kapitalisten ,,vernünftig''. Die verschlissenen Arbeiter wurden rasch aus der Produktion gestoßen, um junge unverbrauchte Arbeitskaft einzusaugen. Um den Lohnstandard in die Knie zu zwingen, ist es inzwischen ,,vernünftiger'', die alten Arbeiter als Bestandteil der industriellen Reservearmee zeitweilig weiter voll auszubeuten, das setzt eine Heraufsetzung des Rentenalters voraus und die Beseitigung von erkämpften Rechten. Professor Yakabe argumentiert, Verrentung heiße ja gar nicht, daß der Arbeiter in Rente gehe, ,,in Japan heißt das lediglich, daß seine Beschäftigung bei einem bestimmten Unternehmen endet.'' Veränderte Umstände, wie z.B. die 1961 eingeführte gesetzliche Rentenversicherung, auf deren Zahlungen erst ab dem 60. Lebensjahr Anspruch besteht, ,,haben einen gewissen Druck ausgeübt, das Rentenalter auf 60 Jahre auszudehnen''.

Rationalisierung in großem Umfang soll die ,,Konkurrenzfähigkeit'' wiederherstellen. 10% der Belegschaften sollen in den großen Betrieben entlassen werden. Auf der größten Werft sind für Anfang des kommenden Jahres Lohnkürzungen um 20 bis 25% angekündigt. Diese Lage beleuchtet die große Streikbewegung während der ,,Frühjahrsoffensive'', den jährlich anstehenden Tarifkämpfen. Umso mehr, als die Bedingungen dür die Organiserung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht einfach sind. Das System der betrieblichen Gewerkschaften ist eine ,,Errungenschaft'', die die US-Besatzer nach 1945 eingeführt hatten, um einen ,,Puffer'' gegen harte und langandauernde Streiks ganzer Abteilungen der Arbeiterklasse aufzubauen. Die japanische Arbeiterklasse hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Zersplitterung und Ausweitung der 65000 Einzelgewerkschaften zu überwinden. Sie hat Dachorganisationen gebildet, in denen sich Hunderte dieser Gewerkschaften zusammengeschlossen haben. Die Bourgeoisie weigert sich, diese als Gewerkschaft anzuerkennen, und mußte dennoch in den praktischen Kämpfen den Vertretungen der Dachverbände das

endet.'' Veränderte Umstände, wie z.B. die 1961 eingeführte gesetzliche Rentenversicherung, auf deren Zahlungen erst ab dem 60. Lebensjahr Anspruch besteht, ,,haben einen gewissen Druck ausgeübt, das Rentenalter auf 60 Jahre auszudehnen''.

Rationalisierung in großem Umfang soll die ,,Konkurrenzfähigkeit'' wiederherstellen. 10% der Belegschaften sollen in den großen Betrieben entlassen werden. Auf der größten Werft sind für Anfang des kommenden Jahres Lohnkürzungen um 20 bis 25% angekündigt. Diese Lage beleuchtet die große Streikbewegung während der ,,Frühjahrsoffensive'', den jährlich anstehenden Tarifkämpfen. Umso mehr, als die Bedingungen dür die Organiserung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht einfach sind. Das System der betrieblichen Gewerkschaften ist eine ,,Errungenschaft'', die die US-Besatzer nach 1945 eingeführt hatten, um einen ,,Puffer'' gegen harte und langandauernde Streiks ganzer Abteilungen der Arbeiterklasse aufzubauen. Die japanische Arbeiterklasse hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, um die Zersplitterung und Ausweitung der 65000 Einzelgewerkschaften zu überwinden. Sie hat Dachorganisationen gebildet, in denen sich Hunderte dieser Gewerkschaften zusammengeschlossen haben. Die Bourgeoisie weigert sich, diese als Gewerkschaft anzuerkennen, und mußte dennoch in den praktischen Kämpfen den Vertretungen der Dachverbände das
Recht zugestehen, die Arbeiter in den Tarifverhandlungen zu vertreten. In vorderster Front bei diesen Kämpfen steht der öffentliche Dienst mit 2,75 Mio gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten. Sie haben entschieden die Vereinheitlichung ihres gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Regierung zuwege gebracht.

Kapital zur Förderung der Beschäftigung zugeführt.'' (aus einer Broschüre der LO) Das heißt für die Arbeiter

Zwangssparen, Lohnraub und Angriff auf das Streikrecht. Der Kapitalistenverband (EA) hat sich in der ersten Verhandlungsrunde mit der LO nicht einigen können. Er wollte mehr Verfügungsgewalt über den Fonds. An den Kapitalisten wird die Sache allerdings nicht scheitern. Wohl aber an den Arbeitern. Sie haben die Unterbrechung der Verhandlungen genutzt, um ihre Forderungen zu formulieren. Einig sind sich alle Einzelgewerkschaften, daß Lohnsenkungen nicht hingenommen werden, sondern ausreichende Erhöhungen durchgesetzt werden müssen. Die wichtigsten Industriegewerkschaften sowie die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben die ,,ökonomische Demokratie'' in ihren Forderungskatalog nicht aufgenommen. Die meisten fordern dagegen, daß die ,,eingefrorenen Teuerungszuschläge'', d.h. die rund 4000 Kronen, die jedem Lohnabhängigen im letzten Jahr abgezogen wurden und die den Grundstock für den Fonds bilden sollen, sofort ausgezahlt werden.

Drei Jahre Demokratische Republik Ost-Timor

z.mat. 120000 Bewohner Ost-Timors seien ,,auf das Amnestieangebot der indonesischen Regierung aus den Bergen heruntergekommen'', hatten die Botschafter der USA, Kanadas und Australiens erzählt, die im September ,,die 27. und jüngste Provinz Indonesiens'' bereist hatten, und die ganze imperialistische Presse hatte die Lüge verspritzt. Der ,,harte Kern der Rebellen'' sei auf 2 – 400 Mann geschrumpft, die dem sicheren Hungertod entgegensähen. (FAZ, 12.9.) – Über die wirkliche Lage in der Demokratischen Republik Ost-Timor, drei Jahre nach ihrer Gründung, hat ein Vertreter der Befreiungsorganisation Ost-Timors, Fretilin, am 7.12. auf einer Pressekonferenz in Bonn berichtet. Im Osten sind die Versuche der indonesischen Invasoren, eine große Umkreisungsoffensive gegen die Befreiungsarmee einzuleiten, von dieser in enger Zusammenarbeit mit den Volksmassen zunichte gemacht worden. Im Süden, an der Küste, wagen sich die Invasoren nur mit Luftunterstützung aus ihren Stützpunkten heraus. In einer Schlacht bei Renexio wurden 64 indonesische Soldaten getötet. Auch bei Kämpfen in der Gegend von Vequeque und Baucau hatten die Feinde Verluste und mußten überdies eine Meuterei ihrer eigenen Truppen niederschlagen. – Der Kampf des Volkes von Ost-Timor um sein Selbstbestimmungsrecht genießt die Unterstützung eines immer größeren Teils der Staaten der Dritten Welt.

Gemeinsame Erklärung der PLO und Jordaniens

z.mat. Ende November befand sich eine Delegation des Palästinensischen Nationalrats für vier Tage in Jordanien, um mit der jordanischen Regierung eine Übereinkunft über zukünftige Zusammenarbeit beim Kampf gegen das zionistische Kolonialregime auszuarbeiten. Am 1. Dezember wurde prinzipielle Einheit erzielt. Der Präsident des Nationalrats, Khaled Fahum, und der jordanische Ministerpräsident Mudar Badran betonten in einer Pressemitteilung, daß beide Seiten das Recht des palästinensischen Volkes unterstützen, unter Führung der PLO als einzig legitimer Vertretung ihr Land zu befreien, und daß beide Seiten die Souveränität Jordaniens respektieren und verteidigen. Beide Parteien lehnen das Abkommen von Camp David und jede getrennte Lösung für die Westbanks ab. Jordanien hat eine Amnestie für 500 palästinensische Freiheitskämpfer, die sich noch in jordanischen Gefängnissen befinden, angekündigt. Jordanische Zeitungen berichten, daß Jordanien den Kampf der Palästinenser in den besetzten Gebieten unter Führung der PLO unterstützen wird. – ,,Die Bundesregierung will Jordanien für die Ergebnisse der ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen gewinnen'', hatte das ZDF anläßlich des Staatsbesuches des Königs Hussein in Bonn am 11.11. mitgeteilt. Die arabische Einheit erweist sich als stärker.

Die Kämpfe in Angola verstärken sich

z.elb. Auf ihrer Konferenz zur Aussöhnung beschlossen Angola und Zaire ein Verkehrsabkommen über die Wiedereröffnung der Benguela-Bahn am 11. November (siehe KVZ Nr. 45/78), eine Bahn, die die zairische Provinz Shaba mit dem angolanischen Hafen Lobito verbindet. Große Bedeutung hat sie für den Handel zwischen beiden Ländern und für den Transport der Erze aus Zaire. Bisher ist es jedoch nicht möglich, die Bahn vollständig in Betrieb zu nehmen. Sie liegt in dem von der UNITA kontrollierten Gebiet und ist von kubanischen Truppen besetzt. Mehrfach hat die UNITA erfolgreiche Angriffe gegen die Kubaner geführt. ,,Der Guerrillakampf richtet sich gegen die Kubaner und Russen, aber wir sind zu einem Dialog mit der MPLA und allen anderen Gruppen über die Lösung des Konflikts in Angola bereit'', sagte Chitunda, Sprecher der UNITA. Mittels starker Truppenverbände Südafrikas im Norden von Namibia drückt die andere Supermacht auf Angola. Nur die nationale Einheit und damit die Vertreibung der sozialimperialistischen Besatzer sowie die Zurückweisung sämtlicher Einmischungsversuche der Supermächte ermöglichen es Angola, die erreichten Fortschritte im Aufbau des Landes und in den Beziehungen zu den anderen afrikanischen Ländern zu nutzen.



Die Kampfaktion der westdeutschen Stahlarbeiter hat internationale Unterstützung. Sie kann bis zur Niederlage der Kapitalisten fortgesetzt werden. – Wenn die Kampfaktion härter wird, so *wird* die internationale Unterstützung auch zunehmen.

Belgien: R. Plasman, Vertrauensmann im Walzwerk von Cockerill-Da Provence, Charleroi / Kandidat von „Alle Macht den Arbeitern – Kommunistische Arbeiterpartei im Aufbau" bei den Parlamentswahlen am 17. Dezember

Ihr habt gehört, daß die Stahlarbeiter in Westdeutschland für eine Lohnerhöhung von 5% (wir meinen, es müssen 120 DM für alle sein) sowie für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden in den Streik getreten sind. Die belgische Arbeiterklasse führt ebenfalls seit einigen Jahren den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, im allgemeinen unter der Forderung nach der 36-Stunden-Woche. Welche Bedeutung hat für euch als Stahlarbeiter diese Forderung, speziell im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung?

Wir belgischen Stahlarbeiter fordern die 36-Stunden-Woche, hauptsächlich, um gegen die Entlassungen zu kämpfen, die die Unternehmer in den Stahlbetrieben durchsetzen wollen. Sie haben schon jetzt die Zahl der Beschäftigten bedeutend verringert, und wenn wir die 36-Stunden-Woche durchsetzen könnten, würde das ermöglichen, eine größere Zahl von Arbeitern in Beschäftigung zu halten.

In dem „Nationalen Plan für die belgische Stahlindustrie", der jetzt vor drei Wochen endgültig verabschiedet worden ist, ist ausdrücklich festgehalten worden, daß „als Gegenleistung für die Verkürzung der Arbeitszeit (auf 39 Stunden in diesem Jahr und auf 38 Stunden im Jahr 1979, Anm.) die gewerkschaftlichen Organisationen sich verpflichten, aktiv bei der Erhöhung der Produktivität mitzuwirken, speziell bei allen Maßnahmen zur Rationalisierung ..." usw. Eure Gewerkschaften haben das unterschrieben, und mit diesem Ergebnis haben sie den General-

Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden in den Streik getreten sind. Die belgische Arbeiterklasse führt ebenfalls seit einigen Jahren den Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit, im allgemeinen unter der Forderung nach der 36-Stunden-Woche. Welche Bedeutung hat für euch als Stahlarbeiter diese Forderung, speziell im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung?

Wir belgischen Stahlarbeiter fordern die 36-Stunden-Woche, hauptsächlich, um gegen die Entlassungen zu kämpfen, die die Unternehmer in den Stahlbetrieben durchsetzen wollen. Sie haben schon jetzt die Zahl der Beschäftigten bedeutend verringert, und wenn wir die 36-Stunden-Woche durchsetzen könnten, würde das ermöglichen, eine größere Zahl von Arbeitern in Beschäftigung zu halten.

In dem „Nationalen Plan für die belgische Stahlindustrie", der jetzt vor drei Wochen endgültig verabschiedet worden ist, ist ausdrücklich festgehalten worden, daß „als Gegenleistung für die Verkürzung der Arbeitszeit (auf 39 Stunden in diesem Jahr und auf 38 Stunden im Jahr 1979, Anm.) die gewerkschaftlichen Organisationen sich verpflichten, aktiv bei der Erhöhung der Produktivität mitzuwirken, speziell bei allen Maßnahmen zur Rationalisierung ..." usw. Eure Gewerkschaften haben das unterschrieben, und mit diesem Ergebnis haben sie den General-

streik in der wallonischen Stahlindustrie im Juni abgebrochen. Ihr habt also jetzt seit dem 1. November die 39-Stunden-Woche, wie sieht das in der Realität aus?

Nun, was die Anwendung der 39-Stunden-Woche angeht, versuchen die Unternehmer, gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen durchzusetzen, die darauf abzielen, die Produktivität zu steigern. Darunter sind zunächst Maßnahmen zur Abschaffung von einigen Verbesserungen, die wir uns erkämpft hatten, speziell die Möglichkeit, die Arbeit eine halbe oder eine Stunde früher zu beenden, und zwar innerhalb der bezahlten Arbeitszeit. Das haben sie noch nicht durchgesetzt, aber sie versuchen es jetzt gerade. Sie machen viel Aufhebens darum, daß wir natürlich acht Stunden abrechnen, und wollen jetzt an die Pausen 'ran, die wir zum Essen haben, da haben wir 20 Minuten, aber praktisch nehmen wir, d.h. die, die Schicht arbeiten, zwei- oder dreimal eine halbe Stunde, das wollen sie jetzt auf 2-3 mal 20 Minuten bringen. So wollen sie also die tägliche Arbeitszeit innerhalb der acht Stunden am Tag ausdehnen.

Praktisch habt ihr also bisher nur sieben Stunden am Tag gearbeitet?

Ja, das heißt, bei uns nur 6,5 Stunden! Wir haben dreimal bei uns in der Schicht eine halbe Stunde Pause.

War das ein tariflich zugesichertes Recht oder ein gewohnheitsmäßiges Recht?

Nein, das ist nicht tariflich, es ist auch von Fabrik zu Fabrik unterschiedlich. Tariflich sind überhaupt nur 20 Minuten am Tag. In den Automobilfabriken haben sie zweimal 20 Minuten. Das Ganze hängt sehr von der Arbeit ab, die man macht, also ob schwere Arbeit, Lärm usw. In verschiedenen Sektoren fordert man jetzt eine vierte Pause am Tag.

Noch einmal zur Steigerung der Produktivität. Kannst du noch andere Beispiele geben, in welche Richtung die Kapitalisten da marschieren wollen?

Ja, andere Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität sind zum Beispiel die, die sie „mehrfache Einsetzbarkeit" nennen. Das heißt, daß ein Arbeiter nicht strikt seine Arbeit macht, sondern daß er zwei, drei oder vier verschiedene Arbeiten machen muß. Dadurch kann dann natürlich auch jeder leichter ersetzt werden, und man kann die Arbeiter leichter durch die Fabrik schicken, um jede Arbeit zu machen, was gerade anliegt. Dann eine andere Maßnahme in dem Zusammenhang ist, was sie „Mobilität" nennen. Das heißt, im Augenblick bleibt man noch in seiner Abteilung, aber einer, der, sagen wir, bei Providence im Walzwerk arbeitet, darf dann auch nach Marcinelle oder sogar bei Hainaut-Sambre im Walzwerk arbeiten geschickt werden. Von diesen Maßnahmen haben sie noch keine bisher voll durchgesetzt, aber seit Juni versuchen sie dauernd, das durchzukriegen. Aber da sind sie bei den Arbeitern bzw. den Delegierten bisher auf entsprechenden Widerstand gestoßen. Es stimmt, was

mobilfabriken haben sie zweimal 20 Minuten. Das Ganze hängt sehr von der Arbeit ab, die man macht, also ob schwere Arbeit, Lärm usw. In verschiedenen Sektoren fordert man jetzt eine vierte Pause am Tag.

Noch einmal zur Steigerung der Produktivität. Kannst du noch andere Beispiele geben, in welche Richtung die Kapitalisten da marschieren wollen?

Ja, andere Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität sind zum Beispiel die, die sie „mehrfache Einsetzbarkeit" nennen. Das heißt, daß ein Arbeiter nicht strikt seine Arbeit macht, sondern daß er zwei, drei oder vier verschiedene Arbeiten machen muß. Dadurch kann dann natürlich auch jeder leichter ersetzt werden, und man kann die Arbeiter leichter durch die Fabrik schicken, um jede Arbeit zu machen, was gerade anliegt. Dann eine andere Maßnahme in dem Zusammenhang ist, was sie „Mobilität" nennen. Das heißt, im Augenblick bleibt man noch in seiner Abteilung, aber einer, der, sagen wir, bei Providence im Walzwerk arbeitet, darf dann auch nach Marcinelle oder sogar bei Hainaut-Sambre im Walzwerk arbeiten geschickt werden. Von diesen Maßnahmen haben sie noch keine bisher voll durchgesetzt, aber seit Juni versuchen sie dauernd, das durchzukriegen. Aber da sind sie bei den Arbeitern bzw. den Delegierten bisher auf entsprechenden Widerstand gestoßen. Es stimmt, was

du sagst, daß unsere Gewerkschaften das Abkommen unterschrieben haben, aber nur die Gewerkschaftsführung, an der Basis und in den Delegiertenkörpern, vor allem bei uns, gibt es einen starken Widerstand gegen die Produktivitätsklausel, und wir haben bisher alle Maßnahmen zurückgewiesen.

Siehst du eine Gefahr, daß die Forderung nach der 36-Stunden-Woche, reformistisch verwendet, sich in ein Instrument der Intensifikation der Arbeit, eine Waffe gegen die Arbeiter verwandelt?

Nun, es ist klar, so wie wir die 39- bzw. 38-Stunden-Woche jetzt haben, ist sie bei den Arbeitern in der Fabrik schlecht angesehen. Die meisten sagen: Gut, die 38-Stunden-Woche mit Produktivitätssteigerung, wie wir sie jetzt haben, was ist der Unterschied? Wir arbeiten jetzt sechs Tage im Jahr weniger, weil die Arbeitszeitverkürzung ja tatsächlich nur durch einige zusätzliche Ruhetage zustande kommt.

Das heißt, die Arbeitswoche hat sich gar nicht geändert?

Nein, außer eben, wo man einen Ruhetag hat. Auf diese Weise haben wir ja übrigens damals auch nur die Verringerung von der 48- auf die 40-Stunden-Woche bekommen, nämlich durch einen Ruhetag in der Woche, der aber nicht der Samstag sein muß. Wenn wir jetzt bei der 36-Stunden-Woche ankommen, hast du einen zusätzlichen Ruhetag alle zwei Wochen. Was die Beschäftigung angeht, weshalb wir ja auch hauptsächlich die 36-Stunden-Woche fordern, hat es keine großen Konsequenzen. Die Ruhetage kann der Unternehmer mit derselben Zahl von Arbeitern mit Leichtigkeit herausholen, er stellt natürlich dafür keine neuen Arbeiter ein.

Welche Forderungen stellt ihr, außer der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, auf, um gegen die kapitalistische Rationalisierung zu kämpfen?

Nun, eine erste Forderung ist, daß die gewerkschaftlichen Vertretungsorgane das Recht haben müssen, das Arbeitstempo zu kontrollieren und ebenso auch die Zahl der Arbeiter, die für jede einzelne Arbeit eingesetzt wird. Eine Art, wie sie die Produktivität erhöhen, ist ja, daß sie die Zahl der Arbeiter vermindern, wo vorher 5 arbeiteten, arbeiten jetzt 4 oder manchmal sogar nur 3. Wir wollen das verhindern und sichern, daß die Belegschaften in den Abteilungen komplett sind. Dann, eine andere Forderung, die wichtig ist, die von den Gewerkschaften nicht aufgestellt wird, aber die wir bei den Arbeitern zu verankern versuchen, das ist die Einstellung von proportional soviel Arbeitern wie die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt, also 10% bei der 36-Stunden-Woche. Es ist klar, daß die Gewerkschaftsführung, wo sie sich jetzt für die Produktivitätspläne in der Stahlindustrie ausgesprochen hat, davon nichts hören will.

Stellt ihr auch Forderungen gegen die Ausdehnung der Schichtarbeit auf, und gegen die Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit?

Was TPO („Alle Macht den Arbei-

Arbeitern mit Leichtigkeit herausholen, er stellt natürlich dafür keine neuen Arbeiter ein.

Welche Forderungen stellt ihr, außer der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung, auf, um gegen die kapitalistische Rationalisierung zu kämpfen?

Nun, eine erste Forderung ist, daß die gewerkschaftlichen Vertretungsorgane das Recht haben müssen, das Arbeitstempo zu kontrollieren und ebenso auch die Zahl der Arbeiter, die für jede einzelne Arbeit eingesetzt wird. Eine Art, wie sie die Produktivität erhöhen, ist ja, daß sie die Zahl der Arbeiter vermindern, wo vorher 5 arbeiteten, arbeiten jetzt 4 oder manchmal sogar nur 3. Wir wollen das verhindern und sichern, daß die Belegschaften in den Abteilungen komplett sind. Dann, eine andere Forderung, die wichtig ist, die von den Gewerkschaften nicht aufgestellt wird, aber die wir bei den Arbeitern zu verankern versuchen, das ist die Einstellung von proportional soviel Arbeitern wie die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt, also 10% bei der 36-Stunden-Woche. Es ist klar, daß die Gewerkschaftsführung, wo sie sich jetzt für die Produktivitätspläne in der Stahlindustrie ausgesprochen hat, davon nichts hören will.

Stellt ihr auch Forderungen gegen die Ausdehnung der Schichtarbeit auf, und gegen die Samstags-, Sonntags- und Feiertagsarbeit?

Was TPO („Alle Macht den Arbei-

tern", Anm.) angeht, wir fordern das Verbot der Nachtarbeit, außer wo das technisch nicht möglich ist. In der Stahlindustrie, an den Hochöfen, ist das natürlich nicht überall möglich, aber zum Beispiel an den Walzstraßen ist es ohne weiteres möglich. Dann, was die Sonntagsarbeit angeht: Früher war die Sonntagsarbeit in der Stahlindustrie für die Arbeiter von größter Bedeutung, weil ihnen dies erst ermöglicht hat, einen ausreichenden Lohn zu bekommen. Die wurde doppelt bezahlt, dabei machte man am Sonntag nicht soviel. Seit 1974/75 gibt es die allgemeine Sonntagsarbeit in der Stahlindustrie nicht mehr, außer natürlich in der Kontischicht, also von einer Fabrik von 2500 Arbeitern vielleicht nur 400 oder 500. Vor 1974 arbeiteten alle, die in der normalen Wechselschicht waren, meistens den Sonntagvormittag. Oft haben sie in der Nacht davor gearbeitet, und dann auch noch am Sonntag nachmittag. Sie hatten auch keine Erholtage unter der Woche, sie arbeiteten voll durch, aber sie hatten eben einen doppelten Lohn für diesen Tag. Daß diese Sonntagsarbeit weggefallen ist, ist aber alles andere als eine Errungenschaft, die Arbeiter wollten weiterarbeiten, weil sie den Lohn brauchten, aber es waren die Unternehmer, die die Sonntagsarbeit dann haben fallenlassen, weil die Produktion nicht mehr so lief.

Bei uns gibt es die ganz entgegengesetzte Entwicklung, daß die Kontischicht, die die Arbeit am Samstag und Sonntag einschließt, immer mehr ausgedehnt wird.

An den Hochöfen ist das bei uns auch so, sieben Tage Arbeit, ein Tag Pause, sieben Tage Arbeit, ein Tag Pause, sieben Tage Arbeit und fünf Tage Pause. Das ist die Kontischicht bei uns. Das wollten sie bei uns auch auf die Walzwerke ausdehnen, und zwar im Jahr 1974. Aber dann gab es größere Aktionen dagegen, bei Hainaut-Sambre sind die Arbeiter in den Streik getreten, und wir haben auch Aktionen dagegen gemacht, und danach haben sie das fallenlassen. Seitdem dann hat sich die Sache eher in die andere Richtung entwickelt, d.h. zum Beispiel hatten die Kapitalisten es bei Hainaut-Sambre trotz dem Streik noch durchgesetzt, aber haben es nachher wieder fallengelassen, mit Beginn der Krise eben, als die Aktivitäten des Unternehmens nachließen.

Aber samstags arbeiten mehr als nur die, die auf Kontischicht sind?

Samstag ist ein normaler Arbeitstag für alle. Wir haben offiziell ja immer noch die 48-Stunden-Woche, d.h. die 6-Tage-Woche, aber mit einem Ruhetag unter der Woche. Aber praktisch hast du die eine Woche keinen Ruhetag und die nächste zwei, das kann auch wechseln.

Nächste Frage: Wie haben sich eure Löhne in den letzten Jahren entwickelt, und speziell auch die Lohndifferenzen zwischen den einzelnen Arbeiterkategorien? Kannst du mir Beispiele nennen, wo die zu niedrigen Löhne die Arbeiter zwingen, Überstunden zu machen, Schichtarbeit anzunehmen usw?

Die Löhne haben sich in den letzten Jahren sehr stark verringert. Nicht offiziell, aber vor allem dadurch, daß eine große Zahl veralteter Anlagen stillgelegt worden sind. Man hat die Arbeiter z.B. von einer älteren auf eine neuere Walzstraße versetzt, aber dabei hat man auch gleich die Löhne völlig neu festgesetzt. Wo ich arbeite, sind Kollegen, die in den 60er Jahren an die 30000 Francs im Monat verdient haben, und zwar netto, und jetzt, zehn Jahre später, haben sie nicht einmal mehr soviel. Jetzt haben sie höchstens 25, 26 oder 27000 Francs im Monat. Das wurde von den Arbeitern hingenommen, weil es ein spezielles Überbrückungsabkommen gab, aber so, daß der Lohn blockiert wurde, bis der neue Lohn das Niveau des alten erreichte. In Wirklichkeit haben sie also die vier oder sechs Jahr lang immer weniger bekommen, nur eben nicht auf einen Schlag. Viele sind darauf erst reingefallen.

Was das allgemeine Lohnniveau angeht: ihr habt ja seit Jahren keine regulären Tarifverhandlungen mehr gehabt.

Nein, seit 1974 hat es keine regulären Lohntarifverträge gegeben. Der letzte ist jetzt wieder im Zusammenhang mit dem Gesamtplan für die Stahlindustrie abgeschlossen worden, aber dazwi-

spiele nennen, wo die zu niedrigen Löhne die Arbeiter zwingen, Überstunden zu machen, Schichtarbeit anzunehmen usw?

Die Löhne haben sich in den letzten Jahren sehr stark verringert. Nicht offiziell, aber vor allem dadurch, daß eine große Zahl veralteter Anlagen stillgelegt worden sind. Man hat die Arbeiter z.B. von einer älteren auf eine neuere Walzstraße versetzt, aber dabei hat man auch gleich die Löhne völlig neu festgesetzt. Wo ich arbeite, sind Kollegen, die in den 60er Jahren an die 30000 Francs im Monat verdient haben, und zwar netto, und jetzt, zehn Jahre später, haben sie nicht einmal mehr soviel. Jetzt haben sie höchstens 25, 26 oder 27000 Francs im Monat. Das wurde von den Arbeitern hingenommen, weil es ein spezielles Überbrückungsabkommen gab, aber so, daß der Lohn blockiert wurde, bis der neue Lohn das Niveau des alten erreichte. In Wirklichkeit haben sie also die vier oder sechs Jahr lang immer weniger bekommen, nur eben nicht auf einen Schlag. Viele sind darauf erst reingefallen.

Was das allgemeine Lohnniveau angeht: ihr habt ja seit Jahren keine regulären Tarifverhandlungen mehr gehabt.

Nein, seit 1974 hat es keine regulären Lohntarifverträge gegeben. Der letzte ist jetzt wieder im Zusammenhang mit dem Gesamtplan für die Stahlindustrie abgeschlossen worden, aber dazwi-

schen hatten wir überhaupt keine Lohnerhöhung. Jetzt haben wir eine Prämie von 5500 bfr pro Arbeiter bekommen, aber wir haben hier in Charleroi davon erst 4000 gesehen, was die restlichen 1500 angeht, keine Ahnung, wann wir die kriegen, und ob wir sie jemals kriegen.

Gibt es eine Entwicklung, daß Arbeiter wegen niedrigen Löhnen wieder Überstunden machen müssen?

Früher, als es die Sonntagsarbeit gab, kann man sagen, daß die Löhne sogar ganz gut waren. Jetzt, wo das weggefallen ist, haben die Leute Lohnsenkungen einstecken müssen, die – wenn du leicht an einem Sonntag 2000 Francs machen konntest – insgesamt ca. 8000 Francs im Monat ausmachen. Nur wegen der Sonntagsarbeit waren die Löhne in der Stahlindustrie so hoch gewesen. Dann gibt es außerdem noch eine ganze Zahl von Arbeitern, die äußerst niedrige Löhne haben. Wir haben auf gewerkschaftlicher Ebene in Providence eine regelrechte Bewegung für die Erhöhung der niedrigen Löhne eingeleitet. Es gibt bei uns Löhne, die nur 115 Francs in der Stunde betragen, plus 20%, weil auf 48-Stunden-Basis abgerechnet wird, d.h. reell kommen sie so auf 135 Francs die Stunde. Das macht keine 20000 Francs im Monat. Das sind natürlich nicht allzuviele, die in diesen Lohnkategorien sind, die Wärter, die Reinigungsfrauen, die an den Pumpen, also die einfachen Handarbeiten. Die Wärter müssen natürlich dann immer möglichst den Sonntag mitnehmen, um auf ihren Lohn zu kommen.

Aber sieht du nicht in größerem Umfang die Gefahr, daß Arbeiter auch der höheren Lohnkategorien von neuem gezwungen werden, mit der Sonntagsarbeit wieder anzufangen? Z.B., wenn es wieder etwas Konjunktur gibt, und wenn ein Teil der unrentablen Fabriken stillgelegt ist, wie es der Stahlplan ja vorsieht, so daß in den übriggebliebenen Fabriken dann wieder mit voller Intensität und mit längeren Arbeitstagen gearbeitet wird?

Das ist nicht unmöglich. Aber die meisten Arbeiter wollen jetzt die Sonntagsarbeit nicht mehr machen. Allein schon, wenn sie am Jahresende die Steuerabzüge sehen, dann stellen sie fest, daß sie die Sonntage praktisch umsonst gearbeitet haben. Das heißt also, daß unter den Arbeitern eine große Opposition gegen die Sonntagsarbeit da ist. Aber natürlich werden die Unternehmer, wie du sagst, wenn sie eine gewisse Anzahl von Betrieben jetzt noch stillgelegt haben, die übrigen Betriebe bis zum Maximum ausfahren wollen, und dann auch wieder die Sonntagsarbeit einführen wollen.

Ich beharre auf dem Punkt etwas, weil wir immer sehr hervorheben, daß die Frage der Löhne beim Kampf um die Arbeitszeitverkürzung eine entscheidende Rolle spielt, allein schon, damit sie nicht sowieso nur auf dem Papier steht.

Das stimmt. Ich habe auch den Eindruck, daß sich die Frage der Löhne bei uns jetzt in der nächsten Zeit stellen wird, weil die Unzufriedenheit unter den Arbeitern immer mehr wächst darüber, daß ihre realen Löhne gegenüber denen vor 5, 6 oder 10 Jahren gesunken sind.

In welcher Situation siehst du die Arbeiterbewegung in der Stahlindustrie bei euch im Augenblick? Wir haben in einem Artikel geschrieben, daß unserer Meinung nach die Reformisten vor allem den großen Streik im Juni damit ruiniert haben, daß sie nur die 36-Stunden-Woche nach vorn geschoben haben, die anderen Forderungen dafür fallengelassen haben, und in Wirklichkeit etwas ganz anderes als eine Arbeitszeitverkürzung herausgeholt haben. Jetzt, wo der Stahlplan durchgesetzt wird, sieht man von seiten der Arbeiter keine Opposition dagegen.

Sie haben die Bewegung auf zweierlei Weise zerschlagen. Erstens mit der 39-Stunden-Regelung, so wie sie sie ausgehandelt haben, und dann mit dem „Plan Claes", d.h. dem Versprechen von Staatsbeteiligung in der Stahlindustrie, und der Demagogie, daß es besser wäre, jetzt 10000 Arbeitsplätze zu verlieren, als in einigen Jahren 40000. Damit haben sie die Bewegung gebrochen. Aber ich glaube, jetzt, wo sie offiziell erklärt haben, was sie alles zumachen wollen, jetzt werden die Leute aufwachen, weil sie sehen, daß sie überhaupt keine Garantien gegen Entlassungen haben. Und für die, die in Arbeit bleiben, wird sich die Frage des Lohns verschärft stellen. Bei uns im Betrieb wird die Stahlschmelze ge-

wird, weil die Unzufriedenheit unter den Arbeitern immer mehr wächst darüber, daß ihre realen Löhne gegenüber denen vor 5, 6 oder 10 Jahren gesunken sind.

In welcher Situation siehst du die Arbeiterbewegung in der Stahlindustrie bei euch im Augenblick? Wir haben in einem Artikel geschrieben, daß unserer Meinung nach die Reformisten vor allem den großen Streik im Juni damit ruiniert haben, daß sie nur die 36-Stunden-Woche nach vorn geschoben haben, die anderen Forderungen dafür fallengelassen haben, und in Wirklichkeit etwas ganz anderes als eine Arbeitszeitverkürzung herausgeholt haben. Jetzt, wo der Stahlplan durchgesetzt wird, sieht man von seiten der Arbeiter keine Opposition dagegen.

Sie haben die Bewegung auf zweierlei Weise zerschlagen. Erstens mit der 39-Stunden-Regelung, so wie sie sie ausgehandelt haben, und dann mit dem „Plan Claes", d.h. dem Versprechen von Staatsbeteiligung in der Stahlindustrie, und der Demagogie, daß es besser wäre, jetzt 10000 Arbeitsplätze zu verlieren, als in einigen Jahren 40000. Damit haben sie die Bewegung gebrochen. Aber ich glaube, jetzt, wo sie offiziell erklärt haben, was sie alles zumachen wollen, jetzt werden die Leute aufwachen, weil sie sehen, daß sie überhaupt keine Garantien gegen Entlassungen haben. Und für die, die in Arbeit bleiben, wird sich die Frage des Lohns verschärft stellen. Bei uns im Betrieb wird die Stahlschmelze ge-

schlossen, und das ist das Problem Nr. 1 für die Arbeiter, die dann umgesetzt werden: ist ihr Lohn garantiert? Wenn sie keine Garantie bekommen, werden sie zu kämpfen beginnen, das ist sicher. Jetzt im Moment gibt es einzelne zerstreute Kämpfe, und zwar vor allem gegen die Steigerung der Produktivität, vor allem den Personalmangel. So viele Ältere sind schon mit „Überbrückungspension" gegangen, und jetzt sind fast überall zu wenig Leute. Wir haben in der letzten Woche die Arbeit gestoppt, weil fünf Leute fehlten, aber so sieht es die ganze Woche über praktisch in allen Abteilungen aus.

Die letzte Frage: welche Bedeutung hat der Streik der westdeutschen Stahlarbeiter für eure eigenen Kämpfe? Gibt es eine Solidarität bei euch mit dem Streik?

Ja, es wird über den Streik im Betrieb sehr viel gesprochen, seit er begonnen hat. Die Kollegen fühlen sich dadurch ermutigt, sie sagen: seht ihr, die Westdeutschen haben dieselben Probleme und dieselben Forderungen wie wir, und sie gehen dafür in den Streik. Für uns als politische Organisation ist das auch günstig, um gegen den Chauvinismus anzugehen. Die Unternehmen kommen ja immer daher und sagen: wenn ihr streikt, dann nehmen uns die Westdeutschen oder die Japaner die Arbeit weg, die arbeiten mehr. Dasselbe sagen sie ja wahrscheinlich bei euch zu den Arbeitern. Und auch deshalb ist es für uns wichtig zu sehen, daß die westdeutschen Arbeiter für ihre Forderungen in den Streik treten.

Frankreich: Vertrauensmann der Gewerkschaft CFDT im Stahlwerk Usinor

Longwy, eine Stadt mit rund 20000 Einwohnern, liegt im Norden des lothringischen Kohle- und Stahlreviers, dicht an der französisch-luxemburgischen Grenze. Das ganze Gebiet ist überzogen mit einem dichten Netz von Stahlwerken, Kohle- und Eisenerzbergwerken. Ein großer Teil dieser Kapazität ist in den letzten Jahren im Zug der Konzentration und Rationalisierung der französischen Kapitalisten vernichtet worden, und die Produktion wurde in neue Stahlwerke an der Atlantik- oder Mittelmeerküste verlagert. Im Raum Longwy wurden in den letzten 15 Jahren 10000 Arbeitsplätze liquidiert. Longwy selbst wird von dem Usinor-Stahlwerk beherrscht, zu dem fünf Hochöfen gehören sowie unter anderem eine Drahtzieherei, die 25% des französischen Bedarfs deckt und eine Anlage für Bauträger, die 50% der französischen Produktion stellt. Wir haben mit einem Vertrauensmann der Gewerkschaft CFDT in diesem Werk über die Arbeitsbedingungen und über die Auswirkungen der Rationalisierungs- und Konzentrationsmaßnahmen gesprochen.

Im Augenblick gibt es im Werk noch 7500 Arbeiter. Die Anlagen sind aber z.T. über 30 Jahre alt, und die Produktion ist seit 1975 ständig zurückgegangen. Um mit der Konkurrenz Schritt halten zu können, will Usinor, zusammen mit einem anderen Konzern, jetzt ein neues Stahlwerk mit Sauerstoffkonvertern bauen. Das soll aber nach Neuve-Maisons bei Nancy kommen, und die Thomaskonverter hier wie dort sollen stillgelegt werden, nachdem sie jahrelang versucht haben, die Belegschaften beider Werke gegeneinander mit der Schließungsdrohung auszuspielen. Die Verarbeitungswerke wie die Drahtzieherei sollen wohl erhalten bleiben. Sie nutzen aber insgesamt diese sogenannte Gesundschrumpfung, um die Löhne zu senken und die Arbeiterzahlen zu verringern. Ich arbeite z.B. im Blechwalzwerk. Bis jetzt in Kontischicht. Von den 500 Kollegen sind jetzt über 100 entlassen worden, andere wurden im Betrieb umgesetzt und die Produktion wird erst einmal auf nichtkontinuierlichen Dreischichtbetrieb umgestellt. Das heißt, wenigstens am Sonntag haben wir frei. Aber der Preis, den wir für diesen Fortschritt zahlen, ist hoch. Wir verlieren 25% unseres Lohns, und die Arbeitszeit wird von 40 Wochenstunden auf 42,5 Wochenstunden verlängert.

Was verdienst du jetzt?

Ich bin in der untersten Facharbeiterlohngruppe, wie die meisten Kollegen, und komme auf rund 3300 Francs netto (knapp 1500 DM). Usinor fängt mit dem Lohnabbau nicht erst heute an. '74, als der große Boom war und als sie die Vollkontischicht im ganzen

gen. Um mit der Konkurrenz Schritt halten zu können, will Usinor, zusammen mit einem anderen Konzern, jetzt ein neues Stahlwerk mit Sauerstoffkonvertern bauen. Das soll aber nach Neuve-Maisons bei Nancy kommen, und die Thomaskonverter hier wie dort sollen stillgelegt werden, nachdem sie jahrelang versucht haben, die Belegschaften beider Werke gegeneinander mit der Schließungsdrohung auszuspielen. Die Verarbeitungswerke wie die Drahtzieherei sollen wohl erhalten bleiben. Sie nutzen aber insgesamt diese sogenannte Gesundschrumpfung, um die Löhne zu senken und die Arbeiterzahlen zu verringern. Ich arbeite z.B. im Blechwalzwerk. Bis jetzt in Kontischicht. Von den 500 Kollegen sind jetzt über 100 entlassen worden, andere wurden im Betrieb umgesetzt und die Produktion wird erst einmal auf nichtkontinuierlichen Dreischichtbetrieb umgestellt. Das heißt, wenigstens am Sonntag haben wir frei. Aber der Preis, den wir für diesen Fortschritt zahlen, ist hoch. Wir verlieren 25% unseres Lohns, und die Arbeitszeit wird von 40 Wochenstunden auf 42,5 Wochenstunden verlängert.

Was verdienst du jetzt?

Ich bin in der untersten Facharbeiterlohngruppe, wie die meisten Kollegen, und komme auf rund 3300 Francs netto (knapp 1500 DM). Usinor fängt mit dem Lohnabbau nicht erst heute an. '74, als der große Boom war und als sie die Vollkontischicht im ganzen

Werk eingeführt haben, konnten wir in mehreren Streiks Lohnerhöhungen von über 20% erkämpfen. Danach haben sie in der Flaute die Löhne Zug um Zug gekürzt, Prämien wurden gestrichen oder fielen weg, weil sie an die Produktionsmenge gebunden waren. Seit Monaten werden ergebnislos Lohnverhandlungen geführt. Jeden Monat mindestens ein Tag Kurzarbeit. Dafür haben sie mir z.B. im letzten Monat 132,44 Francs abgezogen, die Hälfte, also 66,22 Francs, habe ich aus der Arbeitslosenkasse wiederbekommen. Dann wurde vor zwei Jahren ein neuer Lohngruppenschlüssel eingeführt, der darauf hinausläuft, daß heute die unteren Facharbeiterlöhne nach dem gleichen Koeffizienten berechnet werden, der früher für die angelernten Arbeiter galt. Und schließlich werden alle Kollegen, die z.B. aus unserer Abteilung an die Hochöfen versetzt werden, eine Lohngruppe tiefer eingestuft. Ebenso haben sie Kollegen, die sie in Frührente geschickt haben, durch Arbeiter aus anderen Werken ersetzt, natürlich auch zu niedrigeren Löhnen.

Wird es jetzt gegen die Lohnkürzungen bei der Umstellung des Schichtbetriebs keinen Widerstand geben?

Es wird nicht leicht sein, da eine einheitliche Aktion oder sogar einen Streik zu organisieren. Wir haben von Anfang an den vollkontinuierlichen Schichtbetrieb bekämpft. Vielen Kollegen erscheint es jetzt als das wichtigste, daß die Conti-Schicht wegkommt und sie wenigstens sonntags ihre Ruhe haben. Dann wirkt natürlich die Drohung mit Entlassung und Arbeitslosigkeit. Nach 1974 war es sehr schwierig, Streiks gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu organisieren, und wir sind mit mehreren kleineren Aktionen nicht durchgekommen. Die wichtigste Forderung ist jetzt die nach der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust, wie sie auch in Westdeutschland erhoben wird. Und dann gegen die Schicht- und Nachtarbeit. Die CFDT und auch die anderen Gewerkschaften fordern ja jetzt hier alle die 5. Schicht, also Conti-Schicht-Betrieb mit fünf Schichten statt mit vier wie bisher, weil dadurch die Zahl der Freischichten erhöht würde. Ich bin da aber skeptisch. Erstens stellt sich das Problem für uns nicht mehr, und dann haben wir das Conti-Schicht-System von Anfang an bekämpft, und es muß abgeschafft und nicht ausgebaut werden.

Aus einem anderen Werk haben wir gehört, daß dort ein Schichtführer lauthals verkündet hat, über Weihnachten wird es dieses Jahr keinen Zwangsurlaub geben. Gemeint war damit offensichtlich, daß die französischen Kapitalisten hoffen, Aufträge ads den bestreikten westdeutschen Werken zu bekommen, also Streikbrecherarbeit ausführen lassen wollen.

Sie wollen damit natürlich ausnutzen, daß für die Arbeiter ein weiterer Lohnverlust durch Zwangsurlaub unerträglich ist. Du kannst aber sicher

sie wenigstens sonntags ihre Ruhe haben. Dann wirkt natürlich die Drohung mit Entlassung und Arbeitslosigkeit. Nach 1974 war es sehr schwierig, Streiks gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu organisieren, und wir sind mit mehreren kleineren Aktionen nicht durchgekommen. Die wichtigste Forderung ist jetzt die nach der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverlust, wie sie auch in Westdeutschland erhoben wird. Und dann gegen die Schicht- und Nachtarbeit. Die CFDT und auch die anderen Gewerkschaften fordern ja jetzt hier alle die 5. Schicht, also Conti-Schicht-Betrieb mit fünf Schichten statt mit vier wie bisher, weil dadurch die Zahl der Freischichten erhöht würde. Ich bin da aber skeptisch. Erstens stellt sich das Problem für uns nicht mehr, und dann haben wir das Conti-Schicht-System von Anfang an bekämpft, und es muß abgeschafft und nicht ausgebaut werden.

Aus einem anderen Werk haben wir gehört, daß dort ein Schichtführer lauthals verkündet hat, über Weihnachten wird es dieses Jahr keinen Zwangsurlaub geben. Gemeint war damit offensichtlich, daß die französischen Kapitalisten hoffen, Aufträge ads den bestreikten westdeutschen Werken zu bekommen, also Streikbrecherarbeit ausführen lassen wollen.

Sie wollen damit natürlich ausnutzen, daß für die Arbeiter ein weiterer Lohnverlust durch Zwangsurlaub unerträglich ist. Du kannst aber sicher

sein, daß wir und alle gewerkschaftlichen Organisationen im Betrieb schon jetzt aufpassen, daß keine Streikbrecherarbeiten gegen die westdeutschen Kollegen gemacht wird.

Italien: Fabrikrat beim Stahlwerk „Terni"

Terni, Umbrien, 5.12. Seit letzten Dienstag streiken in Westdeutschland die Stahlarbeiter für die 35-Stunden-Woche und für eine Lohnerhöhung von 5%. Was denkst du dazu?

Ich bin Mitglied des Fabrikrats der „Terni". Ich meine, das ist ein gerechter Kampf. Auch hier in Italien sind wir ja auf diesen Positionen, auch die Probleme der Arbeitsumgebung, alle Probleme, die mit der Stahlproduktion zusammenhängen, das sind ganz klar positive Forderungen nach meiner Meinung.

Ein Grund für diesen Kampf in Westdeutschland ist auch, daß die Arbeiter in Westdeutschland wegen des niedrigen Lohns oft gezwungen sind, sehr viel Überstunden, Sonderschichten, auch nachts usw. zu machen. Wie sieht es hier damit aus?

In Italien haben wir das Problem der Überstunden im Griff. Wir arbeiten nur in den Schranken der 40-Stunden-Woche. Wir haben das Problem der Schichtarbeit, mit drei Schichten am Tag und vier Schichtmannschaften. Das ist aber ein Problem, das nach unserer Auffassung eng mit dem Problem der Arbeitsumgebung zusammenhängt, d.h. wo die Arbeiter arbeiten, deren Bedingungen ziemlich ungünstig sind, ist es klar, daß sie in diesem Moment Arbeitszeitverkürzung fordern, um weniger in der Fabrik anwesend sein zu müssen.

Das bedeutet 36 Stunden mit dem nächsten Tarifvertrag?

36 Stunden ist der Vorschlag, was dann bedeuten würde: Anfang der 80er Jahre, auch bei uns. Jedoch soll diese Anpassung keine Kostensteigerungen für die Unternehmen mit sich bringen und muß auf europäischer Ebene abgestimmt sein.

Ich habe gehört, daß in 10 Tagen eine nationale Demonstration der Stahlarbeiter in Rom stattfindet. Für welche Forderungen?

Am 15. ist eine Demonstration der Koordination für die Stahlindustrie in Rom, und sie wird sich besonders gerade um die Branchenpläne drehen.

Welche Forderungen stellt ihr zu diesen Branchenplänen auf?

Wir sagen, daß es in einem bestimmten Sinn notwendig ist, die Anlagen zu modernisieren und für den Absatz eine Marktforschung zu betreiben und uns in diese Problematik, die vor uns liegt, wirksam einzuschalten, um die tatsächlichen Möglichkeiten und den politischen Willen der Staatsbetriebe und der Regierung zu prüfen.

Was sagt ihr zum Streik der westdeutschen Stahlarbeiter?

Was ich davon halte? Hier bei uns sind wir jetzt bei 38,5 Stunden in der Stahlindustrie, und wir führen jetzt auch einen Kampf für eine Stunde weniger. Ich denke, daß die 35 St nden für die Stahlarbeiter sehr gerecht sind, eine äußerst gerechte Sache.

Ihr hattet eben eine Betriebsversammlung zur Vorbereitung des Tarifkampfes. Was ist deine Meinung dazu?

Der Tarifkampf hier bei uns? Seit Jahren schlagen wir uns jetzt vor allem immer für den Süden, praktisch der Kampf vor allem für die Beschäftigung und für Verkürzung der Arbeitszeit. Ich denke daher, es sind schon Jahre, daß wir diesen Kampf aufgenommen haben, wir werden ihn fortsetzen, und ich bin sicher, daß wir Erfolg haben werden.

Ihr arbeitet hier auch samstags und sonntags, Tag und Nacht?

Das ist ein anderes Problem. Ideal wäre es, immer sonntags frei zu haben.

Habt ihr das nicht durchsetzen können oder habt ihr es noch nicht versucht?

Wir haben es noch nicht geschafft.

Aber es gibt eine Forderung in dieser Richtung?

Die Forderung steht noch. Jedoch, wird man den Samstag oder Sonntag nicht mehr machen, braucht man eine Schicht weniger. Für die Beschäftigung wäre es also etwas schlechter.

Bei uns in Westdeutschland streiken seit einer Woche die Stahlarbeiter...

Ich weiß, auch wir. Auch wir machen hier einen Streik für die Arbeitszeitverkürzung. Wir streiken am 15., in der ganzen Stahlindustrie. Heute vormittag haben wir darüber auf der Betriebsversammlung gesprochen. Eure Arbeiter machen es richtig. Wenn sie für Arbeitszeitverkürzung streiken, haben sie recht. Wir müssen unsere Rechte durchsetzen.

USA: J. Samargia, Präsident des Local 1938 der Stahlarbeitergewerkschaft in Virginia, Minnesota

6.12.78 Letztes Jahr, am Schluß des Interviews, das du uns nach eurem erfolgreichen Streik gegeben hast (s. KVZ 52/1977), hast du gesagt, wir sollten euch Bescheid geben, wenn die Stahlarbeiter in Westdeutschland in den Streik treten. Jetzt stehen sie seit einigen Tagen im Streik. Die Forderungen der IG Metall sind: eine Lohnerhöhung von 5% und die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden. Was bedeutet dieser Streik der westdeutschen Stahlarbeiter für euch als Stahlarbeiter in den USA? Habt ihr ähnliche Forderungen gegenüber den Stahlmonopolen erhoben?

Der Streik, der jetzt in Westdeutschland geführt wird, ist für die Stahlarbeiter in den USA wirklich bedeutend. Der wichtigste Grund dafür ist, denke ich, daß in diesem Streik Forderungen gegen die Steigerung des Arbeitstempos, die Rationalisierung der Arbeitsplätze aufgenommen worden sind, eben durch die Verkürzung der Arbeitswoche. Verkürzung der Arbeitswoche ist ein Ziel, das die Arbeiterbewegung ja zuerst in den Vereinigten Staaten erhoben hat. Im letzten Jahr haben wir ein „allgewerkschaftliches Komitee für die Verkürzung der Arbeitswoche" gegründet. Die Hauptstoßrichtung der Arbeit dieses Komitees ist, entweder durch Tarifverhandlungen oder Gesetzgebung eine Verkürzung der Arbeitswoche zu erreichen, und zwar bei den Verhandlungen über die Tarifverträge der Stahlarbeiter und anderer Arbeiter, die 1979 und 1980 anstehen. Diese Forderung ist in vielen Gewerkschaften auf die Forderungsliste gesetzt worden als die Schlüsselforderung, die jetzt erhoben werden muß, um die viele Arbeitslosigkeit in den USA zu beseitigen. Deshalb ist dieser Streik der westdeutschen Stahlarbeiter für die Verkürzung der Arbeitswoche, finde ich, wirklich etwas Phantastisches. Wir haben in den USA und in Deutschland dieselben Probleme, dieselben großen Gesellschaften und Konzerne, die mit Beschleunigung des Arbeitstempos, Rationalisierung vorstoßen, so daß wir mehrere hunderttausend Jobs verloren haben. Das einzige Gegenmittel, das wir jetzt dagegen sehen können, ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Kannst du uns kurz etwas über die Entwicklung der Arbeiterbewegung bei euch im Eisenerzrevier seit dem Streik im letzten Jahr berichten?

Ich würde sagen, es gibt zwischen den Arbeitern hier jetzt eine echte Solidarität, und zwar wegen dem Streik, den wir geführt haben, dadurch, daß wir eine große Schlacht gegen die Gesellschaften gewonnen haben. Die Gesellschaften sind natürlich wegen dem Streik nicht gleich tot umgefallen. Sie haben ihre Versuche fortgesetzt, ihre Macht zur Einschüchterung der Arbeiter einzusetzen, nur geht das jetzt nicht mehr wie früher. Die Arbeiter wissen jetzt, daß wir, seit wir durch einen langen Streik hindurch zusammengehalten haben, mit jedem fertigwerden können, und die Gesellschaften müssen das anerkennen.

Carter hat in seiner Rede vor dem Gewerkschaftstag der Stahlarbeiter vor einigen Wochen versucht, eure Gewerkschaft und überhaupt die Arbeiter in den USA für die imperialistische Schlacht um den Weltmarkt zu gewinnen. Wird er damit durchkommen, oder siehst du eine Stärkung der Solidarität zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder?

Ich sehe das so, daß der einzige Weg, wie wir einfachen Arbeiter überall in der Welt jemals so etwas wie anständige Arbeitsbedingungen, anständige Löhne, Sicherheit, Gesundheit usw. erreichen können, nur der sein kann, daß wir uns zusammenschließen, daß wir nicht nur zusehen, was in unserem Land vor sich geht, sondern überall in der Welt. Was uns hier z.B. angeht, haben wir da ungefähr 11000 Stahlarbeiter in Kanada, die im Streik stehen, das sind die Arbeiter in den Nickelgruben, die sind schon seit drei Monaten im Streik. Wir haben für sie Geld gesammelt und versuchen, überall in den USA die Solidarität und Unterstützung für diese kanadischen Bergarbeiter zu organisieren. Ich denke, das ist der einzige Weg, wie die Gewerkschaftsbewegung weitermachen kann. Als die westdeutschen Stahlarbeiter letztes Jahr nach Minnesota kamen, mit Tausenden von Dollar an Beiträgen, hat uns das gezeigt, daß die Leute in Westdeutschland sich um uns kümmern, und ich denke, es ist wichtig, daß wir uns unsererseits um die Leute in Westdeutschland oder in Kanada oder überall in der Welt kümmern. Das Problem ist nur: diese Bestrebungen der Mitglieder der Gewerkschaft werden oft dadurch überdeckt, daß die hohen Funktionäre in den Gewerkschaften nicht so fühlen wie wir. Die hohen Beamten aus unserer Gewerkschaftszentrale sind auf dem Gewerkschaftstag voll mit Carter marschiert. Das ist das Problem, das wir haben.

gen der IG Metall sind: eine Lohnerhöhung von 5% und die Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden. Was bedeutet dieser Streik der westdeutschen Stahlarbeiter für euch als Stahlarbeiter in den USA? Habt ihr ähnliche Forderungen gegenüber den Stahlmonopolen erhoben?

Der Streik, der jetzt in Westdeutschland geführt wird, ist für die Stahlarbeiter in den USA wirklich bedeutend. Der wichtigste Grund dafür ist, denke ich, daß in diesem Streik Forderungen gegen die Steigerung des Arbeitstempos, die Rationalisierung der Arbeitsplätze aufgenommen worden sind, eben durch die Verkürzung der Arbeitswoche. Verkürzung der Arbeitswoche ist ein Ziel, das die Arbeiterbewegung ja zuerst in den Vereinigten Staaten erhoben hat. Im letzten Jahr haben wir ein „allgewerkschaftliches Komitee für die Verkürzung der Arbeitswoche" gegründet. Die Hauptstoßrichtung der Arbeit dieses Komitees ist, entweder durch Tarifverhandlungen oder Gesetzgebung eine Verkürzung der Arbeitswoche zu erreichen, und zwar bei den Verhandlungen über die Tarifverträge der Stahlarbeiter und anderer Arbeiter, die 1979 und 1980 anstehen. Diese Forderung ist in vielen Gewerkschaften auf die Forderungsliste gesetzt worden als die Schlüsselforderung, die jetzt erhoben werden muß, um die viele Arbeitslosig-

schleunigung des Arbeitstempos, Rationalisierung vorstoßen, so daß wir mehrere hunderttausend Jobs verloren haben. Das einzige Gegenmittel, das wir jetzt dagegen sehen können, ist die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Kannst du uns kurz etwas über die Entwicklung der Arbeiterbewegung bei euch im Eisenerzrevier seit dem Streik im letzten Jahr berichten?

Ich würde sagen, es gibt zwischen den Arbeitern hier jetzt eine echte Solidarität, und zwar wegen dem Streik, den wir geführt haben, dadurch, daß wir eine große Schlacht gegen die Gesellschaften gewonnen haben. Die Gesellschaften sind natürlich wegen dem Streik nicht gleich tot umgefallen. Sie haben ihre Versuche fortgesetzt, ihre Macht zur Einschüchterung der Arbeiter einzusetzen, nur geht das jetzt nicht mehr wie früher. Die Arbeiter wissen jetzt, daß wir, seit wir durch einen langen Streik hindurch zusammengehalten haben, mit jedem fertigwerden können, und die Gesellschaften müssen das anerkennen.

Carter hat in seiner Rede vor dem Gewerkschaftstag der Stahlarbeiter vor einigen Wochen versucht, eure Gewerkschaft und überhaupt die Arbeiter in den USA für die imperialistische

all in der Welt jemals so etwas wie anständige Arbeitsbedingungen, anständige Löhne, Sicherheit, Gesundheit usw. erreichen können, nur der sein kann, daß wir uns zusammenschließen, daß wir nicht nur zusehen, was in unserem Land vor sich geht, sondern überall in der Welt. Was uns hier z.B. angeht, haben wir da ungefähr 11000 Stahlarbeiter in Kanada, die im Streik stehen, das sind die Arbeiter in den Nickelgruben, die sind schon seit drei Monaten im Streik. Wir haben für sie Geld gesammelt und versuchen, überall in den USA die Solidarität und Unterstützung für diese kanadischen Bergarbeiter zu organisieren. Ich denke, das ist der einzige Weg, wie die Gewerkschaftsbewegung weitermachen kann. Als die westdeutschen Stahlarbeiter letztes Jahr nach Minnesota kamen, mit Tausenden von Dollar an Beiträgen, hat uns das gezeigt, daß die Leute in Westdeutschland sich um uns kümmern, und ich denke, es ist wichtig, daß wir uns unsererseits um die Leute in Westdeutschland oder in Kanada oder überall in der Welt kümmern. Das Problem ist nur: diese Bestrebungen der Mitglieder der Gewerkschaft werden oft dadurch überdeckt, daß die hohen Funktionäre in den Gewerkschaften nicht so fühlen wie wir. Die hohen Beamten aus unserer Gewerkschaftszentrale sind auf dem Gewerkschaftstag voll mit Carter marschiert. Das ist das Problem, das wir haben.

Großbritannien: J. Cowling, Exekutivratsmitglied der Iron and Steel Trade Federation, ISTC; J. A. Gavin, Regionalbevollmächtigter der ISTC

Cowling: Der Exekutivrat wurde von der IG Metall gefragt, welche Unterstützung wir geben könnten, und Exekutivrat und Komitee erklärten klar und deutlich, daß wir sie mit aller Kraft unterstützen. Es geht wahrscheinlich über die internationale Metallarbeiterföderation. Wenn der Streik noch viel länger dauert, werden sie uns sicherlich auffordern, bestimmte Produkte zu bestreiken, die wir produzieren. Das würde uns in Corby betreffen, wenn wir in Konkurrenz zu Mannesmann oder einem anderen Werk wären. Es wäre schwierig für uns, das zu beweisen. Nehmen wir z.B. an, Mannesmann hätte Corby bei einem Auftrag, sagen wir an Schweden, geschlagen, Schweden macht jetzt doch seine Bestellung in Corby, dann müßten wir das beweisen. Und wenn wir den Auftrag bestreiken, dann ist es unwahrscheinlich, daß das Management in Corby eine solche Situation zugeben würde. Aber wie ich gesagt habe, unterstützt der Generalrat der ISTC die IG Metall.

Gavin: Ich denke, wir werden unsere Aufgabe im Rahmen der Internationalen Metallarbeiterföderation wahrnehmen und sie unterstützen, in diesem Fall die deutschen Arbeiter. Die 35-Stunden-Woche ist beschlossene Politik der internationalen Metallarbeiterföderation. Natürlich können wir gar nicht anders handeln als sie zu unterstützen. Die Schwierigkeit würde sein, wie John auch schon gesagt hat, herauszufinden, welcher Auftrag welcher ist. Wir werden wahrscheinlich unsere traditionellen Aufträge weiterführen, die die IG Metall nicht betreffen, aber wir würden uns mit Sicherheit nicht als Streikbrecher für andere Aufträge benutzen lassen, die normalerweise von der IG Metall gemacht werden.

Cowling: Ich glaube, daß es nützlich wäre, wenn die IG Metall uns genaue Angaben gibt, um diese Produkte herauszufinden. Also daß sie uns sagen, die und die Firma in England hat diesen Auftrag angenommen, was werdet ihr dagegen machen. Wenn sie uns die Angaben geben, dann können wir das Management in diesem Punkt angreifen, aber es ist für mich und meinen Regionalbeauftragten eine sehr schwierige Aufgabe, die Hintergründe der Bestellungen herauszufinden.

Gavin: Wir stehen 100% hinter den deutschen Arbeitern und ihrer Forderung nach der 35-Stunden-Woche. Es ist Teil der Politik unserer Organisation.

Cowling: Die 35-Stunden-Woche ist auch unsere nationale Forderung. Die British Steel Corporation wird am 5. Januar eine Antwort darauf geben. Sie ist Teil des Forderungspakets, das Bill Search für das Zentrale Komitee gestellt hat. Aber ob wir die durchsetzen können, ist doch was anderes.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung 50
KVZ-Spezialnachrichtendienste: Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft / Chemische Industrie / Stahl / Bau

KVZ-Spezialnachrichten

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft / B) Chemische Industrie / C) Stahl / D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau / B) Elektrotechnik / C) Fahrzeugbau / D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck / B) Textil, Bekleidung / C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler / B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten.

Die KVZ-Spezialnachrichtendienste erscheinen wöchentlich. Wer sich dafür interessiert, kann die Hefte über die im Impressum Seite 2 angegebenen Geschäftsstellen des KBW für 0,60 DM beziehen, oder sich direkt an die Verkäufer der KVZ wenden.

„Wir sind die Reserve, die Schlacht zu entscheiden"

So drückte ein Arbeiter auf der Betriebsversammlung am 7.12.78 die Unterstützung für die streikenden Stahlarbeiter aus. Wie fünf Prozent auf die Gesamtlohnsumme in gleichen Beträgen für jeden verteilt in der Stahlindustrie 120 DM sind, haben zwei Arbeiter daran anknüpfend für VW eine Lohnforderung von 150 DM für jeden erhoben. In diesem Zusammenhang hat ein Arbeiter die spalterische Steuerreform angegriffen und einen Brief von fünf Arbeiter an die SPD-Bundestagsfraktion bekannt gemacht, in dem als Schritt zu einem monatlichen Steuerfreibetrag von 1500 DM die Erhöhung des jährlichen Steuergrundfreibetrag es um 2000 DM gefordert wird und der betrügerische Antwortbrief der SPD-Bundestagsfraktion wurde auseinandergenommen. Diese Reden wurden mit Beifall unterstützt. Mit chauvinistischer Hetze führte sich der neue Arbeitsdirektor Briam ein: Das Geld fließe in die falschen Hände, giftete er gegen den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen die Ausplünderung ihrer Rohstoffe und für die Entwicklung einer eigenständigen Wirtschaft. Demgegenüber haben zwei Redner insbesondere den englischen Ford-Arbeitern zu ihrem Streikerfolg gratuliert. Und auch der Betriebsratsvorsitzende Anklam begrüßte, daß die Arbeiter bei VW-USA „Big Boss" Schmücker gezeigt haben, daß sie nicht alles mit sich machen lassen.

„Barmherzige Hilfe" – Notstandsmaßnahmen an der Uniklinik

r.ink. Die „Barmherzige Hilfe", die Albrecht den 100 Vietnamesen zugute kommen lassen will, wird an den Unikliniken Göttingen als Notstandsübung durchgeführt. Es sei der Pflegedienstleitung gelungen, ausreichend Kräfte zu finden, um die medizinische Versorgung der Vietnamesen zu gewährleisten, für die eigens die alte Chirurgische Klinik wieder eröffnet worden ist, verkündet Professor Jeppich vom Vorstand der Kliniken in einem Rundschreiben. Um Freiwillige handelt es sich dabei nicht. Zwischen 30 und 50 Pflegekräfte sind aus den verschiedenen Unikliniken für ein bis vier Wochen in die Chirurgie zwangsweise abgeordnet worden. Die Ärzte haben eine Urlaubssperre verhängt gekriegt. Dazu werden vom DRK noch einige Pflegehelferinnen tageweise – je nach Bedarf – eingesetzt.
Fünfzig Patienten werden täglich durch die Poliklinik geschleust. Von den ersten 400 sind 80 stationär aufgenommen worden. Im Zentrallabor müssen täglich 40 Proben mehr untersucht werden und der Chef, Professor Seidel, benutzt die Vietnamesen, um seine Forschungen über Lipide (Fette und fettähnliche Substanzen) auszudehnen. Für die Beschäftigten insgesamt bedeutet dies eine ungeheure Mehrarbeit. Falls Albrecht wirklich zu einem Weihnachtsbesuch kommt, wird er sicher gebührend empfangen wer-

alles mit sich machen lassen.

„Barmherzige Hilfe" – Notstandsmaßnahmen an der Uniklinik

r.ink. Die „Barmherzige Hilfe", die Albrecht den 100 Vietnamesen zugute kommen lassen will, wird an den Unikliniken Göttingen als Notstandsübung durchgeführt. Es sei der Pflegedienstleitung gelungen, ausreichend Kräfte zu finden, um die medizinische Versorgung der Vietnamesen zu gewährleisten, für die eigens die alte Chirurgische Klinik wieder eröffnet worden ist, verkündet Professor Jeppich vom Vorstand der Kliniken in einem Rundschreiben. Um Freiwillige handelt es sich dabei nicht. Zwischen 30 und 50 Pflegekräfte sind aus den verschiedenen Unikliniken für ein bis vier Wochen in die Chirurgie zwangsweise abgeordnet worden. Die Ärzte haben eine Urlaubssperre verhängt gekriegt. Dazu werden vom DRK noch einige Pflegehelferinnen tageweise – je nach Bedarf – eingesetzt.
Fünfzig Patienten werden täglich durch die Poliklinik geschleust. Von den ersten 400 sind 80 stationär aufgenommen worden. Im Zentrallabor müssen täglich 40 Proben mehr untersucht werden und der Chef, Professor Seidel, benutzt die Vietnamesen, um seine Forschungen über Lipide (Fette und fettähnliche Substanzen) auszudehnen. Für die Beschäftigten insgesamt bedeutet dies eine ungeheure Mehrarbeit. Falls Albrecht wirklich zu einem Weihnachtsbesuch kommt, wird er sicher gebührend empfangen wer-
den.

Stoltenberg und die Volksbildung

r.gör. Jahreskongresse des Philologenverbandes fanden in der vergangenen Woche in Kiel und Hannover statt. In Kiel formulierte Ministerpräsident Stoltenberg die von dem reaktionären Kongreß gierig aufgesogene politische Linie: „Die Überschätzung der materiellen und ideellen Bedeutung des Abiturs für die glückliche Lebensgestaltung des einzelnen Menschen hat nicht nur die quantitativen Probleme im Gymnasium verschärft ... sondern ist auch einer der Gründe für die sich leider abzeichnende und nach menschlichem Ermessen sich steigernde Arbeitslosigkeit junger Akademiker ... Hier liegen natürlich auch die Gründe für das Phänomen des Schulstreß. Die übertriebene Verwissenschaftlichung mancher Lehrpläne und die Geringschätzung des Praktischen, des Handwerklichen und Musischen hat sicher vielen Kindern Schäden zugefügt, die wir bis heute nur ahnen." (Nordschau, 6.11.78) Die Schule soll für die Masse der Kinder die Möglichkeiten wissenschaftlicher Aneignung theoretischer und praktischer Fähigkeiten für die Beherrschung der Produktivkräfte zielstrebiger unterdrücken, die Aussiebung des späteren Bourgeois-Nachwuchses zielstrebiger betreiben; der Kampf gegen die verschärfte Konkurrenz („Schulstreß") soll reaktionär gewendet werden. Auf einer Bezirkskonferenz Weser-Ems für alle Chemielehrer wurde dementsprechend von der Vertreterin der Bezirksregierung ein 100-Punkte-Bewertungssystem für Abitursarbeiten gefordert.

Landesregierung Niedersachsen: Millionen für Aushilfs- und Vertretungskräfte in ABM

r.chs. Ende November hat Leisler-Kiep, Niedersächsischer Finanzminister, eine „Übersicht über die über- und außerplanmäßigen Ausgaben über 50.000 DM im ersten Halbjahr 1978" vorgelegt, nur wenige Wochen zuvor die Übersicht über das 2. Halbjahr 1977. Millionenausgaben für „Beschäftigungsentgelte für Aushilfs- und Vertretungskräfte". „Unvorhergesehener und unabweisbarer Mehrbedarf infolge Beschäftigung von Aushilfskräften im Rahmen der allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung der Bundesanstalt für Arbeit", heißt es 1978 bei 11 der 21 Haushaltsstellen mit über- und außerplanmäßigen Ausgaben.

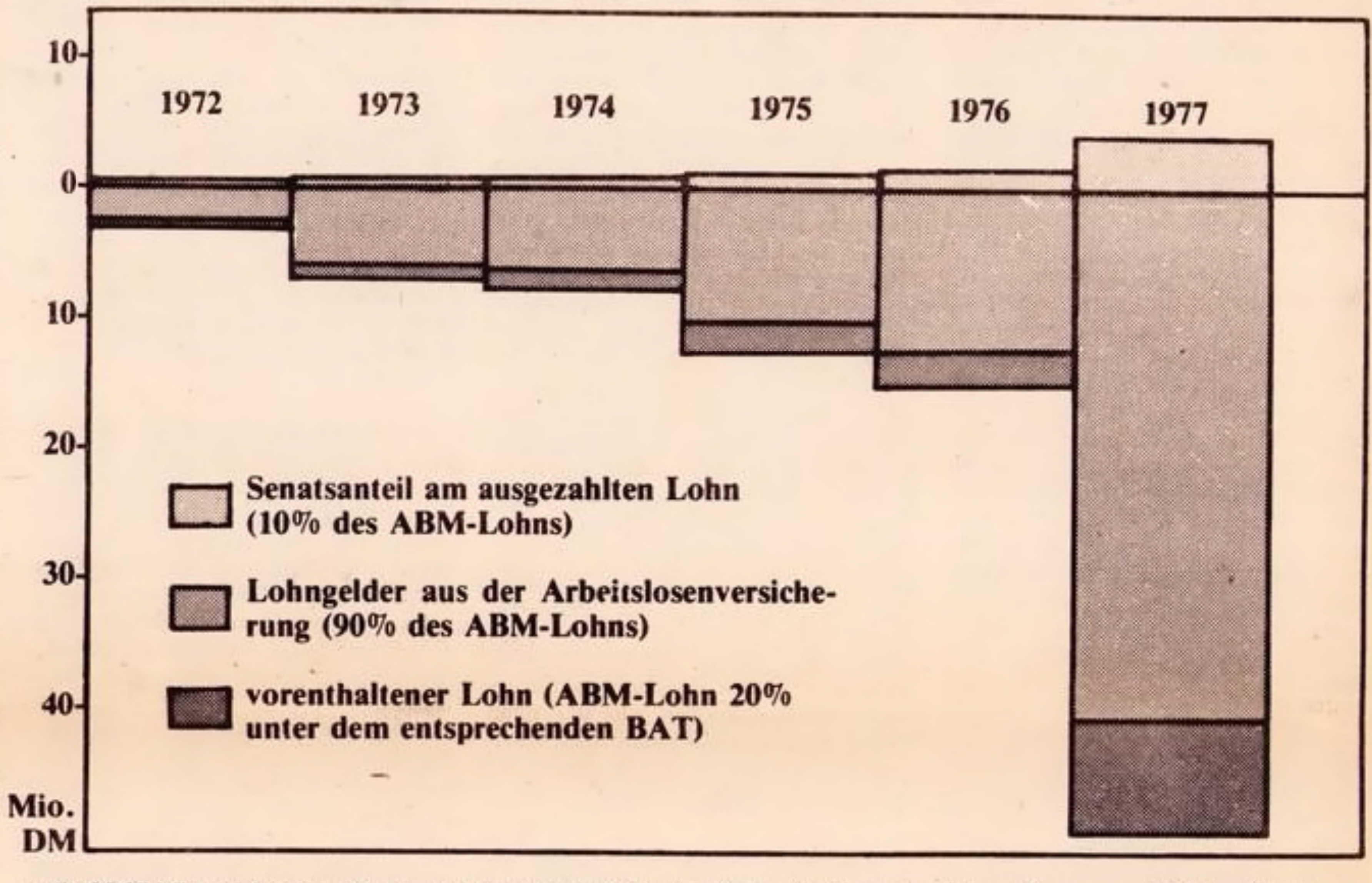
Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Landesarbeitsbezirk Niedersachsen-Bremen wie die Anzahl der dadurch verpflichteten Arbeiter und Angestellten schnellten rapide hoch: Im Januar 1977 liefen 562 „Maßnahmen" mit 3102 Beschäftigten, im Juni 1054 mit 5578 Beschäftigten und im Dezember 1557 mit 6228 Beschäftigten; im Juni 1978 stiegen die „Maßnahmen" auf 2381 mit 8820 Beschäftigten; dieser erreichte Höchststand hält an und im Juli waren sogar fast 10000 darüber zwangsverpflichtet. Wieviele Arbeiter und Angestellte tatsächlich hin- und hergeschoben werden, drücken diese Zahlen nur ungenau aus. Die Umwälzungen könnten nur über die bewilligten Anträge dargestellt werden, darüber führt die Bourgeoisie jedoch keine Statistik.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat diesen Prozeß 1978 mit 250 Mio. DM und 1977 mit 190 Mio. DM „gefördert". „Dieser Mehrausgabe stehen Mehreinnahmen gegenüber", steht in der Übersicht für 1978 lapidar zur Plünderung der Versicherungskassen bei jedem Posten für ABM. Solche Gelassenheit garantiert Ehrenbergs ABM-Anordnung vom Dezember 1976: „§10 (3) Der Zuschuß ... kann entsprechend der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung einer Maßnahme bis zur Höhe der Beträge nach Absatz 1 (Arbeitsentgeld, Red.) und 2 (Arbeitgeberanteil zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung, usw., Red.) gewährt werden. Er kann bis zu 120 vom Hundert dieser Beträge gewährt werden, wenn der Förderungszweck sonst nicht erreicht werden kann..." und „§13 Darlehensbedingungen ... Es können bis zu zwei tilgungsfreie Jahre eingeräumt werden. Bei Maßnahmen von besonderer arbeitsmarktpolitischer Bedeutung kann das Darlehen zinslos gewährt werden." Darin erschöpft sich die „Sorge" der Bourgeois um die Arbeitsplätze wie in der Tatsache, daß über die ABM-Beschäftigten die verschärfte Ausbeutung durchgesetzt werden soll, weil sich überall die Belegschaften gegen Rationalisierung und verschärfte Arbeitshetze zusammenschließen.

An der ehemaligen Pädagogischen Hochschule Hannover wurden z.B. ABM-Angestellte ausschließlich zur Vorbereitung der Integration in die Uni eingesetzt, die von den Beschäftigten nicht unterstützt, sondern vielfach behindert wurde. Die jüngsten Beschlüsse des Gesamtpersonalrats der Universität: „Der Gesamtpersonalrat hat sich, obwohl er der Auffassung ist, daß das ABM-Programm zugunsten der Einrichtung und Besetzung von Planstellen ausgelöst werden muß, für die Verbesserung der Arbeitssituation der Betroffenen an der Uni eingesetzt". Er hat u.a. beschlossen, daß die Vertragsdauer nicht kürzer als 12 Monate sein soll und daß einheitliche Verträge und Zahlung von Weihnachtsgeld vereinbart werden soll. Darüber kann der ganze Propagandarummel über die Erfolge in der Senkung der Arbeitslosenzahlen nicht hinwegtäuschen, obgleich tatsächlich über ABM die Arbeitslosenzahlen gesenkt werden. Nach Angaben der „Statistischen Monatshefte Niedersachsen" 10/78 waren 1977 (gegenüber 1978) arbeitslos (Angaben in Tsd.): Mai 143,2 (139,1); Juni 145,3 (130,6); Juli 148,9 (137,8).

Die Wirkung wie die Bedeutung der ABM lassen sich gut am Beispiel Pestels Ministerium für Wissenschaft und Kunst nachweisen. Rund 72,5 Mio. DM des 3,5 Mrd.-Haushalts beträgt das Gesamtsoll für das Haushaltsjahr 1977 auf die sich die 16,2 Mio. DM über- und außerplanmäßiger Ausgaben im 2. Halbjahr 1977 beziehen. Auf die Hälfte des „Solls" berechnet, sind das fast 45%. 863500 DM waren dort 1977 für Aushilfs- und Vertretungskräfte vorgesehen, fast das 500fache wurde allein im zweiten Halbjahr ausgegeben: 4,26 Mio. DM – 16,4 % aller über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Pestel-Ministeriums.

Zweifel an der Rechnung, daß mehr ABM mehr Mehreinnahmen bringen, scheint es unter den Bourgeois nicht zu geben, jedenfalls unterläßt es Kiep in der Übersicht 1978, weiterhin den Nachweis zu führen. Noch in der Übersicht 1977 hatte er an verschiedenen Stellen die Mehrausgaben durch „Einsparungen" und „Mehreinnahmen" an anderer Stelle gerechtfertigt und dabei einige bemerkenswerte Fakten herausgelassen. Pestel hat bei den „Einsparungen" zum Beispiel 530000 DM beim BAFöG für die Schüler und nahezu 580000 beim BAFöG für die Studenten ausgewiesen. Der Nachweis über Mehreinnahmen aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, beispielsweise von mehr als 1,7 Mio. DM allein an der Uni Göttingen, birgt zu viel Zündstoff.



r.sib. 95,07 Mio. DM Lohngelder hat der Westberliner Senat mittels ABM im öffentlichen Dienst von 1972 bis 1977 eingespart. 77,93 Mio. DM plünderte er aus der Arbeitslosenversicherung, 17,14 Mio. DM enthielt er den ABM-Beschäftigten vor, indem er die Löhne um mindestens 20% unter die erkämpften Tariflöhne der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst drückte. Bis Juli 1978 waren bereits 4069 Arbeitslose in das ABM-Programm gezwungen worden, 1977 waren es 3473. Die Ausweitung wird von der ABM-Interessenvertretung hartnäckig bekämpft. Sie fordert Umwandlung der ABM-Stellen in Planstellen.

„AStA-Forderungen finden Gehör"

Dritte Lesung des LHG im schleswig-holsteinischen Landtag / Es ist Wahlzeit

r.kas. Wenige Tage vor Beginn der
ein vom Kultusministerium bestellter
weite Demonstration im Januar gegen
Absicht, als Vertretungsorgan der Stu-

und Angestellte tatsächlich hin- und hergeschoben werden, drücken diese Zahlen nur ungenau aus. Die Umwälzungen könnten nur über die bewilligten Anträge dargestellt werden, darüber führt die Bourgeoisie jedoch keine Statistik.

Die Bundesanstalt für Arbeit hat diesen Prozeß 1978 mit 250 Mio. DM und 1977 mit 190 Mio. DM „gefördert". „Dieser Mehrausgabe stehen Mehreinnahmen gegenüber", steht in der Übersicht für 1978 lapidar zur Plünderung der Versicherungskassen bei jedem Posten für ABM. Solche Gelassenheit garantiert Ehrenbergs ABM-Anordnung vom Dezember 1976: „§10 (3) Der Zuschuß ... kann entsprechend der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung einer Maßnahme bis zur Höhe der Beträge nach Absatz 1 (Arbeitsentgeld, Red.) und 2 (Arbeitgeberanteil zur Sozial- und Arbeitslosenversicherung, usw., Red.) gewährt werden. Er kann bis zu 120 vom Hundert dieser Beträge gewährt werden, wenn der Förderungszweck sonst nicht erreicht werden kann..." und „§13 Darlehensbedingungen ... Es können bis zu zwei tilgungsfreie Jahre eingeräumt werden. Bei Maßnahmen von besonderer arbeitsmarktpolitischer Bedeutung

0
10
20
30
40
Mio. DM
Senatsanteil am ausgezahlten Lohn (10% des ABM-Lohns)
Lohngelder aus der Arbeitslosenversicherung (90% des ABM-Lohns)
vorenthaltener Lohn (ABM-Lohn 20% unter dem entsprechenden BAT)

r.sib. 95,07 Mio. DM Lohngelder hat der Westberliner Senat mittels ABM im öffentlichen Dienst von 1972 bis 1977 eingespart. 77,93 Mio. DM plünderte er aus der Arbeitslosenversicherung, 17,14 Mio. DM enthielt er den ABM-Beschäftigten vor, indem er die Löhne um mindestens 20% unter die erkämpften Tariflöhne der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst drückte. Bis Juli 1978 waren bereits 4069 Arbeitslose in das ABM-Programm gezwungen worden, 1977 waren es 3473. Die Ausweitung wird von der ABM-Interessenvertretung hartnäckig bekämpft. Sie fordert Umwandlung der ABM-Stellen in Planstellen.

„AStA-Forderungen finden Gehör"

Dritte Lesung des LHG im schleswig-holsteinischen Landtag / Es ist Wahlzeit

r.kas. Wenige Tage vor Beginn der dritten Lesung der Novelle des Landeshochschulgesetzes gibt sich die schles wig-holsteinische Landesregierung liberal und reformfreudig. Neben den Änderungen der SPD-und FDP-Fraktion hat auch die CDU-Fraktion umfangreiche Änderungen angekündigt. Das ganze ist ein weit ausgelegtes Manöver, um den bürgerlichen Kräften zu den im Januar anstehenden Wahlen zu den Studentenparlamenten zu einem weiteren Jahr Amtszeit zu verhelfen. „Die Veränderungen gegenüber dem Regierungsentwurf sind weitgehend erfreulich. Die Bemühungen des AStA um eine sachliche Diskussion ohne Konfrontation hat Erfolge gezeigt! Um die Durchsetzung der übrigen Forderungen werden wir uns weiter bemühen, selbstverständlich", greift dies der RCDS-„Grundgesetzstudenten"-AStA der Universität Kiel dankbar auf. Die Jungsozialisten aus dem AStA der PH Kiel, die mit den Reaktionären gemeinsam schon die VDS-Aktionswoche auf der Landesastenkonferenz platzen ließen, wollten das LHG auf der Vollversammlung als „Erreichtes und nicht Erreichtes" verhandeln.

Statt der bisherigen Fachschaften, die nach den Fachbereichen gegliedert sind, will die Landesregierung jetzt Vertretungen entlang der Fächer zulassen. Diese waren seit ihrer gesetzlichen Abschaffung durch Zwangssatzungen Jahr für Jahr trotzdem von den Studenten gewählt und als Vertretungsorgane genutzt worden. Vollversammlungen und Urabstimmungen sollen weiterhin verboten sein. Statt des im Regierungsentwurf vorgesehenen Kassenrats zur Kontrolle der Gelder der Verfaßten Studentenschaft soll jetzt ein vom Kultusministerium bestellter und vereidigter Wirtschaftsprüfer die Finanzen dem Präsidium sozusagen beanstandungsreif vorlegen. Hatte die Landesregierung im Referentenentwurf beim Ordnungsrecht noch das sofortige Relegationsrecht für das Präsidium vorgesehen, im Regierungsentwurf dann die Regelung, auch den Aufruf zu und die Befürwortung von Gewalttaten unter Strafe zu stellen, so rückt sie jetzt davon ab und will das bestehende Ordnungsrecht aufrechterhalten. Ebensowenig will sie auf die Einführung der Regelstudienzeit verzichten. An den Plänen der Landesregierung zur Durchsetzung der Studienreform ändern diese, als weitreichende Zugeständnisse ausgegebenen Manöver keinen Deut.

Anlaß zu derartigen Manövern, mit denen das gesamte bürgerliche Lager nach rechts gedrückt und der revolutionäre Teil der Studentenbewegung isoliert werden soll, gibt die Entwicklung der Kämpfe der Studentenbewegung. An den Fachbereichen werden seit Beginn des Semesters heftige Kämpfe um die Seminarbedingungen geführt. Einspruchsrecht der gewählten Vertretungen wird gefordert und in den Prüfungen praktiziert. Vor allem die Erstsemester schließen sich für Stoffbegrenzung und Lehrmittelfreiheit zusammen.

Die Vollversammlung der Universität hat mit 800 Teilnehmern einem Antrag der Fachschaftsgruppen zugestimmt, in dem die Abschaffung des LHG und ausreichendes Ausbildungsgeld gefordert wird. Der AStA wurde beauftragt, einen BAföG-Bericht gegen das Regierungsangebot zu erstellen und sich in der VDS für eine bundesweite Demonstration im Januar gegen das Regierungsangebot und die Hochschulgesetze der Länder einzusetzen. Für den 12.Dezember, wenn die Beratungen im Landtag beginnen, ruft die Vollversammlung zu einer landesweiten Demonstration auf. Die Vollversammlung der Kieler PH-Studenten hat diese Beschlüsse mit 350 Teilnehmern bestätigt.

Dies hat die Bourgeoisstudenten im AStA der Universität zu einem neuen Spaltungsmanöver veranlaßt. Ihre seit langem geplante Sozialerhebung wurde beschleunigt herausgegeben, in der Absicht, als Vertretungsorgan der Studenten eine Erhebung durchzuführen, auf deren Grundlage keinerlei Berechnung der Wirkung des Regierungsangebots möglich ist. In den Fachschaftsgruppen beginnen jetzt die Beratungen über die Kandidatur zu den Wahlen zum Studentenparlament. Eine gute Grundlage für eine Einigung ist der gemeinsame Antrag zur Vollversammlung und die Durchführung von zwei Veranstaltungen zur Geschichte der Hochschulreform in Schleswig-Holstein und zur Entwicklung des BAföG und dem 6. BAföG-Änderungsgesetz.

Pestels Gesetze gegen die Studentenbewegung

r.pel. „Das ist eine Sauerei, dafür habe ich überhaupt kein Verständnis", hat der niedersächsische Wissenschaftsminister Prof. Dr.-Ing. Dr. ehrenhalber Eduard Pestel der „Hannoverschen Allgemeinen" anvertraut. Und er hat den Studenten, die den Boykott der von 12 auf 20 DM erhöhten Studentenwerksgebühren durchführen, mit Exmatrikulation gedroht. Pestel *kann* 8 DM mehr für eine Lappalie halten, der größte Teil der Studenten *nicht*.
11. Mai: Verabschiedung des niedersächsischen Hochschulgesetzes. Inhalte: Regelstudienzeit, Einengung der Studentenschaft auf die „Wahrnehmung hochschulpolitischer, fachlicher, sozialer und kultureller Belange", Androhung von Geldbußen.
20.-26.9.: Erlaß von 15 neuen Diplomprüfungsordnungen. Prüfungsschikane. Die Chemiestudenten in Braunschweig haben bis zu neun zusätzliche Klausuren vor dem Vordiplom ausgerechnet.
Im November: Erlaß von „Mustersatzungen" und Wahlordnung. Die Fachschaften sollen „staatsbürgerliches Verantwortungsbewußtsein" fördern, das Mandat der Vollversammlung ist abgeschafft. Der Kanzler wird zum Wahlleiter bestellt.
6.12.: Novellierung des NHG. Das „allgemeinpolitische Mandat" der Studentenschaft wird ausdrücklich ausgeschlossen.
In der gesamten Zeit: Gebührenboykott, Beschlüsse auf Boykott der NHG-Studentenschaftswahlen, Besuch von Prüfungen durch Fachschaftsvertreter, Unterstützung des kämpfenden iranischen Volkes und der Stahlarbeiter durch ASten und Fachschaften. Die Studenten nehmen sich ihre Rechte, eine landesweite Fachschaftskonferenz am 17.12. soll den Kampf organisieren. Ob Pestel dann wieder novelliert? Oder tausende von Studenten exmatrikuliert?

Die Verdienste des Lübecker Senats um das „Kulturdenkmal“

b.brg. „Die vom KBW in Aussicht genommene Werbung auf öffentlichen Straßen würde das Gesamtbild... beeinträchtigen, dies um so mehr, weil es sich bei der Innenstadt Lübecks um ein Kulturdenkmal europäischen Ausmaßes handelt...“ Die Stadt hatte zum 1.Mai 1978 dem KBW eine Genehmigung auf 12 Pappschilder in der Innenstadt nicht erteilt. Dagegen ist Klage erhoben worden. In der Ablehnung des Senats heißt es weiter: „Die vom KBW gewünschte Plakatwerbung... und die sich daraus ergebende Einwirkung auf das städtebauliche Gesamtbild und hinter den gesamtstädtischen Interessen... zurückstehen.“ – Nebenbei bemerkt: die Stadt hat einen Vertrag mit der Firma „Die Plakatsäule“, die das Recht „zur alleinigen planmäßigen Ausnutzung der öffentlichen Straßen und Plätze zu Werbezwecken...“ hat. – Die Stadt erhält 40% des Gesamtumsatzes, Mindestanteil 50000 DM im Jahr, Weihnachtsspende 2000 DM. Da zeigt sich schon das Gesamtinteresse. Was hat es nun mit dem „Kulturdenkmal“ europäischen Ausmaßes auf sich? „Lübeck, die Hansestadt mit stolzer jahrhunderte alter Tradition, ist ihre neue Heimat“, heißt es in einem Empfangsschreiben, das man bekommt, zieht man neu nach Lübeck. – „Die Hansestadt Lübeck... in ihrer Blütezeit ‚Königin der Hanse‘...“ so in einer der Broschüren. – Anfang des 13. Jahrhunderts wurde Lübeck in wenigen Jahren größte deutsche Handelsstadt. Die Stadt baute ein Salzmonopol und ein Heringsmonopol im Handel mit Osteuropa auf. Lübeck führte die Kolonisationsbewegung nach Osten, nach Nowgorod, um an die Reichtümer der Länder zu gelangen. Die Handelsbourgeoisie rottete sich dann zum kriegerischen Städteringen zusammen. Die Bauten Lübecks, wie z.B. die Salzspeicher, verkörpern die aufkommende Bourgeoisie und ihre Ideologie.

„Da wir von unserem natürlichen Hinterland im Osten abgeschnitten sind, müssen wir zu unserer Wirtschaft einen neuen Einzugsbereich erschließen, und dafür bieten sich die nordischen Länder an“, so der Verkehrsverein zu Lübeck. – Der Umschlag im Lübecker Hafen in die Ostseehäfen ist von 1975 bis 1977 um 711243 Tonnen auf 8942367 gestiegen. Expansion sowohl nach Osten wie nach Norden ist die Tradition und soll betrieben werden. Dabei kann der Senat allerdings keine revolutionäre Propaganda gebrauchen. So ließ der Senat Plakatkleber mit Pistole verfolgen. Die Agitationsstände des KBW wurden angegriffen. Eine Kundgebung und der Auftritt des SRK-Musikzuges in der Breiten Straße wurden verboten und von der Polizei angegriffen. Teilnehmer wurden angeklagt. Der nächste Prozeß gegen Frank Kontny dazu ist am 11.12. im Amtsgericht. Der Leiter des Lübecker Ordnungsamtes soll bezeugen, daß in der Breiten Straße ständig Musikveranstaltungen stattfinden, was „unrechtmäßig“ sein soll, und somit soll das politische Verbot durchgesetzt werden. – Im Prozeß um die 12 Plakate hat der

nigen Jahren größte deutsche Handelsstadt. Die Stadt baute ein Salzmonopol und ein Heringsmonopol im Handel mit Osteuropa auf. Lübeck führte die Kolonisationsbewegung nach Osten, nach Nowgorod, um an die Reichtümer der Länder zu gelangen. Die Handelsbourgeoisie rottete sich dann zum kriegerischen Städteringen zusammen. Die Bauten Lübecks, wie z.B. die Salzspeicher, verkörpern die aufkommende Bourgeoisie und ihre Ideologie.
„Da wir von unserem natürlichen Hinterland im Osten abgeschnitten sind, müssen wir zu unserer Wirtschaft einen neuen Einzugsbereich erschließen, und dafür bieten sich die nordischen Länder an“, so der Verkehrsverein zu Lübeck. – Der Umschlag im Lübecker Hafen in die Ostseehäfen ist von 1975 bis 1977 um 711243 Tonnen auf 8942367 gestiegen. Expansion sowohl nach Osten wie nach Norden ist die Tradition und soll betrieben werden. Dabei kann der Senat allerdings keine revolutionäre Propaganda gebrauchen. So ließ der Senat Plakatkleber mit Pistole verfolgen. Die Agitationsstände des KBW wurden angegriffen. Eine Kundgebung und der Auftritt des SRK-Musikzuges in der Breiten Straße wurden verboten und von der Polizei angegriffen. Teilnehmer wurden angeklagt. Der nächste Prozeß gegen Frank Kontny dazu ist am 11.12. im Amtsgericht. Der Leiter des Lübecker Ordnungsamtes soll bezeugen, daß in der Breiten Straße ständig Musikveranstaltungen stattfinden, was „unrechtmäßig“ sein soll, und somit soll das politische Verbot durchgesetzt werden. – Im Prozeß um die 12 Plakate hat der
Senat verloren. Inzwischen finden regelmäßig Stände montags und dienstags in der Breiten Straße statt, vorletzten Samstag fand eine Kundgebung mit dem SRK-Musikzug statt zur Unterstützung des Befreieungskampfes des Volkes von Zimbabwe. Die revolutionäre Propaganda läßt sich nicht verbieten, auch nicht in der „freien und Hansestadt Lübeck“.

Adressen Regionalleitungen und Geschäfsstellen

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon: 0221/720876/77

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/-6160455

Geschäfsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/-6145099

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231

Geschäfsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken

Geschäfsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279

Geschäfsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348

Schlechte Auftragslage? Die MaK-Kapitalisten können zahlen!

b.irm. Gegenwärtig hören die Arbeiter auf der MaK häufig von Entlassungsplänen der Geschäftsleitung; um die 180 herum soll es sich bewegen. Wird der Betriebsrat darauf angesprochen, weiß er angeblich nichts davon. Die Kollegen machen aber doch die Erfahrung, daß die Geschäftsleitung allerhand unternimmt, um die gegenwärtig schlechte Auftragslage zu überwinden.

So ist ein türkischer Kollege entlassen worden, nachdem er durch einen Betriebsunfall erst sechs Monate gar nicht arbeiten konnte, und jetzt keinen Akkord mehr schafft, da seine Wirbelsäulenverletzung diese enorme Arbeitshetze nicht mehr aushält. Er wurde entlassen, da kein anderer Arbeitsplatz für ihn da ist, so die offizielle Begründung der MaK-Kapitalisten. Dies ist wahrlich kein Einzelfall. Jeder Kollege kennt ähnliche Vorfälle aus seinem Bereich.

Das Gejammer der Geschäftsleitung über die schlechte Auftragslage ist nichts anderes als der Versuch, über Lohnraub an den Arbeitern die Profitrate nicht absinken zu lassen, bzw. die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr einzuhalten.

Daß die Bundesbahn bis 1985 keine Aufträge mehr vergibt, ist nicht erst seit gestern bekannt, auch nicht die Tatsache, daß das Troika-System noch nicht voll angelaufen ist, und die Panzerproduktion erst dann auf volle Touren gebracht werden kann, wenn die neue Produktionshalle fertig ist.

In der Gießerei finden jetzt Umbesetzungen und Entlassungen statt. Jede Umbesetzung auf einen anderen Arbeitsplatz ist mit einer Abgruppierung der Lohngruppen verbunden. Für einen Facharbeiter vorher Lohngruppe 7 mit 15,56 DM die Stunde einschließlich 70% Akkord, bedeutet die Weiterbeschäftigung im Lager, daß er jetzt nach Lohngruppe 6 mit einem Grundlohn von 8,39 DM plus einer Zulage von 1,67 DM die Stunde bezahlt wird, was einen Stundenlohn von 10,06 DM ergibt. Im Monat macht das 600 DM weniger Lohn. Lohnraub auf der einen Seite und Steigerung der Umsätze auf der anderen Seite, so denken die MaK-Kapitalisten die gegenwärtige Flaute meistern zu können.

Einen Umsatz von 450 Mio. DM haben die MaK-Kapitalisten 1977 aus den Arbeitern herausgepreßt. 1978 träumen sie von einer Steigerung der Umsätze um 95 Mio. DM. Pro Beschäftigten sind die Umsätze in den letzten Jahren folgendermaßen gestiegen: 1974 – 94000 DM, 1976 – 104000 DM und 1977 – 132000 DM. Das ist innerhalb von drei Jahren eine Umsatzsteigerung von 38000 DM pro Arbeiter.

Überdie neuen Kräne im Motorenbau bei gleichzeitiger Akkordraufsetzung um 10%, die Neueinführung der NC-Maschinen in der Rohrschlosserei, oder die computergesteuerte Zentrallagerhalle wird die Rationalisierung der Geschäftsleitung sichtbar und spürbar für jeden. Innerhalb von vier Jahren hat die Geschäftsleitung 75 Mio. DM Investitionen getätigt, dies soll jetzt schnell in klingende Münze und steigende Profite umschlagen.

Von 1976 bis 1977 sind die Überstunden pro Arbeiter auf der MaK von 10,1% auf 11,1% gestiegen. Dies ist eine der Auswirkungen der Lohnraubabschlüsse der vergangenen Jahre. Ohne die Überstunden kann vielfach die Reproduktionsbasis der Familien nicht gehalten werden. Ab September haben die MaK-Kapitalisten jetzt einen Überstundenstopp verhängt. Bei vier bis fünf Überstunden die Woche, die jetzt ein Arbeiter aus der Gießerei mit eingeplant hat, bedeutet dieser Überstundenstopp weniger Lohn zur Reproduktion der eigenen Arbeitskraft, wie zur Ernährung und Unterhaltung der Familie.

„Verkürzung der Arbeitszeit“, die die Kapitalistenklasse erwägt und die die Sozialdemokratie herausposaunt, ist nichts als der Versuch, in kürzester Zeit bei intensivster Ausbeutung die Profitrate weiter in die Höhe zu treiben. Treten die Arbeiter als Klasse für einen kürzeren Arbeitstag bei vollem Lohnausgleich ein, so doch in erster Linie, um der vorzeitigen Ruinierung der Arbeitskraft entgegenzuwirken. Die Bewegung für einen ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag, ohne Akkord-, Schicht- und Überstundenarbeit, ist eine kraftvolle Bewegung der ganzen Arbeiterklasse. Mächtig an die Nieren geht den Kapitalisten das, das zeigt sich jetzt bei dem Streik der Stahlarbeiter.

In der Vorbereitung der Metalltarifrunde ist die Durchsetzung von Festgeld dringend nötig und sie geht auch, läßt sich doch jede Prozenterhöhung in Festgeld umrechnen. Diese Festgeldforderung wird die weitere Abspaltung von den unteren Lohngruppen verhindern helfen und ist gleichzeitig einen gute Grundlage, um die Einheit der Arbeiterklasse zu errichten, die notwendig ist für den Aufbau einer politischen Front für den Normalarbeitstag bei Verbot der Nacht-, Schicht-, Akkord- und Überstundenarbeit.

Beratung hierüber auf der anstehenden Betriebsversammlung wird nützlich sein.



Trotz Behinderung durch die Polizei führten der KBW Bezirk Holstein und das SRK-Holstein am Samstag erneut Kundgebungen durch zur Unterstützung des gerechten Krieges des Volkes von Zimbabwe bis zum sicheren Sieg. Neben Geld für die Druckausrüstung für die ZANU wurden Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen gesammelt. Auf den Kundgebungsreden wurde der Kampf des iranischen Volkes gegen das Schah-Regime propagiert und die Bundesregierung wegen ihrer Unterstützung der ungerechten Kriege angegriffen.
Auch an den letzten beiden Samstagen vor Weihnachten werden in verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins Kundgebungen und Umzüge durchgeführt.

100 DM mehr für jeden BAföG-Bezieher! 1500 DM Elternfreibetrag!

Tatsache, daß das Troika-System noch nicht voll angelaufen ist, und die Panzerproduktion erst dann auf volle Touren gebracht werden kann, wenn die neue Produktionshalle fertig ist.
In der Gießerei finden jetzt Umbesetzungen und Entlassungen statt. Jede Umbesetzung auf einen anderen Arbeitsplatz ist mit einer Abgruppierung der Lohngruppen verbunden. Für einen Facharbeiter vorher Lohngruppe 7 mit 15,56 DM die Stunde einschließlich 70% Akkord, bedeutet die Weiterbeschäftigung im Lager, daß er jetzt nach Lohngruppe 6 mit einem Grundlohn von 8,39 DM plus einer Zulage von 1,67 DM die Stunde bezahlt wird, was einen Stundenlohn von 10,06 DM ergibt. Im Monat macht das 600 DM weniger Lohn. Lohnraub auf der einen Seite und Steigerung der Umsätze auf der anderen Seite, so denken die MaK-Kapitalisten die gegenwärtige Flaute meistern zu können.
Einen Umsatz von 450 Mio. DM haben die MaK-Kapitalisten 1977 aus den Arbeitern herausgepreßt. 1978 träumen sie von einer Steigerung der Umsätze um 95 Mio. DM. Pro Beschäftigten sind die Umsätze in den letzten Jahren folgendermaßen gestiegen: 1974 – 94000 DM, 1976 – 104000 DM und 1977 – 132000 DM. Das ist innerhalb von drei Jahren eine Umsatzsteigerung von 38000 DM pro Arbeiter.



Trotz Behinderung durch die Polizei führten der KBW Bezirk Holstein und das SRK-Holstein am Samstag erneut Kundgebungen durch zur Unterstützung des gerechten Krieges des Volkes von Zimbabwe bis zum sicheren Sieg. Neben Geld für die Druckausrüstung für die ZANU wurden Unterschriften für die Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen gesammelt. Auf den Kundgebungsreden wurde der Kampf des iranischen Volkes gegen das Schah-Regime propagiert und die Bundesregierung wegen ihrer Unterstützung der ungerechten Kriege angegriffen.
Auch an den letzten beiden Samstagen vor Weihnachten werden in verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins Kundgebungen und Umzüge durchgeführt.
100 DM mehr für jeden BAföG-Bezieher! 1500 DM Elternfreibetrag!

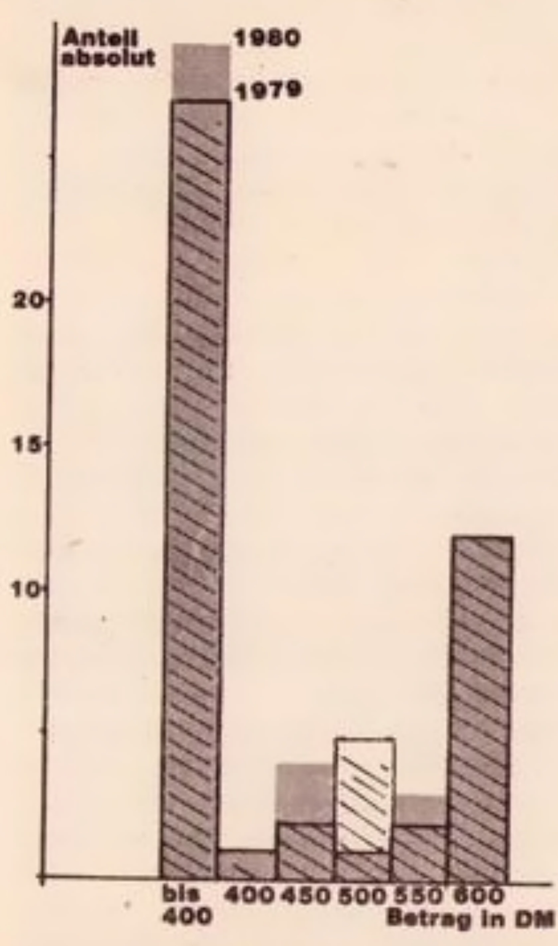
b.klm. „Das BAföG-Angebot der Regierung sieht zum 1.10.79 vor: Erhöhung des Höchstförderungsbetrages auf 620 DM, des Elternfreibetrages auf 1220 DM, des Freibetrages für Kinder in ‚ausbildungsförderungsfähiger‘ Ausbildung auf 80 DM, was sie als 6% bezeichnet; ferner eine dynamische Anpassung von 3% zum 1.10.80. Schon die Nichtanpssung im Oktober 1978 bedeutet für die Mehrzahl der Studenten eine Senkung zwischen 40 und 80 DM. (...) Wir lehnen die BAföG-Beschlüsse von Herrn Schmude ab. Sie sind ein Hohn und verschlechtern die Lage der Studenten. Wir fordern wesentlich mehr“, heißt es in der Resolution, die in der letzten Woche auf der Universitätsvollversammlung von 800 Studenten verabschiedet wurde. „Die Vollversammlung fordert den AStA, Fachschaften und Fachvertretungen auf, auf der Grundlage von Erhebungen einen BAföG-Bericht zu erstellen, um damit die Taktik der Regierung zu durchkreuzen, im Unklaren zu lassen, auf welchen Boden ihre „Erhöhungen“ fallen.“

An 12 Instituten sind in der letzten Wochen entsprechende Erhebungen, in denen der Bruttolohn der Eltern, ihre Steuerklasse und die Anzahl der Geschwister erfragt wird, durchgeführt worden.

In der Grafik haben wir exemplarisch das Ergebnis der BAföG-Umfrage aus der Vorlesung „Literatur und Politik“ im Fachbereich Germanistik aufgetragen.

Auf der x-Achse ist jeweils der Betrag in DM abzulesen, auf der y-Achse haben wir den Anteil der ausgewerteten Fragebögen in absoluten Zahlen angegeben.

Es fällt auf, daß 1979 erheblich mehr Studenten BAföG bekommen als 1978. Das widerspricht scheinbar den Ergeb-



nissen der Berechnungen, die in der Hochschulausgabe der Kommunistischen Volkszeitung veröffentlicht waren. Keinenwegs werden aber die Beschlüsse der Bundesregierung dieses Ergebnis haben, sondern die Gründe für die Erscheinung liegen in folgendem: zum einen werden die Elterneinkommen etwas zu niedrig angegeben seien, weil kaum jemand weiß, wieviel Steuern gezahlt werden müssen, für die Berechnungen aber die Bruttoeinkommen genommen werden müssen. Zum anderen bekommen viele Studenten im Moment überhaupt kein BAföG, weil die neuen Bescheide noch nicht da sind. Erkennen läßt sich aber die Vertiefung der Spaltung zwischen denjenigen, die gerade noch auskommen und denjenigen, bei denen es absolut nicht mehr reicht. Von 1978 auf 1979 und von 1979 auf 1980 wird, wenn die Regierungsbeschlüsse durchgesetzt werden, der Anteil der Studenten, die unter 400 DM erhalten, steigen. Mittlere Beträge werden weniger Studenten als jetzt bekommen, einige mehr werden den Höchstbetrag erhalten. 1980 wird das Nivaeu insgesamt sinken.

Die Auswirkungen der Forderung nach 100 DM mehr für jeden BAföG-Empfänger, 1500 DM Elternfreibetrag, rückwirkend ab 1.10.78 haben wir auf die Verteilung von 1978 aufgetragen. Deutlich wird, daß mit dieser Forderung die Spaltung zwar nicht aufgehoben, aber deutlich gemildert wird, und wesentlich mehr Studenten den Höchstbetrag kriegen.

Mit der Durchsetzung dieser Forderung und im Angriff auf das gesamte Gesetz verschafft sich die Studentenbewegung die Grundlage, um sich tarifvertragliche Regelungen zu erkämpfen, mit denen dann die Spaltung beseitigt

Termine und Veranstaltungen

Montag, den 11.12. bis Freitag, den 15.12.

Revolutionen sind der Motor der Geschichte

Itzehoe: Gaststätte „Zum Kulmbacher“, Große Paaschburg, 20 Uhr

Klassenkämpfe in Schleswig-Holstein

Mölln: Gaststätte „Eulenspiegelklause“, Am Markt 8, 20 Uhr

Die Geschäfte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

Kiel-West: „Holsten-Gaststätte, Waitzstr. 91, 20 Uhr

Lohnsummen und Lohnsummenverteilung

Kiel -Ost: Max-Planck-Schule, Winterbeker Weg, 20 Uhr

Montag, 11.12. bis Freitag, 15.12.1978
Veranstaltung: Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales
Kiel. „Holstengaststätte“, Waitzstr. 91, **20 Uhr**

Montag, 11.12. bis Freitag, 15.12.1978
Veranstaltung: Lohnsummen und Lohnsummenverteilung
Kiel. Max-Planck-Schule, Winterbeker Weg, **20 Uhr**

Montag, den 11.12.

Fortsetzung des Prozesses gegen F. Kontny wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. *Im Januar hatte die Stadt Lübeck den Auftritt des Spielmannzuges des Soldaten- und Reservistenkomitees auf der Breiten Straße verbieten lassen, das Verbot aber nicht durchsetzen können. Jetzt will sie ihre Niederlagen ausbügeln.*
Lübeck, 14 Uhr, Amtsgericht Zimmer 252

Mittwoch, den 13.11.

Fortsetzung des Prozesses gegen C.U. Monica wegen Wehrkraftzersetzung.
Flensburg, 9 Uhr, Landgericht Zi. 35

Donnerstag, den 14.12.

Berufungsverhandlung gegen M. Gosch und G. Zachau. *In der ersten Verhandlung wurden Freiheitsstrafen von zwei und drei Monaten wegen Hausfriedensbruch auf dem Gelände des Landesjugendheimes in Selent anläßlich einer Kundgebung gegen die Entlassung der Lehrerin M. Gosch verhängt.*
Kiel, 12.45 Uhr, Landgericht, Schützenwall Zi. 208

Fortsetzung der Verfahren wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW Brokdorf
Verfahren gegen U. Hölken
Itzehoe, 12.45 Uhr, Amtsgericht, Bergstr., Zi. 24
Verfahren gegen V. Iseroth
Itzehoe, 13.30 Uhr Amtsgericht, Bergstr. Zi. 24

Freitag, den 15.12.

Fortsetzung der Verfahren wegen Teil-

sammlungsgesetz. Im Januar hatte die Stadt Lübeck den Auftritt des Spielmannzuges des Soldaten- und Reservistenkomitees auf der Breiten Straße verbieten lassen, das Verbot aber nicht durchsetzen können. Jetzt will sie ihre Niederlagen ausbügeln.
Lübeck, 14 Uhr, Amtsgericht Zimmer 252
Mittwoch, den 13.11.
Fortsetzung des Prozesses gegen C.U. Monica wegen Wehrkraftzersetzung.
Flensburg, 9 Uhr, Landgericht Zi. 35
Donnerstag, den 14.12.
Berufungsverhandlung gegen M. Gosch und G. Zachau. In der ersten Verhandlung wurden Freiheitsstrafen von zwei und drei Monaten wegen Hausfriedensbruch auf dem Gelände des Landesjugendheimes in Selent anläßlich einer Kundgebung gegen die Entlassung der Lehrerin M. Gosch verhängt.
Kiel, 12.45 Uhr, Landgericht, Schützenwall Zi. 208
Fortsetzung der Verfahren wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW Brokdorf
Verfahren gegen U. Hölken
Itzehoe, 12.45 Uhr, Amtsgericht, Bergstr., Zi. 24
Verfahren gegen V. Iseroth
Itzehoe, 13.30 Uhr Amtsgericht, Bergstr. Zi. 24
Freitag, den 15.12.

Fortsetzung der Verfahren wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration und Kundgebung gegen den Bau des KKW Brokdorf
Verfahren gegen O. Schröder
Itzehoe, 10 Uhr. Amtsgericht, Bergstr.
Verfahren gegen H. Pommerenke
Itzehoe, 13.30 Uhr, Amtsgericht, Bergstr.

Montag, 18.12. bis Freitag 22.12.1978

Veranstaltung: Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeiten der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition, Teil II
Kiel. Humboldtschule, Knooper Weg, 20 Uhr

Verkaufsstände der Kommunistischen Volkszeitung

Montag und Dienstag, 16 bis 18 Uhr
Kiel-Ost, Elisabethstraße
Kiel-West, Holstenstraße
Neumünster, Großflecken
Plön, am Marktplatz
Preetz, Langebrückstraße/Markt
Segeberg, Kaufhalle
Norderstedt, Herold Center
Itzehoe, Feldschmiede
Rendsburg, Altstätter Markt
Eckernförde, vor COOP

Montag und Dienstag, 16.45 bis 18 Uhr
Lübeck, Breite Straße

Montag, 17 bis 18 Uhr
Ahrensburg, Am Rondeel

Montag und Dienstag, 16.30 bis 18 Uhr
Pinneberg, vor Kepa
Eutin, Fußgängerzone am alten Markt

Mit 600 DM – Einkommensgrenze erheblich überschritten!

b.peb. Kaum wurde dem Rentner Willi Mahler durch Vergleich vor dem Oberlandesgericht Schleswig ein einmaliger Abfindungsbetrag für erlittene Gesundheitsruinierung während der Haft im KZ von 10000 DM sowie eine monatliche Rente von 379 DM zugesprochen, stürzt sich das Sozialamt auf die unverhoffte Beute. W. Mahler lebte bislang zusammen mit seiner Frau von einer monatlichen Rente von 868,80 DM, die ihm das Finanzkapital nach 35 Arbeitsjahren als Facharbeiter zubilligte. Da die Gesundheit von W. Mahler und seiner Frau zerschunden ist, erhielten beide eine „Krankenkostzulage" für erhöhte Ernährungskosten in Höhe von 104 DM. Dieser Betrag soll nun gestrichen werden, da – so der Bescheid des Sozialamts – das Gesamteinkommen die maßgebliche Einkommensgrenze so erheblich übersteige, „daß wir Ihnen zumuten müssen, die Kosten für Ihre durch Krankheit bedingte Ernährung aus eigenem Einkommen aufzubringen". Durch die zusätzliche Rente von 379 DM, die gezahlt wird als Wiedergutmachung für die Ruinierung von Lebens- und Arbeitskraft verfügt das Ehepaar Mahler jetzt über 1205 DM; abzüglich der Krankenkostzulage verbliebe für jeden ein Betrag von 550,50 DM. Diese Zumutung wird nicht hingenommen werden.

210 Stunden Dienst innerhalb von drei Wochen

b. Eckernförde. MdB Horst Jungmann (SPD), Mitglied des Verteidigungsausschusses, will 2400 neue Planstellen schaffen lassen, um bei sämtlichen Fla-Rak-Verbänden der Bundeswehr eine notwendige vierte Kampfbesatzung einzuführen. Man müsse wahrscheinlich eine Umschichtung vornehmen, denn mehr als 495000 Soldaten dürften in der Bundeswehr nicht beschäftigt werden. Für Eckernförde würde demnach das Bataillon um 120 Mann verstärkt. „Dies würde eine spürbare Entlastung bringen. Was darüber hinaus geht, könnte man finanziell vergüten", betonte Jungmann vor der Eckernförder Zeitung (24.11.78). Dienstausgleich für alle Zusatzdienste, Lohnfortzahlung ist die richtige Antwort der Soldaten auf diese Manöver und Pläne der Bundeswehrführung und bürgerlichen Politiker.

Resolution der Fachgruppe Gymnasien der GEW zum Stahlarbeiterstreik

Holstein. Kiel. Auf der Fachgruppe Gymnasien der GEW wurde eine Resolution zur Unterstützung des Stahlarbeiterstreiks einstimmig verabschiedet. Es wurden 310 DM gesammelt. In dieser Resolution wird das Angebot der Kapitalisten von 3% zurückgewiesen, weil es nicht ausreicht, um die Preissteigerungen und die geplante Mehrwertsteuererhöhung um 1% im nächsten Jahr auszugleichen. Gleichzeitig wird sich gegen die Maßnahmen der Kapitalisten, die Aussperrung der Ar-

innerhalb von drei Wochen

b. Eckernförde. MdB Horst Jungmann (SPD), Mitglied des Verteidigungsausschusses, will 2400 neue Planstellen schaffen lassen, um bei sämtlichen Fla-Rak-Verbänden der Bundeswehr eine notwendige vierte Kampfbesatzung einzuführen. Man müsse wahrscheinlich eine Umschichtung vornehmen, denn mehr als 495000 Soldaten dürften in der Bundeswehr nicht beschäftigt werden. Für Eckernförde würde demnach das Bataillon um 120 Mann verstärkt. „Dies würde eine spürbare Entlastung bringen. Was darüber hinaus geht, könnte man finanziell vergüten", betonte Jungmann vor der Eckernförder Zeitung (24.11.78). Dienstausgleich für alle Zusatzdienste, Lohnfortzahlung ist die richtige Antwort der Soldaten auf diese Manöver und Pläne der Bundeswehrführung und bürgerlichen Politiker.

Resolution der Fachgruppe Gymnasien der GEW zum Stahlarbeiterstreik

Holstein. Kiel. Auf der Fachgruppe Gymnasien der GEW wurde eine Resolution zur Unterstützung des Stahlarbeiterstreiks einstimmig verabschiedet. Es wurden 310 DM gesammelt. In dieser Resolution wird das Angebot der Kapitalisten von 3% zurückgewiesen, weil es nicht ausreicht, um die Preissteigerungen und die geplante Mehrwertsteuererhöhung um 1% im nächsten Jahr auszugleichen. Gleichzeitig wird sich gegen die Maßnahmen der Kapitalisten, die Aussperrung der Ar-beiter gewandt, und es wird die 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich gefordert, um eine zusätzliche Intensivierung der Arbeit zu verhindern.

Kreisvertreterversammlung der GEW unterstützt den Stahlarbeiterstreik

Holstein, Pinneberg. Die Kreisvertreterversammlung der GEW Pinneberg verabschiedete auf ihrer Sitzung am 30. November 1978 eine Solidaritätsadresse an die streikenden Kollegen der IG Metall Nordrhein-Westfalen, Bremen und Osnabrück, in der die Forderungen der Kollegen nach 5%-iger Lohnerhöhung sowie der schrittweisen Einführung der 35-Stunden-Woche unterstützt, sowie gleichzeitig die Aussperrungen der Unternehmer verurteilt wurden und als Angriff auf die gesamte Gewerkschaftsbewegung bezeichnet wurden. Die KVV überwies eine Solidaritätsspende von 500 DM an die IGM

Solidaritätserklärung verabschiedet

Holstein, Neumünster. „Kollegen, wir begrüßen euren Entschluß, für eure Lohnforderung und die Forderung nach der 35-Stunden-Woche in den Streik zu treten. Auch wir meinen, daß der Streik das geeignete Mittel ist, die gewerkschaftlichen Forderungen gegen das 2,1%-Angebot der Eisen- und Stahlindustrie durchzusetzen. In diesem Kampf, dessen Ausgang für alle Kollegen von Bedeutung sein wird, habt ihr unsere volle Unterstützung. Mit solidarischen Grüßen. Kreisjugendausschuß Neumünster."

Manöver der Opportunisten zur LSV-Wahl – Die Schüler und Lehrlinge kämpfen weiter

b.thh. Die Schüler und Lehrlinge führen an den Schulen und Berufsschulen den Kampf für ihre Rechte und Interessen. Letztes Schuljahr hat sich das in zwei großen Demonstrationen und im Streik gegen den Schulgesetzentwurf gezeigt. Dieser Kampf wird gegen die Unterdrückung durch reaktionäre Lehrer und durch das Notensystem weitergeführt.

Die Lehrlinge der Bauindustrie haben sich gegen die Unterdrückung im Heim Ahrensbök zusammengeschlossen und führen den Kampf gegen die Stufenausbildung. Damit treten sie den Zielen der Kapitalisten, die Lehrlinge von der Arbeiterklasse zu trennen und viele billige Arbeitskräfte heranzubilden, entgegen. Um diesen Kampf zu brechen, haben die Kapitalisten Giese und Klausen drei Kündigungen vorgenommen, die jedoch bekämpft werden. An der Berufsschule 2/3 in Kiel wurde dagegen während der Pause eine Kundgebung auf dem Schulhof durchgeführt, die so große Unterstützung fand, daß der Schulleiter dagegen nicht vorzugehen wagte. Bislang konnte durchgesetzt werden, daß die gekündigten Kollegen weiter die Berufsschule besuchen können.

An derselben Schule fordern die Schüler und Lehrlinge, daß sie über die SV den Unterricht reaktionärer Lehrer bekämpfen können. Der Lehrer Jochen ist dafür bekannt, daß er Schüler aus dem Unterricht einfach in den Betrieb schickt und auch im Betrieb anruft. Den Schülern droht dann Kündigung, da sie nur ein einjähriges Arbeitsverhältnis haben. Den Lohn dafür zahlt das Arbeitsamt im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Als die Tages-SV von den Machenschaften des Lehrers hörte, schickte sie den Schulsprecher in den Unterricht. Dieser forderte Jochen auf, sofort alle Unterdrückungsmaßnahmen einzustellen.

Die Klasse beschloß, daß er sich den Unterricht ansehen sollte und verlangte einen anderen Lehrer. Der Schulsprecher wurde zum Direktor zitiert, der ihm sofort eine Strafanzeige androhte und jede weitere Unterichtsinspektion ohne seine Genehmigung verbot. Dadurch ließ sich die Klasse nicht unterdrücken. Zusammen mit dem Schulsprecher verabschiedete sie eine Resolution, wo sie an ihren Beschlüssen festhält und das Recht verlangt, an der Berufsschule in einer Facharbeiterklasse ihrer Wahl den Facharbeiterbrief zu erwerben. 14 Mitglieder der Tages-SV unterstützen dies bereits und bereiten für den nächsten Donnerstag eine SV-Sitzung vor. Durch diesen breiten Druck ist die Schulleitung gezwungen, den Lehrer Jochen aus der AM-Klasse abzuziehen.

Überall finden also Kämpfe für die Rechte und Interessen der Schüler und Lehrlinge statt. Es ist dem Staat nach der Verabschiedung des Schulgesetzes nicht gelungen, Friedhofsruhe an den Schulen zu schaffen und billige und willige Arbeitskräfte reibungslos auszusortieren. Der Staat wird jetzt zu den Halbjahreszeugnissen erneut versuchen, den Notenknüppel zu schwingen. 5en und 6en sowie angedrohte Nichtversetzungen sollen die Rebellion brechen.

Demgegenüber muß über die LSVen und SVen der Kampf, den die Schüler und Lehrlinge schon führen, landesweit zusammengefaßt werden. Am 25./26.11. fand die Sitzung der LSV der berufsbildenden Schulen statt, die die Rechenschaftslegung des Landesschulsprechers T.Hinrichsen, die Festlegung der weiteren Aufgaben und Neuwahlen zum Gegenstand hatte. Der Rechenschaftsbericht wurde mit großer Mehrheit angenommen und damit der Kampf der letzten Jahre begrüßt. Das Landesschulamt wurde aufgefordert, die ausstehenden Flugblattkosten sofort zu zahlen, und die LSV trägt die Kosten von T. Hinrichsen in den Prozessen. Danach wurde die Resolution zu den weiteren Aufgaben diskutiert. Diese bestehen ausgehend von den Kämpfen an den Schulen in:

- Dem Kampf für 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Tagen und die volle Durchsetzung eines Berufsschultages, den die Kapitalisten häufig angreifen.
- Dem Kampf für eine Erhöhung des BAföG-Elternfreibetrages auf 1500 DM und 100 DM mehr für alle BAföG-Empfänger.
- Die Unterstützung der Erzieherfachschüler und die Durchsetzung eines Ausbildungs- und Tarifvertrages, wie die LSV ihn schon letztes Jahr forderte.
- Dem landesweiten Kampf gegen 5en und 6en zu den Halbjahreszeugnissse.

Darüber wurde heftig diskutiert. Die Opportunisten erklärten, sie seien „im Prinzip" mit allem einverstanden. Nur, ob die Schüler auch dafür kämpfen, sei nicht klar. Alle spielten sich als neutrale Schülervertreter auf und warfen dem bisherigen Landesschulsprecher „Einseitigkeit" vor. Da die Aufgaben nicht genug geklärt waren, gelang es, die Abwahl von T. Hinrichsen durchzusetzen. Das wird den Kampf behindern, jedoch nicht aufhalten können, wenn jetzt an den Schulen die Aufgaben diskutiert und die Kämpfe zum Erfolg weitergeführt werden.

Staatsschutzkammer Flensburg versucht SRK-Prozeß über die Runden zu bringen

b.clm. Der Verlauf der Verhandlung am Donnerstag hat bestätigt: das Landesjustizministerium und die Bundeswehrführung haben Bilanz gezogen. Der Vorsitzende, Richter Sauer, hat sich als unfähig erwiesen, den Prozeß zügig ohne Auseinandersetzung über die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie zu einem Abschluß mit hoher Strafe zu führen. Zwischendurch mußte er sich gar beim Innenminister melden, weil er eine unvorsichtige Erklärung veröffentlicht hatte. Die Richterin Schade, Dozentin für Ehe- und Familienrecht an der PH Flensburg, schielt derweil nach dem Vorsitz der Kammer. Der Kronzeuge der Anklage, Kampfsau Schmidt, mußte aus dem Verkehr gezogen werden, weil die Gefahr drohte, daß er als Zeuge der Verteidigung offen als lebendes Beispiel Unterdrückung und Schikane in der Bundeswehr beweist und gleichzeitig alle aggressiven Pläne der Kapitalistenklasse offenlegt. Er wurde gänzlich aus Flensburg entfernt. „Versetzt nach Putlos", heißt es. Der

gleich unter Polizeischutz zu stellen. Alle Belastungszeugen, bis auf den aalglatten Leutnant Kleinschmidt, konnten sich an rein gar nichts mehr erinnern. Und selbst der ist jetzt angeknackst. Am letzten Verhandlungstag konnte durch erneute Vernehmung zweier Unteroffiziersdienstgrade aufgedeckt werden, daß dieser Anwärter auf eine Offizierskarriere so versessen auf eine Verurteilung ist, daß er versucht hat, anderen Zeugen Nachhilfe für ihre Aussagen zu erteilen.

Angesichts dieser Bilanz sind Justizministerium und Bundeswehrführung jetzt offensichtlich entschlossen, die Führung des Prozesses selbst straffer in die Hand zu nehmen. Das hatte am Donnerstag bereits erste Auswirkungen. Das Gericht war gezwungen, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Kampfsau im Prozess auftritt. „Mag sein, daß es von Anfang an ein Fehler war, den Zeugen Schmidt aufzustellen", war die letzte Begründung.

Nach mehreren Wochen Beratung

mittel zulässig, das wären Zeugen. Die scheiden aber wegen der Unerheblichkeit für den Ausgang des Prozesses aus."

Die Beweisanträge weisen nach, daß die Bundeswehr wichtigstes Instrument für die Bourgeoisie ist, die Schweißauspressung der Arbeiterklasse zum Zwecke der Profitmacherei und die Ausplünderung der Völker der Dritten Welt zu sichern. Und zwar vor der sozialen Revolution der Arbeiterklasse und den imperialistischen Konkurrenten. Genau das ist zunehmend in Gefahr. Die Völker der Dritten Welt erringen immer größere Erfolge. Der Stahlarbeiterstreik und die beeindruckende Solidarität aller Lohnabhängigen zeigt den Kapitalisten mit aller Deutlichkeit, daß es auf Dauer nicht gelingt, die Arbeiterklasse politisch und ideologisch zu fesseln. Die wirkliche Einsatzfähigkeit der Bundeswehr wird immer dringender.

Zu diesem Zweck hat die Landesregierung all diese Wehrkraftzer-

Das erneute Strafverfahren gegen Rüdiger Lötzer läßt die beabsichtigte Richtung erkennen.

Die Ursache für die frechen Angriffe der Landesregierung machen aber auch zugleich deren Schwäche aus. Soldaten sind Arbeiter, deshalb erhebt die Soldatenbewegung klare Forderungen gegen die Bundeswehrführung und gegen den Staat. Deshalb unterstützen z.B. Soldaten der Hessisch-Lichtenau-Kaserne den Stahlarbeiterstreik. Die Prozeßwelle gegen die SRK's Flensburg-Westküste und Holstein kann gebrochen werden, wenn diese Schwäche, die zugleich Stärke der Soldatenbewegung ist, zu Geltung gebracht wird.

Und zwar einerseits so, daß alle Anstrengungen unternommen werden, daß die Soldaten die Kämpfe der Arbeiter unterstützen und gleichzeitig im Prozeß: mit genügendem Druck lassen sich am Mittwoch, den 13.12.78, die Beweisanträge der Verteidigung und die Vernehmung der Kampfsau

An derselben Schule fordern die Schüler und Lehrlinge, daß sie über die

bereiten für den nächsten Donnerstag eine SV-Sitzung vor. Durch diesen breiten Druck ist die Schulleitung ge-

trägt die Kosten von T. Hinrichsen in den Prozessen. Danach wurde die Re-

Aufgaben diskutiert und die Kämpfe zum Erfolg weitergeführt werden.

Staatsschutzkammer Flensburg versucht SRK-Prozeß über die Runden zu bringen

b.clm. Der Verlauf der Verhandlung am Donnerstag hat bestätigt: das Landesjustizministerium und die Bundeswehrführung haben Bilanz gezogen. Der Vorsitzende, Richter Sauer, hat sich als unfähig erwiesen, den Prozeß zügig ohne Auseinandersetzung über die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie zu einem Abschluß mit hoher Strafe zu führen. Zwischendurch mußte er sich gar beim Innenminister melden, weil er eine unvorsichtige Erklärung veröffentlicht hatte. Die Richterin Schade, Dozentin für Ehe- und Familienrecht an der PH Flensburg, schielt derweil nach dem Vorsitz der Kammer. Der Kronzeuge der Anklage, Kampfsau Schmidt, mußte aus dem Verkehr gezogen werden, weil die Gefahr drohte, daß er als Zeuge der Verteidigung offen als lebendes Beispiel Unterdrückung und Schikane in der Bundeswehr beweist und gleichzeitig alle aggressiven Pläne der Kapitalistenklasse offenlegt. Er wurde gänzlich aus Flensburg entfernt. „Versetzt nach Putlos", heißt es. Der Oberstaatsanwalt Jäger, der sich immer mehr als Choleriker entpuppt, ist zwar in der Lage zu versuchen, mit einigen Schmierentricks die Verteilung von Volksmilizen nachzuweisen, ansonsten taugt er eher dafür, Zuschauern Prügel anzudrohen, um sich sogleich unter Polizeischutz zu stellen. Alle Belastungszeugen, bis auf den aalglatten Leutnant Kleinschmidt, konnten sich an rein gar nichts mehr erinnern. Und selbst der ist jetzt angeknackst. Am letzten Verhandlungstag konnte durch erneute Vernehmung zweier Unteroffiziersdienstgrade aufgedeckt werden, daß dieser Anwärter auf eine Offizierskarriere so versessen auf eine Verurteilung ist, daß er versucht hat, anderen Zeugen Nachhilfe für ihre Aussagen zu erteilen.

Angesichts dieser Bilanz sind Justizministerium und Bundeswehrführung jetzt offensichtlich entschlossen, die Führung des Prozesses selbst straffer in die Hand zu nehmen. Das hatte am Donnerstag bereits erste Auswirkungen. Das Gericht war gezwungen, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die Kampfsau im Prozess auftritt. „Mag sein, daß es von Anfang an ein Fehler war, den Zeugen Schmidt aufzustellen", war die letzte Begründung.

Nach mehreren Wochen Beratung mit mehreren Stellen wurden sämtliche Beweisanträge der Verteidigung mit einer ausgetüftelten Erklärung abgelehnt: „Durch Verlesung von Schriften kann nur bewiesen werden, daß sie Behauptetes enthalten. Als Beweis für die Wahrheit sind aber nur direkte Beweismittel zulässig, das wären Zeugen. Die scheiden aber wegen der Unerheblichkeit für den Ausgang des Prozesses aus."

Die Beweisanträge weisen nach, daß die Bundeswehr wichtigstes Instrument für die Bourgeoisie ist, die Schweißauspressung der Arbeiterklasse zum Zwecke der Profitmacherei und die Ausplünderung der Völker der Dritten Welt zu sichern. Und zwar vor der sozialen Revolution der Arbeiterklasse und den imperialistischen Konkurrenten. Genau das ist zunehmend in Gefahr. Die Völker der Dritten Welt erringen immer größere Erfolge. Der Stahlarbeiterstreik und die beeindruckende Solidarität aller Lohnabhängigen zeigt den Kapitalisten mit aller Deutlichkeit, daß es auf Dauer nicht gelingt, die Arbeiterklasse politisch und ideologisch zu fesseln. Die wirkliche Einsatzfähigkeit der Bundeswehr wird immer dringender.

Zu diesem Zweck hat die Landesregierung all diese Wehrkraftzersetzungsprozesse eingeleitet. Mit aller Kraft geht sie in der aktuellen Lage auf Zerschlagung der Bewegung der Soldaten. Das macht die befohlene Taktikänderung der Staatsschutzkammer Flensburg so gefährlich und deshalb muß man noch mit einigem rechnen.

Das erneute Strafverfahren gegen Rüdiger Lötzer läßt die beabsichtigte Richtung erkennen.

Die Ursache für die frechen Angriffe der Landesregierung machen aber auch zugleich deren Schwäche aus. Soldaten sind Arbeiter, deshalb erhebt die Soldatenbewegung klare Forderungen gegen die Bundeswehrführung und gegen den Staat. Deshalb unterstützen z.B. Soldaten der Hessisch-Lichtenau-Kaserne den Stahlarbeiterstreik. Die Prozeßwelle gegen die SRK's Flensburg-Westküste und Holstein kann gebrochen werden, wenn diese Schwäche, die zugleich Stärke der Soldatenbewegung ist, zu Geltung gebracht wird.

Und zwar einerseits so, daß alle Anstrengungen unternommen werden, daß die Soldaten die Kämpfe der Arbeiter unterstützen und gleichzeitig im Prozeß: mit genügendem Druck lassen sich am Mittwoch, den 13.12.78, die Beweisanträge der Verteidigung und die Vernehmung der Kampfsau Schmidt durchsetzen. Dann aber hat die Landesregierung politisch schon verloren und die Ausgangslage, die Forderung nach sofortiger Einstellung aller Prozesse gegen die SRK's und Rücknahme der bisherigen Urteile, ist günstig.

Die Heimunterdrückung muß beendet werden!

b.chs. Die Arbeiterjugend widersetzt sich in vielfältigen Formen der Aufzucht zum billigen und willigen Lohnsklaven für die Kapitalisten. „Steigende Jugendkriminalität", „zunehmende Verwahrlosung", „immer mehr Jugendliche drogenabhängig" und damit nicht mehr fit für die Ausbeutung, stellen die Jugendämter, Jugendrichter, Jugendpfaffen und Schulrektoren fest, extra eingesetzt zur Unterdrückung der Jugend. Einsperren und Zwangsarbeit ist die Antwort der bürgerlichen Klasse, von den Sozialdemokraten werden zur Rechtfertigung dieser Zwangsmaßnahmen zahlreiche sozialpädagogische und sozialtherapeutische Theorien verbreitet. Umgesetzt werden diese u.a. von den Heimen der AWO. In Pinneberg unterhält die Arbeiterwohlfahrt ein „heilpädagogisches Kinderheim."

Von den Jugendlichen wird es der „AWO-Knast" genannt. Sie werden aus ganz Norddeutschland hierhin verschleppt – nur aus Pinneberg nicht. Der Grund ist klar: der Zusammenschluß mit der Jugend in Pinneberg und das Abhauen sollen erschwert werden. Dennoch wird regelmäßig abgehauen. Eingewiesen werden sogenannte schwererziehbare und verhaltensgestörte Kinder. „Schulversagen und Schulschwänzen" gehören zu den häufigsten Gründen.

Außer der Unterbringung im Heim unterhält die Arbeiterwohlfahrt noch eine Wohngemeinschaft von 8 Jugendlichen, die vom Heim „betreut" wird, eine Wohnfamilie und mehrere Pflegefamilien, außerdem eine Erziehungsberatungsstelle und eine „ambulante Gruppe" zum Beaufsichtigen von Kindern nach der Schule. Weitere Projekte werden von der Arbeiterwohlfahrt in Elmshorn und Hainholz betrieben für „stadtteilbezogene Jugendarbeit". Wie ein Spinnennetz legt sich das ganze über die Arbeiterjugend, und im Zentrum dieses Netzes sitzt der jugendpolitische Sprecher der SPD im Landtag, Hager, als Leiter des AWO-Heimes. Seine „Sorge um die Jugend" läßt ihn aktiv werden: Im „Pinneberger Tageblatt" beklagt er die Jugendkriminalität – „durch eine weitere Verschleppung dieses Problems wird unserer Volkswirtschaft erheblicher Schaden zugefügt werden" – ein Arbeitsdienst für solche Jugendliche wäre volkswirtschaftlich doch auf jeden Fall sinnvoller? Also erst einmal ins Heim; im Pinneberger Kreistag stellte er den Antrag, den Etat für aufgegriffene Ausreißer von 15000 auf 45000 DM jährlich zu erhöhen.

Die Kinder würden „von Jahr zu Jahr schwieriger" und müßten schon im Verhältnis 1:1 von den Pflegern betreut werden. Das Heim stellt dem Kreis zwei Zimmer zur Verfügung, in denen die aufgegriffenen „Ausreißer" gefangengehalten werden, bis das Jugendamt oder andere Heime sie abholen. Es ist die Rebellion der Arbeiterjugend gegen die bestehenden Verhältnisse, die ihre „Betreuung" so schwer macht. Der Pflegesatz pro Kind und Tag beträgt mittlerweile 135 DM. An die Eltern einer „Pflegefamilie", die ein Kind vom Heim aufnehmen, werden pro Monat 1000 DM gezahlt.

Zum Teil gehen die Jugendlichen vom Heim zur normalen Schule und Berufsschule und machen auch eine Lehre. Viele, vor allem Neueingewiesene aber gehen zur Außenschule der Sonderschule im Heim. In den drei Klassen sind dort alle Jahrgänge zwischen 6 und 16 untergebracht. Es gibt dort keinen geordneten Unterricht, wo der übliche Kram aus der Schule gelernt würde, sondern es sollen „Verhaltenschwierigkeiten in den Griff gekriegt werden", psychologische Beobachtung, Tests, Therapien... 18 Monate lang dürfen die Kinder in dieser „Schule" untersucht werden, dann müssen sie raus – meistens in die richtige Sonderschule.

Günstig für die Arbeiterklasse ist, daß der bürgerliche Staat – hier vertreten durch Horst Hager – den Gegner dieser Heimunterdrückung auch im Pflegepersonal und den anderen Beschäftigten des Heimes hat. Bekannt ist, daß etwa die Hälfte in der ÖTV organisiert ist und in den Lohnkämpfen gegen die Spaltungsabsichten des Dienstherrn für Festgeldbeträge Stellung nimmt. Mit Sicherheit wird die Arbeiterjugend unter ihnen auch Befürworter ihrer Forderung nach Abschaffung dieser Unterdrückungseinrichtungen und der Sonderschulen finden.

Polizeilich gesicherte Expansion

Die schleswig-holsteinische FDP auf den Spuren Friedrich Naumanns

b.rül. ,,Einer freidemokratischen, liberaldemokratischen Partei in unserem Lande bleibt die unverzichtbare und unersetzbare Aufgabe eines Hüters und Wahrers dieser Traditionen des klassischen Liberalismus gegenüber allen Freiheit und Recht bedrohenden staatlichen Maßnahmen und gesellschaftlichen Entwicklung".

Mit diesem Leitsatz aus ihren ,,Freiburger Thesen" hat die FDP, dieser Bourgeoisklüngel von Advokaten, Pfaffen, Journalisten, Grafen und sonstigem Gelichter 1971 ihrer ,,Wendung zum sozialen Liberalismus" verkündet und sich auf den gemeinschaftlichen Volksbetrug an der Seite der Sozialdemokratie festgelegt. ,,Nicht nur auf Freiheiten und Rechte als bloß formale Garantien des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern als soziale Chancen in der alltäglichen Wirklichkeit kommt es ihm an." Das sollte die Losung für den Steuerbetrug und die Ausplünderung der Massen sein. Man kann nicht sagen, daß die FDP sich mit dieser Betrugsmasche sonderlich lange gehalten hätte. Allein den Widerspruch, sich als Vertreter der bürgerlichen Freiheiten aufzuplustern und zugleich in allen Regierungen den Polizeiminister zu stellen, ob es die Bundesregierung ist, ob es NRW, Hessen, Hamburg, Berlin oder Niedersachsen ist, hat ihr unter den Schlägen des Klassenkampes schwer zu schaffen gemacht. Nach ihren Niederlagen in den letzten Landtagswahlen hat sich die FDP nun wieder auf ihre alten Traditionen besonnen: eine Neuauflage eines ,,Linkskurses", als deren Garant solche Witzfiguren wie der Taxiunternehmer Achterberg aus Neumünster herhalten, soll in scharfer Auseinandersetzung mit den ,,Grünen" in Schleswig-Holstein den erfolgreichen Volksbetrug garantieren. So ist die Rechnung jedenfalls, wenn man sich das FDP-Wahlprogramm anschaut, und mit einem Augenzwinkern dürften das FDP-Landtagsvorstandsmitglied Heiner Bremer, zugleich Redakteur vom ,,Stern" und seine Leute vermerkt haben, daß die Konkurrenten vom anderen Hamburger Nachrichtenmagazin ,,Arbeiterkampf" mit ihrer Bunten Liste nicht zu Rande gekommen sind.

Die ,,Klassischen Traditionen des Liberalismus": Feigheit und Niedertracht.

Was sind die ,,klassischen Traditionen" des deutschen Liberalismus? Von Genscher konnte man dazu folgendes vernehmen: ,, Wieder einmal erweisen sich die Liberalen als die treibende Kraft der Geschichte: so haben sie im 18. und 19. Jahrhundert den demokratisch-freiheitlichen Nationalstaat geschaffen, so wollen sie heute das freiheitlich-demokratische Europa schaffen?" Von einem ,,freiheitlich-demo-

burg, Berlin oder Niedersachsen ist, hat ihr unter den Schlägen des Klassenkampes schwer zu schaffen gemacht. Nach ihren Niederlagen in den letzten Landtagswahlen hat sich die FDP nun wieder auf ihre alten Traditionen besonnen: eine Neuauflage eines ,,Linkskurses", als deren Garant solche Witzfiguren wie der Taxiunternehmer Achterberg aus Neumünster herhalten, soll in scharfer Auseinandersetzung mit den ,,Grünen" in Schleswig-Holstein den erfolgreichen Volksbetrug garantieren. So ist die Rechnung jedenfalls, wenn man sich das FDP-Wahlprogramm anschaut, und mit einem Augenzwinkern dürften das FDP-Landtagsvorstandsmitglied Heiner Bremer, zugleich Redakteur vom ,,Stern" und seine Leute vermerkt haben, daß die Konkurrenten vom anderen Hamburger Nachrichtenmagazin ,,Arbeiterkampf" mit ihrer Bunten Liste nicht zu Rande gekommen sind.

Die ,,Klassischen Traditionen des Liberalismus": Feigheit und Niedertracht.

Was sind die ,,klassischen Traditionen" des deutschen Liberalismus? Von Genscher konnte man dazu folgendes vernehmen: ,, Wieder einmal erweisen sich die Liberalen als die treibende Kraft der Geschichte: so haben sie im 18. und 19. Jahrhundert den demokratisch-freiheitlichen Nationalstaat geschaffen, so wollen sie heute das freiheitlich-demokratische Europa schaffen?" Von einem ,,freiheitlich-demo-

kratischen Nationalstaat", den die deutschen Liberalen im 18. und 19. Jahrhundert geschaffen haben wollen, ist uns beim besten Willen nichts bekannt. Und über die preußische Märzrevolution 1848, diese Geburtsstunde der Frankfurter Paulskirchen-Komödie, schrieb Marx noch im gleichen Jahr: ,,Statt ihrem Jahrhundert voraus, war sie hinter ihrem Jahrhundert um mehr als ein halbes Jahrhundert zurück... Es handelte sich nicht um die Herstellung einer neuen Gesellschaft, sondern um die Berliner Wiedergeburt einer zu Paris verstorbenen Gesellschaft... Die preußische Märzrevolution war nicht einmal national, deutsch, sie war von vornherein provinziell-preußisch..." Und über die Rolle der deutschen Bourgeoisie, dieser ,,treibenden Kraft" nach Genscher: ,,... Energie nach keiner Richtung, Plagiat nach allen Richtungen, gemein, weil sie nicht originell war, originell in ihrer Gemeinheit, ...ohne Glauben an sich selbst, ohne Glauben an das Volk, ohne weltgeschichtlichen Beruf, ...Ohn' Aug', ohn' Ohr', ohn' Zahn, ohn' alles – so fand sich die preußische Bourgeoisie nach der Märzrevolution am Ruder des preußischen Staates."

Die Geschichte des deutschen Liberalismus ist die Geschichte von Feigheit und Niedertracht der deutschen Bourgeoisie, die sich nach ihrer schmählichen Niederlage 1848 schleunigst unter die Fittiche der preussischen Junkermonarchie flüchtete, um vereint mit dieser die Niederhaltung der Volksmassen und die Ausbeutung der Arbeiterklasse zu organisieren, so daß der ,,freiheitliche" Nationalstaat eines Genscher sich schließlich entpuppte in der wilhelminisch-bismarckschen Kaiserkrönung zu Versailles 1871.

Nach der Niederlage gegen die revolutionäre Sozialdemokratie: sozialchauvinistische Kolonialpropaganda

Nachdem so die deutsche Reichsbourgeoisie ihre nationalstaatliche Basis gezimmert vorfand, war hinfort von dieser Klasse und dem deutschen Liberalismus außer finsterster Reaktion und gewalttätigem Expansionismus nichts mehr zu erwarten. Verbot der revolutionären Sozialdemokratie und wilde Verfolgung der Partei des Proletariats und seiner Gewerkschaften, Schutzzölle gegen die Konkurrenz, das war die Linie der ,,Nationalliberalen" Partei des deutschen Reichstages.

,,Die geschichtliche Leistung des Liberalismus war die Freisetzung des Menschen für die Entwicklung der modernen Industriegesellschaft", heißt es in den ,,Freiburger Thesen" weiter. Gewaltsame Freisetzung von Millionen von Bauern von ihrem Land, Ruinierung des Handwerks und die gewaltsame Unterwerfung dieser so geschaffenen vogelfreien Proletarier unter das despotische Fabrikregime ist damit gemeint.

Nachdem die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung nicht geglückt ist, das Verbot der Sozialdemokratie aufgehoben werden mußte, kam die eigentliche Geburtsstunde des ,,Sozialen Liberalismus". Friedrich Naumann, Namensvater der gleichnamigen Freidemokratischen Stiftung in Westdeutschland, gründete den ,,National-sozialen Verein" 1896.

,,Der Kapitalismus ist darum nicht, wie die Marxisten glauben, im Absterben begriffen, er steht erst am Anfang einer ungeheuren Aufstiegsperiode.' So zitieren die ,,Freiburger Thesen" den ,,Begründer des modernen Liberalismus" F.Naumann. In dem ,,National-Sozialen Katechismus" Friedrich Naumanns finden sich dann die folgenden markigen Ausführungen:

1. Warum nennt ihr euch nationalsozial?
Weil wir überzeugt sind, daß das Nationale und das Soziale zusammengehören.
2. Was ist das Nationale?
Es ist der Trieb des deutschen Volkes, seinen Einfluß auf die Erdkugel auszudehnen.
3. Was ist das Soziale?
Es ist der Trieb der arbeitenden Menge, ihren Einfluß innerhalb des Volkes auszudehnen.
4. Wie hängt beides zusammen?
Die Ausdehnung des deutschen Einflusses auf der Erdkugel ist unmöglich

ter das despotische Fabrikregime ist damit gemeint.

Nachdem die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterbewegung nicht geglückt ist, das Verbot der Sozialdemokratie aufgehoben werden mußte, kam die eigentliche Geburtsstunde des ,,Sozialen Liberalismus". Friedrich Naumann, Namensvater der gleichnamigen Freidemokratischen Stiftung in Westdeutschland, gründete den ,,National-sozialen Verein" 1896.

,,Der Kapitalismus ist darum nicht, wie die Marxisten glauben, im Absterben begriffen, er steht erst am Anfang einer ungeheuren Aufstiegsperiode.' So zitieren die ,,Freiburger Thesen" den ,,Begründer des modernen Liberalismus" F.Naumann. In dem ,,National-Sozialen Katechismus" Friedrich Naumanns finden sich dann die folgenden markigen Ausführungen:
1. Warum nennt ihr euch nationalsozial?
Weil wir überzeugt sind, daß das Nationale und das Soziale zusammengehören.
2. Was ist das Nationale?
Es ist der Trieb des deutschen Volkes, seinen Einfluß auf die Erdkugel auszudehnen.
3. Was ist das Soziale?
Es ist der Trieb der arbeitenden Menge, ihren Einfluß innerhalb des Volkes auszudehnen.
4. Wie hängt beides zusammen?
Die Ausdehnung des deutschen Einflusses auf der Erdkugel ist unmöglich

ohne Nationalsinn der Masse, und die Ausdehnung dieser Masse im Volke ist unmöglich ohne weitere Entwicklung der deutschen Macht auf dem Weltmarkt.
5. Inwiefern hängt die Ausdehnung deutschen Einflusses auf der Erdkugel vom Nationalsinn der Masse ab?
Weil die großen Opfer, welche für Flotte und das Heer gebracht werden müssen, wenn Deutschland in Asien, Afrika, Amerika und vor allem auch Europa etwas bedeuten soll, auf die Dauer ohne Willen der arbeitenden Menge nicht aufgebracht werden können."

1914 konnte man dann aus der gleichen Feder unter der Überschrift ,,Was wird aus Belgien?" lesen: ,,1. Belgien bleibt okkupiert und diktatorisch verwaltet, bis eine endgültige Entscheidung herbeigeführt worden ist. Das kann, wenn es sein muß, Jahre dauern, nur dann darf kein Provisorium folgen, wie es bei Elsaß-Lothringen der Fall war. 2. Belgien als Staat zu erhalten, ist verderblich, ...weil dieser Staat, solange er besteht, der Ausgangspunkt deutschfeindlicher Agitation sein wird, was bei der Finanzkraft und Beweglichkeit der Brüsseler schwer ins Gewicht fällt....". ,,Die beiliegende Anlage gibt eine ungefähre Übersicht der Grenzlinien und der zu verteilenden Bevölkerungszahlen." Bekanntlich ist aus den ,,zu verteilenden Bevölkerungszahlen" nichts geworden, und die deutsche Reichsbourgeoisie konvertierte zum Parlamentarismus, nicht ohne vorher den Aufstand der Arbeiterklasse blutig niedergeschlagen zu haben. F.Naumann wechselte mit; er ging zur ,,Deutschen Demokratischen Partei", der ,,liberalen Partei" der Kohle- und Stahlbarone in der Weimarer Zeit. Vier Jahre nach seinem Tod, 1923, widmete Theodor Heuß, ein anderer ,,moderner Liberaler", dessen Stunde erst noch kommen sollte, ihm einen schülerhaften Gedenkaufsatz: ,,Die Fülle seiner Persönlichkeit barg mancherlei Kräfte: das Künstlertum gehaltener Freude, die Innigkeit eines dankbaren Fromm-Seins, den zähen Fleiß rationaler Erkenntnis, Herrschaftsgefühl des Volksführers und Bemeisterers der Massen, den vorsichtigen Sinn des politischen Taktikers, die kühne Phantasie des willensbildenden werbenden Propheten deutscher Größe."

Es ist diese Tradition des klassischen Liberalismus, an der die FDP mit ihren ,,Freiburger Thesen" anknüpfte, und wenn man diese studiert hat, dann versteht man auch besser, welche Ideen den Scheel bei seinen Weltreisen mit ,,Kaiserwetter im Pazifik" begleiten und den Genscher bei seiner geschäftigen internationalen Reisetätigkeit. Die moderne Fassung dieser besoffenen Kolonialphilosophie Naumanns hat Scheel schon während seiner Zeit als Entwicklungshilfeminister im Kabinett Erhard gelegt: ,,Die Entwicklungshilfe hat längerfristige Ziele. Auch wenn der Ost-West-Konflikt morgen beigelegt würde, die Entwicklungshilfe würde weiterlaufen. Denn es geht letztlich darum, das Armutsgefälle zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu mindern und damit einen Herd potentieller Spannungen zu beseitigen... Die Entwicklungsländer müssen die ihnen gemäßen Lebensformen selber finden... Unser Ziel muß es aber sein, daß diese neuen Formen im Grunde orientiert werden an den freiheitlichen Idealen der westlichen Welt." (1965)

Der kühne Drahtseilakt einer ,,linken" Polizeiphilosophie

Es mag politisch unerfahrene Leute geben, die diesen Exkurs auf Naumann und die Anfänge von Theodor Heuß für hergeholt halten bei der Untersuchung der politischen Absichten der Landes-FDP von Schleswig-Holstein. Schließlich mischen doch die Jungdemokraten mit beim ,,Russel-Tribunal" und überhaupt mit dem ,,Sozialistischen Büro"...

Behält man aber im Auge, welchen Drahtseilakt diese Gangsterbande von Polizei-, Außen- und Wirtschaftsministern in den letzten zehn Jahren bereits vollbracht hat und daß sie noch auf ihrem letzten Bundesparteitag die Kühnheit besessen haben, ausgerechnet den Innenminister als ,,Linken" vorzuführen, so versteht man die Manöver schon eher. Und manövrieren tut die Landes-FDP in ihrem Programm ge-

hat längerfristige Ziele. Auch wenn der Ost-West-Konflikt morgen beigelegt würde, die Entwicklungshilfe würde weiterlaufen. Denn es geht letztlich darum, das Armutsgefälle zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu mindern und damit einen Herd potentieller Spannungen zu beseitigen... Die Entwicklungsländer müssen die ihnen gemäßen Lebensformen selber finden... Unser Ziel muß es aber sein, daß diese neuen Formen im Grunde orientiert werden an den freiheitlichen Idealen der westlichen Welt." (1965)

Der kühne Drahtseilakt einer ,,linken" Polizeiphilosophie

Es mag politisch unerfahrene Leute geben, die diesen Exkurs auf Naumann und die Anfänge von Theodor Heuß für hergeholt halten bei der Untersuchung der politischen Absichten der Landes-FDP von Schleswig-Holstein. Schließlich mischen doch die Jungdemokraten mit beim ,,Russel-Tribunal" und überhaupt mit dem ,,Sozialistischen Büro"...

Behält man aber im Auge, welchen Drahtseilakt diese Gangsterbande von Polizei-, Außen- und Wirtschaftsministern in den letzten zehn Jahren bereits vollbracht hat und daß sie noch auf ihrem letzten Bundesparteitag die Kühnheit besessen haben, ausgerechnet den Innenminister als ,,Linken" vorzuführen, so versteht man die Manöver schon eher. Und manövrieren tut die Landes-FDP in ihrem Programm ge-

waltig, kommt ihr doch die Aufgabe zu, auf dem linken Flügel des bürgerlichen Parteienspektrums die Massenbewegung aufzufangen und in parlamentarisches Fahrwasser zurückzuführen.

Wir haben nachgezählt: mehr als 20 mal fragt die FDP in ihrem Programm selber, ob man den bürgerlichen Parteien eigentlich überhaupt noch einen Furz glauben darf. Das ist die Auffangposition. ,,Warum soll ich überhaupt noch wählen? Wie kann sich ein Bürger überhaupt noch gegen Übergriffe der Behörden zur Wehr setzen? Ist der Verfassungsschutz ein Staat im Staate, dem der Bürger wehrlos ausgeliefert ist? Müssen sich Eltern und Schüler eigentlich alles gefallen lassen?" So zieht es sich durch das gesamte Wahlprogramm. Fein verpackt darin wird dann der Ausbau des bürgerlichen Gewaltapparats, und zwar *beschleunigt* wilde Reaktion gegen die Jugend und gegen die Bauern, die niedergeworfen werden sollen und worüber die Arbeiterklasse isoliert werden soll. ,,Die öffentliche Verwaltung hat stärker als bisher erprobte neue Formen des Wirtschaftsmanagments zu übernehmen", und ,,Beschleunigung der Dienstrechtsreform" wird da gefordert. ,,Registrierung aller in Wirtschaft und Gesellschaft aufgebauten Datenbanken, damit geprüft werden kann, inwieweit persönliche Daten auch in nicht-staatlichen Computern gespeichert werden". Das wird ein ,,Prüfen" geben! ,,Verbesserung des Personalbestandes, der Ausstattung, Ausbildung und Koordinierung der Polizei und des Verfassungsschutzes. Drastische Verschärfung des Waffengesetzes... Intensivierung des Bankenschutzes... Meldepflicht für Vermieter... Beschleunigung von Strafprozessen... Verstärkung und Ausweitung der Polizeistreife zu Fuß (Kontaktpolizei)." Das Programm für den direkten Ausbau des Polizei- und Gewaltapparates der bürgerlichen Klasse umfaßt mehr als ein Drittel des gesamten Textes.

Auf die Jugend sollen die örtlichen Polizeibehörden auch gleich gejagt werden, am besten mit Unterstüzung der entsprechenden Ämter: ,,Intensivere Zusammenarbeit von Einwohnermeldeamt und Schulaufsicht zur Durchsetzung der Schulpflicht" fordert die FDP für die Jugend der ausländischen Arbeiter; Meldepflicht für berufsschulpflichtige Jugendliche ohne Ausbildungs- und Arbeitsplatz". Zweck dieser Ausweitung der Bespitzelung gegenüber der Jugend ist der gleiche wie bei allen bürgerlichen Parteien: Die Unterwerfung unter die verschiedensten Formen von Arbeitsdienst und die Zwangsverwahrung in sogenannten ,,Ausbildungsstätten" als billige Lohnarbeiter; ,,Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, differenzierte Angebote an angemessenen Ausbildungsabschlüssen für Sonderschulabgänger und Jugendliche ohne schulformbezogenen Abschluß", ,,besondere Beschäftigungs- und Mobilitätshilfen für arbeitslose Jugendliche", sind ihre weiteren Ziele. Versteht sich, daß den Lehrern vorzuwerfen ist, daß sie darauf nicht schon selber gekommen sind und überhaupt wenig ,,initiativ" bei solcherlei Zukunftsgestaltung: ,,Die jetzige Regelung macht es manchen Lehrern leicht, in ihrer Aufgabe nur einen Job zu sehen, der zwar ein gutes Einkommen garantiert, aber nicht den letzten Einsatz im Interesse der Schüler verlangt."

Unter der Rubrik ,,Was wird die FDP tun, damit wieder Vollbeschäftigung herrscht" wird das ganze zusammengefaßt: ,,Der Arbeitslosigkeit kann nicht mit nur einer Maßnahme begegnet werden. Nur ein Bündel von sich ergänzenden Maßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich sowie arbeitsschaffende Investitionen können das Problem erfolgreich lösen. Eine dauerhaft gesicherte Beschäftigung erfordert nach Meinung der FDP wachsende private Investitionen der privaten Wirtschaft, staatliche Programme der Arbeitsplatzbeschaffung..." Arbeitsdienst zugunsten des Höchstprofits, darin besteht der Wandel vom ,,klassischen" zum ,,sozialen" Liberalismus. Was der klassische Liberalismus durch den nackten Hunger und die Zerschlagung der Kampforgane der Arbeiterklasse erreichen wollte, den Aufbau eines Militärzuchthauses für die Arbeiterklasse zur Sicherung der Expansion, das

dere Beschäftigungs- und Mobilitätshilfen für arbeitslose Jugendliche", sind ihre weiteren Ziele. Versteht sich, daß den Lehrern vorzuwerfen ist, daß sie darauf nicht schon selber gekommen sind und überhaupt wenig ,,initiativ" bei solcherlei Zukunftsgestaltung: ,,Die jetzige Regelung macht es manchen Lehrern leicht, in ihrer Aufgabe nur einen Job zu sehen, der zwar ein gutes Einkommen garantiert, aber nicht den letzten Einsatz im Interesse der Schüler verlangt."

Unter der Rubrik ,,Was wird die FDP tun, damit wieder Vollbeschäftigung herrscht" wird das ganze zusammengefaßt: ,,Der Arbeitslosigkeit kann nicht mit nur einer Maßnahme begegnet werden. Nur ein Bündel von sich ergänzenden Maßnahmen im Bildungs- und Ausbildungsbereich sowie arbeitsschaffende Investitionen können das Problem erfolgreich lösen. Eine dauerhaft gesicherte Beschäftigung erfordert nach Meinung der FDP wachsende private Investitionen der privaten Wirtschaft, staatliche Programme der Arbeitsplatzbeschaffung..." Arbeitsdienst zugunsten des Höchstprofits, darin besteht der Wandel vom ,,klassischen" zum ,,sozialen" Liberalismus. Was der klassische Liberalismus durch den nackten Hunger und die Zerschlagung der Kampforgane der Arbeiterklasse erreichen wollte, den Aufbau eines Militärzuchthauses für die Arbeiterklasse zur Sicherung der Expansion, das

strebt der ,,soziale" Liberalismus unter Ausnutzung der Spaltung der Arbeiterklasse und der Beherrschung ihrer Kampforgane durch die Reformisten über staatliche ,,Beschäftigungsprogramme" an.

Den Abschluß der ,,Grundsätze liberaler Politik für Schleswig-Holstein" bildet sodann der direkte Angriff auf die Bauern. Unter Ausnutzung von Baldur Springmann und anderen Konsorten vom ,,ökologischen Landbau" stellt die FDP unter dem Kapitel ,,Was kann getan werden, um eine Schädigung der Umwelt durch die Agrarwirtschaft zu vermeiden?" die Forderungen auf: ,,Aufklärung der Landwirte über die Schädlichkeit chemischer Dünge- und Pflanzenschutzmittel". BASF wird es freuen und ,,aufklären", am ehesten über den Preis! Womit auch gleich die Forderung Nummer 2 der FDP erledigt wäre: ,,Umweltbelastungen durch die Landwirtschaft und Viehhaltung, insbesondere durch die Massentierhaltung, aber auch durch chemische Düngung und Schädlingsbekämpfung, sind auf ein Mindestmaß zu beschränken."

Aus dieser Angriffsrichtung des FDP-Programms erkennt man auch leicht, auf welche Klassen bzw. Teile des Volkes ihr ideologisches Strickmuster zielt: es sind Teile der Intelligenz, der Dienstaufsicht in den staatlichen Organen, Teile der Antreiber in den Industriebetrieben; sie sollen mit den Brotkrumen vom Tisch der Finanzbourgeoisie zur Propaganda der imperialistischen Expansion gewonnen werden.

Wer soll in der Ratsversammlung reden?

b.mav. Streit ist entbrannt zwischen der Rendsburger Ratsversammlung und dem Innenministerium darüber, ob in den Gemeindeparlamenten nach der Debatte zu einzelnen Tagesordnungspunkten jeder Gemeindeeinwohner dazu öffentlich Stellung nehmen darf. Deswegen hat die Stadt Rendsburg das Verwaltungsgericht angerufen. Der Innenminister sieht in solchen Debatten ,,einen Widerspruch zu den Prinzipien der repräsentativen Demokratie und damit eine unzulässige Beeinflussung der von allen Bürgern gewählten Mandatsträger". (KN, 2.12.). Dahinter verberge sich auch die Problematik, so das Innenministerium, ob nicht Splittergruppen auf diesem Umweg ein umfangreiches Rederecht erhielten. – Eine wesentliche Aufgabe der Gemeinden ist die Organisierung der Ausplünderung der Massen durch Festsetzung der Gebühren für Müllabfuhr, Verkehrsbetriebe, Kindergärten, Schwimmbäder etc. Die andere Aufgabe ist die Mästung der ortsansässigen Kapitalisten durch Zuschanzen billigen Baulandes, Gewährung von Steuernachlässen. – Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, ,,öffentlich Stellung zu nehmen". Gegen die ständig steigenden Gebühren und Steuern für die Massen muß sie den Kampf in den Gewerkschaften organisieren. Kann schon sein, daß den ,,Mandatsträgern" Forderungen und Beschlüsse nach Abschaffung der indirekten Steuern, Schluß mit den Gebührenerhöhungen, im Rathaus präsentiert werden. Dagegen versuchen die bürgerlichen Politiker, sich durch Polizei, Hausrecht etc. zu schützen. Was der Innenminister verhindern will, ist, daß durch Krach in den eigenen Reihen zu viel nach außen dringen könnte. Leicht kann es sonst passieren, daß z.B. bei Debatten über Landvergaben ein kleiner Kapitalist, der bei diesem Geschäft zu schlecht weggekommen ist, diese Schiebereien zur Sprache bringt.

Wirtschaftsjahr 1977/78: 630 Bauern gelegt

b.Kiel. In der Bodennutzungserhebung des Statistischen Landesamtes vom Mai 1978 ist festgehalten, daß die Zahl der Höfe innerhalb des vergangenen Jahres um 2% auf 31016 in Schlewig-Holstein gesunken ist. Das heißt, daß die Existenz von 630 Bauern vernichtet wurde. Gleichzeitig stieg die Zahl der Betriebe über 50 ha um 2,5%. Die systematische Ruinierung der Kleinbauern bezeichnet die bürgerliche Presse als ,,Trend zum bäuerlichen Großbetrieb", der anhalte. 1970 gab es noch 39600 landwirtschaftliche Betriebe, Ende der 50er Jahre rund 50000. – Dennoch: dem Finanzkapital geht die Ruinierung der Bauern zu langsam, weswegen sie unter dem Banner der Gerechtigkeit bei der Steuerzahlung zusätzlich 2 Mrd. aus den Bauern herauspressen will. Dazu soll die ,,Transparenz der landwirtschaftlichen Buchführung" als erstes gesteigert werden.

den. Dagegen versuchen die bürgerlichen Politiker, sich durch Polizei, Hausrecht etc. zu schützen. Was der Innenminister verhindern will, ist, daß durch Krach in den eigenen Reihen zu viel nach außen dringen könnte. Leicht kann es sonst passieren, daß z.B. bei Debatten über Landvergaben ein kleiner Kapitalist, der bei diesem Geschäft zu schlecht weggekommen ist, diese Schiebereien zur Sprache bringt.

Wirtschaftsjahr 1977/78: 630 Bauern gelegt

b.Kiel. In der Bodennutzungserhebung des Statistischen Landesamtes vom Mai 1978 ist festgehalten, daß die Zahl der Höfe innerhalb des vergangenen Jahres um 2% auf 31016 in Schlewig-Holstein gesunken ist. Das heißt, daß die Existenz von 630 Bauern vernichtet wurde. Gleichzeitig stieg die Zahl der Betriebe über 50 ha um 2,5%. Die systematische Ruinierung der Kleinbauern bezeichnet die bürgerliche Presse als ,,Trend zum bäuerlichen Großbetrieb", der anhalte. 1970 gab es noch 39600 landwirtschaftliche Betriebe, Ende der 50er Jahre rund 50000. – Dennoch: dem Finanzkapital geht die Ruinierung der Bauern zu langsam, weswegen sie unter dem Banner der Gerechtigkeit bei der Steuerzahlung zusätzlich 2 Mrd. aus den Bauern herauspressen will. Dazu soll die ,,Transparenz der landwirtschaftlichen Buchführung" als erstes gesteigert werden.

Drei Tage vor der Verkündung, wieviele Bauern gelegt wurden, hieß es, ebenfalls in den ,,Kieler Nachrichten", zwischen Ertl und Matthöfer gebe es Meinungsverschiedenheiten über das Ausmaß der Buchführungspflicht. Im Ziel sind sie sich dagegen einig.

Kündigung des Arztes Lohnstein zurückgenommen

b. Segeberg. Am 7.12. hat das Arbeitsgericht Neumünster die Kündigung gegen den Assistenzarzt M. Lohnstein durch das Rehabilitationszentrum Segeberg zurückgewiesen. Der Arzt muß weiter beschäftigt werden. Die Betriebsführung des Rehabilitationszentrums wollte den Arzt wegen seiner Tätigkeit für den KBW loswerden. Im Betrieb konnte sie niemanden dafür gewinnen. Der Betriebsrat lehnt die Kündigung ab. Der gegen die Kündigung erfolgte Zusammenschluß wollte die Betriebsführung jetzt als belastend und als Kündigungsgrund für Lohnstein nennen. Störung des Betriebsfriedens ist das in ihren Augen. Da sie außer ihrer festen politischen Absicht, Lohnstein zu entlassen, nichts ins Feld führen konnten, sah sich sogar der Arbeitsrichter gezwungen, die Kündigung als nicht rechtskräftig anzusehen. Zusätzlich war der Betriebsrat nicht ordentlich angehört worden, da ihm die Gründe für die Kündigung nicht vorgetragen worden waren. Das Rehabilitationszentrum wurde gleichzeitig gezwungen, Lohnstein weiter zu beschäftigen. Am gleichen Tag wurde dem Arzt eine erneute Kündigung ausgesprochen. – Jetzt, weil ,,das Vertrauensverhältnis gestört sei".

Vor 30 Jahren ließen die US-Besatzer die „Freie Universität Berlin" gründen

CDU-Politiker beschwören den „Wiedereinzug" des Geistes von Ernst Reuter

z.div. Am 4. Dezember 1948 wurde in den Westsektoren Berlins die „Freie Universität Berlin" aus der Taufe gehoben. Anläßlich des 30. Gründungstages halten Bourgeoispolitiker die Zeit für gekommen, den „Geist der Freiheit" wiederzubeleben. Der Westberliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz fordert zu „großen Anstrengungen" auf, „um das nationale und internationale Ansehen der Freien Universität Berlin wieder auf den ursprünglichen Stand zu bringen". Er erinnert gleichzeitig an das „Gedenken" des 25. Todestages Ernst Reuters, der den Aufruf zur Gründung der Freien Universität mitunterzeichnete. „Sein Geist muß wieder in die Hochschule einziehen."

Der jetzige Präsident der Freien Universität, Professor Dr. Eberhard Lämmert, veröffentlicht einen besinnlichen Artikel über den „schwierigen Weg einer deutschen Hochschule". Er endet mit einem Aufruf zu „neuen Anstrengungen", um die Freie Universität „noch sichtbarer als bisher" zu einer Institution zu machen, „die ihrer Stadt verbunden sein und ihr nützen will".

Die Bourgeois ermuntern bei Gelegenheit des 30. Gründungstages der Freien Universität zu „großen" und „neuen" Anstrengungen. Es geht ihnen um die Verfolgung der imperialistischen und chauvinistischen Ziele, zu deren Behuf die Freie Universität gegründet wurde und die ihre Geschichte an allen Punkten markiert.



Demonstration der streikenden Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag, Bezahlung von 700 DM im Praktischen Jahr.

„Gegengründung" unter den Fittichen des US-Imperialismus

„Tragen Sie den Ruf dieser freien Stadt in die ganze Welt hinaus. Seien Sie sicher, wir, die wir mit ihnen zusammengearbeitet haben, wir werden trotz aller Sorgen und Mühen jederzeit und jede Stunde an ihrer Seite sein. Es ist kein Zufall, daß diejenigen, welche gegenwärtig die schweren politischen Gefahren und Nöte zu durchkämpfen haben, einen großen Teil ihrer Kraft gerade dieser Arbeit gewidmet haben, denn der Kampf, den wir in dieser Stadt führen, ist mehr als ein Kampf um den Geist, in dem wir atmen und leben wollen. Möge die Freie Universität Berlin in den kommenden Jahren ein lebendiger Ausdruck des Freiheitswillens dieser stolzen Stadt sein."

Mit dieser Erklärung verkündet der sozialdemokratische Stadtrat Ernst Reuter Dezember 1948 im Titania-Pa-



Oberbürgermeister Reuter und der amerikanische Hohe Kommissar Mc Cloy kurz nach Gründung der Freien Universität.

last in Berlin-Steglitz die Gründung der „Freien Universität Berlin". Keine

ein lebendiger Ausdruck des Freiheitswillens dieser stolzen Stadt sein."

Mit dieser Erklärung verkündet der sozialdemokratische Stadtrat Ernst Reuter Dezember 1948 im Titania-Pa-



Oberbürgermeister Reuter und der amerikanische Hohe Kommissar Mc Cloy kurz nach Gründung der Freien Universität.

last in Berlin-Steglitz die Gründung der „Freien Universität Berlin". Keine
sachs Monate waren seit der Spaltung Deutschlands durch die Währungsreform der westlichen Alliierten unter Führung des US-Imperialismus vergangen. Das Manöver „Luftbrücke" war in vollem Gange, die Imperialisten dabei, die Westsektoren Berlins als Brückenkopf ihrer Expansionsbestrebungen gen Osten auszubauen.

Die Gründung einer „freien Universität" war von der US-Besatzungsmacht sorgsam, aber energisch vorbereitet worden, nachdem klar war, daß sie durch den Aufbau des Sozialismus in der sowjetisch besetzten Zone auch den Zugriff auf die dort befindliche Humboldt-Universität verloren hatte. Am 25. April 1948 wird der amerikanische Journalist Kendall Foss vom Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa, General Lucius D. Clay, beauftragt, „die Möglichkeiten für die Errichtung einer eigenständigen Universität in den drei West-Sektoren zu prüfen, ohne jedoch seinen Auftrag bei den Verhandlungen mit den Deutschen allzu offen bekannt geben zu dürfen".

Mit Freuden haben die deutschen Bourgeois und ihre „amerikanischen Freunde" bereits vorher das Auftreten von reaktionären Studenten an der Humboldt-Universität begrüßt; im Mai 1947 erscheint unter amerikanischer Lizenz erstmalig die Zeitschrift „Colloquium", um die sich fortan Bourgeoisstudenten sammeln. Deren Sprecher Otto Hess (SPD) fordert im Dezember im „Colloquium" eine „internationale Universität Berlin". Der „Tagesspiegel", die maßgebliche bürgerliche Zeitung, greift flankierend mit einer Serie von Hetzartikeln gegen die Zulassungsbedingungen an der Humboldt-Universität ein. Sie sei zur „Parteiuniversität" geworden: „Wir streichen sie aus der kulturellen Liste Deutschlands."

Um das Maß voll zu machen, ordnet der amerikanische Kommandant Howley am 6. Januar 1948 an, daß neuimmatrikulierte Studenten an der Humboldt-Universität sich nicht mehr im US-Sektor polizeilich anmelden dürfen und künftig keine Lebensmittelkarten mehr erhalten. Als dann im Zuge der Entnazifizierung 349 Professoren und Dozenten an der Humboldt-Universität entlassen und die übelsten der studentischen Provokateure, unter ihnen Otto Hess (SPD), exmatrikuliert werden, halten die Bourgeois die Zeit für reif, vorderhand erstmal zur Gründung einer „Deutschen Hochschule für Politik" zu schreiten. Wenig später, im Juni, gründet sich ein „Ausschuß für eine Freie Universität" mit Professor Redslob, Lizenzträger des „Tagesspiegel" und Cheforganisator der Gründungspropaganda, an der Spitze. Beraten wird über Gebäude, Mittel, Professoren. Spendenaufrufe ergehen an Bourgeois, die teilweise ihre Privatbibliotheken zur Verfügung stellen. Die bürgerliche Presse hetzt gegen die Pro-

Sprecher Otto Hess (SPD) fordert im Dezember im „Colloquium" eine „internationale Universität Berlin". Der „Tagesspiegel", die maßgebliche bürgerliche Zeitung, greift flankierend mit einer Serie von Hetzartikeln gegen die Zulassungsbedingungen an der Humboldt-Universität ein. Sie sei zur „Parteiuniversität" geworden: „Wir streichen sie aus der kulturellen Liste Deutschlands."

Um das Maß voll zu machen, ordnet der amerikanische Kommandant Howley am 6. Januar 1948 an, daß neuimmatrikulierte Studenten an der Humboldt-Universität sich nicht mehr im US-Sektor polizeilich anmelden dürfen und künftig keine Lebensmittelkarten mehr erhalten. Als dann im Zuge der Entnazifizierung 349 Professoren und Dozenten an der Humboldt-Universität entlassen und die übelsten der studentischen Provokateure, unter ihnen Otto Hess (SPD), exmatrikuliert werden, halten die Bourgeois die Zeit für reif, vorderhand erstmal zur Gründung einer „Deutschen Hochschule für Politik" zu schreiten. Wenig später, im Juni, gründet sich ein „Ausschuß für eine Freie Universität" mit Professor Redslob, Lizenzträger des „Tagesspiegel" und Cheforganisator der Gründungspropaganda, an der Spitze. Beraten wird über Gebäude, Mittel, Professoren. Spendenaufrufe ergehen an Bourgeois, die teilweise ihre Privatbibliotheken zur Verfügung stellen. Die bürgerliche Presse hetzt gegen die Pro-
fessoren, die trotz Bestechungsangeboten an der Humboldt-Universität bleiben. Gedroht wird mit der Beschlagnahme von Labormaterialien, Bibliotheken – die Dahlemer Institute der Humboldt-Universität werden schlichtweg geraubt.

Die benötigten großen Geldsummen stellt der US-Imperialismus bereit. General Clay veranlaßt die Transaktion von 19 Mio. Reichsmark von einem amerikanischen Konto – er wußte bereits, daß am Tag der Währungsreform alle amerikanischen Reichsmarkkonten gelöscht würden – auf das Konto des „Tagesspiegel", wo die Summe später 1 zu 10 abgewertet wird. Die gewonnenen 1,9 Mio. DM „reichten aus, einmal, um die ersten 8 Monate die Freie Universität zu finanzieren und zweitens verhinderten sie ein Veto der Russen in der alliierten Kommandantur, da dieses sich nur auf die Geldbewilligungen des Magistrats von Groß-Berlin erstrecken durfte, nicht aber auf eine Neugründung, die im Moment nichts kostete".

Die weiteren Summen wurden der amerikanischen Arbeiterklasse und den Völkern der Welt abgepreßt, bis 1967 circa 96 Mio. DM. Über die „gezielte Mittelverwendung" schreibt der FU-Kurator Bergmann 1963: „Alle Projekte, die Ford-Foundation finanziert hat, waren sehr sorgfältig vorgeprüft und vorbereitet. Die Universität wurde zwar aufgefordert, Wünsche zu äußern, aber schon in der Diskussion hierüber, die teils in Berlin, teils in den Vereinigten Staaten stattfand, zeigten sich sehr dezidierte Vorstellungen der Ford-Leute, und wenn uns Spenden übergeben wurden, enthielten sie eindeutige Auflagen über den Verwendungszweck dieser Mittel."

Die „dezidierten Vorstellungen" der „Ford-Leute" entsprachen bis ins Detail den konterrevolutionären und expansionistischen Zielsetzungen des US-Imperialismus gen Osten.

Ausbau zur Kaderschmiede – Züchtung von Opportunismus

Die Tatsache, daß die Freie Universität historisch in der Hauptseite ein Produkt des Interesses der US-Imperialisten an einem ideologischen Bollwerk gegen den Sozialismus und zugleich einem Vorposten expansionistischer Bestrebungen ist, hinderte die westdeutsche Bourgeoisie nicht, nach und nach ihre Rolle als bloßer Wasser-



wurde zwar aufgefordert, Wünsche zu äußern, aber schon in der Diskussion hierüber, die teils in Berlin, teils in den Vereinigten Staaten stattfand, zeigten sich sehr dezidierte Vorstellungen der Ford-Leute, und wenn uns Spenden übergeben wurden, enthielten sie eindeutige Auflagen über den Verwendungszweck dieser Mittel."

Die „dezidierten Vorstellungen" der „Ford-Leute" entsprachen bis ins Detail den konterrevolutionären und expansionistischen Zielsetzungen des US-Imperialismus gen Osten.

Ausbau zur Kaderschmiede – Züchtung von Opportunismus

Die Tatsache, daß die Freie Universität historisch in der Hauptseite ein Produkt des Interesses der US-Imperialisten an einem ideologischen Bollwerk gegen den Sozialismus und zugleich einem Vorposten expansionistischer Bestrebungen ist, hinderte die westdeutsche Bourgeoisie nicht, nach und nach ihre Rolle als bloßer Wasser-



15. April 1958, Schweigemarsch von 5000 Jungsozialisten, FU- und TU-Studenten gegen die geplante Atombewaffnung der Bundeswehr. Heutige SPD-Senatsmitglieder und Parlamentsabgeordnete marschieren mit.

träger abzustreifen und gezielte Maßnahmen zur Förderung ihrer Interessen einzuleiten.

Dem Otto-Suhr-Institut war schon zu Zeiten, als es noch „Deutsche Hochschule für Politik" hieß, von Theodor Heuss die Aufgabe vorgegeben worden, „die Deutschen in der Führung ihrer öffentlichen Angelegenheiten geschickter zu machen". Professoren von Rang und Namen wie Flechtheim, Löwenthal, Sontheimer und Stammer schritten beherzt ans Werk. Heraus kommen Vollblutbourgeoispolitiker: u.a. der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Stobbe, die Westberliner Senatoren Ristock und Riebschläger oder der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl (CSU).

Der Aufschwung der demokratischen Massenbewegung und der revolutionären Bewegung Mitte der 60er Jahre machte deren Zersetzung und Spaltung durch den Opportunismus zu einer Tagesfrage für die Bourgeoisie. Seine Vertreter werden herangezüchtet und ausgebildet an den politischen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Freien Universität. Die politischen Verdienste, die sich „Linke" wie Altvater, Claessens, Haug, Holzkamp, Jaeggi, Rabehl um die Aufgabe der Verbreitung bürgerlicher Ideologie in der Massenbewegung erworben haben, werden außer in ihnen verwandten Kreisen kaum mehr bestritten. Spal-

träger abzustreifen und gezielte Maßnahmen zur Förderung ihrer Interessen einzuleiten.

Dem Otto-Suhr-Institut war schon zu Zeiten, als es noch „Deutsche Hochschule für Politik" hieß, von Theodor Heuss die Aufgabe vorgegeben worden, „die Deutschen in der Führung ihrer öffentlichen Angelegenheiten geschickter zu machen". Professoren von Rang und Namen wie Flechtheim, Löwenthal, Sontheimer und Stammer schritten beherzt ans Werk. Heraus kommen Vollblutbourgeoispolitiker: u.a. der Regierende Bürgermeister von Westberlin, Stobbe, die Westberliner Senatoren Ristock und Riebschläger oder der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Stingl (CSU).

Der Aufschwung der demokratischen Massenbewegung und der revolutionären Bewegung Mitte der 60er Jahre machte deren Zersetzung und Spaltung durch den Opportunismus zu einer Tagesfrage für die Bourgeoisie. Seine Vertreter werden herangezüchtet und ausgebildet an den politischen und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Freien Universität. Die politischen Verdienste, die sich „Linke" wie Altvater, Claessens, Haug, Holzkamp, Jaeggi, Rabehl um die Aufgabe der Verbreitung bürgerlicher Ideologie in der Massenbewegung erworben haben, werden außer in ihnen verwandten Kreisen kaum mehr bestritten. Spal-
tung und Zersetzung der großen Kämpfe der Massenbewegung Mitte bis Ende der 60er Jahre durch opportunistische „Führer" wird diesen später seitens der Bourgeoisie mit Professorenstühlen und Senatssesseln würdig vergolten.

Der Rektor der Freien Universität von 1967, Professor H. J. Lieber, konnte sich bereits als Ziehvater der heutigen Professoren Claessens, Furth, Haug und Holzkamp ausweisen. Die „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden", als was die Freie Universität zu Gründungszeiten von den Bourgeois dargeboten wurde, sollte mit Manövern der ideologischen „Integration" auf neue Art hergestellt werden.

„Gestörte Gemeinsamkeit"

„Diese Universität war von ihrer Entstehung an ausgezeichnet durch eine besondere Gemeinsamkeit von Professoren und Studenten", schreibt der FU-Präsident Lämmert am 3. Dezember 1978. „*War einmal*" müßte es richtig heißen. Der Präsident sollte es selbst am besten wissen. Seine Wahl war verbunden mit einem größeren Manöver, um auch die revolutionären Studentenvertreter zur Zustimmung zu bewegen. Das Manöver schlug fehl. Der letzte konzentrierte Versuch, an der Freien Universität die „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden" zu erzwingen, scheiterte zu einem Zeitpunkt, als die Bourgeoisstudenten gegenüber den zu Tausenden an die Hochschule gelockten besitzlosen Studentenmassen längst die Minderheit darstellten. Daß die Interessen der besitzlosen Studentenmassen mit denen der imperialistischen Bourgeoisie nichts gemein haben, hatte schon Lämmerts Vorgänger Kreibich erfahren müssen, der zwecks ideologischer Integration eigens vom Assistenten zum Präsidenten bestellt worden war. Nach Kreibichs Verschleiß durch die Kämpfe der Studentenbewegung hat Lämmert die gleiche Erfahrung noch öfter machen müssen. Den Streik der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag und Zahlung von 700 DM konnte er drei Wochen lang trotz grö-

„Gestörte Gemeinsamkeit"

„Diese Universität war von ihrer Entstehung an ausgezeichnet durch eine besondere Gemeinsamkeit von Professoren und Studenten", schreibt der FU-Präsident Lämmert am 3. Dezember 1978. „War einmal" müßte es richtig heißen. Der Präsident sollte es selbst am besten wissen. Seine Wahl war verbunden mit einem größeren Manöver, um auch die revolutionären Studentenvertreter zur Zustimmung zu bewegen. Das Manöver schlug fehl. Der letzte konzentrierte Versuch, an der Freien Universität die „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden" zu erzwingen, scheiterte zu einem Zeitpunkt, als die Bourgeoisstudenten gegenüber den zu Tausenden an die Hochschule gelockten besitzlosen Studentenmassen längst die Minderheit darstellten. Daß die Interessen der besitzlosen Studentenmassen mit denen der imperialistischen Bourgeoisie nichts gemein haben, hatte schon Lämmerts Vorgänger Kreibich erfahren müssen, der zwecks ideologischer Integration eigens vom Assistenten zum Präsidenten bestellt worden war. Nach Kreibichs Verschleiß durch die Kämpfe der Studentenbewegung hat Lämmert die gleiche Erfahrung noch öfter machen müssen. Den Streik der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag und Zahlung von 700 DM konnte er drei Wochen lang trotz grö-
ßerer Polizeiaufgebote nicht zerschlagen.

„Gestörte Gemeinsamkeit" lautet seine neueste Diagnose. Auf der Gründungsfeier sprach Lämmert sich dafür aus, den Begriff „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden" schlicht durch „Arbeitsgemeinschaft" zu ersetzen. Es gehört zu den Pflichten eines FU-Präsidenten, sich Gedanken darüber zu machen, wie sich unter veränderten Bedingungen dieselben imperialistischen Interessen weiterhin und noch besser durchsetzen lassen. Nur, es hat sich schon gezeigt, daß der „Geist Ernst Reuters" um nichts besser wird, wenn er in der variierten Gestalt eines Altvater, Jaeggi oder Rabehl dahergelaufen kommt.

Kommunistische Volkszeitung
Aus dem Inhalt: